Gesetzentwurf der Landesregierung:



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

90. Sitzung 5. Wahlperiode

Mittwoch, 10. März 2010, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung

gemäß § 73 Abs. 3 GO LT Erweiterung der Tagesordnung Aktuelle Stunde Demografischen Wandel gestalten –		Entwurf eines Gesetzes zum Dreizehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungs- staatsvertrag) vom 30. Oktober bis 20. November 2009 und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/3095 –	18
Kinderlachen zulassen, Familien helfen, Wirtschaft entwickeln und Senioren einbinden	. 4	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 5/3304 –	18
Harry Glawe, CDU	. 4	Beschluss	18
Ministerpräsident Erwin Sellering Helmut Holter, DIE LINKE Martina Tegtmeier, SPD Michael Roolf, FDP	. 8 10	Andreas Bluhm, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung) B e s c h l u s s	
Udo Pastörs, NPD Dr. Armin Jäger, CDU Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT Torsten Koplin, DIE LINKE	14 16	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung des IT Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG – (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/3250 –	10
(zur Geschäftsordnung)	18	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 5/3306 –	19
Reschluss	18	Reschluss	10

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag		Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/1351 –		26
über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Gesundhei – Drucksache 5/3303 –		26
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/2609 –	20	Dr. Margret Seemann, SPD		
Beschlussempfehlung und Bericht	20	Peter Ritter, DIE LINKE		
des Ausschusses für Bildung,		Beate Schlupp, CDU		
Wissenschaft und Kultur – Drucksache 5/3270 –	20	Ralf Grabow, FDP		
Hans Kreher, FDP		Stefan Köster, NPD		
Mathias Brodkorb, SPD		Beschluss		
Beschluss				00
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Staatsvertrag über die Versorgungs- lastenteilung bei bund- und länder-		Unterrichtung durch die Landesregierung: 8. Tätigkeitsbericht des Integrations- förderrates bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Berichtszeit- raum 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 und Stellungnahme der Landesregierung – Drucksache 5/2985 –		
übergreifenden Dienstherrenwechseln und zur Neuregelung der Versorgungs-		Ministerin Manuela Schwesig		33
lastenteilung bei landesinternen		Irene Müller, DIE LINKE		35
Dienstherrenwechseln (Erste Lesung)		Raimund Frank Borrmann, NPD		36
– Drucksache 5/3272 –	. 21	Martina Tegtmeier, SPD		37
Ministerin Heike Polzin	22	Peter Stein, CDU		38
Beschluss	22	Ralf Grabow, FDP		39
		Beschluss		39
Änderung der Tagesordnung	22	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bundeswehr aus Afghanistan schnellstmöglich abziehen – Drucksache 5/3275 –		39
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Führung		Peter Ritter, DIE LINKE	39,	47
der Berufsbezeichnung "Restaurator"		Dr. Norbert Nieszery, SPD		
(Restauratorgesetz – RG M-V) (Erste Lesung)		Gino Leonhard, FDP		
– Drucksache 5/3273 –	22	Harry Glawe, CDU		44
Torsten Koplin, DIE LINKE22	, 25	Udo Pastörs, NPD		46
Marc Reinhardt, CDU	23	Beschluss	. 49,	85
Michael Roolf, FDP	. 24			
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	. 24			
Udo Pastörs, NPD		Antrag der Fraktion der FDP: Sicherstellung einer flächendeckenden		
B e s c h l u s s	26	Luftrettung für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/3295 –		49
		Ralf Grabow, FDP		49
Antrag der Fraktionen der		Ministerin Manuela Schwesig		50
SPD, CDU, DIE LINKE und FDP:		Günter Rühs, CDU		51
Verbesserung der geschlechtersensiblen Datenbasis zur gezielten Umsetzung der		Dr. Marianne Linke, DIE LINKE		52
Gleichstellung von Frauen und Männern		Udo Pastörs, NPD		52
– Drucksache 5/3293 –	26	Gino Leonhard, FDP		52
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Minister Lorenz Caffier		53
Gender-Report für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/1301 –	26	Beschluss		54

Antrag der Fraktion der NPD: Keine Vermietung von Mitgliedern der Landesregierung – Drucksache 5/3266 –	Antrag der Fraktion der FDP: Beteiligungskriterien für Landesbeteiligungen an kulturellen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern	
Udo Pastörs, NPD 54, 55	- Drucksache 5/3216	30
Heinz Müller, SPD 55	Hans Kreher, FDP 80, 8	33
Beschluss 57	Minister Henry Tesch	81
	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 8	32
	Torsten Koplin, DIE LINKE 8	32
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rechtsstaatsprinzip nachkommen – Straftäterdatei per Gesetz einführen – Drucksache 5/3278 –	Marc Reinhardt, CDU	
Barbara Borchardt, DIE LINKE 57, 61, 62	Nächste Sitzung	
Ministerin Uta-Maria Kuder 58	Donnerstag, 11. März 2010	34
Reinhard Dankert, SPD 59		
Gino Leonhard, FDP 60		
Dr. Ulrich Born, CDU		
Beschluss		
Antrag der Fraktion der FDP: google street view – Drucksache 5/3294 –		
Gino Leonhard, FDP 62, 68		
Minister Lorenz Caffier 64		
Reinhard Dankert, SPD65		
Peter Ritter, DIE LINKE		
B e s c h l u s s		
Änderung der Tagesordnung 68		
Antrag der Fraktion der FDP: Fonds für frostbedingte Straßenschäden einrichten – Drucksache 5/3269 –		
Michael Roolf, FDP		
Heinz Müller, SPD70		
Birgit Schwebs, DIE LINKE72		
Minister Lorenz Caffier 74		
Peter Stein, CDU75		
Udo Timm, CDU		
Beschluss		
77, 00, 00		

Änderung der Tagesordnung 80

Beginn: 10.17 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 90. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 90., 91. und 92. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 90., 91. und 92. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag zum Thema "Neuaufteilung der Theater- und Orchesterfinanzierung per Erlass unverzüglich regeln" vorgelegt, der auf Drucksache 5/3313 verteilt wurde. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Verteilung an die Mitglieder des Landtages sowie einer angemessenen Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 1 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema "Demografischen Wandel gestalten – Kinderlachen zulassen, Familien helfen, Wirtschaft entwickeln und Senioren einbinden" beantragt.

Aktuelle Stunde
Demografischen Wandel gestalten –
Kinderlachen zulassen, Familien
helfen, Wirtschaft entwickeln
und Senioren einbinden

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Demografischer Wandel stellt die Gesellschaft als Ganzes und die Sozialversicherungssysteme im Besonderen vor große Herausforderungen. Gesellschaft als Ganzes – das sind wir alle, vom Neugeborenen bis zum Greis –, das heißt, gerade wir als Politiker dürfen keine einzelnen Gruppen absolut bevorzugen. Wir müssen das System immer als Ganzes, als ineinandergreifendes Miteinander verstehen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wichtig ist es tatsächlich, dass mehr Kinder geboren werden. Das steht außer Frage.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Neben der persönlichen Freude für die Eltern müssen aber auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen.

(Udo Pastörs, NPD: Warum haben Sie die denn kaputt gemacht?)

Das ist global gesagt Familienpolitik, Herr Pastörs.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie sollten sich vielleicht mal ein bisschen im Schweigen üben. Das würde Ihnen auch mal ganz gut zu Gesicht stehen.

(Udo Pastörs, NPD: Das werde ich nicht tun, Herr Glawe. Das wissen Sie.)

Meine Damen und Herren, wie zeichnet sich Familienfreundlichkeit aus? Familien sollen willkommen sein im Wohnumfeld, bei den Unternehmen, in den Kommunen. Spielplätze dürfen nicht verboten werden, Kinderbetreuung für arbeitende Eltern muss gesichert sein, Schulen und Kindertagesstätten müssen für Kinder erreichbar sein. Die Qualität der Bildung muss stimmen, Ausbildungs- und Studienplätze müssen wohnortnah zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, dies alles sind Voraussetzungen, die dazu führen könnten, dass mehr Kinder geboren werden

(Udo Pastörs, NPD: Wenn sie denn da wären, die Voraussetzungen.)

beziehungsweise dass sich mehr Familien in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln, außer vielleicht ...

(Udo Pastörs, NPD: Die hauen sogar ab, Herr Glawe.)

Herr Pastörs, Sie haben wir nicht gerufen.

Finanzielle Anreize wie Reduzierung der Elternbeiträge im Kindergarten, Kindergelderhöhung durch den Bund und Unterstützung bedürftiger Familien, zum Beispiel beim Mittagessen in den Kitas, runden die sogenannten weichen Faktoren ab.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da haben wir schon viel erreicht. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen: Es profitieren 9.000 Eltern monatlich von der Entlastung im letzten Kindergartenjahr, durchschnittlich 20.000 Kinder nehmen monatlich das kostenfreie Mittagessen in Anspruch. Das Land trägt die für beide familienpolitischen Leistungen entstehenden Kosten vollständig. Im Jahr 2009 handelt es sich bei den Elternentlastungen um 7,1 Millionen Euro und um 7,6 Millionen Euro beim Mittagessen. Für die Jahre 2010 und 2011 sind jeweils 14,5 Millionen Euro im Landeshaushalt eingestellt.

Die Unterstützung des Landes für die Kinderbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern ist unter der Großen Koalition kontinuierlich gestiegen. Waren im letzten rot-rot beschlossenen Doppelhaushalt für das Jahr 2006 lediglich 80,8 Millionen Euro als Zuschuss des Landes zur Verfügung von Kindern in Kindertageseinrichtungen

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und in der Tagespflege vorgesehen, so sind es in diesem Jahr allein 92,5 Millionen Euro und im Jahr 2011 94,4 Millionen Euro.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt redet er sich das wieder schön.)

Hinzu kommen jeweils 14,5 Millionen Euro pro Jahr für die Kostenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr sowie beim Mittagessen. Auch die Eltern, und das ist sehr wichtig, haben jetzt einen gesetzlichen Anspruch und darauf sind wir als CDU

(Udo Pastörs, NPD: Stolz.)

sehr stolz.

Meine Damen und Herren, in den letzten vier Jahren wurden die Zuschüsse des Landes für die Kindertages-

betreuung um 32,4 Prozent erhöht. Das ist, denke ich, doch auch einmal einen Beifall wert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU: He! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Heftiger Beifall bei der Koalition. – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Die zusätzlichen Gelder für die Kindertageseinrichtungen werden pro Jahr weiterhin 5 Millionen Euro betragen und zur qualitativen Aufwertung und Verbesserung der vorschulischen Bildung zur Verfügung stehen. Zudem werden wir zur individuellen Förderung aller Kinder in diesem Jahr 4,2 Millionen und im nächsten Jahr 10 Millionen Euro bereitstellen. Durch die verbesserte frühkindliche Bildung und Förderung in den Kindertageseinrichtungen senken wir die Förderschulquote, meine Damen und Herren, erheblich.

Gerade im letztgenannten, dem finanziellen Bereich hat die Koalition hier im Land schon viel erreicht. Selbst die FAZ schreibt am 4. März sinngemäß, dass sich das Land diesbezüglich einen großen Luxus leistet.

Meine Damen und Herren, wir als CDU stehen dazu. Im Gegenteil, das, was vorher auf dem Verordnungswege galt, wird nun in Gesetzesform gegossen. Sicher, es gäbe noch viele weitere Teilbereiche für Familien, die das Land noch stärker fördern könnte. So könnte man über die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in der Kita nachdenken. Die Verbände haben dieses in der Verbandsanhörung so gewünscht und die CDU-Fraktion steht dem offen gegenüber. Der Koalitionspartner hat offenbar noch weitergehende Wünsche, die wir nicht pauschal abweisen wollen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Jedoch haben wir den Doppelhaushalt gerade im Dezember verabschiedet. Sollen mehr Leistungen angeboten werden, muss mehr Geld her, meine Damen und Herren. Aber das Geld kann, wie wir alle wissen, nur einmal ausgegeben werden. Das heißt im Klartext, es müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Finanzministerin erkennt heute einen finanziellen Spielraum von 40 bis 50 Millionen Euro.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Hört, hört!)

und das trotz Wirtschafts- und Finanzkrise – ein Grund, sich zu freuen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Dazu kann ich nur sagen: Lassen Sie uns reden, und zwar nicht nur über die Presse, denn Bildung von Anfang an und eine Verbesserung des Personalschlüssels sind auch früher möglich. Ich meine, im Jahr 2010 und 2011 sollte das angegangen werden. Das Jahr 2016 scheint mir etwas weit weg.

Meine Damen und Herren, wagen wir den Schritt für mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Doch bei allem Wohlwollen für Kinder und Familien sind alle, und das wissen Sie, an jedem Tag am Wohl der Kinder orientiert. Ich glaube, jeder, der hier im Landtag seit einigen Jahren sitzt, weiß, dass ich mich immer für das Wohl der Kinder und der Familien in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt habe.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das stimmt, das stimmt.)

Meine Damen und Herren, es gibt auch andere Maßnahmen, über die man noch nachdenken muss.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die Kommunen, die zum Beispiel schon einen Großteil ihrer freiwilligen Leistungen haben kürzen müssen, können gerade auch im Jugendbereich zusätzliche Mittel gebrauchen. Ich frage auch nach der Infrastruktur. Gerade die Versorgung mit digitalen Netzen, dem ÖPNV, der sozialen Infrastruktur muss in einigen Teilen unseres Landes ausgebaut oder bewahrt werden, was einige Kommunen jetzt schon an ihre Leistungsgrenze bringt. Es ist nämlich erforderlich, dass sich die Infrastruktur in allen Bereichen auf die älter werdende Bevölkerung einstellen muss. Ältere Menschen wollen und sollen so lange wie möglich in einem vertrauten Wohnumfeld leben. Diesen Wünschen gilt es Rechnung zu tragen. Dazu brauchen wir eine stadtteil- und ortsteilbezogene Infrastruktur, zum Beispiel auch mit Pflegeleistungen, die einen Verbleib in der Wohnung oder im Quartier ermöglicht.

Barrierefreies Wohnen, Servicewohnen, Mehrgenerationswohnungen sind weitere Beispiele, aber auch bei der Einrichtung von Supermärkten, bei der Gestaltung öffentlicher Gebäude und in den Freizeitangeboten sind die Bedürfnisse von älteren Menschen stärker zu berücksichtigen. Nur eine breit aufgestellte koordinierte Landespolitik kann helfen, dass die Wirkungen des demografischen Wandels gemeistert werden und Mecklenburg-Vorpommern ein lebenswertes Land bleibt. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass die CDU-Fraktion den demografischen Wandel als Thema für die Aktuelle Stunde gewählt hat. Ich teile die Einschätzung, dass der demografische Wandel zu den größten Herausforderungen gehört, vor denen unser Land steht auf dem Weg in eine Zukunft aus eigener Kraft.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir uns breit aufstellen und koordiniert vorgehen müssen, wenn wir diese Herausforderung erfolgreich meistern wollen. Genau das tut die Landesregierung. Wir haben zu Beginn dieser Wahlperiode eine Arbeitsgruppe aller Ministerien eingerichtet, in der wir die schon vorhandenen Ansätze bündeln, um neue Konzepte zu entwickeln. Die Leitung liegt bei der Staatskanzlei. Die gemeinsame Arbeit ist gut vorangekommen. Ich finde es gut, dass heute die Gelegenheit ist, das hier kurz darzustellen.

Wir sind ja spätestens seit 1990 in den östlichen Bundesländern in einem tief greifenden demografischen Wandel.

Das trifft nicht nur uns und alle anderen Ostländer, auch im Westen zeichnet sich das ab. Bei uns ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner seit 1990 von 1,9 Millionen gesunken auf jetzt 1,7 und sie liegt voraussichtlich 2030 bei etwa 1,45 Millionen. Zusätzlich hat sich das Durchschnittsalter ganz erheblich erhöht. Wir sind vom jüngsten Bundesland zum ältesten geworden. 2013 wird das Durchschnittsalter hier im Land 51 Jahre betragen.

Für diese Entwicklung gibt es unterschiedliche Ursachen. Dazu zählen auch Wanderungsbewegungen. Gerade bei jüngeren Menschen ist es so, dass sie vorwiegend eher wegziehen. Bei älteren haben wir Wanderungsbewegungen eher hin in unser Land.

Dazu zählt auch die Geburtenzahl. Nach 1990 ist die Geburtenzahl deutlich zurückgegangen, zwischenzeitlich ist sie zwar wieder angestiegen, aber sie hat nicht annähernd das Niveau erreicht der früheren Jahre.

(Udo Pastörs, NPD: Woran liegt das wohl?)

Und dazu zählt natürlich ...

Dass wir so einen Schandfleck im Land haben, das zählt vielleicht auch dazu.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Dazu zählt auch

(Udo Pastörs, NPD: Der steht da vorne am Rednerpult.)

die an sich sehr erfreuliche Entwicklung, meine Damen und Herren, dass die Menschen aufgrund des erheblichen medizinischen Fortschritts heute viel älter werden als früher. Man kann generell sagen, wer heute 65 ist, hat noch so viele Jahre vor sich wie vor 100 Jahren ein 35-Jähriger.

Es gibt also sehr unterschiedliche Ursachen für diesen demografischen Wandel. Diese Unterschiede müssen wir auch in den Blick nehmen, wenn wir uns auf diesen Wandel einstellen. Dabei geht es nicht nur darum, dass wir die Probleme, die sich auftun, lösen, sondern wir müssten auch die Chancen ergreifen und im Blick behalten, die uns der demografische Wandel gibt.

Die Landesregierung hat eine Strategie entwickelt, die drei Ansätze enthält: Gegensteuern, Anpassen und Aktivieren sowie Ermöglichen. Beim Gegensteuern müssen wir uns klarmachen, dass wir von einer realistischen Erwartung ausgehen müssen. Wir können den demografischen Wandel nicht aufhalten. Wir können aber beeinflussen, wie hart er uns trifft und auch wie gut es uns gelingt, die mit diesem Wandel verbundenen Chancen zu nutzen.

Was müssen wir tun, um Mecklenburg-Vorpommern noch attraktiver zu machen für die Menschen, die hier leben, und für die, die wir für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen wollen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist eine der wichtigsten Fragen, die wir beantworten müssen. Wir müssen das Land wirtschaftlich weiterentwickeln, damit Arbeitsplätze entstehen und erhalten bleiben.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir gerade gesehen.)

Wir müssen alles dafür tun, den Fachkräftebedarf für die Zukunft zu sichern. Wir müssen dafür eintreten, dass für gute Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern auch gutes Geld gezahlt wird. Nur dann werden wir jungen Menschen die Entscheidung ermöglichen, dass sie sagen, meine Zukunft liegt hier in Rostock oder in Schwerin und nicht in Hamburg oder München,

(Harry Glawe, CDU: Oder Greifswald.)

wobei klar ist, und das können wir auch allen jungen Menschen sagen, die Chancen für junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind deutlich besser geworden. Wir können jedem Jugendlichen im Land sagen, wir brauchen dich und wir haben etwas für dich.

(Udo Pastörs, NPD: Die Frage ist, was.)

Gute Nachwuchskräfte haben hier bei uns inzwischen deutlich bessere Karrierechancen, das müssen wir auch deutlich machen. Wir haben dafür Landeskampagnen. Aber noch wichtiger ist, dass auch die Unternehmer selbst in die Schulen gehen und sagen: Ja, wir brauchen in Zukunft gute Fachkräfte. Strengt euch an, wir brauchen euch! Das ist überzeugender als jede politische Kampagne.

Genauso wichtig ist, darauf hat Herr Glawe schon hingewiesen, die Kinder- und Familienfreundlichkeit im Land. Junge Menschen werden sich für eine Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden, wenn sie hier auch Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren können, wenn sie weiterhin eine sehr gute Kinderbetreuung vorfinden. Wir sind hier in den letzten Jahren schrittweise immer weiter vorangekommen. Es hat noch unter Rot-Rot die Einführung eines Vorschuljahres gegeben, dann unter der SPD-CDU-Regierung reduzierte Kindergartenbeiträge, ein kostenloses Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien und jetzt im neuen Doppelhaushalt, im neuen KiföG, 15 Millionen Euro mehr in diesem Bereich. Die SPD will diesen Weg in den kommenden Jahren konsequent weitergehen.

(Harry Glawe, CDU: Wir auch.)

Unser Ziel ist ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder, nicht nur für bedürftige Kinder, in Krippen und Kindergärten. Wir brauchen auch eine Anpassung der Krippenbeiträge. Die Krippenbeiträge sind bei uns im Land für junge Familien zu hoch.

(Michael Roolf, FDP: Die steigen.)

Eine junge Mutter, die nach den Elternbeiträgen wieder arbeiten geht, vielleicht 700 oder 800 Euro netto hat, kann davon nicht über 200 Euro Krippenbeiträge bezahlen. Da müssten wir helfen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Und der dritte wichtige Bereich, in dem wir vorankommen müssen, ist, wir müssen auf jedes Kind individuell eingehen, seine Stärken und Schwächen sehen und ihm Angebote machen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dazu haben wir jetzt ein Projekt entwickelt, in das wir 5 Millionen Euro geben, um dort zu helfen. Wenn wir das evaluieren und sehen, wo kommen wir da gut voran, muss man das in Zukunft verstärken und weiterhin ausbauen.

Diese drei Maßnahmen, die ich aufgezählt habe – und das muss jedem klar sein, der den Landeshaushalt kennt, denn der weiß, wie wir in diesem Bereich in den letzten Jahren aufgestockt haben und was wir alles

unternommen haben –, es muss also jedem klar sein, wenn man diese drei Maßnahmen will, dass das ein sehr großer Kraftakt wird. Wir haben da kein Geld rumliegen, sondern das wird man Schritt für Schritt in den nächsten Jahren vereinbaren müssen. Nur dann werden wir vorankommen. Wir Sozialdemokraten sind aber davon überzeugt, dass wir das erreichen können, und zwar Schritt für Schritt. Wir müssen möglichst schnell anfangen und spätestens 2016 damit fertig sein. Wir laden alle demokratischen Parteien dieses Hauses ein, dabei mitzumachen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, das Land kinder- und familienfreundlicher zu machen, ist seit Jahren ein klares Ziel der Landesregierung. Zugleich geht es uns natürlich auch darum, für die älteren Menschen die Lebensbedingungen und vor allem auch die gesellschaftliche Beteiligung weiterhin zu verbessern. Deshalb haben wir das neue Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg gebracht.

Und ich sage ganz klar: Diese Ziele, für Familien, für junge Familien etwas zu tun und für Senioren etwas zu tun, das steht nicht im Widerspruch. Ich kann nur davor warnen, Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Wir müssen uns um die Jüngeren und um die Älteren kümmern, und genau das tut die Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Die zweite wichtige Aufgabe, die wir haben, heißt anpassen. Wir müssen unsere öffentliche Infrastruktur zum Beispiel an eine kleiner werdende Einwohnerzahl anpassen und daran, dass das Durchschnittsalter größer wird. Das ist manchmal, das sage ich ganz klar, auch mit schmerzhaften und schwierigen Entscheidungen verbunden. Ich sage sehr deutlich, eine der wichtigsten Anpassungen, die wir vornehmen müssen, ist eine umfassende Verwaltungsreform.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Jeder Bürger weniger bedeutet für das Land und für die Kommunen pro Jahr einen Verlust von 2.400 Euro an Zuweisungen. Dieser Verlust kommt noch zusätzlich zu den zurückgehenden EU- und Solidarpaktmitteln dazu. Deshalb ist klar, eine Verwaltung wie vor 15 Jahren können wir uns nicht länger leisten. Wir brauchen Strukturen, die leistungsfähiger und kostengünstiger sind und zugleich sehr bürgernah. Deshalb ist wichtig, dass wir sagen können, diese Verwaltungsreform kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Angelika Peters, SPD: Bravo!)

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht allein um Reduzierung und Einsparung. Es entstehen selbstverständlich auch neue Chancen, zum Beispiel in der Wirtschaft, in der Gesundheitswirtschaft oder im Tourismus. Da entstehen neue Bedürfnisse und neue Nachfragen, die befriedigt werden müssen. Und aus dem Zwang, den wir empfinden, dass wir gewohnte Strukturen verändern müssen, entstehen auch viele kluge und kreative Lösungen. Nehmen Sie zum Beispiel Gesundheitsschwester AGnES, mit der wir wohnortnah die ambulante Versorgung sicherstellen und Hausärzte entlasten. Damit hat Mecklenburg-Vorpommern bundesweit einen Exportschlager entwickelt.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben Sie uns schon alles zehnmal erzählt, Herr Sellering.)

Dieses Beispiel AGnES zeigt, dass es zukünftig nicht vorrangig darum gehen wird, dass wir übernommene Strukturen bewahren, sondern dass wir passgenaue neue Lösungen entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Das erfordert auch Mut beim Umdenken.

Wir brauchen zum Beispiel kluge Ideen, wie wir Zentren zur Grundversorgung im ländlichen Raum aufrechterhalten und dann noch darüber hinausgehende Bedürfnisse über neue Formen der Mobilität organisieren. Es gibt inzwischen viele Vorschläge: Rufbusse, Fahrdienste zu Veranstaltungen, rollende Tante-Emma-Läden. Ich meine, da ist noch einiges mehr denkbar, wie sich das Leben auch in dünn besiedelten Regionen lebenswert organisieren lässt, gerade auch für die Älteren.

Meine Damen und Herren, der dritte Ansatzpunkt heißt: Aktivieren und Ermöglichen. Es wird für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume entscheidend darauf ankommen, dass wir die Verantwortung auf lokaler Ebene vor Ort stärken und die Kommunen zu eigenen Aktivitäten ermutigen. Das gelingt natürlich umso eher, wenn es sich wirtschaftlich auszahlt, zum Beispiel bei der dezentralen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien. Ich nenne nur zwei interessante Beispiele: Bollewick oder Ivenack. Dabei bleiben die Ausgaben für Energie in der Region. Wir ermöglichen Wertschöpfung vor Ort, wir schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze und alles in allem entsteht ein neues Gemeinschaftsgefühl. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass die Menschen im Land bereit sind, wieder mehr in die eigenen Hände zu nehmen, aber oft scheitert es an bürokratischen Hemmnissen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da geht es um das Ermöglichen. Da müssen wir die Voraussetzungen schaffen, dass Menschen, die etwas tun wollen, die selbst etwas tun wollen, das auch können und sich nicht behindert fühlen. Da geht es zum Beispiel um Standardöffnungen, auch da müssen wir die Handlungsspielräume erweitern. Das neue Standarderprobungsgesetz, das jetzt in der Verbandsanhörung ist, enthält dazu einige Vorschläge. Es ist wichtig, dass wir vor allem Spielräume vor Ort für Kreativität und Flexibilität schaffen und nutzen, aber auch, dass wir die Erfahrungen und das Miteinander aller Generationen nutzen.

Also, meine Damen und Herren, der demografische Wandel ist eine weitgehende Herausforderung, es ist kein Thema für eine kurzfristige politische Profilierung. Die Landesregierung hat diese Herausforderung frühzeitig erkannt und handelt. Wir setzen alles daran, auf der einen Seite die negativen Auswirkungen abzufedern und die Chancen, die sich bieten, auch zu nutzen. Wir sind von dieser Entwicklung eher und stärker betroffen als andere Länder. Was wir an guten Lösungen entwickeln, das können wir auch exportieren, damit können wir auch wuchern, ein gutes Pfund. Entscheidend ist, dass wir das Thema aktiv angehen, dass wir es gestalten und wir dabei Raum für neue auch unkonventionelle Lösungen lassen. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Bereitschaft dazu ist da und ich freue mich sehr. Lassen Sie uns die gute Zusammenarbeit fortsetzen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Herr Abgeordneter Pastörs, mit Ihren Zwischenrufen haben Sie die Würde des Hauses verletzt. Gemäß Paragraf 97 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde, welches die CDU gewählt hat, hört sich ganz gut an. "Kinderlachen zulassen, Familien helfen, Wirtschaft entwickeln", aber davon habe ich von Herrn Glawe überhaupt nichts gehört.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber, Herr Glawe, irgendwie habe ich den Eindruck, Sie sind nicht in der Regierung. Und das, was der Herr Ministerpräsident hier gerade vorgestellt hat, scheint nicht Ihre Politik zu sein. Ansonsten hätten Sie eindeutiger und ausführlicher dazu gesprochen. Ich möchte Sie fragen, ob denn die Probleme, die Sie heute hier thematisiert haben, tatsächlich so neu sind. In der Tat ist es doch so, dass wir uns seit 1990 mit diesen Fragen auseinandersetzen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich frage mich, warum Sie heute mit der Aktuellen Stunde aufrufen zu agieren. Das ist nun wirklich ein Zeugnis Ihres Realitätsverlustes. Oder meinen Sie mit Ihrer Themensetzung, dass die Regierung sich endlich mit den Problemen dieses Landes auseinandersetzen soll? Oder wollten Sie auf das reagieren, was der SPD-Parteirat vor Kurzem verkündet hat? Also irgendwo scheint mir das so eine kleine Trotzreaktion zu sein auf das,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was der Koalitionspartner in der Vergangenheit in die Öffentlichkeit gebracht hat.

Also, Herr Glawe, das, was Sie hier versuchen, ist ein Armutszeugnis Ihrer eigenen Politik. Ich kann nur sagen, wenn wir hier Zukunftsfragen thematisiert haben und eine bessere Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gefordert haben, dann wurde sie schnell vom Tisch gewischt

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

mit Argumenten wie, es ist kein Geld da, das machen wir doch längst, und all diese Aussagen, die Sie hier immer wieder treffen.

Nun haben Sie, Herr Glawe und meine Damen und Herren von der CDU, vor Kurzem gerade einen Ihrer vielen Geburtstage gefeiert.

(Harry Glawe, CDU: Ja, sehr gerne.)

Ja, das sollen Sie auch feiern. Da habe ich auch nichts dagegen.

Und auf dieser Veranstaltung wurde dann mitgeteilt, dass die CDU in den letzten 20 Jahren das Land mitge-

prägt habe. Ich frage Sie, ob Sie denn dazu stehen, dass wir die geringste Wirtschaftskraft haben. Ich frage Sie, ob Sie dazu stehen, dass wir das höchste Armutsrisiko haben,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dass jährlich Tausende Einwohnerinnen und Einwohner, das gehört auch zur Bilanz dazu, und damit auch Menschen im arbeitsfähigen Alter unser Land verlassen. Wer unser Land verlässt, ist bekannt, dass sind die Jungen zwischen 18 und 40,

(Harry Glawe, CDU: Dann gucken Sie sich mal Ihre Arbeitslosenbilanz an unter Rot-Rot!)

es sind gut ausgebildete und zum überwiegenden Teil junge Frauen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und diese jungen Frauen und Männer, die gut ausgebildet sind, wenden ihre Talente außerhalb des Landes an. Sie zahlen dort ihre Steuern. Oftmals gründen sie in anderen Bundesländern ihre Familien und uns gehen tatsächlich die dringend benötigten Fachkräfte aus. Der dauerhafte Wegzug hat natürlich auch Auswirkungen auf die Aussicht für die Kinder und Enkelkinder derer, die weggegangen sind.

Aber all das, meine Damen und Herren, ist ja nicht neu. Das ist immer wieder thematisiert worden. Im Übrigen haben die Zuschauer, die Unternehmerverbände und die Wirtschaft die negativen Folgen der Bevölkerungsentwicklung immer wieder angemahnt. Sehr spät, aber immerhin hat die Vereinigung der Unternehmensverbände am 26. Februar dieses Jahres ihre erste Demokratiekonferenz, Demografiekonferenz durchgeführt.

(Vincent Kokert, CDU: Demokratiekonferenz bräuchten Sie!)

Ob nun die richtigen Analysen getroffen und zielführende Schlussfolgerungen gezogen wurden, dass mag ich bezweifeln. Ebenso kann man darüber streiten, ob wir vor 1989 afrikanische Verhältnisse hatten oder ob die Lösung für die Bevölkerungsentwicklung und die Abwanderung darin liegt, wie es auf dieser Konferenz gesagt wurde, wenn keiner mehr da ist, wandert ja auch keiner mehr ab. Einen solchen Pragmatismus, oder soll ich zutreffender Zynismus sagen, will ich Ihnen von der CDU gar nicht unterstellen.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja schon mal nett, dass Sie das machen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber wir dürfen nicht verkennen, Herr Kokert, nicht die Abwanderungen sind das eigentliche Problem, sondern – und das will ich deutlich sagen – es ist der Sterbeüberschuss. In der Tat geht es darum, die Schrumpfungsprozesse zu gestalten. Schrumpfung ist die Herforderung. Und diese Tendenzen und Prozesse, die allgemein als demografischer Wandel bezeichnet werden, sind unumkehrbar.

Die Fragen sind, und die hat auch Herr Sellering aufgeworfen: Sind solche Prozesse gestaltbar? Und wer ist Träger dieser Gestaltung? Das sind Dinge, die uns bewegen, die uns interessieren, die uns, wie Sie wissen, auch in der Vergangenheit, auch mich persönlich, immer wieder in verschiedenen Veranstaltungen auf den Plan gerufen haben. Es geht um mehr als die Frage, wie viele Menschen auf einem Quadratkilometer wohnen. Ja, es

geht um die technische und die soziale Infrastruktur, es geht um Daseinsvorsorge und es geht um Chancengleichheit aller, in der Stadt und auf dem Dorf. Wir, DIE LINKE, beantworten diese Frage aus Sicht des Einzelnen und der Einzelnen und aus Sicht der Lebensqualität der Menschen.

Ja, es ist vollkommen richtig, dass wir anfangen und weitermachen müssen bei der Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten, in den Kitas. Die frühkindliche Bildung muss weiter ausgebaut werden. In dem Zusammenhang muss man nicht nur über den Betreuungsschlüssel reden, sondern man muss auch handeln. Sie sind in der Regierung und haben alle Möglichkeiten dazu

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Sie haben ja auch sofort gehandelt.)

Natürlich unterstützen wir das, was die SPD in ihrem Papier für den Landesparteitag jetzt verkündet hat,

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben ja auch für die Deckelungen im Gesetz gesorgt. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass es darum geht, dass tatsächlich alle Kinder – alle Kinder! – mit einem kostenlosen, gesunden und vollwertigen Mittagessen versorgt werden. Kostenlos!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und Sie alle, meine Damen und Herren, haben die Chance, die laufende Volksinitiative für diese Frage zu unterstützen. Sie wird ja in den Landtag kommen und dann werden wir mal sehen, wer sich wie verhält. Das wird tatsächlich ein Signal an die Bevölkerung sein.

(Regine Lück, DIE LINKE: Da sind wir sehr gespannt.)

Natürlich geht es um Chancengleichheit in der Bildung. Da geht es nicht nur um Schulstandorte, sondern es geht auch darum, dass die Kinder und Jugendlichen aus den Dörfern die gleichen Chancen haben wie diejenigen aus den Städten. Und natürlich geht es darum, die Qualität der schulischen Bildung zu verbessern, damit das Schulabgangsniveau deutlich erhöht wird. Und mit der Abschlussnote Fünf, glaube ich, werden wir den Ansprüchen der Wirtschaft auf keinem Fall gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren und sehr geehrte Frau Seemann, warum reden wir nicht über Berufsrückkehrerinnen- und Berufsrückkehrerprogramme? Da haben wir gute Erfahrungen gemacht. Herr Sellering hat auch einzelne Beispiele zu anderen Themen hier genannt. Ich bin der Überzeugung, dass wir vielmehr die guten Beispiele zur Regel machen sollten. Wir sollten die guten Erfahrungen von Modellprojekten und anderen Projekten, die wir gemacht haben, in die Breite bringen und sie tatsächlich anwenden, damit alle etwas davon haben.

In dem Zusammenhang will ich auch sagen, weil Sie von Breitband und diesen Dingen gesprochen haben, Herr Glawe: Warum werden nicht Telearbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern ausgebaut auf Basis einer guten Versorgung mit Internet und Breitbandtechnologie, damit Kinder, Erziehung und Arbeit tatsächlich besser miteinander verbunden werden können?

Wir brauchen, und das lassen Sie offen, auch die allgemeine und die fachärztliche medizinische Versorgung in der Fläche und wie sie ganz konkret organisiert werden soll. Das kann nicht nur AGnES. AGnES ist eine Idee, die wir initiiert haben, die wir auch unterstützen. Wir müssen ganz konkret ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber selbstverständlich, Herr Glawe, das wissen Sie doch.

Und es ist eine Frage, wie wir das ärztliche Angebot in der Fläche auf dem Lande tatsächlich organisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und die Antwort bleiben Sie schuldig, die müssen Sie geben.

Natürlich geht es um zukunftsfähige Wohnvorhaben in den Städten und auf den Dörfern für Jung und für Alt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es ist vollkommen richtig, wer Zukunft gestalten will, kann die jeweiligen Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausspielen, sondern es geht darum, allen, den Jungen, den Mittleren und den Alten, tatsächlich eine Zukunftsperspektive in Mecklenburg-Vorpommern aufzuzeigen. Und da sind wir bei einem Thema, was natürlich auch wichtig ist in der Auseinandersetzung mit Ihnen, Herr Pastörs, wir brauchen eine vielfältige Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Auch das sind Zukunftsfragen. In dieser Kulturlandschaft müssen sich die Hochkulturen genauso wiederfinden wie die Basisprojekte.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.)

Und wenn wir über Fachkräfte und über die Bevölkerungsentwicklung reden, dann müssen wir natürlich Zuwanderung fördern. Wir müssen ein offenes, einladendes Land sein

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

und das heißt, wir müssen auch die Frage stellen nach der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, damit diese Spezialisten hier in Mecklenburg-Vorpommern schneller ihre berufliche Tätigkeit ausüben können. Wir haben das im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt diskutiert.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir sind der Überzeugung, dass Wirtschaftsförderung auf innovative Technologien und Produkte umgestellt werden muss, dass tatsächlich in der Wirtschaft Zukunft gestaltet wird und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Tat müssen wir auch eine Diskussion aus Nordrhein-Westfalen aufgreifen und unsere Erfahrungen nutzen. Wir brauchen den Aufbau eines gemeinwohlorientierten Arbeitsmarktes, und zwar zu sozialversicherungspflichtigen und tariflichen Bedingungen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

und nicht zu einem Aufschlag auf Hartz IV.

Und, Herr Schulte, ich bin jetzt bei dem Thema, was Sie hier immer angesprochen haben: Natürlich müssen wir das Image des Niedriglohnlandes loswerden. Wir müssen über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes unseren Beitrag leisten, damit wir das Image als Niedriglohnland loswerden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn es um Zukunft geht, geht es auch um die Zukunft der einheimischen landwirtschaftlichen Unternehmen. Dazu brauchen wir eine entsprechende Bodenpolitik, wir brauchen die Förderung von Erzeuger-, Verarbeitungs-, Veredlungs- und Vertriebsgemeinschaften und wir brauchen neue Formen des genossenschaftlichen Zusammenwirkens in der Landwirtschaft, im ländlichen Raum, damit eine Zukunft in Arbeit auch für die Landbevölkerung tatsächlich gesichert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Dazu, meine Damen und Herren, ist es notwendig – und da gibt es ja Diskussionsprozesse –, regionale und lokale Potenziale für Struktur- und Wirtschaftsentwicklung genauso wie für mehr Beschäftigung zu stärken und zu aktivieren. Und wenn es um die Träger dieser Gestaltung geht, dann sind es doch die Menschen im Land. Mobilisieren wir durch die entsprechenden Rahmenbedingungen, durch die Landespolitik die regionalen und lokalen Akteure, indem wir ihnen Kompetenzen übertragen und mehr pauschale Finanzzuweisungen vornehmen, damit in der Region und vor Ort entschieden werden kann, was das Beste für die Entwicklung vor Ort tatsächlich ist.

Und, meine Damen und Herren, einen letzten Punkt will ich nennen. Es gibt viele Initiativen und Bewegungen im Land, aber die Frage steht doch, wie verbindlich die Empfehlungen und die Beschlüsse dieser Initiativen und Bewegungen sind. Warum – und das ist mein Appell an uns alle – machen wir nicht das, was über Volksinitiativen, was über lokale Initiativen kommt, zum Maßstab unserer Landespolitik? Und dann, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss, wird tatsächlich ein Schuh daraus.

Herr Glawe, Sie haben heute ein Thema angesprochen, welches wichtig ist, und es ist nicht nur heute wichtig, es ist jeden Tag wichtig. Um aber Veränderungen zu erreichen, brauchen Sie Mut.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Es geht um mehr, es geht um Mut für mehr Demokratie, für mehr Teilhabe. Es bedeutet aber auch Vertrauen in das Urteils- und Entscheidungsvermögen der Menschen in unserem Land und das bedeutet, ihnen auch die Freiräume für die Gestaltung der eigenen Zukunft zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und dazu sind Sie nicht fähig und nicht in der Lage, deswegen haben Sie mit dem Thema heute versagt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema ist zwar ein Thema, das uns schon ganz lange bewegt, aber dass die CDU das auf die Tagesordnung gehoben hat, war zumindest wie eine große Stunde der Demografen in unserem Land, und darüber hinaus haben wir mehrere große Pressemitteilungen zu diesem Thema lesen können, unter anderem auch einen schönen Artikel "Können Demografen irren". Das fand ich sehr interessant, dass das Datenmaterial, was immer für demografische Erkenntnisse zugrunde gelegt wird, zurzeit ziemlich alt ist. Die letzte Volkszählung zum Beispiel in Westdeutschland wurde bereits im Jahr 1987 durchgeführt, ganz schön lange her.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na ja, aber die Geburtenzahlen dieses Landes sind doch genau bekannt.)

Die Geburtenzahlen sind sicherlich registriert,

(Udo Pastörs, NPD: Sterbefälle auch.)

aber wenn Demografen ihre Erkenntnisse vortragen, muss man an eine ganz schöne Anzahl von Karteileichen denken.

Demografie betrachtet die Vergangenheit und berechnet daraus die zukünftigen Entwicklungen. Das mag dem einen oder anderen auch so ein bisschen ähnlich vorkommen, wie das mit dem jährlichen Bericht des Landesrechnungshofes ist, aber Scherz beiseite. Die wichtigste Grunderkenntnis der Demografen ist jedoch die, dass die Deutschen weniger werden, aussterben werden sie aber nicht. Und das gilt für die gesamte Bundesrepublik genau wie für uns in Mecklenburg-Vorpommern.

(Udo Pastörs, NPD: Woher sind Sie da so sicher?)

Meinen Sie, Sie sind jetzt so abschreckend, dass alle weglaufen hier? Das kann natürlich vielleicht dabei herauskommen.

(Udo Pastörs, NPD: Na ja, wenn man Sie hört, kann man schon Anwandlungen bekommen.)

Die Menschen leben länger und teilen sich ihre Lebensphasen anders ein. Sie bekommen später Nachwuchs und sind länger aktiv.

Im Vorfeld dieser Landtagssitzung konnte man eine sehr große Pressemitteilung lesen. Das war gerade am Montag, und zwar wurde da Joshua R. Goldstein, Leiter des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock, interviewt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dass Sie an dem Namen Anstoß nehmen, das kann ich mir wieder lebhaft vorstellen, Herr Pastörs.

Herr Goldstein vertrat folgende These: In gewissem Sinne altert die Gesellschaft gar nicht. Die Zeit, in der es uns gesundheitlich schlecht geht, wird nicht länger, obwohl wir länger leben. Sie bleibt ungefähr gleich oder wird sogar kürzer. In diesem Sinne also wird die Gesellschaft sogar jünger. Und diese Betrachtungsweise ist relativ neu. In der Regel wurde unsere demografische Entwicklung immer mit einer Alterung der Gesellschaft im Zusammenhang mit daraus resultierenden Mehrbedarfen im Pflegebereich diskutiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden den Trend des Rückgangs der Bevölkerung genauso wenig aufhalten können wie die Tatsache, dass sich ein sehr gefestigtes Familienbild etabliert hat: zwei Elternteile, zwei Kinder. Das ist die Regel und wird als Durchschnittsfamilienmodell eigentlich so akzeptiert. Im Durchschnitt müsste jedoch jede Frau mehr als zwei Kinder zur Welt bringen, damit unsere Gesellschaft nicht schrumpft.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Dazu sind aber gar nicht so viele Frauen bereit. Und wenn man dabei noch bedenkt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass die Kinderlosigkeit in Deutschland zu den Spitzenwerten gehört, kann man leicht nachvollziehen, dass sich hier ein großes Defizit auftut. Darüber hinaus haben statistisch betrachtet auch noch weniger Männer als Frauen Kinder.

(Udo Pastörs, NPD: Das wundert mich jetzt.)

Insgesamt lässt man sich wesentlich mehr Zeit mit der Familienplanung und wenn mit nur einem oder zwei Kindern geplant wird, besteht auch nicht wirklicher Grund zur Eile. Die biologische Uhr scheint also auch nicht mehr ganz so schnell zu ticken, wie das mal war.

Auf Beispiele guter Bevölkerungspolitik bin ich bei meinen Recherchen nicht gestoßen, aber wohl auf die Erkenntnis, dass in unseren Nachbarländern, in denen das Rahmenangebot an Familien besonders gut ist, wie in Frankreich und den nordischen Ländern, die Geburtenrate höher liegt als in Ländern, in denen das nicht so ist. Überall dort, wo der individuelle Anspruch nach Gleichstellung der Geschlechter mit der gesellschaftlichen Realität, das heißt den Rahmenbedingungen übereinstimmt, haben wir höhere Geburtenraten. Männer wollen ebenso wie Frauen ihre Erwerbstätigkeit mit Zeit für ihre Familie, vor allem für ihre Kinder vereinbaren. Das lässt die Realität in der Regel aber nicht unbedingt zu. Frauen hingegen möchten ihren Bildungsvorsprung in eine existenzsichernde Beschäftigung umsetzen und gleichzeitig Kinder haben. Auch das lässt die Realität in Deutschland nur schwer zu.

Und ich glaube aus fester Überzeugung, es ist nicht allein eine Frage des Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern hier ist insbesondere die Wirtschaft gefragt, die es jungen Eltern ermöglichen muss, ihre Arbeitszeit flexibler einzurichten, um nicht aus dem Beruf für die Elternzeit oder für die aktivste Phase der Elternzeit in den ersten Lebensjahren eines Kindes aussteigen zu müssen.

Und, Herr Holter, Sie sprachen Qualifizierung in der Elternzeit an. Also das Programm für die Parlamentarischen Staatssekretäre wurde bereits 2000 eingeführt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich weiß das, ich habe das finanziert. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Soweit ich weiß, wird das ja ständig weitergeführt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Viel zu wenig machen wir da.)

Und auch für mich ist es keine Alternative, ein Betreuungsgeld dafür zu zahlen, dass Eltern zu Hause bleiben und ihre Kinder rund um die Uhr betreuen. Das mag ein Ergänzungsangebot sein, aber zielführend für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist das nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wenn wir die Rahmenbedingungen also für mehr Familienfreundlichkeit im Sinne von Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, könnte sich dies auch durchaus positiv auf die Geburtenrate auswirken. Eine Umkehr der Bevölkerungsentwicklung ist aus meiner Sicht aber auch dann nicht zu erwarten.

Herr Ministerpräsident hat vorhin schon sehr weit ausgeführt, wie die Landesregierung sich vorstellt, wie man die Weichen stellen kann, um den neuen Anforderungen, das heißt den neuen alten Anforderungen, um das mal mit Herrn Holter zu sagen, gerecht zu werden. Wir müssen uns auf weiter zurückgehende Einwohnerzahlen – gerade auch in der Fläche – einstellen, und wir müssen uns auf eine älter werdende, aber auch auf eine länger leistungsfähig bleibende Gesellschaft einstellen.

Die Wohnungswirtschaft hat dieses Thema längst für sich entdeckt, die Unternehmensverbände tun dies endlich auch. Herr Holter sprach das vorhin an. Ich sehe allerdings die Ergebnisse oder die Beiträge, die dort geleistet wurden, teilweise durchaus als hoffnungsvoll an. Wenn man sich die Berichterstattung über den Demografiekongress durchliest, liest man auch, dass von besserer Entlohnung dort die Rede war, von besserer sozialer und gesundheitlicher Betreuung, Teilzeitmodellen, besserer Kinderbetreuung, besseren Angeboten für ältere Arbeitskräfte, weil nämlich die Zahl der 60 bis 69 Jahre alten Menschen im Land deutlich zunehmen würde – also durchaus die Erkenntnis, dass wir hier seitens der Wirtschaft mit mehr Geld, besserer Bezahlung, besserer Nutzung des Potenzials älterer Bürger planen müssen.

Die Frühverrentung der vergangenen Jahre ist damit hoffentlich endgültig Vergangenheit. Wir können es uns einfach nicht länger leisten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

auf die Potenziale älterer Menschen zu verzichten, und ich persönlich finde das auch sehr gut so.

Wir wissen, dass in Mecklenburg-Vorpommern die östlichen Landkreise darüber hinaus mehr Einwohner verlieren werden als die westlichen, und das stellt hier für uns noch einmal ganz besondere Herausforderungen dar.

Ich will hier nicht den Begriff der gleichwertigen Lebensverhältnisse bemühen, aber das Thema "chancengleich" fand ich von Herrn Holter eben schon sehr richtig besetzt. Wir müssen in unserem Land dafür sorgen, dass auch in den dünner besiedelten Landstrichen die dort lebenden und älter werdenden Menschen teilhaben können an den öffentlichen Angeboten der kommunalen Fhene

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

denn kommunale Selbstverwaltung ist kein Selbstzweck, sondern dient immer der örtlichen Gemeinschaft und muss sich auch daran messen lassen. Dies ist auch eine der herausragenden Aufgaben unserer Enquetekommission "Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung". Wenn wir kommunale Selbstverwaltung ernst nehmen, müssen wir auch berücksichtigen, was denn hier selbst verwaltet wird und was die örtliche Gemeinschaft – also die Bürgerinnen und Bürger, die in ihr leben – davon hat. Ich muss für meine Einwohnerinnen und Einwohner beantworten können, wie sie an ihre ärztliche Versorgung, ihre Kinderbetreuung, ihre Weiterbildung, die

Essenszuschüsse für ihre Kinder und so weiter und so fort kommen.

Heute ist es für kleine Gemeinden nicht mehr möglich, alle Leistungen selbst vorzuhalten beziehungsweise alle sogenannten Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung im eigenen Wirkungskreis selbst zu erfüllen. Für eine große Anzahl unserer Gemeinden, wenn man mal ganz ehrlich ist, lässt sich auch rückblickend sagen, dass sie noch nie in der Lage waren, die kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben zumindest überwiegend selbst und eigenständig zu erfüllen.

Und weil dies so ist, sind Angebote wie beispielsweise die Fahrbibliotheken entstanden, die durch die kreiskommunale Ebene für die Gemeinden und ihre Einwohnerinnen und Einwohner erbracht werden. Anstatt solche Angebote – und es gibt davon ja auch nur noch sehr wenige – einzustampfen, sollten wir vielmehr darüber nachdenken, ob andere Angebote, die eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, sich ähnlich realisieren lassen, und dies ganz besonders im Hinblick auf den Rückgang der Bevölkerung und die Alterung der Gesellschaft, die auf der einen Seite eine weitere Ausdünnung von Angeboten und auf der anderen Seite eine Einschränkung der Mobilität unserer Menschen vermuten lassen.

Ich komme zum Schluss, sehr geehrte Damen und Herren:

(Udo Pastörs, NPD: Gott sei Dank!)

Ob nun im Wirtschafts- oder Sozialausschuss, in der Enquetekommission oder auch im Integrationsbeirat, dazu kommen wir noch – bei allem, was wir hier erörtern und beschließen, müssen wir immer auch die Aspekte der demografischen Entwicklung mitdenken. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roolf.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Michael Roolf, FDP: Das fällt mir aber schwer.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Demografischen Wandel gestalten", das hört sich sehr staatstragend, sehr bedeutend und sehr wichtig an.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ist es auch.)

Ich denke mal, das ist auch ein Thema, bei dem es sich immer wieder lohnt, es auf die Agenda zu heben. Aber wir sollten uns auch ein Stück weit unseren Realitäten stellen.

Wenn wir heute die Rede des Ministerpräsidenten gehört haben, dann war sie eher eine Rede zu einem Amtsantritt und nicht eine Rede eines Ministerpräsidenten, der seit elf Jahren – seit elf Jahren haben wir Sozialdemokraten als Ministerpräsidenten – hier maßgeblich die Politik gestaltet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür sind Sie in zwei Jahren wieder raus, Herr Roolf.)

Wir haben viele, viele Jahre auf diesem Feld

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genießen Sie es noch ein bisschen!)

aktiver Arbeit in Mecklenburg verloren.

Und, Kollege Holter, Sie waren zwischen 1998 und 2006 sehr aktiv daran beteiligt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Natürlich.)

dass wir genau an dem Punkt stehen, wo wir heute stehen. Und wenn meine Erinnerung an die demografischen Studien richtig ist, dann haben wir sogar vor 10, 15 Jahren noch viel größere Aufgaben vor uns gehabt und noch mit viel extremeren Veränderungen für dieses Land rechnen müssen. Heute, wo es sich Gott sei Dank ein Stückchen positiver für unser Land entwickelt, stellen Sie hier gemeinsam einen Offenbarungseid Ihrer politischen Arbeit

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Ganz genau so ist das.)

zwischen 1998 und 2006 dar.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: So ein Schmarrn!)

Und an die Kollegen der CDU sage ich auch ganz klar und deutlich: Finden Sie zur Kraft der CDU zurück! Lassen Sie sich nicht weiter sozialdemokratisieren!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Es ist eine Erkenntnis, dass das Verteilen der Dinge erst erwirtschaftet werden muss. Wir müssen erst erwirtschaften und können dann die Dinge verteilen.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Passen Sie mal auf, dass Westerwelles Schuhe nicht zu groß sind für Sie! – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und wenn wir dann bei den Dingen sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die sind ein bisschen zu groß für Sie, die passen nicht nach Mecklenburg-Vorpommern. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die wirklich für einen demografischen Wandel hier in Mecklenburg-Vorpommern wichtig sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, wir haben ja noch ein paar Anträge.)

dann schauen Sie sich doch einfach mal die Reaktionen aus diesem Land auf die entscheidenden Dinge an!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nehmen Sie zum Beispiel die Hartz-IV-Debatte von Westerwelle!)

Da macht sich eine Bundesregierung auf den Weg und macht als Allererstes eine Kindergelderhöhung für die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern.

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben wir hier debattiert. – Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Und die Reaktion aus diesem Land ist, dass die ...

(Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Habe ich was gehört?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, Frau Präsidentin?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also, ich bitte doch darum, jetzt dem Redner zuzuhören und ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank.)

Michael Roolf, FDP: Genau.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Und die einzige Reaktion, die ich von der Sozialministerin dieses Landes höre, ist: Diese Kindergelderhöhung ist falsch!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat sie nicht gesagt.)

Stattdessen zahlen die Eltern im Augenblick durch die Politik dieser Landesregierung in den Ballungsgebieten, in den größeren Ortschaften zwischen 15 und 16 Euro mehr für die Kinderbetreuung. Das, was die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, nämlich eine Entlastung von 20 Euro, hat diese Landesregierung sofort wieder aufgefressen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

und hat den Eltern und den Kindern das Geld wieder weggenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und dann kommen wir zu den Chancen von jungen Menschen und zu den Chancen der Wirtschaft. Das möchte ich gerne verbinden.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen wir noch mal über die Systematik des KiföGs reden.)

In Mecklenburg-Vorpommern bewegen wir uns auf ein System zu, dass die Buslinie die Bildungslinie entscheidet.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Und das ist eine Politik, die kann nun weiß Gott nicht von uns Liberalen mitgetragen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir brauchen eine wirklich freie Entwicklung schulischer Angebote. Wir brauchen für die Voraussetzung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Privatschulen.)

um den demografischen Wandel zu gestalten, eine freie Entscheidung der Eltern und der Kinder für einen Bildungsweg.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das darf nicht über die Buslinie entschieden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Minister Henry Tesch)

Und wir haben die Instrumente und wir nutzen sie nicht.

Ich bin am Montag bei einem Arbeitskreis "Schule Wirtschaft" gewesen. Es ist erstaunlich – und man kann nur mit höchstem Respekt von dem Ehrenengagement in diesem Bereich sprechen –, es ist erstaunlich, was dort geleistet wird. Es ist ein Trauerspiel, wie das von Landesseite begleitet wird, wie unkoordiniert das läuft, wie diffus das läuft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir konterkarieren mit solch einer Politik hier im Land die ehrenamtliche Arbeit vor Ort, und da kann ich uns alle aufrufen: Der demografische Wandel muss am Anfang mitgestaltet werden, dort, wo Kinder sind,

(Udo Pastörs, NPD: Wo noch Kinder sind.)

dort, wo Kinder in den Schulen die Verbindung in die Wirtschaft finden, und dann geht es weiter zu den Berufsschulen. Unsere Antwort ist einfach nur ein Sterben der Berufsschulen hier im Land.

(Gino Leonhard, FDP: Richtig. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie erzählen.)

Wir können und werden uns den Voraussetzungen hier so überhaupt nicht stellen können, wie es im Augenblick vom Bildungsministerium begleitet wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank haben Sie keine Regierungsverantwortung.)

Und genau da müssen wir wieder für eine zukunftsorientierte Wirtschaft die Rahmenbedingungen finden. Wir brauchen eine hoch qualitative, ortsnahe Berufsausbildung in diesem Land,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir.)

denn nur wenn wir das erreichen, dann bleiben die jungen Menschen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir.)

auch dauerhaft in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Harry Glawe, CDU, und Irene Müller, DIE LINKE)

Frau Präsidentin, ich denke mal, die Äußerung des Bildungsministers haben Sie zumindest mitgehört. Ich will sie hier nicht wiederholen und auch nicht kommentieren.

Und dann kommen wir zu dem Problem der älteren Leute. Bei den älteren Bürgern sage ich Ihnen ganz ehrlich, haben wir als Liberale ein konkretes Angebot gemacht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na?)

Sie können ja lachen, aber wir haben den MarktTreff und den Gesundheitstreff Ihnen hier im Parlament vorgestellt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh! Alte Hüte!) Ja, ja, genau.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Immer kommt der mit den alten Hüten wieder! Mann, Mann!)

Also, wir sagen ganz konkret, zur Vitalisierung des ländlichen Raumes brauchen wir ein Angebot, damit die Menschen vor Ort einkaufen können,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

damit das soziale Engagement vor Ort sich wieder zusammenführt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

und wir brauchen die medizinische Betreuung vor Ort. Wir brauchen die Möglichkeiten, so, wie es in Schleswig-Holstein schon ist, dass zwei Praxen in diesen Gesund-

heitstreffs eingerichtet werden, dass die Menschen nicht denken, dass AGnES die Antwort hier in Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, wir wollen eine flächendeckende medizinische Betreuung,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

auch in den ländlichen Regionen. Und das sind unsere Angebote

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

hier für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Und wenn wir dann,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie wollen wohl Staatspraxen haben, Herr Roolf, ja?)

und wenn wir dann sagen, wir müssen ein Stückchen

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Herr Kollege Methling, wenn wir dann sagen, wir müssen auch an die Verwaltungsreform herangehen, dann stelle ich wieder die Frage: Wer in diesem Land hat eigentlich die erste Gebietsreform und Verwaltungsreform verrissen?

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Meine Damen und Herren, das waren Sie von der PDS und Sie von den Sozialdemokraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Also machen Sie heute nicht wieder den gleichen Fehler! Lassen Sie uns heute die Verwaltungsreform, die Kommunalreform einmal wirklich konsequent bis zu Ende denken,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir, haben wir.)

nicht wieder, ...

Ja, haben wir.

... nicht wieder Halbheiten machen.

Und, Herr Kollege Nieszery, wenn Sie sagen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wenn Sie sagen, haben wir,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Im Gegenteil, im Gegenteil.)

dann hätten wir heute im Innenausschuss

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

nicht so einen großen Berg voller neuer anzufragender und anzuhörender Themen. Wenn Sie es wirklich zu Ende gedacht hätten, dann wären Sie irgendwo auf einem Stand, der auch Gesetzesreife hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie meinen die Funktionalreform, oder?!)

Genau das haben wir in diesem Augenblick nicht.

Ich will abschließend für die Liberalen sagen: Mecklenburg-Vorpommern hat Glück gehabt, hat viel Glück gehabt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, weil Sie so lange nicht in die Regierung kamen, in die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern.)

dass die düsteren Studien, dass die düsteren Prognosen in der Verwaltung und bei der demografischen Entwicklung des Landes nicht eingetreten sind. Wir haben aber Pech gehabt, dass wir von 1998 bis 2006 eine Regierung gehabt haben, die nicht mal die Minimalanforderungen erledigt hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da haben Sie ja ein klares Feindbild, oder?! – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Roolf.

(Heinz Müller, SPD: Also meine Liebe zur FDP wird irgendwie kleiner.)

Ich mache an dieser Stelle noch mal darauf aufmerksam, dass selbstverständlich die Geschäftsordnung gilt und Bemerkungen und Äußerungen von der Regierungsbank nicht zulässig sind während der Debatte.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

(Harry Glawe, CDU: Oh, muss das jetzt sein?)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Zukunftswillen und die Zuversicht eines Volkes, die Einstellung zu Familie und Kindern erkennt man eindeutig an der Geburtenrate, und die Geburtenrate ist wiederum das Ergebnis der von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen, in denen sich all das abspielt, was man unter Volksleben subsumieren kann. Die Aktuelle Stunde heute wäre eine gute Gelegenheit gewesen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

wenn die christlich Angehauchten der CDU, Herr Glawe, unseren Bürgern im Lande klaren Wein eingeschenkt hätten. Eine selbstkritische Bestandsaufnahme von Ihnen jedoch war hier nicht zu erwarten, meine Damen und Herren. Sie reden von "demografischen Wandel gestalten". Was wir brauchen, ist aber nicht nur eine Gestaltung, sondern eine wirkliche demografische Definition der Veränderung,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben nicht zugehört.)

und zwar zum Positiven. Und dies bedeutet ganz schlicht und ergreifend mehr deutsche Kinder in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

Sie glauben wie die LINKEN,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und was ist mit den ausländischen Kindern?)

mit dem Zurverfügungstellen eines

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Blond und blauäugig.)

vom Staat finanzierten Ganztagskrippenplatzes

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schöne arische Kinder wieder in Mecklenburg-Vorpommern.)

mit warmem Mittagessen hätten Sie Revolutionäres geleistet.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Und dass Sie hier in der Aktuellen Stunde auch noch das Motto wagten "Kinderlachen zulassen", zeigt allzu deutlich,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

mit welchem Zynismus Sie sich dieses Themas angenommen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, zynisch sind Sie, Herr Pastörs.)

Eltern wie Kindern ist durch Ihre asoziale Politik der letzten 20 Jahre

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind fast widerlich. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

nun wirklich nicht zum Lachen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ihre familienfeindliche Politik, Ihr Festhalten an einem pervertierten politischen Konzept,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja?)

das Sie Emanzipation nennen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh ja.)

hat auch zu der Situation geführt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Emanzipation ist pervers. Das ist ja 'ne tolle These.)

dass wir nicht nur an Kinderarmut leiden, sondern die wenigen Kinder, die wir überhaupt noch haben, im wahrsten Sinne des Wortes in unserem Lande arm sind. Es ist eine Tatsache, dass das höchste Armutsrisiko für Erwachsene in diesem Land Kinder sind.

Das Ergebnis Ihrer Politik ist, dass die hohe Zahl von alleinerziehenden Müttern weitestgehend sich selbst überlassen bleibt. Das ist Frauenfeindlichkeit in höchster Potenz, meine Damen und Herren. Dieser Staat ist längst nicht mehr Vater Staat. Wäre es so, bräuchte Ihre eigene Losung heute hier – "Kinderlachen zulassen" – kein Gegenstand von Diskussionen zu sein.

Sie sind mir eine feine Gesellschaft, Herr Glawe,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Glawe ist keine Gesellschaft.)

produzieren Missstände am laufenden Band und spielen sich dann mit rhetorischen Luftblasen als moralische Instanz auf.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sagen Sie, Herr Minister Sellering, Herr Seidel und vor allen Dingen auch Frau Sozialministerin Schwesig: Wer regiert hier eigentlich?

> (Harry Glawe, CDU: Bla, bla, bla! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank Sie nicht, Herr Pastörs!)

Das sind doch Sie! Oder irre ich mich da?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Auch an den Früchten sollt ihr sie erkennen.

(Heinz Müller, SPD: Sie sind mir ein Früchtchen!)

Seit 1989, wo das mit den blühenden Landschaften beginnen sollte, meine Damen und Herren von der CDU, haben über 150.000 Menschen auf der Flucht vor Ihrer Politik, Herr Holter, in erster Linie – zu Ihrer Zeit war der größte Exidus –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Exodus.)

das Land verlassen und sie sind nicht zurückgekommen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war ein Fremdwort, das ist schwierig, und dann auf Lateinisch.)

trotz, trotz,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Irene Müller, DIE LINKE)

trotz, ...

Sie sind mir ein feiner Deutscher.

... trotz des Marketingschwindels der Landesregierung "mv4you". Die Familien verfügen in MV über das geringste Einkommen ganz Deutschlands. Und, Herr Seidel, Sie wissen, dass das so ist. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes sind 36 Prozent aller Sozialhilfeempfänger Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Sie sprechen von Kinderlachen. Sie sollten von Kinderweinen reden, Frau Sozialministerin Schwesig! Da helfen auch Ihre Sprechblasen in den Palaverrunden der Systemmedien nicht weiter.

Schauen wir uns den Bildungsbereich an! Da jagt eine Schulreform die nächste.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Tesch, mit SED-Kampfsprüchen während Ihrer Zeit als Apparatschik der NVA waren Sie auf Zack.

(Wolfgang Giese, DIE LINKE: So ein Blödsinn, also!)

Das Ergebnis Ihrer Bildungspolitik ist jedoch so fade wie der Inhalt Ihrer wohlfeilen Reden hier in diesem sogenannten Hohen Hause.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Über 80.000 funktionale Analphabeten in Mecklenburg-Vorpommern, ein Chaos in der Personalpolitik der Lehrerschaft

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Sebastian Ratjen, FDP)

und bis zum heutigen Tage die ungeklärte Situation, wer denn letztendlich die Finanzierung für den Transport der Schüler zur Schule überhaupt übernimmt.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Ihnen hier zuzuhören, Herr Glawe, ist eine Zumutung

(Harry Glawe, CDU: Guten Morgen!)

für jede alleinerziehende deutsche Mutter

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das geben wir gerne zurück, das Kompliment.)

und für jeden deutschen Vater. Ihr Zynismus und Ihr zynisches Agitieren

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

sind vom Volk längst durchschaut.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich komme zum Schluss.

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Sie, meine Damen und Herren der CDU-SPD-Koalition, sind die Totengräber der Nation

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

und als solche werden Sie in die Geschichte eingehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie werden bald aus der Geschichte abtreten, Herr Pastörs. – Harry Glawe, CDU: Sie müssen doch zum Arzt.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, Sie haben in Ihrer Rede das Landesparlament verächtlich gemacht. Das ist eine Verletzung der Würde des Hauses. Gemäß Paragraf 97 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erteile ich Ihnen hiermit

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Harry Glawe, CDU)

den zweiten Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf nach sich zieht, dass Ihnen für die heutige Sitzung das Wort entzogen wird.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger für die Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Auf das, was eben zuletzt hier gesagt wurde, gehe ich nicht ein, dazu ist mir die Zeit zu schade.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist auch richtig so, Herr Kollege.)

Ich kann nicht immer gegen Vorurteile ankämpfen, aber, Herr Holter, zu Ihnen möchte ich eines sagen:

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Also wir hatten zwei Sozialministerinnen in diesem Lande, die der PDS oder der LINKEN angehört haben, acht Jahre lang, und wir hatten einen Arbeitsminister, der auch Ihrer Partei angehört hat.

(Michael Roolf, FDP: Der hat den demografischen Wandel angepackt, genau so.)

Und was Sie jetzt hier beklagen, ist das Ergebnis von acht Jahren, in denen da nichts gemacht worden ist,

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

und das stellen wir heute fest.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Irene Müller, DIE LINKE: Ganz im Gegenteil.)

Aber ich will zu einem ganz anderen Teilaspekt reden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir haben die Arbeitsförderung neu gemacht. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE) Ich bin schuld daran, dass wir "Kinderlachen zulassen" in unser Thema aufgenommen haben, und dazu gibt es hier Grund. Meine Damen und Herren, ich glaube, darin bin ich mir mit den Demokraten im Hause einig:

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die gesunde geistige und körperliche Entwicklung unserer Kinder ist der entscheidende Faktor für die Zukunft unserer Gesellschaft. Ich glaube, darauf dürften wir uns einigen. Und was wir besonders brauchen, ist neben all dem, was hier gesagt worden ist – von meinem Fraktionsvorsitzenden, von dem Ministerpräsidenten – zu den materiellen Dingen, die wir auf den Weg gebracht haben, die wir schon umgesetzt haben und die noch kommen werden, ein kinderfreundliches Klima in unserer Gesellschaft. Und ich sage das hier mit allem Ernst: Davon sind wir in unserer Gesellschaft ein gutes Stück weit entfernt. Das ist bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich will das auch belegen. Solange Kinderlachen und der Lärm, den Kinder beim Spielen machen, nur unter dem Gesichtspunkt der Belästigung gesehen wird, sind wir nicht kinderfreundlich. Und im Gegensatz zu dem, was hier von Herrn Pastörs gesagt wurde,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

haben wir das deswegen draufgesetzt, weil wir der Meinung sind, dass Kinderlachen, Kinderlärm, Kinderspielen nicht Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten sein sollten. Und wir wissen seit dem letzten Freitag, dass es hier eine sehr breite Mehrheit im Deutschen Bundesrat gegeben hat. Wir sind darüber sehr froh.

(Udo Pastörs, NPD: Gott sei Dank!)

Aber damit ist keine Gefahr gebannt, denn das ist eine Entschließung,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

das war kein Gesetzesantrag, keine Gesetzesinitiative. Ich will das nicht bekritteln, ich bin heilfroh, dass es überhaupt zu dieser Entschließung mit dieser breiten Mehrheit und diesem Inhalt gekommen ist, aber wir haben nach wie vor Urteile in der Welt: Das Verwaltungsgericht Schwerin hat mit knapper Not, mit knapper Not und einer sehr umfänglichen Begründung im einstweiligen Verfahren einen Antrag von Nachbarn gegen einen Kindergarten abgelehnt – jetzt nicht etwa in einem reinen Wohngebiet, sondern im allgemeinen Wohngebiet, in einem Gebiet, in dem eigentlich fast alles zulässig ist, und das Landgericht Hamburg hat im reinen Wohngebiet zum Ausdruck gebracht, dass Kindergärten dort nicht zulässig sind.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Skandal erster Ordnung.)

Was ist das für eine Gesellschaft, in der Kinderlärm nur als Belästigung empfunden wird?

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Im November letzten Jahres hat Rheinland-Pfalz den Antrag, über den ich sprach, im Deutschen Bundesrat eingebracht. Und ich sage Ihnen das ganz offen: Ich hatte geglaubt, die Mehrheit steht und wir fangen hier schon mal an. Deswegen gab es einen Antrag, den ich ehrlich gesagt wirklich mit sehr viel Empfindung geschrieben habe. Und diesen Antrag wollte ich so verstanden

wissen, dass wir schon mal anfangen, denn die bundesgesetzliche Regelung, insbesondere die Änderung der Baunutzungsverordnung und anderer bundesrechtlicher und technischer Regelungen, ist das eine, aber das Umsetzen im Lande ist das andere. Und ich wollte, dass sich dieses Hohe Haus in der Februarsitzung mit genau dieser Frage befasst. Wir wollten der Landesregierung einen Auftrag erteilen, schon mal vorzuarbeiten. Das ist eigentlich unsere Aufgabe als Landtag.

Es kam anders, Sie haben das in der Zeitung gelesen. Zu meiner großen Überraschung sind wir uns da nicht einig geworden – und ich beklage das nicht, das ist in einer Koalition so –, dann wird aus dem Antrag zunächst mal nichts. Aber wer mich kennt, weiß auch, dass ich nicht einfach so die Flinte ins Korn werfe. Und deswegen habe ich den Antrag ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen werden nicht abgestimmte Anträge in der Aktuellen Stunde beraten. Das ist ein toller Trick von Ihnen.)

Ja genau, deswegen, Herr Nieszery, – das war klar, ne? – habe ich den Antrag noch mal gestellt. Und ich hatte jetzt eigentlich geglaubt, nun hätten wir uns verstanden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir demnächst dann auch mal, die abgelehnten Anträge hier diskutieren im Landtag.)

Nein, Herr Nieszery, es muss an diesem Punkt gesagt werden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir gerne mit Ihnen, Herr Kollege, das machen wir dann auch mal.)

denn ich erkenne an,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da haben wir genug auf Lager, da können Sie sicher sein.)

dass in einer Koalition ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Tolle Stimmung in der Koalition hier. – Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Also ich sage jetzt noch mal: Kinder sind mir so wichtig, dass ich dieses Thema an diesem Pult so behandle, wie ich das für richtig halte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch in Ordnung, das ist doch in Ordnung, Herr Jäger. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist doch richtig so.)

Und deswegen sage ich noch mal: Ich hatte da mit der Sozialministerin gesprochen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ihr mein Anliegen erklärt. Die Deutsche Kinderhilfe hatte sich ziemlich deutlich geäußert. Sie sehen aus der heutigen Tagesordnung, wir sind da noch nicht. Worum ich heute werben möchte, ist, dass wir, nachdem wir jetzt endlich am Freitag eine vernünftige, gute Entschließung des Bundesrates haben,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass wir nun weitergehen können. Wie auch immer, mein Wunsch wäre,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass wir die Landesregierung als Landtag bitten können, die Dinge, die jetzt im Bundesrat angestoßen worden sind, die jetzt der Bundesgesetzgeber regeln muss, in landesrechtlichen Dingen aufzuarbeiten.

> (Irene Müller, DIE LINKE: Ich wusste ja schon immer, dass die CDU viel freundlicher ist als die SPD zu den Kindern.)

Aus dem Antrag ergibt sich im Einzelnen, was wir brauchen, ich will das hier nicht sagen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es sieht noch nicht so aus, aber der Frühling kommt bald. Und ich wünsche mir sehr, dass Kinder draußen ungestört herumtollen können, ohne dass einer nach dem Richter ruft. Ich wünsche mir, dass unsere Kitas ihre Kinder wieder nach draußen schicken können, damit sie frische Luft haben können. Helfen Sie mir dabei, dann hat sich für mich mein Beitrag heute sehr gelohnt und für die Kinder auch. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Ich schließe die Aussprache.

(Irene Müller, DIE LINKE: Mäßiger Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 5/3313 ein Antrag zum Thema "Neuaufteilung der Theater- und Orchesterfinanzierung per Erlass unverzüglich regeln" vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung des Antrags gewünscht? – Bitte schön, Her Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir schlagen den besagten Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung vor. Er hat folgenden Wortlaut:

"Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Regelungen zur Neuaufteilung der Zuweisungen für Theater und Orchester nach §§ 10 Abs. 1 Nummer 1 Buchstabe e und 19 FAG ... unverzüglich zu erlassen."

Die Begründung verlese ich hier nicht, ich verweise auf die Dringlichkeit. Dringlichkeit ist geboten, weil die Theater und Orchester Planungssicherheit brauchen. Sie befinden sich mitten in der Spielsaison. Sie planen für die nächste Spielzeit. Uns erreichen darüber hinaus als Fraktion DIE LINKE, das wird Ihnen wahrscheinlich nicht anders gehen, alarmierende Zeichen dafür, dass zumindest an den Standorten Stralsund und Neubrandenburg Insolvenzgefahr droht, nicht allein deshalb, aber auch deshalb, weil die Landesregierung nicht handelt.

Wenn jetzt jemand kommen möge und sagen würde: "Heute früh haben wir diesen Erlass fertig", so sollten wir uns davon nicht beeinflussen lassen. Wir betonen die Unverzüglichkeit des Handelns. Also ohne schuldhafte

Verzögerungen ist es notwendig, Planungssicherheit zu schaffen. Das war im Übrigen, damit möchte ich schließen, ein Anspruch von Ihnen, Herr Tesch, und von Herrn Caffier, als Sie im August 2008 das Eckpunkte- und Diskussionspapier vorgestellt haben. Planungssicherheit war ein ganz großes Credo für Sie. Der politische Alltag sieht anders aus. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Minister Henry Tesch)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Bitte schön, Herr ... Oh, Moment, jetzt habe ich zwei, einer darf nur.

(Mathias Brodkorb, SPD: Dann machen Sie mal!)

Dann bitte, Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Herr Koplin! Meine Damen und Herren! Uns liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE vor, der in der Tat ein Thema berührt, das in den vergangenen Monaten im Lande mit erheblicher Emotionalität diskutiert wurde. Aber jetzt können wir es mit der Emotionalität an dieser Stelle auch beenden. Der Antrag, das kann man ohne Zweifel sehen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

will vor allen Dingen eines:

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Er will der Landesregierung beweisen, dass es dringend notwendig ist, dass die Opposition dafür Sorge trägt, dass diese arbeitet.

> (Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr richtig. – Irene Müller, DIE LINKE: Ja, richtig.)

Kurz und bündig,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

meine Damen und Herren von der LINKEN, jetzt teile ich Ihnen mal ein paar freundliche Dinge mit.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir stellen fest, dass die Finanzierung der Theaterund Orchesterlandschaft nicht geregelt ist.)

Und danach, Herr Holter, wird es so sein, dass entweder Sie oder Herr Koplin, wenn es denn vernünftig ist, Ihren Antrag zurückziehen. Wenn Sie es nicht tun, sage ich an dieser Stelle, dass wir die Dringlichkeit dann ablehnen werden.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Also, meine Damen und Herren, in der letzten Woche hat die Theater AG abschließend getagt. Es gibt eine Geschäftsordnung der Landesregierung, die Sie, Herr Holter, ja wohl noch gut kennen werden,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja. – Helmut Holter, DIE LINKE: Die 1 oder die 2?)

und genau nach dieser Geschäftsordnung ist jetzt vorzugehen.

Mit dem heutigen Tage – das haben Sie sehr gut geahnt, Herr Koplin – ist es in der Tat so, dass der Erlassentwurf den kommunalen Theater- und Orchesterträgern zugeleitet wird.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Welch ein Zufall!)

Und dann wird genau nach der Geschäftsordnung

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wusstet ihr doch.)

das, was Sie begehren, meine Damen und Herren von den LINKEN, erfolgen, nämlich: Wir werden den Erlass unverzüglich regeln und die Landesregierung wird die Neuaufteilung der Theater- und Orchesterfinanzierung vornehmen, so, wie es sich gehört. Und mit dem heutigen Tage hat dies bereits begonnen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Am 10. März, am 10. März!)

Herr Holter, es wäre schön, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen. Noch einmal für die Damen und Herren hier: Sollten Sie es nicht tun, werden wir die Dringlichkeit ablehnen. – Danke.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das nennt man Eigentor. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion der LINKEN und der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Dreizehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 30. Oktober bis 20. November 2009 und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes, auf Drucksache 5/3095, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 5/3304.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Dreizehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) vom 30. Oktober bis 20. November 2009 und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

- Drucksache 5/3095 -

- Dideksacije 3/3073 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses
- Drucksache 5/3304 -

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Dreizehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 30. Oktober bis 20. November 2009 und zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes auf Drucksache 5/3095. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3304 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3304 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3304 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte schön, Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Ich bitte, die Abstimmung zu wiederholen. Der Gesetzentwurf beinhaltet vier Artikel. Es ist nicht abgestimmt worden über Artikel 4 "Inkrafttreten, Außerkrafttreten". Und wegen der Rechtssicherheit für dieses wichtige Gesetz ist zumindest eine korrekte Abstimmung erforderlich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm, für den Hinweis.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Jawohl, so sind wir.)

Wir werden das jetzt prüfen.

(allgemeine Unruhe – Raimund Frank Borrmann, NPD: Die Sitzung ist unterbrochen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Abstimmung entsprechend dem Antrag von Herrn Bluhm gegebenenfalls wiederholen zu können

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und der Verwaltung ausreichend Zeit einzuräumen, unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 11.34 Uhr

Wiederbeginn: 11.40 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich bedanke mich noch mal ausdrücklich beim Abgeordneten und Vizepräsidenten Bluhm für den Hinweis. Es ist in der Tat hier ein Verwaltungsversehen passiert, weil der eigentliche Staatsvertrag nur drei Artikel enthält, aber unser Gesetzentwurf vier Artikel.

Ich gehe davon aus, dass die Einzelabstimmung zu den Punkten 1 bis 3 durchgeführt worden ist und auch nicht in Zweifel gezogen wird. Es bleibt uns also lediglich, noch einmal über Artikel 4 des Gesetzentwurfes abzustimmen und die Schlussabstimmung danach noch einmal zur Sicherheit zu wiederholen.

Deshalb rufe ich jetzt also noch einmal auf den Artikel 4 der Drucksache 5/3095 "Inkrafttreten, Außerkrafttreten". Wer diesem Artikel 4 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Artikel 4 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der LINKEN und der NPD angenommen.

Ich rufe jetzt noch einmal auf die Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3304 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/3304 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG –, auf Drucksache 5/3250, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 5/3306.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG – (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses – Drucksache 5/3306 –

Drucksache 5/3250 -

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern auf Drucksache 5/3250. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3306 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, der LINKEN und Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

So, jetzt habe ich aber vorsichtshalber noch mal geguckt. Es sind wirklich nur die beiden Artikel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 5/3250 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/3250 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes, auf Drucksache 5/2609, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Bildungsausschusses auf Drucksache 5/3270.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/2609 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 5/3270 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Ich eröffne damit die Aussprache.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vorliegenden Staatsvertrag ging es um die Zukunft der ZVS, um eine möglichst optimale Ausschöpfung der vorhandenen Studienkapazitäten mit örtlicher Zulassungsbeschränkung bei gleichzeitiger Gewährleistung eines maximalen Handlungsspielraumes bei der Auswahl von Hochschule und Studierenden.

Dies wäre mit dem vorliegenden Staatsvertrag gelungen. Leider allerdings ist im Verlauf der Besprechungen eine Änderung durch die Koalition herbeigeführt worden und damit wird sie also aus unserer Sicht mehr Bürokratie und Regelwut wieder mit einführen. Wir denken, es müsste genau in die entgegengesetzte Richtung, nämlich in Richtung mehr Hochschulautonomie gehen. Daher können wir dem Staatsvertrag mit den vorgeschlagenen Änderungen nicht mehr zustimmen.

Wir wollen trotzdem die Arbeit der ZVS, aber vor allem die des Bildungsministeriums weiter kritisch begleiten und dafür Sorge tragen, dass sie die Auswahlmöglichkeiten der Hochschulen nicht einschränken. Die Möglichkeiten der Hochschulen bei der Auswahl der Studierenden haben bundesweit zugenommen. Studienplätze waren zuletzt aufgrund von Mehrfachbewerbungen durch künftige Studierende vakant geblieben.

Angestrebt ist ein kooperatives Verfahren zur Abgleichung des Bewerbungsstandes von Studierenden. Hochschulen definieren weiterhin die Kriterien der Zulassung. Studierende können eine Priorisierung ihrer Studienwünsche vornehmen. Durch einen Mehrfachzulassungsabgleich werden Vakanzen vermieden.

Zur Erinnerung: Ab 1972 durften Beamte über das Studienschicksal von jungen Menschen entscheiden. Die sogenannte Studentenlandverschickung war unbeliebt und ineffizient. Die FDP plädierte schon lange für die Abschaffung der ZVS und ihrer damaligen Funktion. Das jetzt erreichte Ergebnis ist daher auch Teil kontinuierlicher liberaler Hochschulpolitik. Auch hier gibt es nun mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Gefordert war die radikale Umgestaltung der ZVS von einer starren Behörde in eine effiziente Dienstleistungseinrichtung. Das ist aus liberaler Sicht nur zu begrüßen.

Das Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes, wie es etwas bedrohlich heißt, fand unsere volle Zustimmung. Die Änderungen, die jetzt eingearbeitet wurden, lehnen wir dagegen ab, weil sie dem Geist des Staatsvertrages widersprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, wir werden uns deshalb der Stimme enthalten, aber sehen doch mit großem Unwohlsein, dass hier wieder versucht wird, die Hochschulautonomie auf diesem Weg einzuschränken. – Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Kreher, ich versuche es kurz und knapp zu machen, da Sie ja doch eine Aussprache wünschen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Trotz der dicken Mappe?)

Sie haben mit viel Aufwand am Kern der Sache vorbeiargumentiert und ich darf ankündigen, dass meine Worte auch für die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der CDU stehen.

Was hat die Koalition im vorliegenden Gesetzentwurf getan? Sie hat eingegriffen oder will eingreifen in das Hochschulzulassungsgesetz. Was steht da schon heute drin? Da steht Folgendes drin, damit alle auch noch mal nachvollziehen können, worum es eigentlich geht: Wenn eine Hochschule zum zweiten Mal in einem Studiengang mehr Bewerber hat, als sie eigentlich seriös ausbilden kann, als sie Studienplätze hat, dann muss diese

Hochschule – nein, falsch, im Gesetz steht, soll diese Hochschule eine Zulassungsbeschränkung vornehmen. Das ist heute in Mecklenburg-Vorpommern Recht und Gesetz.

Und dann haben wir aber als Koalitionsfraktionen darum gebeten, uns vom Ministerium darstellen zu lassen, wie denn die Praxis aussieht an den Hochschulen. Da gibt es diesen dicken Ordner, Herr Kreher, den auch Sie haben, und ich würde Ihnen empfehlen, da mal reinzusehen.

(Michael Roolf, FDP: Oh!)

Da können Sie zum Beispiel Folgendes feststellen, ich nehme ein Beispiel heraus: Beim Lehramt Gymnasium Mathematik an der Universität Rostock betrug die Auslastung im Wintersemester 2006/2007 258 Prozent bei den Erstsemestern. Ein Jahr später betrug die Auslastung 149 Prozent und ein weiteres Jahr später, nämlich im Wintersemester 2008/2009 393 Prozent. Es kommen nicht vier Bewerber auf einen Studienplatz, sondern vier Studenten auf einen Studienplatz, und zwar Lehrerstudienplätze, Herr Kreher. Sie sind doch auch Lehrer. Und das sind doch Zustände, die wir als Land nicht zulassen können. Wir können doch nicht zulassen, dass Studenten unter miserablen Bedingungen in unserem Land ausgebildet werden, jedenfalls, was die Platzkapazitäten und die Personalkapazitäten angeht, weil die Hochschulen nicht ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, Hochschulzulassungsbeschränkungen einzuführen.

Ich weiß auch nicht, was Sie da immer von Hochschulautonomie reden. Auch für die Hochschulen gilt die Verfassung, gilt der Rechtsstaat und gelten die Gesetze. Da sind keine Sonderregelungen. Das Einzige, was wir jetzt als Koalition machen, das wirklich Einzige ist Folgendes, wir ersetzen das "sollen" durch ein "müssen". In Zukunft sollen die Hochschulen nicht nur Hochschulzulassungsbeschränkungen einführen, sondern sie müssen sie einführen, damit Studenten in diesem Land vernünftig ausgebildet werden können.

(Hans Kreher, FDP: Müssen!)

Jetzt haben wir aber den Hochschulen noch, das ist die zweite Änderung,

(Hans Kreher, FDP: Müssen!)

die Möglichkeit gegeben zu sagen, falls ihr gut begründen könnt, warum ihr glaubt, dass eine Hochschulzulassungsbeschränkung doch nicht notwendig ist, weil es ein einmaliger Vorgang ist zum Beispiel, dann könnt ihr eine Ausnahmegenehmigung beim Bildungsministerium beantragen.

Und ich finde, Herr Kreher, ich bin da immer wieder ohne Verständnis für Ihre Argumentation,

(Michael Roolf, FDP: Das beruhigt uns.)

dass wir als demokratische Abgeordnete alle dazu beitragen sollten, dass alle staatlichen Einrichtungen die Gesetze einhalten. Da kann ich wirklich auch mal in Richtung Ministerium sagen: Auch das Thema Rechts- und Fachaufsicht steht natürlich auf der Tagesordnung, weil die Hochschulen hätten bisher bereits dieser Rechtsnorm folgen müssen. Mir sagen die Juristen immer, "sollen" heißt nicht, du kannst machen, was du willst, sondern "sollen" heißt, du musst, wenn du kannst und die sachlichen Gründe dafür vorliegen. Und das ist nicht geschehen.

Und damit ist jetzt Schluss, Herr Kreher! Wir wollen, dass unsere Studenten gut ausgebildet werden, insbesondere die Lehrer, damit unsere Schüler auch gut ausgebildet werden in Mecklenburg-Vorpommern, und deswegen ist die Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes richtig. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung sowie zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes auf Drucksache 5/2609. Der Bildungsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3270 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN, Gegenstimmen der Fraktion der NPD und Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses auf Drucksache 5/3270 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses auf Drucksache 5/3270 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, Gegenstimmen der Fraktion der NPD, Stimmenthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 5: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Staatsvertrag über die Versorgungslastenteilung bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln und zur Neuregelung der Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln, auf Drucksache 5/3272.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Staatsvertrag über die Versorgungslastenteilung bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln und zur Neuregelung der Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln (Erste Lesung)

Drucksache 5/3272 -

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Heike Polzin. Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Spannende Überschrift.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh ja.)

Wir hätten sie auch gar nicht nötig, wenn es die Föderalismusreform I in diesen Auswirkungen nicht gegeben hätte,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

denn dies ist ein ganz klares Beispiel einer Spätfolge dieser Föderalismusreform.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Kollateralschaden!)

Sie werden sich erinnern: Diese Reform hatte unter anderem die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz zur Regelung von Besoldung, Versorgung und Dienstrecht der Landesbeamten in die Hand der Bundesländer gelegt.

Im vorliegenden Entwurf geht es um die Teilung der Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln sowie bei einem landesinternen Dienstherrenwechsel. Bisher gilt hier das Beamtenversorgungsgesetz aus dem Jahre 2006, welches nach Eintritt des Versorgungsfalls laufende Zahlungen durch die ehemaligen Dienstherren vorsieht. Eine dauerhafte Fortgeltung dieser Regelung ist jedoch nicht möglich, weil weder der Bund noch andere Länder dazu verpflichtet werden können. Die Folge wären lauter einzelvertragliche Regelungen, die zwischen den beteiligten Dienstherren bei jedem einzelnen Dienstherrenwechsel vereinbart werden müssten. Dass dies bei immerhin 1.100 betroffenen Beamten im Land kein vernünftiger Weg sein kann, ist einleuchtend.

Wir wollen daher die Mobilität der Beamten bei bundund länderübergreifenden Wechseln auch für die Zukunft gewährleisten und deshalb eine gerechte und einfache Lösung für die Teilung der Versorgungslasten schaffen. Daher werden durch den neuen Staatsvertrag die bisher laufenden Zahlungen nach Eintritt des Versorgungsfalls durch eine pauschalierte Einmalzahlung eines Abfindungsbetrages zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels ersetzt.

Mit der Zahlung dieser Abfindung ist die Beteiligung des abgebenden Dienstherren an den späteren Versorgungslasten abgegolten. Dies senkt deutlich den Verwaltungsaufwand, da zwischen Dienstherrenwechsel und Versorgungsfall oftmals erhebliche Zeiträume liegen und der ehemalige Dienstherr bislang alle Versorgungsdaten vorhalten musste. Ebenfalls neu ist die Einbeziehung von Beamtenverhältnissen auf Zeit. Nunmehr sind sämtliche Beamtenverhältnisse in das Abfindungssystem integriert.

Die neue Regelung zur Versorgungslastenaufteilung soll sinngemäß auch für landesinterne Dienstherrenwechsel angewendet werden, um sämtliche Dienstherrenwechsel einheitlich zu behandeln – ein Gesetz, das die Welt nicht großartig beeinflussen wird, aber ein Gesetz, das deutlich Verwaltungsaufwand vereinfacht, und insofern ein vernünftiger Beitrag bei einem sehr unübersichtlichen System, das durch die Länderzuständigkeit nicht durchsichtiger geworden ist. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Udo Pastörs, NPD: Man sieht es Ihnen an.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/3272 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Enthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, absprachegemäß ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 31 nach Tagesordnungspunkt 16 am Mittwoch sowie Tagesordnungspunkt 33 nach Tagesordnungspunkt 27 am Donnerstag aufzurufen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung "Restaurator", auf Drucksache 5/3273.

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung "Restaurator" (Restauratorgesetz – RG M-V) (Erste Lesung)

- Drucksache 5/3273 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Torsten Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE schlägt Ihnen vor, das Restauratorgesetz zu ändern. Es gilt, das ist unser Anliegen, gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahre zu berücksichtigen. Dieses Gesetz, das Restauratorgesetz, wurde 1999 verabschiedet. Es wird in der Fachwelt hoch geschätzt und hat sich im Alltag als sehr nützlich erwiesen. Ich denke schon, wir können in gewissem Sinne stolz darauf sein, dass wir dieses Gesetz haben, auch wenn es eine solitäre Stellung in der Bundesrepublik einnimmt. Dafür will ich auch ein paar Argumente bringen.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde durch dieses Gesetz die Qualität der sachgerechten Bewahrung des Kunstund Kulturgutes gewährleistet. Potenzielle Auftraggeberinnen und Auftraggeber wie Kirchen, öffentliche Einrichtungen oder auch Privatpersonen konnten sich auf die
wirkliche Kompetenz der Restauratorinnen und Restauratoren verlassen. Qualifizierte Restauratoren stehen
nicht mehr im Wettbewerb mit Pseudorestauratoren.
Auf diesem Gebiet gibt es, das kann konstatiert werden,
einen transparenten Wettbewerb Gleichqualifizierter in
unserem Land, also einen Wettbewerb um Qualität. Und
das Restauratorgesetz gewährleistete und gewährleistet bis zum heutigen Tag einen wirksamen Verbraucherschutz.

Ich möchte im Weiteren drei Argumente bringen, warum wir an das Parlament herantreten und sagen, wir werden dafür eine Gesetzesänderung vornehmen:

Erstens. Wir wollen den Kulturgüterschutz verstetigen.

1999, als das Gesetz in Kraft trat, galt es, Kulturgüter vor selbsternannten Restauratoren zu schützen. Heute, das hat eine Anhörung Ende vergangenen Jahres im Wirtschaftsausschuss erbracht, stellt sich die Situation etwas komplizierter dar. Heute gilt es sicherzustellen, dass wirklich nur Restauratorinnen und Restauratoren in die Restauratorenliste des Landes eingetragen werden, die die geforderte Mindestqualifizierung erfüllen.

Bachelor- und Mastersystem bringen es mit sich – ich will jetzt nicht über Sinn oder Unsinn und Vor- und Nachteile des selbigen reden, das ist hier nicht der Anlass -, aber dieses System zumindest bringt es mit sich, dass Hochschulabsolventen Abschlüsse aufweisen, ohne während der Studienzeit, während der Ausbildung Berührung mit praktischer Arbeit gehabt zu haben, die Fachleute sprechen von sogenannten präventiven Restauratoren, oder dass ein Studiengang für Masterrestauratoren absolviert wird, der per E-Learning absolviert werden kann. Auch an dieser Stelle gibt es keine praktischen Berührungspunkte. Die Situation wäre vergleichbar, um das mal zu illustrieren, mit Chirurgen, die im Krankenhaus die Arbeit aufnehmen, ohne während der Ausbildungszeit je einen Patienten gesehen zu haben. Heute ist es so, wer eine Referenz hat, hat noch lange nicht die Kompetenz. Mit dem Gesetzentwurf stellen wir aber sicher, dass nur qualifizierte Leute die Möglichkeit haben, nationales kulturelles Erbe zu bearbeiten.

Zweitens. Wir wollen die Chancen und Potenziale der Internationalisierung nutzen.

Im jetzigen Gesetz gibt es eine sogenannte Landeskinderregelung. Als Restauratorin oder als Restaurator kann gelistet werden, wer den Hauptwohnsitz, eine Niederlassung und/oder überwiegende Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern hat. Diese Regelung, so meinen wir, ist unzeitgemäß. Sie widerspricht unserem eigenen Anspruch, ein weltoffenes Land zu sein. Mit der Ausdehnung des Geltungsbereichs unseres Gesetzes eröffnen wir die Möglichkeit, dass europaweit die wirklich fähigsten, versiertesten und kompetentesten Leute unser kulturelles Erbe bearbeiten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Drittens. Wir wollen die Rechtssicherheit der Restauratorinnen und Restauratoren als Freiberufler erhöhen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Während der Geltungsdauer des Gesetzes ist das Einkommenssteuergesetz hinsichtlich der Begriffsaufzählung freiberuflicher Tätigkeiten geändert worden. So wird entsprechend Paragraf 18 Absatz 1 Nummer 1 des Einkommenssteuergesetzes verlangt, dass die Wesensmerkmale eines sogenannten Katalogberufes der freien Berufe benannt werden müssen. Mit unserem Gesetzentwurf nehmen wir eine Begriffsbestimmung im Sinne des Einkommenssteuergesetzes vor, schaffen also Rechtssicherheit.

Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren, unser Gesetzentwurf ist wohldurchdacht. Er bezeugt das Interesse an der sachgemäßen und fachgerechten Bewahrung und Pflege des historischen Kulturgutes. DIE LINKE, sehr geehrte Damen und Herren, geht davon aus, dass wir alle hier in diesem Haus bei allen politischen Unterschieden ein Interesse eben daran haben. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE!

Sehr geehrter Herr Koplin! Im Oktober, Sie werden sich erinnern, haben wir im Bildungsausschuss im Rahmen einer Erörterung zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie oder, ich sage mal, der IG-Dienstleistungsrichtlinie im Binnenmarkt in Mecklenburg-Vorpommern über Ihren eingebrachten Gesetzentwurf bereits sehr intensiv diskutiert. Damals wie heute, ich will es gleich zu Beginn sagen, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Von Oktober bis heute sind aus meiner Sicht keine Veränderungen oder Neuigkeiten dazugekommen, die eine Notwendigkeit zu Ihrem erneuten Gesetzentwurf erkennen lassen. Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland mit einem derartigen Gesetz bis jetzt. Und zu welchen weitreichenden Innovationen, Neuerungen et cetera hat dieses Gesetz in Deutschland geführt? Sind andere Bundesländer unserem Beispiel gefolgt, weil wir so ein modernes Restauratorgesetz haben? Nein, kein anderes Bundesland folgte unserem Beispiel. Warum auch? Auch wir brauchen kein Restauratorberufsbezeichnungsschutzgesetz in meinen Augen. Im Übrigen stammt das Gros der auf der Restauratorenliste geführten Personen fast ausschließlich aus anderen Bundesländern

Ich möchte noch ergänzen, dass in der Anhörung zur Umsetzung der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Mecklenburg-Vorpommern – im Übrigen, lediglich der Verband der Restauratoren hat dieses Gesetz mehr oder weniger verteidigt – ein Argument war, die Abschaffung des Gesetzes würde dazu führen, dass die bisher gekannte Qualität der sachgerechten Bewahrung des Kunst- und Kulturgutes in unserem Bundesland nicht mehr auf gleichem Niveau gewährleistet werden kann. Dies hat Herr Koplin eben auch ausgeführt. Da frage ich mich ganz besorgt: Wie machen es denn die anderen Bundesländer?

Ein weiteres Argument war, die zu erwartenden Schäden und Verluste an unwiederbringlichen Kunst- und Kulturgütern würden in unserem Bundesland nie wieder rückgängig zu machen sein. Ich denke, wenn es Schäden und Verluste an diesen Kunst- und Kulturgütern in der Vergangenheit gegeben hätte,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wäre dies wahrscheinlich sehr scharf und hoch durch die Medien gegangen. Auch davon habe ich, Herr Ritter, sehr wenig mitbekommen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Unbenommen bleibt aber auch – und darüber haben wir damals gesprochen –, dass der Restauratorenverband

auf Bundes- oder auch auf Europaebene ein berufsständisches Gütesiegel für sich und seine Arbeit einführt. Ein Gesetz, das lediglich eine kleine Berufsgruppe und deren Bezeichnung schützt, brauchen wir nicht. Ich denke, hier gilt auch der Ausspruch, wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Reinhardt, Ihre Argumentationslinie, die Sie hier vorgetragen haben, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wir sind zum Thema EU-Dienstleistungsrichtlinie gemeinsam in einer Anhörung gewesen. Ich finde, die Betroffenen haben in sehr beeindruckender Art und Weise ihren Standpunkt dort dargestellt. Und damit das auch noch mal für alle Beteiligten in der Öffentlichkeit wahr wird: Wir haben auf der Grundlage eines Gesetzes dort eine Anhörung gemacht, weil Sie das Restauratorgesetz rausgestrichen haben. Sie aus der Koalition haben es rausgestrichen. Die Anhörung hat im Ergebnis dazu geführt, dass Sie Ihr Rausstreichen zurückgenommen haben. Und heute erklären Sie uns, dass Sie das dann doch wieder gestrichen haben wollen, dass wir es doch nicht brauchen. Also tut mir leid, ich kann es einfach nicht verstehen, was Sie hier jetzt für eine Argumentationslinie aufbauen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich kann Sie nur inständig bitten: Wenn Sie glaubwürdige Arbeit hier im Parlament machen wollen, stimmen Sie, unabhängig davon, ob die Kollegen der LINKEN alle Aspekte mit eingebaut haben oder nicht, ob sie das alles so darstellen, wie Sie es auch für richtig halten, zumindest einer Überweisung dieses Gesetzentwurfes zu!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie heute dieser Überweisung nicht zustimmen, dann fühlen sich diejenigen, die in der Anhörung gewesen sind ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Verarscht.)

Das wollte ich nicht sagen, Frau Kollegin Lück, aber das kann man wohl wirklich deutlich sagen.

Deshalb meine Bitte an die Koalitionsfraktionen, das ist ein ganz wichtiger Bestandteil: Stimmen Sie zumindest einer Überweisung zu und sagen Sie nicht, weil es von den LINKEN kommt, weg, wollen wir nicht, darüber diskutieren wir nicht. Das ist ein Stil, den sollten wir ganz schnell beiseite legen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roolf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Verehrter Herr Kollege Koplin! Verehrter Herr Kollege Roolf! Das ist heute der Tagesordnungspunkt, bei dem man mit kurzen Ausführungen doch zu klaren Aussagen kommt. Ich habe diesen Prozess auch miterlebt seit dem Jahre 2009, dass über das Restauratorgesetz im Ausschuss diskutiert wurde. Ich kann sehr wohl den Kollegen Reinhardt nachvollziehen, wenn er hier ausführt, dass wir in der Abgebung der damaligen Argumente bis heute keinen neuen Sachverhalt haben. Wir sehen kein Erfordernis, auch und insbesondere nach der Anhörung, mit dem Restauratorgesetz – wir sind übrigens, Kollege Reinhardt hat das ausgeführt, das einzige Bundesland, das ein solches Gesetz hat –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie doch mal stolz drauf sein.)

nun in eine Novelle einzutreten.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Das mag für Sie anders aussehen als für uns. Die damalige Anhörung hat für uns ganz klar gezeigt, dass es kein Erfordernis gibt. Aus diesem Grunde stehen wir auf dem Standpunkt, dass wir uns nicht mit Dingen beschäftigen sollen – Überweisung und noch mal Zurücküberweisung in den Landtag –, wenn es keinen neuen Sachverhalt gibt. Der stellt sich für uns so nicht dar

(Udo Pastörs, NPD: Der alte ist ausreichend.)

und deshalb werden wir dieses Gesetz ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD, der Abgeordnete Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der LINKEN ist leider notwendig, da durch die EU-Richtlinie 2006/123 EG wieder einmal den einzelnen europäischen Staaten die Nasenbremse angelegt wird.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen hier noch einmal die Einschätzung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands zum EU-Größenwahn in Erinnerung rufe, die da lautet: "Verknechtung durch Gleichschaltung". Auf allen Gebieten zwingen die EU-Diktatoren den Völkern Europas einheitliche Standards auf, ohne Rücksicht auf die gewachsene Rechtskultur, völkisches Empfinden oder Ausbildungsstandards.

Was wir hier eben von Herrn Koplin von den LINKEN gehört haben, ist allerdings nichts anderes als eine Notoperation. Der Gesetzentwurf ist der Versuch, von unserem bundesweit vorbildhaften Restauratorengesetz zu retten, was noch zu retten ist. Es verwundert uns Nationalisten jedoch, in welcher Geschwindigkeit die "rote Schlange" sich immer wieder zu häuten versteht. Regelmäßig, wenn es um Europathemen geht, geraten die "roten Socken" regelrecht ins Schwärmen, denn alles über einen Leisten ziehen, das war und ist immer schon das Credo linksextremistischer Fieberfantasien gewesen. "Sag mir, wo du stehst", so lautete einst eine Propagandaschnulze der ewig Gestrigen des Mauer-

Mörder-Regimes. Und Ihre Position, meine sehr verehrten Damen und Herren von den LINKEN, zum Thema Restauratorengesetz ist genauso schwammig wie Ihre Grundeinstellung zum BRD-Parteien-Staat und zur EU in Gänze.

Zu Ihrem Gesetzentwurf möchte ich nur anmerken, dass die Initiative als solche von uns selbstverständlich unterstützt wird, weil sie notwendig und richtig ist. Was wir jedoch nicht verstehen, warum Sie nur in der neuen Bestimmung herumfingern wollen und nicht gleich den Vorstoß unternommen haben, die altbewährte Gesetzgebung trotz EU-Richtlinie beizubehalten, denn dies ist möglich. Es ist ein Frevel, wenn zukünftig gesetzeskonform Restauratorenpfuscher sich über unser Kulturerbe hermachen dürfen, wie jüngst unter den Augen der Landesregierung das einmalige Fundstück, der sogenannte Einbaum, regelrecht verrottete. Und genau das ist zu befürchten.

Ich sage Ihnen schon jetzt voraus, dass es keine zehn Jahre dauern wird, bis wir uns damit beschäftigen müssen, die Kulturschätze vor Dilettanten, die sich Restauratoren nennen dürfen, schützen zu können.

Meine Damen und Herren, die EU macht alles kaputt und Brüssel zwingt uns gerade wieder, dies auch noch zu legitimieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was reden Sie denn da wieder für einen Blödsinn?!)

Dass wir da nicht mitmachen, versteht sich von selbst. Wir sind Feinde der EU-Diktatoren und bekämpfen diese. Sie von der LINKEN wollen nur mitschwimmen und kommen offenbar, Herr Koplin, als gehäuteter Demokrat in jedem System zurecht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Rote Schlange.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zwei Dinge, Herr Pastörs: Das Gesetz heißt Restauratorgesetz und nicht Restauratorengesetz. Und zum anderen, das unterscheidet uns grundlegend, wir bejahen die Internationalisierung. Wir wollen die Internationalisierung, weil wir darin große Chancen sehen.

> (Udo Pastörs, NPD: Das ist ja gerade das Unglück und dann jammern Sie, wenn das eintritt bei den Werften zum Beispiel. – Peter Ritter, DIE LINKE: Was Sie von den Werften halten, haben Sie ja deutlich gemacht heute früh.)

Auf Herrn Reinhardt möchte ich gern reagieren, und zwar auf den Hinweis, wir wären ja die Einzigen, die ein solches Gesetz hätten. Ich weiß nicht, warum Sie sich immer am Durchschnitt orientieren wollen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Durchschnittliche Menschen sind halt durchschnittliche Menschen.)

warum wir auch nicht mal stolz sein können auf etwas Besonderes, was wir haben, ein Gütesiegel unseres Landes, das die Fachwelt so sieht und woran sich andere durchaus orientieren.

(Regine Lück, DIE LINKE: So ist es. Die anderen wären froh, wenn sie das auch hätten.)

In Nordrhein-Westfalen ist ein Programm der Restaurationen von Kulturgütern aufgelegt worden. Das Programm ist zwischenzeitlich mal gestoppt worden mit dem Hinweis, man brauche einen Restauratorenbeirat, um Fachkunde walten zu lassen. Einen solchen bräuchten wir nicht, wir haben durch die Regelungen unseres geltenden Gesetzes diese Kompetenz gesichert. Insofern ist das gut.

Baden-Württemberg hat einen Gesetzentwurf in den Startlöchern. Griechenland, Italien und Frankreich haben solche Gesetze und damit diese entsprechende Schutzfunktion geschaffen. Wenn wir diesen Gesetzentwurf in die Rundablage befördern, sage ich Ihnen ehrlich, ignorieren wir die Realitäten in der Europäischen Union. Wir ignorieren das Schutz- und Pflegebedürfnis unseres kulturellen Erbes. Wir ignorieren die Vorschläge und Bemühungen der Fachleute, des Fachverbandes der Restauratoren.

Und eines verstehe ich gar nicht, Herr Reinhardt, wenn Sie sagen, Sie sind ja noch weiter gegangen und haben gesagt, also im Grunde genommen brauchen wir es gar nicht.

(Michael Roolf, FDP: Genau, genau das ist es.)

Also in der Anhörung – Herr Roolf hat darauf Bezug genommen – gab es ein sehr schönes Beispiel. Das ist mir haften geblieben, das will ich gern noch mal bringen. Einer der Anzuhörenden sagte: Stellen Sie sich vor, Sie rufen ein Taxi, setzen sich ins Taxi, lassen sich vom Taxi chauffieren. Sie gehen ja wohl davon aus, dass der eine Fahrerlaubnis hat, dass der also fachkundig ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das Taxi chauffiert nicht, der Taxifahrer.)

Okay.

Und nun ist die Frage, bei kulturell wertvollen Gütern lassen wir dann wohl jeden ran. Da bedarf es nach Ihrer Lesart keiner Referenz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das verstehe ich nicht, das halte ich für falsch. Ich werbe noch mal dafür, dass wir diesen Gesetzentwurf in den Ausschuss überweisen. Dass er im Bildungsausschuss schon mal eine Rolle gespielt hat, ist hier gesagt worden. Ich bin davon ausgegangen, dass meine Argumentation im Bildungsausschuss unzureichend war, nicht stichhaltig genug war. Der Wirtschaftsausschuss hat das erfreulicherweise - ich bin dem Wirtschaftsausschuss und seinem Vorsitzenden auch sehr dankbar – anders gesehen. Insofern, weil es hier einen Widerspruch zwischen dem einen Fachausschuss und dem anderen Fachausschuss gegeben hat, haben wir gesagt, wir bringen das noch mal ins gesamte Parlament. Lassen Sie uns darüber diskutieren, es ist lohnenswert, darüber zu diskutieren. Ich werbe also an der Stelle noch mal für unseren Gesetzentwurf. - Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3273 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? –

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Bitte auszählen! – Michael Roolf, FDP: Auszählen, genau.)

Also von hier oben ist eigentlich ein klares Ergebnis einschätzbar, sodass ich dieses Ergebnis jetzt bekannt gebe. Der Überweisungsvorschlag wurde bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der CDU abgelehnt.

Gemäß Paragraf 48 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: a) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Verbesserung der geschlechtssensiblen Datenbasis zur gezielten Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern, Drucksache 5/3293, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Gender-Report für Mecklenburg-Vorpommern,

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

Druckssache 5/1301, hierzu Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 5/1351, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Gesundheit, Drucksache 5/3303.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: Verbesserung der geschlechtssensiblen Datenbasis zur gezielten Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern – Drucksache 5/3293 –

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Gender-Report für Mecklenburg-Vorpommern – Druckssache 5/1301 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/1351 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Gesundheit – Drucksache 5/3303 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP hat die Abgeordnete Frau Dr. Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Fast zwei Jahre ist es her, als die damalige gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und heutige Schweriner Oberbürgermeisterin, Angelika Gramkow, den Antrag zur Erstellung eines Gender-Reports für Mecklenburg-Vorpommern eingebracht hat.

In der Tat, Grundlage für zielgerichtetes frauen- und gleichstellungspolitisches Handeln sind geschlechtsspezifische personenbezogene Daten für alle Lebensbereiche. Diese liegen nicht immer vor, weil sie nicht in allen Bereichen erhoben oder auch ausgewertet werden. In der Diskussion damals habe ich darauf verwiesen, dass diese Problematik erkannt ist und sowohl auf Landes-

als auch Bundesebene intensiv dieses Thema angegangen wird.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2010. In den zwei Jahren ist in Bezug auf die geschlechterdifferenzierte Beschreibung der verschiedenen Lebensbereiche, wie 2008 von mir bereits angekündigt, viel passiert. Ich begrüße es deshalb, dass alle demokratischen Fraktionen sich auf Grundlage des Antrages der Fraktion DIE LINKE sehr konstruktiv und vorwärtsweisend mit dem Thema Datenerfassung und Datenauswertung beschäftigten und gemeinsam den vorliegenden Antrag auf Drucksache 5/3293 gestellt haben. Das zeigt mir, dass in grundlegenden Dingen zum Thema Gleichstellung zwischen den Fraktionen der SPD, CDU, FDP und DIE LINKE Konsens besteht. Also vielen Dank!

Dass bei der Datenerhebung und -auswertung einiges passiert ist, zeigen unter anderem folgende Beispiele: Die 17. Konferenz der Frauen- und Gleichstellungsminister und -ministerinnen, -senatorinnen und -senatoren hat am 31. Mai 2007 die Einführung eines ländereinheitlichen Indikatorensystems beschlossen, um den Stand und die Entwicklung der Chancengleichheitspolitik abbilden zu können. Datenbasis ist die amtliche Statistik in den Ländern, um die Indikatoren vergleichbar zu machen. Im September 2009 schließlich ist der Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, eine Standortbestimmung, erschienen und er wird jährlich fortgeschrieben. Der Atlas enthält vier Indikatorenkategorien. Das sind die Teilhabe von Frauen, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Einkommen und schließlich Lebenswelt.

Bei einer Auswertung habe ich in Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern im positiven Ländervergleich Folgendes festgestellt:

- Der Anteil der Ministerinnen in der Landesregierung 2008 liegt in Mecklenburg-Vorpommern bei 38 Prozent. Das bedeutet nach Berlin und Rheinland-Pfalz Platz 3.
- 2. Der Frauenanteil in den Verwaltungsspitzenpositionen von Landkreisen, kreisfreien Städten und Bezirken, auch im Jahre 2008, liegt in Mecklenburg-Vorpommern bei 30 Prozent, damit auf Platz 2 nach Berlin.
- 3. Die Studienberechtigtenquote der Frauen liegt bei einem Wert von mehr als 126, wenn man die Quote der Männer gleich 100 setzt.
- Der Frauenanteil an den absolvierten Promotionen im Jahre 2007 liegt in Mecklenburg-Vorpommern bei 51 Prozent und damit auf Platz 2 nach Schleswig-Holstein.
- 5. Die Beschäftigtenquote 2007 in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Mecklenburg-Vorpommern ist im Unterschied zu den anderen Bundesländern, insbesondere zu den alten Bundesländern, relativ hoch. Wenn man die der Männer gleich 100 setzt, ist die der Frauen bis zu 105 höher als die der Männer.
- 6. Die Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern mit jüngstem Kind unter drei Jahren im Jahre 2007: Dabei ist die Erwerbstätigenquote der Frauen mit jüngstem Kind unter drei Jahren in Mecklenburg-Vorpommern bei circa 40 Prozent und damit über dem Durchschnitt aller Bundesländer.

- Der Männeranteil an den Personen, die Elterngeld beantragt haben: In Mecklenburg-Vorpommern liegt er bei circa 16 Prozent, damit Platz 8 nach Berlin, Bayern, Brandenburg, Baden-Württemberg, Hamburg, Sachsen und Thüringen. Und hier haben wir einen besonders hohen Anteil im Landkreis Uecker-Randow.
- 8. Die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren in Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern liegt auf Platz 2 mit Sachsen-Anhalt mit circa 44 Prozent.

Negativ im Ländervergleich haben wir in Mecklenburg-Vorpommern Folgendes:

 Der Frauenanteil, wenn wir uns hier umgucken in den Landesparlamenten, liegt in Mecklenburg-Vorpommern unter 27 Prozent und nimmt damit bundesweit den vorletzten Platz vor Baden-Württemberg ein.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Frauen zählen doppelt.)

2. Zum Frauenanteil an den Abteilungsleiterpositionen der Landesbehörden 2008:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hier befindet sich Mecklenburg-Vorpommern im unteren Drittel mit unter 9 Prozent Frauenanteil.

Dass bei Ihnen Frauen keine Chance haben, das sieht man hier schon im Parlament, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Aber ich hoffe, dass ich bei Frauen Chancen habe.)

Und das hat auch die Ursache in Ihrem krusen Familienbild, was Sie heute wieder deutlich gemacht haben.

- Der Frauenanteil an den Hochschulprofessuren 2007 liegt in Mecklenburg-Vorpommern im unteren Drittel mit circa 15 Prozent.
- 4. Der Jungenanteil an den Abgängerinnen und Abgängern mit Hauptschulabschluss 2007 liegt in Mecklenburg-Vorpommern mit circa 68 Prozent nach Brandenburg auf Platz 2.
- Der Frauenanteil an den Absolventinnen und Absolventen der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften 2007 in Mecklenburg-Vorpommern liegt im unteren Drittel mit circa 21 Prozent.
- Der Frauenanteil an den absolvierten Habilitationen 2007 hat hier in Mecklenburg-Vorpommern den schlechtesten Wert von allen Bundesländern mit unter 20 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Woran das wohl liegt?!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, diese Statistiken geben vielfältig Auskunft über dringend notwendigen Handlungsbedarf auch hier in Mecklenburg-Vorpommern und über Dinge, die bei uns positiv laufen und die wir natürlich fortsetzen sollten. Darüber hinaus zeigt seit 2008 die Internetplattform www.genderindex. de die Gleichstellung von Frau und Mann in 413 deutschen Kreisen und Städten.

Der Gender-Index ist ein bundesweites Messinstrument. Er wird anhand von 19 Indikatoren aus den Bereichen Ausbildung, Erwerbsleben und Partizipation ermittelt. Der Index wird ermittelt aus den Schulabgängern, den Erwerbspersonen, den Arbeitslosen, dem durchschnitt-

lichen Bruttoverdienst und so weiter. Diese Angaben, nach Männern und Frauen in der Region aufgeschlüsselt, ergeben dann den sogenannten Gender-Index. Der Index, der daraus entsteht, zeigt die Unterschiede zwischen Frauen und Männern, und zwar immer bezogen auf die jeweilige Region. Je kleiner der Gender-Index, umso geringer sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

(Udo Pastörs, NPD: Biologisch, oder? – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das heißt, es geht bei diesem Gender-Index lediglich um den Unterschied zwischen Männern und Frauen, und nicht um Aussagen zur absoluten Situation. Also bei der Arbeitslosenquote geht es zum Beispiel nicht darum, wie hoch diese Quote in einer kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt ist, sondern darum, wie groß der Unterschied der Arbeitslosenquote von Frauen und Männern ist.

(Udo Pastors, NPD: Richtig.)

Dieser Gender-Index wurde von der Hans-Böckler-Stiftung zusammen mit dem Bundesamt für Bau- und Raumordnung erstellt und im November 2009 aktualisiert. Auf der Rangliste des Gender-Index 2007 stehen bundesweit die Landkreise Ludwigslust, Rügen und Nordwestmecklenburg auf den Plätzen 1 bis 3, der Landkreis Demmin hingegen auf Platz 122 der gesamtdeutschen Wertung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Zudem veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit seit diesem Jahr monatlich den Bericht "Arbeitsmarkt in Zahlen – Frauen und Männer".

Auch auf Landesebene ist eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung inzwischen Standard. Die Landesregierung hat 2002 in der zweiten Gleichstellungskonzeption festgeschrieben, dass personenbezogene Statistiken, die aufgrund von Landesrecht oder Entscheidungen des Landes erhoben werden, geschlechtsspezifisch erhoben werden müssen. Im Ergebnis dieses Vorgehens liegen immer mehr geschlechterdifferenzierte Daten zu den verschiedenen Politikbereichen vor.

Diese vorliegenden Erkenntnisse zu Ungleichgewichten zwischen Männern und Frauen, wie zum Beispiel aus dem Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, sind nicht neu und waren bereits die Grundlage für die strategische Ausrichtung der Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der aktuellen Strukturfondsförderung in Mecklenburg-Vorpommern. Maßnahmen und Projekte sind initiiert worden, die insbesondere auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt abzielen, zum Beispiel die Regionalstellen zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt in den Planungsregionen, also das Projekt "Impuls" mit dem Ziel, in den Regionen für die Umsetzung der Gleichstellung in allen Förderbereichen zu sensibilisieren, oder das Verbundprojekt von DGB und Vereinigung der Unternehmensverbände, die Landeskoordinierungsstelle Girls'Day Mecklenburg-Vorpommern mit den Schwerpunkten Netzwerkarbeit zur geschlechtergerechten Berufsorientierung und der Ausbau und die Verknüpfung des Netzwerkes "Schule Wirtschaft", zudem das Projekt "Aufstiegschancen für Frauen und Unternehmen durch Frauen", in Trägerschaft die Agentur der Wirtschaft.

(Udo Pastörs, NPD: Wer sonst?)

Ziel ist es, mit diesem Projekt zuerst einmal Strukturen zur Förderung von Frauen in Unternehmen zu schaffen. Zudem haben wir das Verbundprojekt aller Hochschulen und der beiden Universitäten im Land "Karrierewege für Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft M-V" mit dem Ziel, den Frauenanteil in der Wissenschaft zu erhöhen – die aktuellen Zahlen haben wir gerade gehört –, das Studienwahlverhalten für Frauen zu erweitern und den Übergang in die Wirtschaft zu verbessern. Und nicht zuletzt gibt es das Projekt "Teilzeitausbildung im Handwerk" in Trägerschaft der Handwerkskammer Schwerin mit dem Ziel, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung sowohl bei den Auszubildenden als auch bei den Unternehmen publik zu machen und Handlungsempfehlungen und Unterstützungen zu geben.

Neben dem vorhandenen bundesweiten Datenmaterial ist es für die gleichstellungspolitische Arbeit im Land hilfreich, eine länderspezifische Zusammenstellung und Kommentierung zu haben. Mit den Sonderheften "Frauen in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen", die vom Statistischen Landesamt 1994, 1997, 2000 und 2005, damals auch mit Ihrer Unterstützung, Herr Holter, erarbeitet worden sind, liegt diese vor. Eine Fortschreibung nach fünf Jahren ist angesagt, doch dazu bedarf es zusätzlicher Mittel und Ressourcen. Hier setzt der vorliegende Antrag aller demokratischen Fraktionen zielführend an. Darüber hinaus ist es wichtig, für die Themenfelder, für die die vorhandenen Daten nicht aussagekräftig sind, spezielle Untersuchungen vorzunehmen, die in die Tiefe gehen. Auch das greift der vorliegende Antrag auf.

Im Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium bei der Umsetzung der ESF-Richtlinie A.3.1. "Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie" und aus den Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und dem Kompetenzzentrum "Vereinbarkeit Leben in M-V" wurde deutlich, dass wir zu wenig darüber wissen, welche Hemmnisse insbesondere für junge Mütter, aber auch Väter bestehen, um gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzuhaben und einer existenzsichernden Beschäftigung nachzugehen.

Sie werden es nicht glauben, Herr Pastörs, aber wir haben zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern auch unter den Alleinerziehenden zwölf Prozent Männer.

(Udo Pastörs, NPD: Ist doch in Ordnung.)

Mütter mit Kleinkindern und hier insbesondere alleinerziehende Mütter und dann auch Väter

(Udo Pastörs, NPD: Da sind Sie stolz drauf. Bei den Alleinerziehenden sind Sie stolz.)

stehen vor besonderen Schwierigkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen. Dies resultiert unter anderem aus der Einstellung von Unternehmen gegenüber Müttern oder Vätern, die mit den konkreten Erfahrungen zum Beispiel mit einem familienbedingten Krankenstand, Ausfall in der Elternzeit oder auch in der Pflegezeit zu tun haben. Auch unter dem Aspekt des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels sollte dieser Problematik nachgegangen werden. Sie haben dazu heute Morgen schon den Hinweis von Frau Tegtmeier erhalten.

Von 1991 bis 2006 verlor Mecklenburg-Vorpommern 60 Prozent seiner erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Bei den weiblichen Beschäf-

tigten ist die Gruppe der Frauen zwischen 40 und 60 heute die weitaus stärkste, denn es fehlen vor allem Mütter und Frauen zwischen 20 und 40 Jahren.

Ich möchte noch einmal auf ein Problem aufmerksam machen, das ist nicht nur das Ergebnis von Abwanderung, sondern das ist auch Ergebnis des Pillenknicks aus den 70er-Jahren. Die waren einmal in den 90er-Jahren durchgewachsen, das heißt, wir hatten dort schon absolut gesehen weniger Frauen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

im gebärfähigen Alter und das wiederholt sich natürlich auf einem entsprechenden Niveau nach 20 bis 25 Jahren immer wieder, sodass wir auch absolut gesehen, selbst wenn keine Abwanderung erfolgen würde, immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter haben würden.

Stark angestiegen ist der Anteil Alleinerziehender an den Familienformen. Deren soziale Situation ist jedoch nicht homogen. Das betrifft sowohl das Alter der Kinder als auch das verfügbare Einkommen. Die größten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und mit der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Familienleben haben junge alleinerziehende Mütter ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit Kindern unter zwölf Jahren, wie eine Studie des Kompetenzzentrums "Vereinbarkeit Leben in M-V" ergab. In 60 Prozent der befragten Unternehmen war diese Gruppe überhaupt nicht vertreten, also Mütter, Frauen ohne Berufsabschluss mit Kindern unter zwölf Jahren waren so gut wie überhaupt nicht in einer Beschäftigung.

(Udo Pastörs, NPD: Wovon kommt das wohl?)

Auch der Bericht der Prognos AG zur Lebenssituation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern macht deutlich, dass von den mit Abstand höchsten Kinderarmutsrisikoquoten jene Familien betroffen sind, in denen kein Elternteil einer Erwerbsarbeit nachgeht. Deshalb müssen wir herausfinden, woran es liegt, dass sie keine Erwerbsarbeit bekommen, und was wir dagegen machen können.

(Udo Pastörs, NPD: Haben Sie das noch nicht rausgefunden? Kommen Sie zu mir, ich erklär es Ihnen.)

Und deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, stimmen Sie diesem überfraktionellen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP zu.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

wodurch im Kontext mit den bereits genannten Berichten und Untersuchungen auch dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, einen Gender-Report zu erstellen, letztlich Rechnung getragen wird und deshalb dem Antrag der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses gefolgt werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Stefan Köster, NPD: Ändern wird sich dadurch nichts. Träumen Sie mal schön weiter, Frau Dr. Seemann! Die Zahlen werden immer schlimmer.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Das Wort zur Berichterstattung für die Beschlussempfehlung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen: Die jungen Zuschauerinnen und Zuschauer hinten auf der Tribüne konnten jetzt in ihrem Hiersein zweimal erleben, wie Parlamentarier miteinander umgehen. Im Tagesordnungspunkt vor dieser Debatte hat die Koalition in aller Eile ihre Abgeordneten vom Mittagessen hereingeholt, um einen Antrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen zu können.

(Reinhard Dankert, SPD: Nicht in aller Eile, in aller Ruhe.)

Das entspricht nicht der Würde des Hohen Hauses.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Raimund Frank Borrmann, NPD: Endlich mal ein offenes Wort.)

Im Gegenteil dazu erleben wir jetzt, dass es durchaus möglich ist bei diesem Tagesordnungspunkt, dass sich demokratische Fraktionen trotz Meinungsunterschieden zu einem gemeinsamen Handeln durchringen können, wenn der politische Wille vorhanden ist.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das sollte eigentlich Grundlage unseres Agierens sein.

Und die zweite Vorbemerkung: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Dr. Seemann hat eben nicht nur als Abgeordnete gesprochen,

(Udo Pastörs, NPD: Oh, oh!)

sie ist nicht nur Abgeordnete, sondern sie ist auch Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen- und Gleichstellungsfragen, und vielleicht ist es künftig möglich, dass man sie auch mit diesem Titel aufruft, bei den Landtagsvizepräsidentinnen und -präsidenten tut man das auch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch das ist eine Wertschätzung ihrer Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, dass Sie von Frauenpolitik keine Ahnung haben

(Udo Pastörs, NPD: Aber Sie.)

oder dass Ihre Frauenpolitik nur darin besteht, auf am Boden liegende Frauen zu treten, Herr Köster,

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. – Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, Blödsinn! Die alte Leier.)

oder dass Sie sich freuen, dass Ihre Frauen die Stullen schmieren und Hemden waschen, das ist allseits bekannt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Deswegen halten Sie sich zurück, Herr Pastörs!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, es war einmal ein Antrag, der erblickte am 20. Februar 2008,

(Udo Pastörs, NPD: Mehr fällt Ihnen doch nicht ein.)

das war vor zwei Jahren, das Licht der Welt. Der Antrag hieß "Gender-Report für Mecklenburg-Vorpommern" und wurde am 6. März aus Anlass des Internationalen Frauentages von meiner Kollegin Frau Angelika Gramkow in den Landtag eingebracht. Und ich bin froh, dass wir in dieser Woche, wo wir wieder den Internationalen Frauentag gefeiert haben, es schaffen, diesen Antrag zu Ende zu bringen.

Mit dem Antrag forderten wir einen umfassenden Bericht über die Situation von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern in verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbereichen wie Bildung und Ausbildung, Familie und Beruf sowie Gesundheit und Fürsorge. Der Bericht sollte umfassende Daten und Fakten liefern, um die Situation der Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern zu erfassen, ein wichtiger Erkenntnisgewinn, der es ermöglicht hätte, vorhandene politische Strategien und Maßnahmen zu bestätigen oder notwendige Veränderungen für ein sinnvolles politisches Handeln einzuleiten, und zwar umfassend und kompakt in einem einzigen Report, der nahezu alle relevanten Lebensbereiche abdecken sollte. Alle Fraktionen des Landtages äußerten sich damals in der Plenardebatte zu dem Antrag. Die einen sprachen ihre Wünsche aus, die anderen verwünschten ihn.

(Udo Pastörs, NPD: Wieder andere erzählten Märchen.)

Wie das so ist im Märchen wie im Leben, Herr Pastörs.

Nach einer langen Grundsatzdebatte über die Strategie des Gender Mainstreaming und über die Notwendigkeit einer umfassenden statistischen Datenbasis zur Beurteilung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern überwiesen die demokratischen Fraktionen den Antrag in den Sozialausschuss sowie mitberatend in den Finanzausschuss des Landtages und dort fiel dieser Antrag dann in einen langen Dornröschenschlaf.

(Udo Pastörs, NPD: Aha! – Stefan Köster, NPD: Und der von den LINKEN nicht geweckt wurde.)

Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in unserem Landstrich ja nichts Seltenes, auch ganze Parteien litten ja, wie wir jüngst feststellen konnten, über Jahrzehnte an dieser Krankheit Dornröschenschlaf.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber außerhalb des Schlosses drehte sich das Rad der Zeit weiter. In den vergangenen zwei Jahren seit Antragstellung und Überweisung unseres Antrages "Gender-Report für Mecklenburg-Vorpommern" in die Ausschüsse wurden für viele Lebensbereiche neue Daten und Erkenntnisse zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Dies verdeutlichte auch die ausführliche Berichterstattung der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen

und Gleichstellung, Frau Dr. Seemann, in der Beratung des Sozialausschusses am 24. Februar 2010. Für diesen Bericht möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Veröffentlichung des Gender-Index im November 2008, des Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland Ende 2009, sowie Einzelberichten von Mecklenburg-Vorpommern, zum Beispiel im Gesundheitsbereich, haben sich zwischenzeitlich einige unserer Forderungen in der Tat erfüllt. Nichtsdestotrotz fehlen weitere Daten und Erkenntnisse. Bereiche wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Führungspositionen in der Privatwirtschaft müssen noch eingehender untersucht werden.

Unter der Maßgabe, dass unser Anliegen einer geschlechtersensiblen Datenerhebung weiter parlamentarisch verfolgt wird, haben wir auf der Sitzung des Sozialausschusses am 24. Februar die Erledigterklärung unseres Antrages "Gender-Report für Mecklenburg-Vorpommern" beantragt.

(Udo Pastörs, NPD: Gut gemacht.)

Nach einstimmigem Beschluss des Sozialausschusses liegt Ihnen heute die Beschlussempfehlung des Ausschusses auf der entsprechenden Drucksache vor. Um aber das Anliegen der geschlechtersensiblen Datenerhebung weiter zu befördern, haben sich die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf einen gemeinsamen Antrag verständigt, der Ihnen auf Drucksache 5/3293 vorliegt. Mit diesem Antrag fordern die demokratischen Fraktionen unter anderem, dass die Sonderhefte des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern "Frauen in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen" fortzuschreiben sind.

Das letzte Sonderheft "Frauen in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen" ist im Jahr 2005 erschienen. Darin wurden Ergebnisse aus zahlreichen Erhebungen zusammengetragen, ausgewertet und durchaus unterschiedlich interpretiert. Die Daten spiegeln die Situation der Frauen im Land in den verschiedenen Lebensphasen und unterschiedlichen Lebenslagen wider, und zwar auf Landes- und auf kommunaler Ebene. Die Daten allerdings stammen aus dem Jahr 2005 beziehungsweise aus den Vorjahren und wir wissen nicht erst seit RUBIKON, dass Daten,

(Udo Pastörs, NPD: Den haben Sie schon längst überschritten.)

die vor mehreren Jahren erfasst worden sind, nicht die Realität widerspiegeln.

Erfasst wurden unter anderem die Bereiche Erwerbsund Berufsleben, Ehe, Partnerschaft, Kinder, Einkommensverhältnisse, Bildung und Gesundheit. Eine sinnvolle Fortschreibung der Sonderhefte bedeutet auch, die Indikatoren von vor fünf Jahren auf ihre Aussagefähigkeit zu überprüfen und den Indikatorenkatalog zu erweitern. Wenn es uns gelingt, auch die soziale Lage, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen in Führungspositionen sowie den Aspekt Gewalt und Kriminalität zu erfassen, haben wir zusammen mit der Fortschreibung des Gender-Atlas umfassendes Datenmaterial, mit dem vorhandene Daten- und Erkenntnislücken endlich geschlossen werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh, dass wir mit unserem Antrag "Gender-Report für MecklenburgVorpommern" den Stein ins Rollen gebracht haben und wir uns weiter intensiv mit der Situation der Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen werden. Auf die nicht vorhandene Unterstützung der NPD-Fraktion an dieser Stelle können wir auch weiterhin gern verzichten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Frau Dr. Seemann sehr dankbar, die mit ihrer Einbringungsrede ja eigentlich beeindruckende Beispiele gebracht hat, welche Bedeutung einer geschlechtersensiblen Datenerhebung zukommt. Von daher musste ich jetzt schon wirklich einige Teile meiner Rede beiseite legen. Eigentlich ist dieser Begründung unseres gemeinsamen Antrages auch nichts hinzuzufügen. Ich möchte mich deshalb auf einige wenige generelle Aussagen beschränken.

Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland besagt: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt."

(Udo Pastörs, NPD: Für die Bundesrepublik Deutschland!)

60 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes ist die Lebenssituation von Frauen und Männern jedoch immer noch sehr unterschiedlich.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Beispielsweise unterbrechen sieben von zehn Frauen ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes, während viele Männer ihre Karriere in dieser Lebensphase voranbringen. Auch deshalb liegt im Alter die Rente von Frauen durchschnittlich um 475 Euro unter der von Männern.

(Udo Pastörs, NPD: Als Hartz-IV-Empfänger in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel.)

Deshalb zielt unsere Gleichstellungspolitik darauf ab, den Anspruch des Grundgesetzes im Lebensalltag der Menschen zu verwirklichen.

Gleichstellungspolitik ist inzwischen für jedermann offensichtlich und für alle, außer die NPD, selbstverständlich ein eigenständiges Politikfeld, das in alle Bereiche der Politik hineinwirkt. Dies infrage zu stellen – und ich wähle an dieser Stelle einen drastischen Vergleich –, wäre ebenso falsch, wie einem irren Büffel im frischen Heu zu attestieren, er sei ein Muster an Sanftmut und guten Manieren.

(Udo Pastörs, NPD: Das war ja toll! – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Kennzeichen unserer modernen Gleichstellungspolitik ist es, bei unseren Maßnahmen die ganze Vielfalt von Frauen- und Männerleben, wie sie sich heute in Deutschland darstellt, zu betrachten. Es geht um gleiche Chancen von Frauen und Männern mit und ohne Kinder in allen Altersstufen und Lebensphasen unabhängig von der Herkunft. Um unsere

Gleichstellungspolitik in den kommenden Jahren noch zielgenauer ausrichten zu können, brauchen wir jedoch verlässliche Daten und Zahlen.

Daher fordern wir für eine umfassende geschlechtersensible Datenerhebung mit unserem gemeinsamen Antrag die Landesregierung auf, die Fortschreibung der Sonderhefte des Statistisches Amtes Mecklenburg-Vorpommern "Frauen in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen" zu veranlassen sowie eine Studie aus Mitteln des ESF in Auftrag zu geben, die untersuchen soll, welche Hemmnisse insbesondere für junge Mütter und junge Väter bestehen, um gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzuhaben und einer existenzsichernden Beschäftigung nachzugehen.

(Udo Pastörs, NPD: Schaffen Sie Arbeitsplätze, dann haben wir das.)

Grundlage einer jeden Analyse ist eine verlässliche Datenbasis. Nur der Vergleich über längere Zeiträume hinweg ermöglicht, Entwicklungen mit ausreichender Sicherheit zu bestimmen. Es lässt sich ableiten, ob ergriffene Maßnahmen den gewünschten Erfolg verzeichnen konnten oder ob gegebenenfalls ein Um- oder Nachsteuern erforderlich ist. Auch Fehlentwicklungen können zuverlässig erkannt werden. Eine gesicherte Datenlage ist also sowohl ein Erfolgsindikator

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

als auch ein Frühwarnsystem und bietet eine solide Grundlage für Entscheidungsprozesse. Bei den bereits aufgezeigten umfangreichen zu bearbeitenden Themenfeldern ist sie für eine erfolgreiche Politik unverzichtbar.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Das Thema ist wichtig und ich glaube, jetzt zu sagen, alle haben alles gesagt, ist auch nicht ganz richtig,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mach dir das nicht so einfach, Ralf!)

aber ich würde jetzt auf vieles eingehen, was hier schon zweimal gesagt worden ist.

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe nur einen Satz und das freut mich ganz besonders. Besonders freut es mich, dass mit diesem Antrag auch die Anliegen der FDP aus der vorangegangenen Landtagssitzung wieder aufgegriffen wurden. Leider ist der Landtag unserer Forderung nach einer Verbesserung der Hilfe für Alleinerziehende nicht nachgekommen. Wir finden ihn heute aber zum Teil im Antrag wieder und deswegen unterstützen wir auch diesen Antrag.

An dieser Stelle vielleicht auch mal einen besonderen Dank an unsere Gleichstellungsbeauftragte, dass sie so viele Jahre etliche dicke Bretter gebohrt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt der Gender-Experte. – Heinz Müller, SPD: Spezialist für Frauenfragen. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, für Frauenbehandlung, für Frauenbehandlung, der Spezialist für Frauenbehandlung. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Stefan Köster, NPD: Jetzt muss Ihr schöner Friede leider beendet werden.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gleichstellung von Mann und Frau beziehungsweise von Frau und Mann, sehr häufig in den letzten Jahren wurde diesbezüglich in diesem Hause geplaudert. Hat sich aber irgendetwas hinsichtlich der Ungerechtigkeit in diesem Land geändert? Natürlich nicht.

Als Dampfplauderer werden all jene bezeichnet, die immer viel reden, aber unterm Strich keinerlei Änderungen bewirken.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Da gehören Sie zu, Herr Köster. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Also viel heiße Luft, wie von Herrn Nieszery immer zu hören, um einen Themenbereich, bei welchem die Kritiker der Istsituation

> (Reinhard Dankert, SPD: Da haben wir sechs Spezialisten hier im Haus, aber richtig große.)

gleich auch die Verantwortlichen für die Stellung der Frauen in dieser Gesellschaft sind.

Im Block fordern nun also die Vertreter der verantwortlichen Parteien die Landesregierung auf, für eine umfassende geschlechtersensible Datenerhebung die Sonderhefte des Statistischen Landesamtes M-V "Frauen in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen" fortschreiben zu lassen sowie eine Studie in Mitteln des Europäischen Sozialfonds in Auftrag zu geben, die untersuchen soll, welche Hemmnisse insbesondere für junge Mütter und junge Väter bestehen, um gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzuhaben und einer existenzsichernden Beschäftigung nachzugehen.

Sie haben die Ursachen vieler Probleme hier im Land einfach nicht begriffen. Sie wollen wiederholt erst einmal Ergebnisse einer Studie bewerten, die übrigens wie gehabt aus Steuermitteln finanziert werden soll, um die schwerwiegenden Probleme in unserem Land zu erfassen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich kenne Lehrer, die an der Begriffsstutzigkeit ihrer Schüler verzweifelten und ihnen entgegenriefen: Wie blöd seid ihr eigentlich? Gleiches müsste man Ihnen eigentlich auch entgegenrufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Fakten sind nämlich allgemein bekannt und es bedarf keiner zusätzlichen Steuermittel, um diese erneut in Erfahrung zu bringen.

Einige Fakten nenne ich Ihnen gerne:

Erstens. Die generelle Schwierigkeit von jungen und älteren Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt, vor allem

in Mecklenburg-Vorpommern, besteht darin, dass fast jeder zweite Arbeitnehmer aus dem Wohnortlandkreis hinauspendeln muss und dieses bereits eine Vereinbarung von Familie und Beruf fast unmöglich macht.

Zweitens. Seit 1990 hat sich beispielsweise der Anteil junger Frauen und Mädchen unter 20 Jahren von ehemals 26,5 Prozent unter 18 Prozent dramatisch verringert.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Zwischen 1998 und 2003 nahm die Zahl der Frauen und Mädchen um 140.000 ab.

Das sind die Ergebnisse Ihrer Politik.

Drittens. Sie fordern immer und immer wieder die Gleichstellung von Frau und Mann. Wann setzen Sie sich endlich einmal für die Gleichstellung der Mütter durch, die aus vollem Bewusstsein Mütter sind?

> (Heinz Müller, SPD: Die in aller Regel Frauen sind.)

Die Tätigkeit einer Prostituierten ist von der herrschenden Klasse schon sehr lange als Beruf anerkannt worden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, ja.)

Wie lange müssen Mütter noch warten, bis endlich auch ihre wichtige Tätigkeit als Mutter als Beruf anerkannt wird?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Selbstverständlich auch durch Zahlung eines Müttergehaltes, welches verhindert, dass Mütter und Kinder während der Erziehung von Armut bedroht sind.

(Udo Pastörs, NPD: Bravo! – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wann geben Sie der auch für unsere Volkswirtschaft sehr wichtigen Tätigkeit der Mütter bei den Rentenansprüchen den ihnen gebührenden Rang,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

beispielsweise durch Zahlung einer Zusatzrente je Kind?

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Kurz zusammengefasst: Wann beseitigen Sie eigentlich endlich einmal die vielen Ungerechtigkeiten, die Familien in diesem Staat erdulden müssen?

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Hier würden Sie endlich einmal zum Wohle der Familien wirken. Dieses ist aber von Ihnen, von Ihrer Partei niemals zu erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Die wollen Statistiken! – Irene Müller, DIE LINKE: So ein jämmerlicher Beifall. – Beate Schlupp, CDU: Da fällt einem ja gar nichts mehr zu ein.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist von den demokratischen Fraktionen alles gesagt worden zu den Anträgen

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und ich bin mir auch sicher, dass das Hohe Haus diesen Antrag mit großer Mehrheit verabschieden wird.

> (Raimund Frank Borrmann, NPD: Und es wird sich nichts ändern. Es ändert sich nichts. – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Herr Köster, von Ihnen nichts Neues, nur Mutterkreuzideologie. Fragen Sie doch mal die jungen Mädchen, die da hinten sitzen, ob sie nicht ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Die jagen Sie doch aus dem Land! – Glocke der Vizepräsidentin)

Fragen Sie doch mal die jungen ...

(Stefan Köster, NPD: Sie versagen doch! Sie sind eine Versagerin!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete!

Dr. Margret Seemann, SPD: Fragen Sie doch mal die jungen Mädchen!

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das möchten Sie doch gar nicht. Das ist doch verboten in diesem Hohen Haus.)

Die möchten ihre Qualifikation, ihren qualifikatorischen Vorsprung in einer eigenständigen Existenzsicherung gemeinsam mit Kindern umsetzen und Sie verhindern das.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Sie jagen sie doch aus dem Land! – Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, ich bitte Sie jetzt mal, zu unterbrechen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie schaffen die Notlagen. Und nun beklagen Sie nicht die Ergebnisse Ihrer Politik!)

Meine Herren von der NPD, ich bitte, die Würde des Hauses zu beachten, und erteile Herrn Köster einen Ordnungsruf. Es kann nicht sein, dass in dieser Lautstärke hier diskutiert wird. Das werde ich unterbinden.

Bitte, Frau Abgeordnete.

Dr. Margret Seemann, SPD: Das zeugt schon davon, welchen Respekt Sie einer Rednerin hier entgegenbringen

(Stefan Köster, NPD: Sie werden mir nicht verbieten, dass ich hier die Wahrheit sage. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber nicht schreien, nicht schreien! – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Junge Frauen, junge Mädchen, das haben sämtliche Shell-Jugendstudien zum Ausdruck gebracht,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Was für Studien? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

möchten ihren qualifikatorischen Vorsprung im späteren Leben auch für sich mit nutzen und sie möchten Familie, also Kinder, und eigenständige Existenzsicherung miteinander vereinbaren. (Udo Pastörs, NPD: Na, dann gewährleisten Sie das doch! Sie regieren doch das Land. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und die möchten nicht als Gebärmaschinen für Ihre krude Ideologie eines deutschen Volkes zur Verfügung stehen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Sie reden absoluten Unsinn! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

sondern sie möchten eigenständig ...

(Udo Pastörs, NPD: Aber gut, dass Sie auf uns eingehen, Frau Dr. Seemann. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Herr Borrmann, Ihrem Stuss hört sowieso keiner zu. Also geben Sie sich keine Mühe!

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Und was reden Sie? Ist das vielleicht kein Stuss? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und deshalb werde ich mich nach wie vor dafür einsetzen, dass es Mädchen und Jungen, Männern und Frauen ermöglicht wird,

(Udo Pastörs, NPD: Das tun wir auch. Genau das wollen wir.)

eine eigenständige berufliche Existenz aufzubauen und eine Familie zu gründen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann schaffen Sie die Rahmenbedingungen dafür! Ja, dann schaffen Sie die Rahmenbedingungen! Lamentieren Sie nicht! – Raimund Frank Borrmann, NPD: Tun Sie was für die Familien!)

Und sämtliche Untersuchungen auf europäischer Ebene haben deutlich gemacht, dass in den europäischen Ländern,

(Udo Pastörs, NPD: Die Probleme sind offenkundig.)

in denen der Wunsch nach Gleichstellung, also nach eigenständiger Existenzsicherung, nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch durch entsprechende Rahmenbedingungen seitens des Staates, seitens der Wirtschaft

(Stefan Köster, NPD: Und da versagen Sie.)

mit unterstützt wird, dass dort auch die Geburtenrate höher ist. Das ist ein Schlüssel, glaube ich, um unser demografisches Problem hier auch in Deutschland zu lösen. Ein Schlüssel ist, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben.

Und, meine Herren von der NPD, davon werden Sie mich und davon werden Sie die demokratischen Fraktionen auch nicht abhalten. Wir möchten nicht in das schlimme Zeitalter, wo wir durch Sie mal reingekommen sind, zurückverfallen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Das ist doch dummes Zeug! – Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Stefan Köster, NPD) **Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3293. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3293 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Der Sozialausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3303, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1301 sowie den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1351 für erledigt zu erklären. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 5/3303 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – 8. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Berichtszeitraum 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 und Stellungnahme der Landesregierung, Drucksache 5/2985.

Unterrichtung durch die Landesregierung: 8. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Berichtszeitraum 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 und Stellungnahme der Landesregierung – Drucksache 5/2985 –

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Seit gut neun Jahren setzt sich der bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eingerichtete Rat für Integrationsförderung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen ein. Dieses Gremium berät und unterstützt die Landesregierung in dem Ziel, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu lassen.

Der 8. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates macht aus meiner Sicht eines deutlich: Mehrere Ressorts haben das Anhörungsrecht des Integrationsförderrates im Vorjahr weit ausgelegt und haben dem Integrationsförderrat die von ihnen beabsichtigten Rechtsetzungsoder sonstigen Vorhaben zugeleitet. Das zeigt, dass die Häuser den Integrationsförderrat anerkennen und seine Arbeit wertschätzen.

Der Integrationsförderrat hat im Berichtszeitraum verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gegenüber der Landesregierung Empfehlungen auszusprechen. Dies ist im Tätigkeitsbericht ausführlich darge-

stellt. Beispielhaft möchte ich hier nennen die Empfehlung zur konsequenten und nachhaltigen Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und dessen Erfolgskontrolle in den jeweiligen Ressorts. Der Integrationsförderrat hat verschiedene Empfehlungen an die Häuser ausgesprochen. Damit hat er auch deutlich gemacht, dass die Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen alle Lebens- und Rechtsbereiche berühren. Den Empfehlungen des Integrationsförderrates sind die Ressorts weitgehend gefolgt. Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass dem Integrationsförderrat mit der Abgabe von Empfehlungen ein sehr effektives Initiativrecht gegenüber der Landesregierung zur Verfügung steht.

In seinem Tätigkeitsbericht benennt der Integrationsförderrat Schwerpunkte, die die Landesregierung für ihre weitere Arbeit setzen sollte. Dies betrifft vor allem die Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und der anderen Artikel des Gesetzes zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen.

Der Integrationsförderrat hat der Arbeit der Landesregierung im Berichtszeitraum wichtige Impulse gegeben. Die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem Gremium ist aus meiner Sicht durchweg gut. Insgesamt ist festzustellen, dass der Integrationsförderrat einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von Benachteiligung und damit zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen geleistet hat.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York verabschiedete am 13. Dezember 2006 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie das dazugehörige Fakultativprotokoll. Deutschland hat das Übereinkommen und das Protokoll am 30. März 2007 unterzeichnet. Das Übereinkommen ist in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten. Es greift auf die allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte sowie auf die wichtigen Menschenrechtsverträge der Vereinten Nationen zurück und stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderungen weltweit.

Ziel des Übereinkommens und des Fakultativprotokolls ist es, die Menschenrechte und Grundfreiheiten für Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten. Menschen mit Behinderungen wird erstmals ein Zugang zu verbrieften Rechten verschafft. Im Einzelnen konkretisiert das Übereinkommen unter anderem folgende Rechte:

- das Recht auf Zugang zur Bildung,
- das Recht auf Zugang zur Arbeitswelt,
- das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben,
- das Verbot der Diskriminierung
- und das Recht auf eine zugängliche barrierefreie Umwelt.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist ein klarer Auftrag an gesellschaftliche und politische Akteure gleichermaßen, auf Bundesebene sowie auf Landesebene und in den Kommunen, zur Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft. Inzwischen sind auch in Mecklenburg-Vorpommern weitere Schritte zur Umsetzung des Übereinkommens unternommen worden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Aktivitäten meines Kollegen Bildungsminister Henry Tesch

im Bereich der Grund- und Förderschulen zur inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen erinnern. Das neue Förderkonzept des Landes sieht vor, dass Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklungen an den Grundschulen individuell gefördert werden. Auch Kinder mit sogenanntem sonderpädagogischem Förderbedarf können künftig wohnortnah Grundschulen besuchen, in denen Grundschullehrer und Sonderschulpädagogen zusammenarbeiten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Hoffentlich funktioniert das auch so!)

Ein vom Kollegen Tesch berufener Beirat, in dem auch der Integrationsförderrat vertreten ist, wird diesen Prozess fachlich begleiten, um natürlich auch Dinge, wenn man solche Wege geht, sehr geehrter Herr Abgeordneter Bluhm, die vielleicht nicht funktionieren, zu verbessern.

Die jahrelange engagierte Arbeit des Integrationsförderrates hat dazu geführt, dass er auch über die Landesregierung hinaus wahrgenommen und als geschätzter Partner angesehen wird. Ein Beispiel dafür ist die Berufung der Vorsitzenden des Integrationsförderrates Frau Gudrun Schoefer in den Beirat "Tourismus für Alle" in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Gremium des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern wird nach einer Situationsanalyse die Gesamtsituation im barrierefreien Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern darstellen und daraus Handlungserfordernisse und Lösungsstrategien erarbeiten. Ich halte das für einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des barrierefreien Tourismus in unserem Land und damit zur weiteren Stärkung unserer Potenziale.

Allein nur diese beiden Beispiele zeigen, Politik für und mit Menschen mit Behinderungen ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts der Landesregierung betrifft. Deshalb hat mein Ministerium die Ressorts um Mittellung gebeten, was in den Häusern geplant ist, um die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen.

In Mecklenburg-Vorpommern haben wir bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse von Menschen mit und ohne Behinderungen schon viel erreicht und dabei ist der Integrationsförderrat ein konstruktiver Wegbegleiter gewesen. Für diese Begleitung und Unterstützung möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitgliedern des Integrationsförderrates bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Mit diesem Dank verbinde ich auch die Erwartung, dass die Landesregierung künftig, gerade auch bei der Umsetzung der UN-Konvention auf diese Unterstützung setzen kann. Wir haben ein gemeinsames Ziel, das wir gemeinsam erreichen wollen: eine inklusive Gesellschaft. Es gibt noch eine Menge zu tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, wir haben nun schon den 8. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates hier auf dem Tisch. Einige hier im Haus wissen noch ganz genau, wie es zu dem Integrationsförderrat kam, was für Diskussionen es waren, welche Vorbehalte es gab, welche positiven Gedanken es dazu gab, und nun lesen wir die Ergebnisse Jahr für Jahr mit steigender Intensität, mit steigender Tendenz des Mitmachens, des Sicheinbringens und der Akzeptanz, der Akzeptanz des Integrationsförderrates innerhalb der betroffenen Menschen, also der behinderten Menschen, aber auch derer, die im Integrationsförderrat auf Verwaltungsebene mitarbeiten. Man hat eine Art und Weise der Zusammenarbeit miteinander entwickelt, die auf Vertrauen basiert, die auf Zuhören basiert, was nicht bedeutet, dass nicht diskutiert wird und zwischendurch auch sehr kontrovers diskutiert wird. So soll es auch sein.

Wir stellen fest, wenn wir die Zahlen im Integrationsförderratsbericht lesen, dass der Anteil der Menschen mit Behinderungen im Lande Mecklenburg-Vorpommern steigt. Er steigt, trotzdem die Bevölkerungszahl an sich sinkt. Das bedeutet aber auch, dass natürlich zur steigenden Anzahl der Menschen mit Behinderungen wir einen größeren Anteil an Menschen haben, die auch mittelbar durch Behinderung betroffen sind. Zum Beispiel wird niemand seinen Ehepartner vor einer Gaststätte stehen lassen, weil er ihn aufgrund der Nichtbeachtung der Barrierefreiheit nicht hineinbekommt, und allein essen gehen. Also insgesamt steigt die Anzahl der Menschen, die die Dinge, die im Integrationsförderrat beraten werden, ebenfalls nutzt, nutzt, weil unsere Umwelt menschenfreundlich ist. Nichtsdestotrotz müssen wir feststellen, dass es bestimmte Dinge gibt, die noch verbesserungsbedürftig sind. Das ist auch in Ordnung so, denn ansonsten müssten wir ja sagen: Ziel erreicht, aus.

Die Aufgaben und die Ziele des Integrationsförderrates sind im Gesetz beschrieben. Deshalb kann man auf den ersten Blick denken, es ist alles so, wie es die anderen Jahre auch war. Auf den zweiten Blick bemerken wir aber bei den Themen, mit denen sich der Integrationsförderrat beschäftigt hat, dass auch schon im Jahre 2008 Ansätze der UN-Konvention für die Entwicklung der Rechte der Menschen mit Behinderungen zu sehen sind. Bestimmte Beliebigkeiten sind ausgeräumt worden und die Sichtweise auf Menschen mit Behinderungen ist eine andere, die sich Stück für Stück durch einzelne Köpfe durcharbeiten muss - das wissen alle - , die aber überall schon durchblickt. Den Menschen nicht mehr als defizitäres Wesen zu betrachten, sondern als einen Menschen mit Fähigkeiten und Fertigkeiten, natürlich auch mit Talenten, die es zu fördern gilt, ist die Grundlage dessen, wie der Integrationsförderrat in der Zusammenarbeit mit Menschen aus der Verwaltung agiert und Menschen, die aus Verbänden und Vereinen kommen.

Es gibt zwei Punkte in der Bearbeitung, die im Integrationsförderratstätigkeitsbericht an hervorragender Stelle stehen: Das sind einmal die Darstellung der Ratssitzungen und zum anderen die Einrichtung von zwei Ad-hoc-Arbeitsgruppen, die sich ganz spezifisch mit der Änderung des Nachteilausgleichsgesetzes befassten, also der Kürzung des Landesblindengeldes, und einmal mit der ganzen Problematik Schulgesetz. Wie haben wir hier die Möglichkeit in Mecklenburg-Vorpommern, auch Kindern mit Behinderungen eine gleichwertige Schulbildung, eine angemessene Schulbildung zu gewähren, die Wahlfrei-

heit zu gewähren und dafür zu sorgen, dass ein ordentlicher Schulabschluss gegeben wird?

An beiden Themen hat der Integrationsförderrat – und dafür ist ihm sehr zu danken und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle – sehr intensiv gearbeitet und sich nicht nur bemüht, sondern auch mit Erfolg Stellungnahmen für Anhörungen, für die Gesetzesentwürfe schriftlich abgegeben, die mit Hand und Fuß Grundlage für das Handeln der Regierung waren. Es wurde auch dementsprechend agiert.

43 Stellungnahmen sind eine ganze Menge. Wenn wir aber gucken, wie sich die Stellungnahmen verteilen, stellen wir nach wie vor fest, es gibt Ressorts, die zu 80 Prozent ihre Gesetzesentwürfe beziehungsweise Richtlinien dem Integrationsförderrat zur Begutachtung geben. Es gibt andere, die tun es überhaupt noch nicht. Natürlich ist es so, dass die Gesetzesinitiativen aus den einzelnen Ressorts unterschiedlich sind. Trotzdem stellen wir fest, wenn wir mit dem Gesetzblatt vergleichen, dass es defizitär ist, was vom Ministerium gemacht wurde, und an wie viel Stellen der Integrationsförderrat einbezogen wurde.

Nun ist es aber ganz einfach so, dass der Integrationsförderrat gesetzlich beteiligt werden muss. Und wenn wir uns weiter ansehen, zu welchen Dingen der Integrationsförderrat qualifizierte Stellungnahmen abgegeben hat und wo er sich bedankt hat, dass er Stellung nehmen durfte, aber keine behindertenrelevanten Angelegenheiten zu verzeichnen waren, dann müssten doch eigentlich alle feststellen, dass kein Ressort Sorge oder Angst zu haben braucht, dass der Integrationsförderrat Dinge zusammenschreibt, die an den Haaren herbeigezogen wurden. Nein, im Gegenteil, die qualifizierten Stellungnahmen, die abgegeben wurden, wurden zum großen Teil - Frau Schwesig sagte es schon - berücksichtigt, können also überhaupt nicht falsch gewesen sein, und den drei Ressorts, die maßgeblich den Integrationsförderrat in ihre Entscheidungen einbeziehen, ist zu danken.

Natürlich sehen wir am Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates auch immer sehr detailliert, auf welche Art und Weise unsere Ministerien die Behindertenquote erfüllen, nicht erfüllen beziehungsweise so übererfüllen, dass sie andere mit herausreißen. Und ich finde es schon traurig, trotzdem es immer wieder angemahnt wird, dass das Innenministerium nach wie vor die rote Lampe trägt.

Natürlich wissen wir ganz genau und weiß ich auch ganz genau, dass es gerade im Innenministerium Ressorts gibt, wo Gesundheitsuntersuchungen, die Grundlage für die Einstellung und für die Ausbildung sind, wo von vorneherein bestimmte Behinderungen, chronische Erkrankungen und so weiter und so fort, überhaupt nicht berücksichtigen werden können. Aber, und das wurde auch schon mehrmals angefragt, was passiert mit Menschen, die relevant im Innenministerium oder in dem Einzugsbereich des Innenministeriums arbeiten, nicht mehr 25 Jahre alt, jung, flockig, hopp, hopp, hopp sind, durch eine chronische Erkrankung oder Sonstiges in den Bereich der Menschen mit Behinderungen fallen? Werden sie einfach rausgeworfen? Oder gibt es nicht doch Innenarbeitsplätze? Und wenn ich das so sage, fällt uns gewiss allen Etliches ein, wo Gesundheitseinschränkungen in Kauf genommen werden müssen und damit auch das Innenministerium die Behindertenquote erfüllt.

Ich möchte in dem Zusammenhang hier erwähnen, wir haben gelesen, dass der Landesrechnungshof, der ja lange Jahre auch ein Schlusslicht war, durch eine neue Art und Weise, auf die Menschen zu gucken, seine Quote erfüllt, bei über sieben Prozent liegt und demzufolge auch dafür wirkt, dass insgesamt das Land Mecklenburg-Vorpommern bei einer Beschäftigungsquote von über fünf Prozent liegt, also damit über der Quote, die gesetzlich angemahnt ist. Das sah im Jahr 2001, im Jahr 2002 noch ganz anders aus.

Wir haben unter dem Punkt 7.1 noch einmal nachvollziehen können, wie die Stellungnahmen erarbeitet worden sind, welche Stellungnahmen erarbeitet worden sind und wie sie konkret Anregungen beinhalten, die kein erhobener Zeigefinger sind, sondern unsere Politik bestimmen sollten. Wir hoffen als Fraktion DIE LINKE, dass die Beteiligung des Integrationsförderrates jetzt durch die neue gesetzliche Regelung in der Geschäftsordnung zum Umgang mit Gesetzesentwürfen und Richtlinienentwürfen bringt, dass die Beteiligung des Integrationsförderrates entsprechend berücksichtigt wird. Jetzt steht es ja richtig drin. Wir werden das also im Tätigkeitsbericht vom Jahre 2009 sehen.

Der Integrationsförderrat hat etliche Dinge, die positiv zu bewerten sind und die ich hier deswegen ansprechen möchte, weil sie zeigen, dass es geht, installiert, die die Kommunikation untereinander befördern. So ist die Internetseite, wer mal draufgeschaut hat, in der Zwischenzeit barrierefrei. Aber es gibt in der Zwischenzeit auch einen internen Kreis, der ist geschaffen worden, um bestimmte Dinge schneller zu bearbeiten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, Sie haben noch eine Minute Redezeit.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Der Integrationsförderrat hat weiter mit dem Problem zu kämpfen, dass Stellungnahmen gefordert werden, im schlimmsten Fall unter fünf Tagen. Bitte bedenken Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, die ehrenamtlich arbeitenden betroffenen Personen sind ehrenamtlich tätig und fünf Werktage sind wirklich sehr wenig. Demzufolge reicht es mir in der Stellungnahme der Regierung auch nicht aus, dass man sich bemüht. Ich bitte dringend, das Bemühen an die Seite zu packen und gemeinsame Lösungen zu finden, Lösungen im Sinne der Zusammenarbeit – entweder man möchte die Beteiligung oder man möchte sie nicht.

Das Verkehrsministerium bitte ich bei seinen Gesetzesvorlagen und Richtlinien zu berücksichtigen, auch wenn es um Straßenplanung geht, wenn es um den Bau von neuen Verkehrseinrichtungen geht, auch da sind behinderte Menschen mit betroffen. Dann könnte also die Null berichtigt werden mit einer Zahl, an der sich der Integrationsförderrat beteiligt hat.

Und ganz fehlt mir beim Wirtschaftsministerium und beim Landwirtschaftsministerium, auf welche Art und Weise Sie sich für barrierefreie Arbeitsplätze einsetzen wollen, wenn neue Projekte zur Installierung von Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden. Das gehört auch dazu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt, Frau Müller.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist ausgeschöpft.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Raimund Frank Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Verbliebene Abgeordnete des Landtages! Bürger des Landes! Zunächst fällt auf, dass ein Großteil des Berichtes mit gesetzlichen Voraussetzungen und Organisationskram, etwa der personellen Zusammensetzung des Rates, glänzt. Für die eigentliche Arbeit ist diese seitenfüllende Dokumentation von Personalrotation ebenso nichtssagend wie die Eingliederung der Geschäftsstelle des Rates in die Abteilung 4, Soziales, Referat IX 440 des Sozialministeriums, eine rein arbeitsorganisatorische Änderung. Das Geschreibsel von angeblichen, durch keine Fakten erhärteten Synergieeffekten wird konterkariert durch die Feststellung, dass nach wie vor ein zeitlicher Zielkonflikt zwischen den beiden Sachgebieten bestünde. Worin der Konflikt der zeitlichen Ziele, was immer das sein mag, besteht, wird verschwiegen.

Die in Tabelle 1 angegebenen finanziellen Ansätze und Istergebnisse der Maßnahmengruppe 04 verdeutlichen auch jedem Laien, dass es sich hier lediglich um bürokratische Vorgänge handelt, die nichts konkret Gutes für die Integration von Behinderten bewirken.

(Irene Müller, DIE LINKE: Da sollten Sie mal in den Haushaltsplan gucken!)

Auch die Angabe für die Sitzungstermine des sogenannten Plenums ist eher etwas für Statistiker. Bescheiden konstatiert der Bericht zu den Arbeitsgruppen, Zitat: "Bedingt durch den erfolgreichen Abschluss der Arbeitsgruppenaktivitäten im Jahr 2007 und das absehbare Ende der Berufungsperiode (31. Oktober 2008) sind keine nennenswerten Aktivitäten zu verzeichnen." Man kann für den 8. Tätigkeitsbericht also getrost von Ausruhegruppen sprechen.

(Irene Müller, DIE LINKE: So ein Glück, dass Sie so unwissend sind.)

Zitat: "Allerdings sind zwei ad-hoc-Arbeitsgruppen eingerichtet worden." Zitatende. Mit dieser Hauruckaktion konnten Stellungnahmen zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung von Nachteilsausgleichen für Menschen mit Behinderungen und der Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes erarbeitet werden. Gerade hier liegt aber eine besondere Brisanz, die durch die Statistik jener den Förderrat tangierenden Vorhaben der Landesregierung eher vernebelt als ins Zentrum der politischen Bedeutung gerückt wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Bericht muss einräumen, Zitat: "dass die Beteiligungsrechte des Integrationsförderrates teilweise faktisch ausgehebelt wurden". Zitatende. Wie ist das unter der angeblich demokratischsten Regierung aller Zeiten im Lande überhaupt möglich? Zitat: "Die Frist für die Abgabe einer Stellungnahme war zum Teil derart kurz bemessen (im Extremfall fünf Arbeitstage), dass eine

ordnungsgemäße Beteiligung seiner Mitglieder, insbesondere der ehrenamtlich Tätigen, nicht möglich war." Zitatende.

Von einer Regierung, in der Gesetze, Berichte, Verordnungen mit einem Sellerie-Sellera-Sellering hervorgezaubert werden,

(allgemeine Unruhe – Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Endlich werden Sie wieder komisch, Herr Borrmann. Das war ja richtig langweilig bisher.)

ist ein Integrationsförderrat ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich weise das zurück und ...

Raimund Frank Borrmann, NPD: Was, was?!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Sie haben die Würde dieses Hauses zu beachten.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Warum?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Warum, ja?! Klar, ja, ja, klar. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Und ich weise Ihren ...

Raimund Frank Borrmann, NPD: Warum? Was habe ich denn gemacht?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Also, Herr Abgeordneter, damit erteile ich Ihnen jetzt einen Ordnungsruf.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Was habe ich denn gemacht? Ich weiß es nicht, also ...

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie jetzt wieder den Clown hier, oder was?! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Na gut, Sie werden schon recht haben.

Wo war ich jetzt stehen geblieben?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Am Pult waren Sie stehen geblieben. – Irene Müller, DIE LINKE: Hören Sie lieber auf!)

"Der Integrationsförderrat bittet daher dringend darum, die vorgegebenen Zeitkorridore (im Regelfall mindestens drei Wochen) einzuhalten, damit die Beteiligungsrechte wahrgenommen werden können." Zitatende. Der Integrationsförderrat, was für ein harmloses Miezekätzchen! Ein Landtag, der es mit einem Rat ernst meinte, hätte ein Gesetz beschlossen, das bei Missachtung der Zeitkorridore eine Verfassungsklage ermöglichte und die Regierung an Disziplin gewöhnte. So aber hat der Rat eine reine Statistenrolle, verkommt zu einem Feigenblatt.

Das zeigt sich bei der Kürzung von Leistungen nach dem Landesblindengeld. Jenes Landesblindengeld, das ohnehin schon durch die schleichende Geldentwertung ein Drittel seines Wertes verlor, wurde vor allen Dingen auf Betreiben des eiskalten Sozialdemokraten Erwin Sellering noch einmal nominal gekürzt.

Zitat: "In seiner Stellungnahme hat sich der Integrationsförderrat intensiv mit der vom Ministerium vorgeschlagenen Kürzung der Leistungen nach dem Landesblin-

dengeldgesetz auseinandergesetzt und sich dagegen ausgesprochen", heißt es im Bericht. Wir wissen heute, was ein Spruch dieses Rates bei der Landesregierung in dieser Sache wert ist – nichts.

Zitat: "Es müsste vielmehr auch geprüft werden", jammert uns der Integrationsförderrat in seinem Bericht vor, "welche Zwecke und Ziele dieser Nachteilsausgleich erreicht, wie die Kostenentwicklung der blindheitsbedingten Mehraufwendungen ist, welche Nachteile anders als bisher ausgeglichen werden müssen, weil Hilfsmittel entweder aus dem Hilfsmittelkatalog der Krankenkassen gestrichen wurden, gar nicht aufgenommen wurden oder nur teilweise bezahlt werden. Wenn diese und andere Kriterien keinen Eingang in die dann abschließende Prüfung finden, ist eine nur fiskalisch begründete Entscheidung möglich." Zitatende. Mit anderen Worten: Geld regiert die Welt.

(Udo Pastörs, NPD: Die, die es haben.)

Aber ewig scheint die Sonne nicht für dieses Kabinett.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja, die Sonne scheint ins Kellerloch, lass sie doch! Ja, ja.)

Einmal, Herr Methling, muss sie untergehen, dann stehen Erwin und die Seinen im Finsteren. Mal sehen, welcher Rat sie dann integriert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben ja gar keinen Spruch diesmal drauf, Herr Borrmann. Ich glaube, der Mensch hat auch eine Behinderung. – Zurufe von Minister Lorenz Caffier und Ministerin Manuela Schwesig)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ministerin hat es auf den Punkt gebracht: Wir haben ein gemeinsames Ziel definiert, und zwar, Menschen mit Behinderungen besser in unserer Gesellschaft zu integrieren. Und wenn Sie sich die Zahlen aus dem Bericht anschauen und feststellen oder nachlesen, dass über 11 Prozent unserer Bevölkerung zu 50 Prozent und mehr unter Behinderungen leiden, und Sie sich umschauen in der Gesellschaft, dann sehen Sie, dass es mit der Integration oder jetzt neu Inklusion so recht noch nicht wirklich, wirklich geklappt hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Anders, anders! – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Das ist nicht neu, das ist anders.)

Ob Sie in die allgemeinbildenden Schulen schauen, ob Sie ganz normal im Verkehr draußen unterwegs sind, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, diese hohe Anzahl der Menschen mit Behinderungen kann man nicht vermuten, wenn man sich so umschaut. Also es bleibt noch viel zu tun. Der Integrationsförderrat ist ein sehr gutes Mittel dazu, diesen Prozess zu befördern.

Frau Müller sprach nicht zu Unrecht einige Kritikpunkte an und der Innenminister, weil er da gerade sitzt, den haben Sie auch aufs Korn genommen, der kann natürlich Kritik vertragen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

hat aber auch bewiesen, dass er durchaus lernfähig ist.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und ich hoffe, er nimmt sich hier Ihres Appells an

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und arbeitet da nach.

Wir haben einige spezielle Punkte, die uns natürlich im normalen Leben immer wieder auffallen. Ich spreche da nur mal das Thema Rauchmelder an, auch das muss man unter verschiedenen Aspekten betrachten.

(Udo Pastörs, NPD: Allerdings. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das spielt für Menschen mit Behinderungen auch eine ganz andere Rolle als für Menschen ohne Behinderungen und da werden wir in diesem Haus sicherlich noch drüber sprechen. Aber eines fällt leider auch auf, dass der Integrationsförderrat ein Gremium ist, das in bestimmten Äbständen, aber jedoch das ganze Jahr über arbeitet. Die Berichterstattung über diese Arbeit, die hält sich aber immer sehr in Grenzen, und ich glaube, wir müssen die Gesellschaft insgesamt für dieses Thema viel mehr sensibilisieren. Das ist auch ein Thema, dessen sich unsere Medien stärker annehmen sollten, damit dieser Prozess wirklich gut funktioniert. Und ich möchte an dieser Stelle ganz einfach die Bitte an die Medien richten, diesem Rat mehr Aufmerksamkeit zu widmen, damit dieses Thema in der Bevölkerung einen besseren Stellenwert erfährt. - Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Stein von der Fraktion der CDU.

Peter Stein, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollegin Tegtmeier, ich möchte noch ergänzen, selbstverständlich ist unser Innenminister lernfähig, er ist auch klug

(Zurufe von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE: Oh! Hört, hört! – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und vor allen Dingen durch den Integrationsförderrat auch klug beraten. Und er ist da auf einem, wie Sie festgestellt haben, guten Wege.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, behinderte und kranke Menschen haben das gleiche Recht auf ein lebenswertes Leben.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist wohl normal.)

Sie sind liebenswerte Menschen und bereichern jede Gesellschaft. Es kann jeden treffen, jeder kann betroffen sein, selbst oder über Angehörige. Es gehört zum Selbstverständnis einer demokratischen, christlichen und humanitären Gesellschaft, alles für alle zu tun,

(Udo Pastörs, NPD: Das hat Frau Käßmann auch gesagt.)

für Gesunde, Behinderte, Kranke, Migranten, Kinder, Frauen und Männer,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch selbstverständlich.)

für grundsätzlich alle, die zu unserer modernen, offenen Gesellschaft gehören. Es gibt Nichtdemokraten, die sehen dies anders, leider auch hier in diesem Hohen Hause.

(Stefan Köster, NPD: Es gibt welche, die sind überall offen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte für die CDU-Fraktion dem Integrationsförderrat für seine konstruktive und engagierte ehrenamtliche Zusammenarbeit mit den Ressorts danken.

Ihnen danke ich nicht, Herr Köster, wirklich nicht.

Der Integrationsförderrat hat im Berichtszeitraum durch seine Leistungen sowie seine konstruktive Zusammenarbeit wiederum dazu beigetragen, die Teilnahmemöglichkeit von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen am Leben in unserer Gesellschaft zu verbessern. Er hat dazu beitragen, ihren Belangen und Bedürfnissen Stimme zu verleihen und gemeinsame Ziele zu erreichen.

Grundlage der Arbeit ist das Gesetz zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen. Ich möchte nicht das Ganze wiederholen, was hier schon gesagt worden ist. Für die Arbeit der Landesregierung ist es eine ganz wesentliche Hilfe, das ist wohl unbestritten. Er unterstützt und berät bei der Aufgabe, gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in unserer Lebensgesellschaft zu schaffen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Und hat Initiativrecht.)

wirkt da an der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen und besitzt normierte Anhörungen zum Initiativ- und Veröffentlichungsrecht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aha!)

Hier in Mecklenburg-Vorpommern ist auch vom Landesgesetzgeber als Integrationsförderrat legitimiert in der Bundesrepublik Deutschland das einzige bei einer Landesregierung eingerichtete Gremium dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland. Hervorzuheben ist vielleicht an dieser Stelle, dass das Anhörungsrecht hier im Land sehr weit ausgelebt wird, indem die Landesregierung dem Rat nahezu sämtliche von ihm beabsichtigten Rechtsetzungs- und sonstigen Vorschriften und Vorhaben zuleitet. Damit wird dem Rat ermöglicht, selbst zu prüfen, ob und inwieweit die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen im Berichtszeitraum betroffen waren.

Es wurden in diesem Zeitraum insgesamt 43 Vorhaben der Landesregierung mit der Gelegenheit zur Stellungnahme zugeleitet. Zudem machte der Rat gezielt Vorschläge zur Berücksichtigung der besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Im Rahmen der Beobachtungen der Verfahrensfortgänge konnte festgestellt werden, dass den in Stellungnahmen gegebenen Anregungen und Vorschlägen durchweg gefolgt worden ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Meistens.)

Meistens, aber das ist eigentlich ein sehr hohes Ergebnis

Dies zeigt, dass der Integrationsförderrat mittlerweile zu einem anerkannten Partner der Ressorts in den Ministerien geworden ist.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Für die weitere Arbeit im Interesse, ich betone, im Interesse aller Menschen hier im Land wünsche ich dem Integrationsförderrat weiterhin viel Erfolg. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Stein.

Das Wort hat jetzt Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Frau Müller ist ja sehr detailliert auf den Bericht eingegangen. Ich möchte mich hier nur noch einmal bei denjenigen bedanken, die das ehrenamtlich begleiten und noch mal wirklich anständig drum bitten,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

diese 5-Tage-Frist zumindest auf vier bis sechs Wochen zu verlängern. Die Ehrenamtlichen müssen eine Chance haben – ich glaube, ich hau da noch mal in die Kerbe, an alle Ministerien –, den Ehrenamtlichen muss genug Zeit gegeben werden, auch wirklich Stellung zu nehmen.

Ein zweiter Punkt: Ich würde es gut finden – wir haben die UNO-Konvention –, wenn die demokratischen Fraktionen, wir haben es als Liberale schon einmal versucht, aber vielleicht können wir es ja parteiübergreifend noch einmal versuchen, auch als Land einen gewissen Umsetzungsbeschluss herbeizuführen, was bei uns nicht ist. Es ist sicherlich so, die Kritiker sagen, man kann natürlich vieles aufschreiben, leben müssen wir das in den Köpfen. Aber vielleicht dient es dazu, dass wir das Thema in der Öffentlichkeit und in der Presse in manchen Punkten verbessern können und dass die Presse das auch besser aufnimmt.

Also vielleicht eine Bitte an dieser Stelle, dass wir uns gemeinsam mit Frau Ministerin Schwesig im Ausschuss hinsetzen und noch mal überlegen, wie können wir in unserem eigenen Land die UNO-Konvention noch bis zum Letzten umsetzen. Insofern ist es eine Bitte an dieser Stelle, vielleicht an alle, dass wir uns sogar im Ausschuss noch mal damit befassen würden. Ich bedanke mich aber bei allen Ehrenamtlichen, die da mitgemacht haben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, kann ich davon ausgehen, dass wir die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 5/2985 verfahrensmäßig für erledigt erklären?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bundeswehr

aus Afghanistan schnellstmöglich abziehen, Drucksache 5/3275.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bundeswehr aus Afghanistan schnellstmöglich abziehen – Drucksache 5/3275 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch bei diesem Antrag zwei Vorbemerkungen:

Erstens. Wir fallen mit unserem Antrag den Soldatinnen und Soldaten genauso wenig in den Rücken, wie es der Beschluss des SPD-Landesvorstandes getan hat. Wir fallen mit unserem Antrag einer falschen Politik in die Arme, einer Politik, die von der Mehrheit der Menschen in diesem Land kritisch bis ablehnend betrachtet wird.

(Gino Leonhard, FDP: Das sehen die LINKEN im Bundestag aber anders.)

Zweitens. Dieser Antrag ...

Herr Leonhard, meine Kollegen im Bundestag sehen das nicht anders.

Zweitens. Dieser Antrag ist kein fauler Geschäftsordnungstrick,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wie der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion meint.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist er sehr wohl, Herr Ritter, und das wissen Sie sehr genau.)

Sehr wohl, lieber Kollege Nieszery,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

sehr wohl geht es in diesem Antrag um Glaubwürdigkeit, um Glaubwürdigkeit. Um der Glaubwürdigkeit willen möchte ich auch nicht die gegenseitigen Attacken der Koalitionäre bemühen – offensichtlich ist dieses Thema für die CDU ohnehin nicht interessant –, sondern ich will viel lieber einen Blick ein paar Monate zurückwerfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 1. September 2009, dem Weltfriedenstag und mitten im Bundestagswahlkampf, hatte das Anklamer Friedenszentrum Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl eingeladen, um deren friedenspolitische Standpunkte kennenzulernen. Neben der parteilosen Bewerberin Susanne Wiest saßen für die SPD Katharina Feike, für die Grünen Anne Klatt, für die FDP – Herr Leonhard, das wird Sie dann nachher noch mehr interessieren – deren Landesvorsitzender Christian Ahrendt und für DIE LINKE meine Wenigkeit auf dem Podium. Die in Vorpommern starke Volkspartei CDU konnte niemanden für dieses Forum begeistern.

(Gino Leonhard, FDP: Das ist schlimm genug.)

In der Lokalpresse liest man über dieses Forum, ich zitiere: "Beim eigentlichen Schwerpunkt der Debatte, dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan, waren sich die fünf sogar weitgehend einig, dass von der Politik ein Rückzugsszenario für die Bundeswehr aus dem Land am Hindukusch erarbeitet werden müsse." Zitatende.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, Rückzug, nicht etwa Verlängerung des Mandats oder gar Aufstockung

des Kontingents. Aber wir wissen, Anklam ist nicht der Bundestag und der Wahlkampf ist nicht die alltägliche Politik.

Aber was ist mit der Glaubwürdigkeit von Politik? Der Sozialdemokratin Feike und der Grünen Klatt – beide nicht in den Bundestag gewählt – glaube ich ihre Haltung. Meine ist bekannt. Und, Herr Leonhard, wie Herr Ahrendt abgestimmt hat in der letzten Woche, wissen wir auch.

(Gino Leonhard, FDP: Ja.)

Allerdings hat er auf dem Forum in Anklam etwas ganz anderes von sich gegeben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch dass die CDU,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

auch dass die CDU den Soldatinnen und Soldaten nicht in den Rücken fallen will und deshalb vorsorglich gar nicht erst zu solchen Foren kommt, ist ebenso bekannt. Glaubwürdig wird Politik dadurch nicht, auch nicht dadurch, dass man als Regierungspartei Soldatinnen und Soldaten ins Ausland schickt und dann, wenn man auf der Oppositionsbank sitzt, dieses Mandat plötzlich infrage stellt. Aber Lernfähigkeit sollte jedem zugestanden werden. Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, findet der Beschluss des Landesvorstandes der SPD Mecklenburg-Vorpommern meine vollste Unterstützung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und, lieber Kollege Nieszery, Sie haben recht: Die Deutschen sollten das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob sie ihre Soldaten in den Krieg schicken oder nicht.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Nein, das können sie doch nicht.)

Und die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik lehnen diesen Einsatz mehrheitlich ab. Wenige Tage vor der Beschlussfassung im Bundestag legte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr eine Umfrage vor, in der sich 60 Prozent der Befragten gegen den Afghanistaneinsatz aussprachen und 63 Prozent eine Aufstockung der Truppen ablehnten.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern sieht das, folgt man dem Beschluss des Landesvorstandes, offenbar ähnlich. Und nun, lieber Kollege Nieszery, werden Sie nachher begründen, warum Sie diese Auffassung genauso vertreten

(Udo Pastörs, NPD: Der kann doch gar nichts begründen.)

und warum Sie dennoch unserem Antrag nicht zustimmen können. Sie werden auf den Koalitionsvertrag verweisen –

(Udo Pastörs, NPD: Der kann Kaugummi kauen.)

eine Ausrede, wie ich meine.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Denn ich will Sie an Folgendes erinnern, lieber Kollege Nieszery: In der vorangegangenen Wahlperiode legte die CDU, damals Oppositionsfraktion und immer das Ziel vor sich hertragend, einen Keil zwischen SPD und PDS treiben zu wollen, einen Antrag vor, der die Stationierung der Eurofighterstaffel in Laage begrüßte – für meine Fraktion damals wie heute unannehmbar, Frau Finanzministerin. Die SPD, damals unser Koalitionspartner, sah den Antrag der CDU als durchaus unterstützenswert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Heute immer noch.)

Wir beide, lieber Kollege Nieszery, wir beide haben damals ausgehandelt, dass meine Fraktion den CDU-Antrag ablehnt und die SPD-Abgeordneten dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen können. Die Koalition ist deshalb nicht zerbrochen, beide Koalitionspartner haben aber ihre Glaubwürdigkeit bewahrt. Das sollte heute nicht gehen?

(Udo Pastörs, NPD: Wer lacht da?)

Das sollte heute nicht gehen? – Ein Armutszeugnis für diese Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und ein bitterer Beigeschmack bei den Wählerinnen und Wählern, denn wie glaubwürdig ist Politik?

"Wir sehen mit großer Sorge, dass die deutschen Soldaten in Afghanistan immer mehr in kriegerische Handlungen verwickelt werden", so der Beschluss des SPD-Landesvorstandes.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist damit auf dem Weg zurück zu Willy Brandt, der Krieg als "Ultima Irratio" ablehnte.

(Udo Pastörs, NPD: Wiederholen Sie das noch mal!)

Krieg als Ultima Irratio ablehnen, heißt aber auch, sich nicht hinter vermeintlichen Koalitionszwängen zu verstecken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Ritter, wir entscheiden hier doch nicht über Krieg oder Frieden, das wissen Sie doch ganz genau.)

Wie glaubwürdig ist Politik?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir wollen doch nur ein bisschen nach vorne gucken.)

Wenn wir hier im Parlament nicht über die Frage Krieg und Frieden entscheiden,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wieso entscheidet dann der SPD-Landesvorstand über die Frage von Krieg und Frieden?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil wir uns 'ne Meinung gebildet haben.)

Das ist doch sehr weit hergeholt, lieber Kollege.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Koalition steht doch hier nicht zur Debatte.)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Alternativen gibt es für Afghanistan?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Wolfgang Gehrcke hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag solche Alternativen aufgezeigt. Er konnte diese Rede nicht halten, deshalb zitiere ich an dieser Stelle aus seinem Redemanuskript. Wolfgang Gehrke wollte vor dem Bundestag ausführen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Warum durfte er denn nicht? Weil er einen Zettel hochgehalten hat, oder?)

ich zitiere: "Es gibt für Afghanistan einen Weg zum Frieden, das ist der Weg der Verhandlungen. Deswegen sollte der Deutsche Bundestag die Regierung Karsai auffordern, konsequent Verhandlungen zwischen den Kriegsgegnern anzustreben und zu verwirklichen. … Die Hilfe für Afghanistan muss fortgesetzt werden, die Gelder müssen vom Militär, von der Zerstörung zum zivilen Aufbau umgeleitet werden."

(Udo Pastörs, NPD: Der Deutsche soll zahlen.)

"Der zivile Aufbau darf nicht als Mittel des Krieges erscheinen und so eingesetzt werden. Wenn die Afghaninnen und Afghanen über ihr Schicksal selbst ... entscheiden können, wird es besser gelingen, zu tatsächlichen, tragfähigen Schritten in Richtung Demokratie, Frauenrechte und Sicherheit zu kommen." Zitatende.

Das können Sie nun als pazifistische Spinnerei abtun oder als faulen Geschäftsordnungstrick. Die Frage bleibt,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

die Frage bleibt: Was also ist zu tun, Herr Kreher, um die sinnlose Zerstörung, den sinnlosen Krieg in Afghanistan zu beenden?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Die Zustimmung Ihres Landesvorsitzenden zur Verlängerung

(Hans Kreher, FDP: Da hat damals die Sowjetunion angefangen in Afghanistan.)

des Mandats trägt auf keinen Fall dazu bei, Herr Kreher.

(Hans Kreher, FDP: Und Sie haben wahrscheinlich zugestimmt.)

Was also tun? Was also tun?

Diese Frage stellt sich auch Achim Wolgethan, ein deutscher Soldat in Afghanistan, in seinem Buch "Endstation Kabul". Ich zitiere: "Was also tun? Die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten wirklich abziehen und das Land und seine Menschen sich selbst überlassen, wieder einmal? Genau das Gleiche passierte 1989, als die sowjetischen Truppen nach zehnjähriger Besatzung das Land verließen. Gleichzeitig zogen auch die Militärberater der CIA aus den Stammesgebieten im pakistanisch-afghanischen Grenzland ab, sämtliche Unterstützungsgelder versiegten. Hatten die USA in der gesamten Zeit des Krieges über eine Milliarde Dollar vor allem für Waffen ausgegeben, geriet das Land am Hindukusch ab 1989 in Vergessenheit und blieb sich selbst überlassen."

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie jetzt auch wieder.)

"Eine dringend notwendige Aufbauhilfe wurde nicht gewährt, und die von den Amerikanern zum Kampf gegen die Sowjets ausgebildeten und aus der muslimischen Welt rekrutierten "Gotteskrieger" radikalisierten sich zunehmend. Aus diesen Kräften … entstand Mitte der neunziger Jahre ein Großteil der radikalislamistischen Taliban, die in einem blutigen Bürgerkrieg die unterein-

ander zerstrittenen Clanchefs überrannten und ... ihr Terrorregime implementierten. Der Westen erkannte erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001, was er sich dort selbst herangezüchtet hatte."

(Udo Pastörs, NPD: Und was er selbst angerichtet hat.)

"Das alte Sprichwort 'Der Feind meines Feindes ist mein Freund' bewahrheitet sich nicht." So weit ein ehemaliger Bundeswehrangehöriger, der in Afghanistan im Einsatz war.

Nicht alle Schlussfolgerungen des Augenzeugen Wohlgethan in seinem Buch teile ich. Für mich wird aber aus diesen und anderen Schilderungen, auch aus Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz waren, eines klar: Auf Dauer lässt sich auf Bajonettspitzen kein Frieden errichten.

Deshalb ist jede Forderung nach sofortigem Abzug, sei es nun der Beschluss eines Landesvorstandes einer Partei oder sei es eine Positionierung eines Landesparlamentes, deshalb ist jede Forderung nach deutlicher Steigerung für zivile Aufbauhilfe, jede Forderung nach verstärkter Ausbildung afghanischer Polizeikräfte, jede Forderung nach Beendigung des internationalen Waffenhandels eine Forderung in die richtige Richtung. Diesen Forderungen entspricht auch unser Antrag, um dessen Zustimmung ich Sie bitte. Es geht eben nicht nur um unsere oder Ihre Glaubwürdigkeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Natürlich, Herr Ritter.)

Es geht um Schritte zur Beendigung eines sinnlosen Krieges. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der SPD, der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter, es wird Ihnen nicht gelingen, auf diese plumpe Art und Weise die Glaubwürdigkeit der SPD zu unterlaufen. Da können Sie sicher sein.

(Udo Pastörs, NPD: Wer ist hier plump? – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, der SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern hat am 18. Februar 2010

(Regine Lück, DIE LINKE: Das müssten Sie aber noch einmal erklären!)

folgenden Beschluss zu Afghanistan gefasst, aus dem ich kurz zitieren möchte.

Zitat: "Wir lehnen den Vorschlag der Bundesregierung, das Bundeswehr-Kontingent in Afghanistan weiter aufzustocken, ab. Stattdessen plädieren wir für eine schrittweise Reduzierung der Soldatenzahl und eine stärkere Ausrichtung auf den zivilen Neuaufbau des Landes. ...

Wir sehen mit großer Sorge, dass die deutschen Soldaten in Afghanistan immer mehr in kriegerische Handlungen verwickelt werden. Die Bombardierung des Tanklastzuges bei Kundus mit einer großen Zahl an zivilen Opfern hat viele Menschen in Deutschland entsetzt. Deshalb plädiert die SPD in Mecklenburg-Vorpommern für den schnellstmöglichen geordneten Abzug aus Afghanistan."

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Zu diesem Beschluss stehe ich, zu diesem Beschluss steht die SPD-Landtagsfraktion.

(Udo Pastörs, NPD: Träumer!)

Wir knüpfen damit an eine lange Tradition sozialdemokratischer Friedenspolitik an

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und NPD)

und wir schützen damit auch unsere Soldatinnen und Soldaten und fallen ihnen eben nicht in den Rücken, wie hier gelegentlich behauptet wurde. Ganz im Gegenteil,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

ganz im Gegenteil, wir Sozialdemokraten wissen sehr genau,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

welche schwierige und gefährliche Aufgabe die Soldatinnen und Soldaten und die Polizistinnen und Polizisten in Afghanistan erfüllen. Dafür gebührt ihnen unser ausdrücklicher Respekt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wer hat sie denn erst hingeschickt?)

Nun zum Text des Antrages der LINKEN: Dieser Antrag ist ein eindeutiges Plagiat, Herr Ritter, wortwörtlich abgeschrieben aus unserem eben zitierten Beschluss. Das ist für die stärkste Oppositionsfraktion,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

das ist für die stärkste Oppositionsfraktion gelinde gesagt ziemlich armselig, meine Damen und Herren.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach nee, finden wir nicht.)

Haben Sie denn keine eigenen Beschlüsse, die Sie hier vortragen können?

(Irene Müller, DIE LINKE: Partnerinnen und Partner sind wichtig.)

Wohl kaum. Offensichtlich haben Sie es in Ermangelung eigener Initiativen nötig, bei uns abzuschreiben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh ja!)

Hier zeigt sich wieder,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nun machen Sie aber mal 'nen Punkt!)

original sozialdemokratisch ist eben doch eine Qualität für sich,

(allgemeine Heiterkeit – Glocke der Vizepräsidentin)

die Sie niemals erreichen werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN! Ja, Sie brauchen gar nicht so zu lachen, Sie kommen da sowieso nie hin, Herr Pastörs.

> (Udo Pastörs, NPD: Wohin? – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Sie müssen hier nicht unsere Position vertreten. Glauben Sie mir, das können wir schon alleine und sehr viel besser als Sie.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das werden wir ja sehen.)

Also lassen Sie es sein, in jeder Landtagssitzung Positionen der SPD abzuschreiben und daraus Anträge der LINKEN zu basteln.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist ja unerhört, was Sie hier formulieren.)

Das ist unprofessionell, Herr Kollege, wenig kreativ und es langweilt wirklich auf die Dauer.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Scheinbar nicht.)

Herr Holter und Herr Ritter, gerade Sie müssen doch wissen, dass Sie mit solchen Spielchen nicht durchkommen. Sie wissen ganz genau, dass es in einer Koalition nun mal üblich ist, im Landtag eben nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eben nicht, Herr Nieszery, eben nicht, Herr Nieszery.)

eben nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir zwei hatten etwas anderes ausgehandelt damals. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und daran haben wir uns in der rot-roten Koalition gehalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eben nicht.)

und daran werden wir uns genauso gut auch in der rotschwarzen Koalition halten.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

So ist es eben, wenn man ein verlässlicher Partner ist, Herr Ritter.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ha, ha, ha, ha!)

Wir werden uns auch in Zukunft weiterhin mit voller Kraft dafür einsetzen,

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

dass ein geordneter Abzug der Truppen aus Afghanistan stattfindet. Ihren scheinheiligen Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich, und das nehmen wir so zur Kenntnis, wird hier ein Thema diskutiert, was eben nicht im Landtag entschieden wird, sondern ganz genau im Deutschen Bundestag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und da hilft es auch nicht, dass wir unter dem Deckmantel eines Manövers der Deutschen Bundeswehr hier in Mecklenburg-Vorpommern eben dieses Thema jetzt als Landesthema auch noch auf die Bühne heben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Schwieriges Manöver der Bundeswehr.)

Das wirkt sehr gekünstelt und das macht es eben nicht automatisch zu einem Landesthema. Aber das wird nicht überraschen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das wird nicht überraschen, dass wir, meine Fraktion, uns die Auffassung unseres Außenministers Dr. Guido Westerwelle –

(Zurufe von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE: Oooh!)

Frau Schwesig, nur mal für Sie: Der Kollege heißt Dr. Guido Westerwelle,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sprechen immer von Westerwelle – sowie der Bundestagsfraktion eben zu eigen machen.

Und Ausgangspunkt, meine Damen und Herren, ist die Londoner Konferenz, auf der fast 70 Staaten –

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

70 Staaten, um das noch mal deutlich zu sagen –, 70 Staaten haben an einem Tisch gesessen und haben versucht, eben gemeinsam mit der Regierung in Afghanistan, mit Karsai, einen Strategiewechsel zu beschließen, der jetzt in der Tat umgesetzt werden soll.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und es gilt, gemeinsam – auch nach unserer Ansicht – diese Anstrengungen für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau, insbesondere im Norden des Landes, da, wo wir eben ursächlich zuständig sind, zu verstärken,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

in folgenden Bereichen: im Bereich der ländlichen Entwicklung, im Bereich der Gesundheitsversorgung. Gerade in den vier Provinzen wollen wir zuständig sein für den Verantwortungsbereich Bau der Krankenhäuser,

(Udo Pastörs, NPD: Die die Amis dann wieder bombardieren können.)

die auch maßgeblich zusätzlich ausgestattet werden sollen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir wollen die Verkehrsinfrastruktur verbessern, bis zu 700 Kilometer Straßen sollen ausgebaut werden. Und wir wollen Lehrerinnen und Lehrer insbesondere in den Schulen ausbilden und zusätzlich auch so weit in die Verantwortung bringen.

Mit dem Afghanistanmandat einher geht die Aufstockung der Zahl der Bundeswehrangehörigen, das ist im Übrigen beschlossen worden, die im Bereich der Ausbildung und des Schutzes eingesetzt werden. Die Bundeswehr soll wie bisher die hinzukommenden deutschen Polizeiausbilder schützen und die Polizeiausbildung durch Feldjäger unterstützen.

Am Ende, meine Damen und Herren, am Ende dieser Einsätze soll in der Tat auch ein Abzug der Bundeswehr stehen. Es ist ein Jahr – 2014 – genannt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Und bei diesem sensiblen und ernsthaften Thema, meine Damen und Herren, lieber Kollege Ritter von den LINKEN, hilft es aus meiner Sicht nicht – und ich habe es mir auch nachträglich anschauen können, weil ich ein paar Tage eben nicht hier im Lande war –, was Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag veranstaltet haben. Das tut mir leid.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das war in Ordnung so.)

Und ich finde es zynisch und verantwortungslos gegen jeden Bundeswehrangehörigen und gegenüber jedem Polizeiangehörigen, der in Afghanistan tätig ist ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nee, nein, genau das ist unsere Auffassung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Irene Müller, DIE LINKE: Was treibt Sie in Ihrer Gedankenwelt um? – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Genau das ist unsere Auffassung. Und das wird diesem ernsten Thema eben überhaupt nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ganz genau.)

Ja, ganz genau.

Bei diesem Einsatz, meine Damen und Herren, – und genau deswegen haben wir uns eben auseinandergesetzt mit diesem Thema – gibt es keine Alternativen. Wenn die Bundeswehr,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wenn wir als Bundeswehr jetzt das Land verlassen, verlassen würden, würde es nur dazu beitragen, meine Damen und Herren, dass die gesamte Region destabilisiert wird

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: Genau.)

und vermutlich in ein unübersehbares Chaos stürzt, und das gab es schon oft genug in dieser Region.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und ich will nur daran erinnern, dass da auch noch Pakistan eine Rolle spielt,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

dass da der schwelende Konflikt zwischen Indien und Pakistan eine Rolle spielt.

(Udo Pastörs, NPD: Wer wäre auf die Idee gekommen?)

Ganz Südostasien hängt da möglicherweise dran.

Ein wie im vorliegenden Antrag geforderter schnellstmöglicher Abzug würde diese unhaltbare Situation nur befördern aus unserer Sicht und ist daher vollkommen verantwortungslos, meine Damen und Herren. (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

Und genau deswegen hat der Bundesaußenminister – unser Bundesaußenminister im Übrigen, nicht der Außenminister der FDP, sondern unser Bundesaußenminister –

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

vor Kurzem genauso deswegen festgestellt: "Wer die Übergabe in Verantwortung schaffen will, muss seine Anstrengungen heute erhöhen", meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: Sehr richtig.)

Die jetzt im Bundestag beschlossenen Maßnahmen gehen in die richtige Richtung. Die zivilen Aufbauleistungen sollen deutlich erhöht werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Die sind ja wieder zurückgenommen worden.)

Wenn wir über dieses Thema hier im Land debattieren, dann lohnt sich trotz alledem, sehr geehrter Herr Dr. Nieszery, ein Blick auch auf die Sozialdemokraten. Frau Schwesig hat in ihrem Parteivorstand auf Order des Ministerpräsidenten Sellering

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, auf Grundlage eines Beschlusses.)

zur Erweiterung des Afghanistanmandats sich der Stimme enthalten. Das ist einfach so.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eines Beschlusses des Vorstandes.)

Denn die SPD Mecklenburg-Vorpommerns in Person von Ministerpräsident Sellering hat aus unserer Sicht dann in dem Moment wohl offensichtlich nur die Umfragen im Auge gehabt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein.)

Und ich will zitieren nach einem Zeitungskommentar: "Das Vorpreschen von Sellering kommt zum taktisch besten, aber inhaltlich schlechtesten Zeitpunkt."

(Udo Pastörs, NPD: Zum taktisch schlechtesten Zeitpunkt. Was reden Sie da?!)

"Die verstärkten zivilen Hilfen und der Abzug der ersten Soldaten ab 2011 wären Argumente für ein Ja aus Richtung von Mecklenburg-Vorpommern, für grünes Licht von Sellering."

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welche Zeitung haben Sie zitiert?)

"Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch auch die Pläne für Afghanistan abgelehnt. Sie, die SPD, will etwas verteidigen, keine Sicherheit, nichts am Hindukusch, allein die Wahlergebnisse im kommenden Jahr", meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Das ist ein Satz, denke ich, der zumindest zu hinterfragen ist. Dem, meine Damen und Herren, haben wir aus Sicht der FDP-Fraktion nichts hinzuzufügen.

Und auch die Fraktion DIE LINKE bleibt sich insofern treu, zumindest bei dem Thema. Sie hat keine Antwort auf die Herausforderungen in Sachen Afghanistanpolitik. Der Antrag ist Beleg – zumindest, ich kann das sagen, in der Frage – für eine weiterhin verantwortungslose Politik der Linkspartei. Und gerade aus dem Grund wird meine Fraktion, werden wir diesen Antrag ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Herr Glawe.

(Udo Pastörs, NPD: Der setzt jetzt Panzer ein, Herr Glawe.)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erstens bin ich dankbar, dass uns DIE LINKE das unparlamentarische Schauspiel, welches sie im Deutschen Bundestag am 26. Februar abgegeben hat,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Richtiges Signal.)

heute hier erspart hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Herr Ritter, dafür sei Ihnen sozusagen hier mal Dank gesagt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Zweitens bin ich dankbar, dass der Bundestag nach einer guten Debatte am 26. Februar 2010 in großer Mehrheit

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich muss ja wohl nicht an die toten Vögel erinnern.)

das neue Afghanistanmandat der Bundeswehr beschlossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

In namentlicher Abstimmung votierten 429 Parlamentarier für den Antrag der Bundesregierung, 111 lehnten ihn ab, es gab 46 Enthaltungen. Grüne und LINKE haben im Bundestag 144 Sitze. Vor diesem Hintergrund ist das Abstimmungsergebnis noch deutlicher ausgefallen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

als Sie gedacht haben, meine Damen und Herren von der LINKEN.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Drittens möchte ich Ihnen sagen, Sie unterliegen einem schweren Irrtum, wenn Sie denken, dass sich Politik auf aktuelle Umfragen stützen sollte.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wäre dies so, wäre Ihre Partei heute nicht mehr da. Denn 1989/1990 war die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland für ein Verbot der SED,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja.)

meine Damen und Herren. So weit nur zu Umfragen

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

und zu kurzen politischen Stimmungen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Viertens sage ich Ihnen, mit Ihren heuchlerischen Anträgen

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

fallen Sie den deutschen Soldatinnen und Soldaten in Deutschland in den Rücken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Michael Roolf, FDP: Jawoll.)

Das haben unsere Soldatinnen und Soldaten nicht verdient, meine Damen und Herren

(Irene Müller, DIE LINKE: Wenn sie nach Hause kommen, haben wir sie von vorn.)

von der Linkspartei und von der Linksfraktion.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts des Kurzzeitgedächtnisses will ich Ihnen zuerst noch mal einige Fragen sozusagen beantworten, die Sie wahrscheinlich zur Frage von Afghanistan schon vergessen haben.

Warum stehen denn heute deutsche Soldaten in Afghanistan?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nach den Anschlägen am 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja.)

beschloss die NATO am 4. Oktober 2001

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, der Terrorismus.)

zum ersten Mal seit ihrem Bestehen

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

den Bündnisfall, meine Damen und Herren. Und, Herr Pastörs, das müsste Ihnen auch was sagen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Der UN-Sicherheitsrat hat am 12. September 2001 die Anträge als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gewertet

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, die haben den Krieg salonfähig gemacht.)

und das Recht auf Selbstverteidigung zugestanden, meine Damen und Herren, und das auch an die Adresse der Linkspartei und der Linksfraktion.

Der Deutsche Bundestag beschloss in zwei Abstimmungen – am 16. November und am 22. Dezember 2001 – auf Antrag der rot-grünen Bundesregierung die Beteiligung an den Operationen. Die militärische Intervention in Afghanistan begann am 30. September 2001.

(Irene Müller, DIE LINKE: Man spricht jetzt von Krieg.)

Am 13. November 2001 wurde Kabul besetzt und am 7. Dezember 2001 wurde

(Udo Pastörs, NPD: Überfallen.)

in Kandahar die letzte Taliban-Hochburg eingenommen.

Im Rahmen der ISAF stehen gut 61.000 Soldaten aus 42 Nationen in Afghanistan und helfen so, dass überhaupt

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

zivile Strukturen aufgebaut werden können.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

2002 übernahm Deutschland den Aufbau und die Ausbildung der neuen afghanischen Polizeikräfte. Auch zwei Ausbilder aus Mecklenburg-Vorpommern übernahmen dort Verantwortung.

Herr Borrmann, Sie sollten sich lieber um Getreide kümmern und hier nicht dazwischenrufen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, seit März 2006 haben Einheiten der Bundeswehr die Verantwortung für die Operationen im Norden des Landes. In Kunduz und Feyzabad stehen zwei regionale Wiederaufbauteams bereit. Seit Juli 2008 stellt Deutschland außerdem die Schnellen Eingreifkräfte im Norden von Afghanistan.

(Udo Pastörs, NPD: Dass die schneller eingreifen können, ja.)

Meine Damen und Herren, ich weiß natürlich,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass DIE LINKE gegen den Einsatz in Afghanistan war.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Schon als der damalige Bundesverteidigungsminister Struck von der SPD die These aufstellte: "Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt", war der Einsatz nicht unumstritten.

(Udo Pastörs, NPD: Die "Demokratie" hat er gesagt.)

Und zu Recht sind die Menschen in Sorge, wenn sie die Entwicklung der letzten Jahre verfolgen. Trotzdem gilt es, deutlich zu machen, Basis des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan ist die NATO und der damit eingetretene Bündnisfall und damit die entstandene Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

meine Damen und Herren von der Linkspartei

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und von der Linksfraktion.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wem stehen wir denn bei?)

Ihnen soll das doch mal eindeutig und klar ins Stammbuch geschrieben werden. Das, was Sie treiben in der Öffentlichkeit an Populismus, ist nicht zu überbieten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir sind dagegen, eindeutig.)

Meine Damen und Herren, Politik muss sich der Verantwortung stellen. Durch den Einsatz, der 2001 und 2002 begonnen hat, sind Fakten geschaffen, die einen Abzug deutscher Soldaten von jetzt auf gleich nicht möglich machen. Zudem kann angesichts herrschender Not

in Teilen von Afghanistan nicht einfach weggeschaut werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb bin ich froh, dass der Bundestag jetzt das Mandat neu ausgerichtet hat. Die zivilen Hilfen werden deutlich verstärkt, die Entwicklungshilfe wird verdoppelt, zudem wird die maximale Truppenstärke um 850 auf 5.350 Soldaten angehoben. Innerhalb der Einheiten wird sich die Zahl der Ausbilder für die afghanische Armee deutlich erhöhen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich denke, Zivilstrukturen?!)

Neben den 500 zusätzlichen Soldaten ist eine flexiblere Stärke von 350 Mann vorgesehen. So soll unter anderem die Absicherung der im Herbst

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

geplanten Parlamentswahlen unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist an vielen Friedensmissionen in der Welt beteiligt.

(Udo Pastörs, NPD: So kann man das auch nennen.)

Ja, so kann man das nennen, Herr Pastörs,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist so.)

Sie können es ja anders nennen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist so. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir sind in zehn Friedensmissionen auf der Welt beteiligt: Einsätzen in Afghanistan, auf dem Balkan, im Mittelmeer, vor der libanesischen Küste,

(Udo Pastörs, NPD: Ist das nicht toll?)

am Horn von Afrika und im Sudan.

Und ein Wort auch an Soldatinnen und Soldaten hier aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind an Einsätzen im Balkan, im Libanon, im Sudan und am Horn von Afrika beteiligt.

(Udo Pastörs, NPD: Wer hätte das gedacht nach Stalingrad?!)

Wir sollten ihnen hier den Rücken stärken

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unglaublich, was der erzählt. – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

und nicht über sie herfallen, also wenn es Leute sind, die nicht zur Deutschen Bundeswehr gehören, die im NATO-Auftrag handeln, und Sie haben die Unterstützung hier aller demokratischen Fraktionen – in diesem Falle natürlich unter Ausschluss der LINKEN.

Meine Damen und Herren, wir haben festzustellen, dass wir verhindern müssen, dass Afghanistan ein Moloch von Touristen und Mördern wird und bleibt. Deswegen ist die Mission richtig.

(Udo Pastörs, NPD: Wo sind denn da die Touristen? Besatzungstruppen sind da.)

Und deswegen, ...

Terroristen, meine Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Dann sagen Sie das auch!)

... und deswegen sind wir dafür,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass dieser Einsatz bis zum Jahre 2014 fortgesetzt wird. Wir lehnen den Antrag der LINKEN natürlich ab.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Der größte Terrorist ist die USA.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Glawe.

Herr Abgeordneter Leonhard, für den Zwischenruf erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die LINKEN haben ein Problem. Ihre Krawallbrüder auf den Straßen sind gegen Krieg und Gewalt, während sie alles kurz und klein schlagen – wie jüngst in Dresden, Herr Ritter. Sie schwadronieren von Völkerverständigung,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

während sie "Bomber-Harris, do it again!" skandieren. "Frieden den Hütten, Krieg den Palästen", auch das ist ein Spruch der rotlackierten Faschisten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was?)

der hinlänglich bekannt sein dürfte. Und Sie, Herr Ritter, bedienen mit Ihrem Antrag ganz bewusst auch diese Klientel hier heute.

Was mir an Ihrem Antrag sofort ins Auge sprang, war jedoch, dass Sie auf der einen Seite den Abzug der Bundeswehrtruppen aus Afghanistan fordern und auf der anderen Seite ein stärkeres Engagement beim zivilen Aufbau des Landes einfordern. Nun erklären Sie uns doch einmal, wie Sie das praktisch umsetzen wollen! Erklären Sie uns, wie Sie sicherstellen können,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das verstehen Sie sowieso nicht.)

dass der bis auf die Knochen korrupte Karsai-Clan in Kabul,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Beleidigen Sie hier gerade einen Staatspräsidenten, oder was? Oh, oh!)

der ja auch nachweislich der Hauptheroinhändler in dieser Region geworden ist, die notwendige äußere und innere Sicherheit herstellen kann, unter dem dann ein Zivilaufbau, den dann die deutschen Steuerzahler bezahlen sollen, überhaupt möglich sein wird! Erklären Sie uns auch einmal, mit welchen Argumenten die Bundeskanzlerin und Friedenstaube Merkel

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie hatten doch einen Antrag "Keine Bundeswehr im Ausland"!)

den amerikanischen Oberbefehlshabern, Herr Dr. Methling, beibringen kann, dass sie,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Keine Bundeswehr im Ausland, haben Sie gesagt.)

dass sie Befehle zukünftig von den Amis nicht mehr befolgen werde!

Die LINKEN wissen ganz genau, dass wir es in Afghanistan mit einem Gebräu aus militärstrategischen Interessen der Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie geschäftlichen Partikularinteressen der unterschiedlichsten Stämme in der Region zu tun haben. Es geht nicht, wie immer wieder beteuert, um die Verteidigung der Demokratie des Westens am Hindukusch und es geht auch gar nicht darum, einem Land aus Mildtätigkeit auf die Beine zu helfen, denn deren gibt es Hunderte auf unserem Globus, die dieselbe Bedürftigkeit hätten.

Es ist ein Wahnwitz, die Öffentlichkeit damit zu täuschen, man wolle dem afghanischen Volk, was es ja ethnisch gar nicht gibt, Freiheit und Demokratie bringen, wie es ebenso wahnwitzig ist anzunehmen, dass man durch das Ausrotten des Volksstammes der Paschtunen, die man bewusst fälschlicherweise als Taliban bezeichnet, diesen Teil der Erde im Sinne westlicher Dekadenz umgestalten könnte.

Von Alexander dem Großen bis heute hat es keine Macht vermocht, sich an dieser Stelle Asiens langfristig festzusetzen. Und während Sie, meine Herrschaften der LINKEN, von blühenden Landschaften in Afghanistan träumen, wenn dort nur die Bundeswehr abziehen würde,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Kein Auslandseinsatz der Bundeswehr, haben Sie gefordert.)

scheitert das NATO-Kriegsverbrecherkartell, wie auf Spruchbändern der LINKEN zutreffenderweise zu lesen ist, unter der Leitung der USA gerade grandios mit ihrer neuen Strategie "Muschtarak", was so viel heißt wie "gemeinsam". Und Gemeinsamkeiten gibt es zwischen der Zivilbevölkerung in Afghanistan und den Besatzungstruppen, die Sie dort hingeschickt haben, naturgemäß gar keine.

Über 15.000 ISAF-Soldaten sind im Moment dabei, hauptsächlich die Zivilbevölkerung zu massakrieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, das ist doch gar nicht wahr. Das ist doch alles Quatsch!)

Sie kennen die Meldungen der letzten Wochen ganz genau.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie erzählen Unglaubliches!)

Das Konzept von ISAF-Befehlshaber McChrystal, kurz COIN genannt, ist jetzt schon gescheitert. Das sagen alle Militärfachleute.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu denen Sie ja auch gehören, Herr Pastörs, nicht wahr?)

Auch das vom männlich-markigen Westerwelle geforderte Herauskaufen von Taliban-Unterstützern wird nicht funktionieren. Die FDP wird es kaum glauben: Nicht jeder ist käuflich.

Erbarmungsloses Niedermachen von Unschuldigen hat dazu geführt, dass viele Hilfsorganisationen sich weigern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sagen Sie, das sagen Sie.)

unter einem sogenannten militärischen NATO-Schutzschirm zu arbeiten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sollten sich schämen, Herr Pastörs.)

Kernstück der neuesten Offensive sind 4.000 durch die Amerikaner schlecht ausgebildete und ausgerüstete Kämpfer der ANA, wie man die afghanischen Hiwis nennt. Ihr General Azimi, Zitat: "Diese Soldaten und Offiziere stehen an vorderster Front und sind die Hauptstütze dieser Operation." Die Armee müssen Sie sich mal angucken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie die gesehen?)

In der Realität bedeutet das -

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie sie gesehen?)

ich komme zum Ende –, in der Realität bedeutet das, meine Damen und Herren,

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Laut gebrüllt und nichts gesagt.)

dass die Amerikaner nach altem Muster willige Vollstrecker – also Afghanen – gegen Afghanen hetzen.

Meine Fraktion bleibt dabei, wir sagen: Keine ausländischen Truppen in unserem Heimatland!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Keine deutschen Truppen im Ausland, meine Damen und Herren. Der Antrag der LINKEN ist heuchlerisch.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und an Sie, Herr Ritter, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen haben Sie auch so viele Probleme mit dem Zweiten Weltkrieg, ne, Herr Pastörs?)

Udo Pastörs, NPD: ... und an Sie, Herr Ritter, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Udo Pastörs, NPD: ... fern von ...

(Der Abgeordnete beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Was sollte dieser Spruch denn nun schon wieder?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Leonhard, wenn Sie die Aktionen der Abgeordneten der LINKEN im Deutschen Bundestag als zynisch bezeichnen,

(Michael Roolf, FDP: Das sind sie!)

dann muss ich mich schon sehr wundern. Denn Opfern eines Luftangriffes zu gedenken im Bundestag, ich glaube, das kann nicht zynisch sein. (Michael Roolf, FDP: Das ist respektlos.)

Meine Fraktion, Herr Roolf,

(Michael Roolf, FDP: Respektlos vor dem Parlament.)

Herr Roolf, meine Fraktion,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Herr Roolf, meine Fraktion im Bundestag

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

hatte beantragt, dass der Bundestag eine Gedenkveranstaltung durchführt. Dieser Antrag meiner Fraktion ist von allen Fraktionen abgelehnt worden,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so, ach so?)

auch von Ihrer. Dann reden Sie nicht über Zynik in der Politik, Herr Roolf.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn wir über Plagiate reden im Zusammenhang mit den heroischen Anträgen der Koalition, stelle ich mal eine Frage, Herr Nieszery. Kennen Sie Folgendes: "Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Bonuszahlungen"?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schöner SPD-Antrag, nicht?)

Schöner SPD-Antrag? Sie irren. Das ist ein Antrag der Fraktionen von CDU und SPD.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das weiß ich.)

Der Initiator steht also immer vorn.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Aber das, was ich hier vorgetragen habe, ist die Überschrift aus einer Entschließung des Bundesrates,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

die die Fraktionen von CDU und SPD einfach mal abgeschrieben haben, Herr Dr. Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen Sie ja auch ständig, Herr Ritter.)

Insofern ist also Ihre Argumentation uns gegenüber, Ihr Vorwurf uns gegenüber,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das macht ihr doch nicht umsonst, dass ihr aus unseren Beschlüssen abschreibt.)

wir würden hier nur mit Plagiaten arbeiten, sehr wenig hilfreich, lieber Kollege Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Ritter!)

Aber nun zum Ernst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verkaufen Sie die Bürger nicht für blöd!)

Ja, das machen Sie die ganze Zeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, das machen Sie hier.)

Doch, doch. Doch, doch.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich muss Ihnen wirklich sagen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

diese plumpe Art und Weise,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sind Sie, Herr Ritter.)

in der Sie aufgetreten sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie beschreiben sich gerade selbst, Herr Ritter.)

Ihre Armseligkeit in der Argumentation, in der Auseinandersetzung mit dem Inhalt unseres Antrages,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und die Scheinheiligkeit in Ihrer Argumentation, mit der Sie begründet haben, warum Sie unseren Antrag ablehnen, das ist nicht Ihr Niveau, Herr Dr. Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch. Das ist Ihr Niveau.)

und das wissen Sie selbst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich reagiere nur auf Ihr Niveau, Herr Ritter.)

Und das wissen Sie selbst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das wissen Sie.)

Deswegen würden Sie nicht so gequält lächeln.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, ich reagiere nur auf Ihr niedriges Niveau.)

Und ich erinnere Sie noch einmal an unsere gemeinsame Geschichte

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, wissen Sie!)

hier in diesem Parlament.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Gemeinsamkeiten sind längst vorbei.)

Die Gemeinsamkeiten sind längst vorbei.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das ist eine interessante Aussage.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Aber ich sage noch einmal: Bei einem solchen Thema

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Koalitionsdisziplin als Argument vor sich herzuschieben, in dem Wissen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dazu stehe ich, Herr Ritter.)

in dem Wissen, dass wir beide

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dazu stehe ich.)

in diesem Hohen Hause schon einmal eine andere Regelung herbeigeführt haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und da können Sie noch so viel palavern, wie Sie wollen.)

das ist plump, das ist armselig,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dazu stehe ich, Herr Ritter.)

das ist scheinheilig, Herr Dr. Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das sind Sie. Sie beschreiben sich gerade selber.)

Namens meiner Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Offensichtlich hat die Rede getroffen. Die Rede hat getroffen. Das hat gesessen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Ritter.

Im Rahmen der Debatte ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten, um hier vorne die entsprechende Vorbereitung für die namentliche Abstimmung sicherzustellen. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 14.15 Uhr

Wiederbeginn: 14.16 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium aus namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Vincent Kokert und Sigrun Reese werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche zur Feststellung des Ergebnisses für zwei Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 14.21 Uhr

Wiederbeginn: 14.23 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 63 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 17 Abgeordnete, mit Nein stimmten 43 Abgeordnete, es enthielten sich 3 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3275 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Sicherstellung einer flächendeckenden Luftrettung für Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 5/3295.

Antrag der Fraktion der FDP: Sicherstellung einer flächendeckenden Luftrettung für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/3295 –

Das Wort zur Einbringung hat, wie Sie sehen, der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Rettungswesen war hier im Landtag bereits mehrfach ein Thema. Schon 2009 stellte die FDP den Mangel an SAR-Hubschraubern fest.

Die Seenotrettung ist aber nur ein Teil der Luftrettung in Mecklenburg-Vorpommern. Der Verlegung von Patienten, der sogenannten Sekundärverlegung, schenken wir dabei oftmals zu wenig Bedeutung. Dieses führt dazu, dass wir derzeit keinen einzigen Leistungsklasse-I-Hubschrauber für die Sekundärrettung in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung haben.

Diese sind seit diesem Jahr, also ab dem 01.01.2010, auch in den meisten Fällen der Sekundärrettung Pflicht. Die europäische Norm schreibt höhere Anforderungen an die Sekundärrettung vor. Diese europäische Regulierung ist richtig und notwendig, um mit einheitlichen Standards eine europaweite Mindestqualität sicherzustellen.

Das in Mecklenburg-Vorpommern zuständige Sozialministerium scheint hier aus meiner Sicht nicht auf dem aktuellen Stand zu sein.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Zugegebenermaßen, die europäische Norm umfasst mehrere Tausend Seiten, das ist auch nicht ganz so einfach, dies alles durchzuschauen. Aber diese Nachlässigkeit der Regierung fällt zulasten der Qualität, zulasten der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Liberalen fordern daher eine dringende Wahrnehmung der Zuständigkeit der Regierung. Insbesondere das Sozialministerium wird aufgefordert, endlich zu handeln. Daher fordern wir konkret:

 Sicherstellung eines flächendeckenden Seenotrettungswesens

Am Standort Hohe Düne gibt es immer noch keinen ganzjährig einsetzbaren SAR-Hubschrauber. Die Seenotrettung sollte gerade für uns als Tourismusland einen höheren Stellenwert haben. Auf Schlagzeilen über ertrunkene Touristen wegen mangelnder Rettungsgeräte können wir, glaube ich, alle gut verzichten. Aber auch in der Sekundärrettung können wir nicht entsprechende Fluggeräte zur Verfügung stellen. Für Flachflüge sind nur Leistungsklasse-I-Maschinen zulässig. In der Sekundärrettung haben wir davon in Mecklenburg-Vorpommern keinen einzigen.

eine landesweite Rettungsleitstelle für die Sekundärflugrettung

Derzeit wird die Sekundärrettung immer noch über 13 regionale Rettungsleitstellen koordiniert. Dieses führt zu Reibungsverlusten und ist ineffizient. Vor allem eine wirkungsvolle Überwachung, ob das eingesetzte Fluggerät der Bestimmung genügt, ist so nicht möglich. Auch eine schnelle Entscheidung, ob ein wohlgemerkt sehr kostenintensiver Flug überhaupt notwendig ist, ist ohne eine zentrale Rettungsleitstelle nicht möglich.

(Harry Glawe, CDU: Das ist Ansichtssache.)

3. eine strenge Einhaltung der Europanormen

Einheitliche Regelungen sind nur dann sinnvoll, wenn sie national auch umgesetzt werden. Diese europäische Regelung umfasst neben den Anforderungen an die technische Leistungsfähigkeit der Fluggeräte auch Anforderungen an die medizinische Ausstattung und die Sicherheit. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Regulierungen zu Kosten und Sicherheit unserer Patienten keine Anwendung finden. Und sollte es Gründe geben, einen Teil der europäischen Norm nicht umzusetzen, sei es aus Kostengründen oder aus anderen Gründen, dann ist die Landesregierung zumindest angehalten, mit solchen Problemen transparent umzugehen und nicht darauf zu warten, bis es irgendwann zu spät ist und wir Schaden dabei nehmen.

4. ein qualitätssicherndes Zulassungsverfahren

Aus Sicht der FDP liegt genau darin der Schlüssel der Qualifizierung. Nach dem Gesetz über die Rettungsdienste für das Land Mecklenburg-Vorpommern ist es Aufgabe des Sozialministeriums, ein entsprechendes Zulassungsverfahren für Unternehmen in der Sekundärverlegung auszugestalten. Hier gäbe es die Möglichkeit, klare Anforderungen an technische Leistungsfähigkeiten und medizinische Ausstattungen der Maschinen zu stellen, aber auch die entsprechende Qualifikation des Personals könnte über dieses Zulassungsverfahren sichergestellt werden.

Warum wird das Qualifizierungsmodell Intensivverlegung für Ärzte nicht für verpflichtend erklärt? Stattdessen legt das Sozialministerium mehr Wert auf fach- und sachfremde Hürden, wie beispielsweise die Vorlage eines Führungszeugnisses des Unternehmers und Betreibers. Hier fordern wir Liberalen die Landesregierung auf, für entsprechende Hürden in der Zulassung der Qualitätssicherung zu sorgen!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die ganz Liberalen sind das.)

Setzen Sie die Regulierung der Europanorm auch in Mecklenburg-Vorpommern um! Warten Sie nicht, bis Unglücksfälle passieren! Das Thema ist ernster, Herr Methling, als Sie vielleicht glauben. Und wenn es Sie dann mal trifft, werden wir uns wieder unterhalten. – Danke

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die FDP-Fraktion meint, mit ihrem Antrag die Landesregierung auffordern zu müssen, das Rettungsdienstgesetz und den Rettungsdienstplan, also die tragenden rechtlichen Grundlagen des Rettungsdienstes unseres Landes, zu ändern. Dieser Ansatz für eine Gesetzesnovelle greift zu kurz und wäre auch verfehlt, denn Luftrettung ist immer nur ein Teil der Gesamtkonzeption Boden- und Luftrettung im Rettungsdienstsys-

tem, das sowohl organisatorische als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen muss.

Sehr geehrte Antragsteller von der FDP-Fraktion, ich darf Ihnen mitteilen, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern bereits eine Versorgung mit Hubschraubern sowohl in der Primärrettung als auch für Verlegungsflüge, also Sekundärflüge haben. An den Standorten Güstrow, Greifswald und Neustrelitz sind Rettungstransporthubschrauber stationiert, die als ergänzende Rettungsmittel in der Primärrettung eingesetzt werden. Ergänzt werden diese Maschinen durch den in Perleberg im Land Brandenburg stationierten Rettungstransporthubschrauber, der den südwestlichen Teil des Landes mitversorgt. Diese Stationierung gewährleistet kurze Einsatzzeiten.

Ergänzend zu diesen Hubschraubern werden drei Hubschrauber vorgehalten, die über eine Genehmigung für die Notfallrettung und Krankentransport außerhalb des öffentlichen Rettungsdienstes verfügen. Diese Hubschrauber sind stationiert in Rostock, Pinnow bei Schwerin sowie Neubrandenburg. Diese Hubschrauber führen überwiegend Verlegungsflüge durch. Sie können in der Primärrettung nur ausnahmsweise eingesetzt werden, wenn andere Rettungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Mit diesen vorhandenen Luftrettungsmitteln ist das Land Mecklenburg-Vorpommern ausreichend versorgt. Rettungshubschrauber dienen generell nur der Ergänzung des bodengebundenen Rettungsdienstes. Das bedeutet, dass die Versorgung in der Notfallrettung von den Trägern des Rettungsdienstes, also den Landkreisen und kreisfreien Städten, primär durch Rettungstransportwagen sicherzustellen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl.)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Grabow, den Vorwurf, dass wir uns nicht genügend kümmern, weise ich hiermit zurück. Offensichtlich ist, dass Ihre Informationen nicht aktuell sind. Der Innenminister hat sich gemeinsam mit mir – aber das Lob gilt hier ausdrücklich dem Innenminister – dafür eingesetzt, dass wir zum Beispiel den SAR-Hubschrauber der Bundeswehr wieder in M-V stationieren können und der SAR-Hubschrauber der Bundeswehr in Hohe Düne dem Land wieder zur Verfügung steht. Wir haben die Mitteilung, dass dieser Hubschrauber uns wieder zur Verfügung stehen wird.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Fragen Sie einfach bei uns nach, dann bekommen Sie die Informationen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Ralf Grabow, FDP)

Das Rettungsdienstgesetz sieht vor, dass mehrere Rettungsdienstbereiche von einer Rettungsleitstelle geführt werden. Der Konzentrationsprozess in der Leitstellenlandschaft im Land ist inzwischen gut vorangeschritten. Für den westlichen Teil des Landes haben die Landeshauptstadt Schwerin zusammen mit den Landkreisen Ludwigslust, Parchim, Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar die integrierte Regionalleitstelle Westmecklenburg gebildet. Im östlichen Teil des Landes werden die Rettungsdienstbereiche Mecklenburg-Strelitz, Müritz, Demmin und Neubrandenburg über eine Leitstelle geführt.

Die Hansestadt Greifswald betreibt seit vielen Jahren gemeinsam mit dem Landkreis Ostvorpommern eine Leitstelle. Die Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Leitstelle für die Hansestadt Stralsund, den Landkreis Nordvorpommern und den Landkreis Rügen sind weit vorangeschritten. Die Hansestadt Rostock spricht mit den Landkreisen Bad Doberan und Güstrow über die Bildung einer Leitstelle. Der Landkreis Uecker-Randow ist im Gespräch mit den Trägern der Leitstelle in Greifswald und Neubrandenburg, um über den Anschluss an eine dieser Leitstellen zu entscheiden. Wenn dieser Konzentrationsprozess abgeschlossen ist, verfügt das Land Mecklenburg-Vorpommern über eine moderne und zeitgemäße Leitstellenlandschaft.

Der Landesbeirat für das Rettungswesen hat sich umfassend mit der rettungsdienstlichen Versorgungssituation im Land auseinandergesetzt. Er hat ein Konzept entwickelt, nach dem landesweit alle Verlegungen von Patienten unter intensiven medizinischen Bedingungen zukünftig über eine Leitstelle koordiniert werden sollen, auch Verlegungen mit Hubschraubern. Das Sozialministerium bereitet gegenwärtig die Umsetzung dieses Konzepts zunächst für eine zweijährige Projektphase vor. Dabei sollen die Verlegungsflüge sowie bodengebundene Verlegungen über diese Leitstelle koordiniert werden. Sollte sich dieses Modell bewähren, wird im weiteren Verlauf geprüft werden, ob zukünftig auch der Einsatz der Hubschrauber in der Primärrettung nur über diese eine Leitstelle koordiniert werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich jetzt etwas fachlich werden, aber ich möchte auch deutlich machen, weshalb der Antragsteller zu kurz greift. Bei den JAR-OPS 3 handelt es sich um bundesweit geltende luftrechtliche Vorschriften, die die gewerbsmäßige Beförderung von Personen und Sachen in Hubschraubern regeln. Die Überwachung der Einhaltung dieser Vorschriften liegt in den Händen des Luftfahrtbundesamtes sowie des Verkehrsministeriums unseres Landes. Alle in der Luftrettung unseres Landes tätigen Unternehmen haben die erforderlichen Genehmigungen. Es liegt in der Verantwortung der Luftfahrtunternehmer, bei sich ändernden luftrechtlichen Vorschriften dafür Sorge zu tragen, dass diese umgesetzt und eingehalten werden. Dies wird von den Luftfahrtbehörden überwacht. Es ist deshalb nicht erforderlich, die Einhaltung dieser Vorschriften durch ein im Rettungsdienstgesetz verankertes Zulassungsverfahren sicherzustellen.

Die für die Primärrettung in M-V vorgehaltenen Hubschrauber können auch nach Inkrafttreten der neuen strengen Vorschriften uneingeschränkt eingesetzt werden. Am Standort Rostock wird in Kürze durch die Johanniter-Unfall-Hilfe für Verlegungsflüge ein neuer Hubschrauber stationiert, der ebenfalls uneingeschränkt eingesetzt werden kann. Auch die in Neubrandenburg und Pinnow stationierten Sekundärhubschrauber können bei Einhaltung von bestimmten Voraussetzungen zunächst weiterhin an Krankenhäusern landen, um Verlegungsflüge durchzuführen. Die Luftrettung ist somit im Lande auch weiterhin gewährleistet.

Die medizinische Notfallrettung steht am Anfang der medizinischen Versorgungskette. Es ist selbstverständlich, dass dieses erste Glied in Verbindung verzahnt sein muss mit den anderen Bestandteilen der medizinischen Versorgung, insbesondere mit dem Kassenärztlichen Notdienst und der Krankenhausversorgung. Das Rettungsdienst- und das Landeskrankenhausgesetz machen hier entsprechende Vorgaben.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sie sehen, die von der FDP-Fraktion vorgetragenen Argumente greifen zu kurz. Das Anliegen, das Rettungswesen in Mecklenburg-Vorpommern weiterzuentwickeln, liegt im Ministerium für Soziales und Gesundheit in guten bewährten Händen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Rühs. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der öffentliche Rettungsdienst umfasst die Notfallrettung und den Krankentransport. Zur Notfallrettung gehört, dass bei lebensbedrohlich Verletzten oder Erkrankten lebensrettende Maßnahmen eingeleitet werden. Die Verletzten oder Kranken müssen transportfähig gemacht werden und unter fachgerechter Betreuung in eine für die weitere Versorgung geeignete medizinische Einrichtung gebracht werden. Bei einem Krankentransport werden Verletzte, Erkrankte oder sonstige Personen, die medizinisch versorgt werden müssen, aber keine Notfallpatienten sind, unter fachgerechter Betreuung befördert.

Grundlage des Rettungsdienstes ist das Gesetz über den öffentlichen Rettungsdienst für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Träger des Rettungsdienstes am Boden sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Sie sind jeweils in ihrem Gebiet für den jeweiligen Rettungsdienstbereich zuständig. Träger der Luftrettung ist das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das Land betreibt derzeit drei über das ganze Land verteilte Luftrettungszentren. Die Standorte sind Güstrow, Neustrelitz und Greifswald.

In den Rettungsdienstbereichen werden in Mecklenburg-Vorpommern derzeit 13 integrierte Rettungsleitstellen betrieben, die oft Teil von Leitstellen für Brandund Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst sind. Sie werden teilweise kreisübergreifend tätig. Die Rettungsleitstellen sind ständig besetzt, sie sind Ansprechpartner für in Not geratene Menschen, sie nehmen Notfallmeldungen und Hilfeersuchen entgegen, werten diese aus und leiten entsprechende Maßnahmen ein. Für jede Leitstelle ist ein ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes berufen worden. Die Rettungsleitstellen sind landesweit unter der Rufnummer 112 zu erreichen. Weitere Einrichtungen des öffentlichen Rettungsdienstes sind die Rettungswachen und die Notarztstandorte, die eine ausreichende Versorgung im Land gewährleisten.

Dies alles macht deutlich, dass der Antrag der FDP von wenig Sachkenntnis geprägt ist. Die Rettung im Notfall ist in Mecklenburg-Vorpommern abgesichert. Wir haben hier keine Versorgungsdefizite. Ich kann mich den Ausführungen von Frau Ministerin Schwesig an der Stelle nur anschließen. Vielmehr ist es ein beziehungsweise der richtige Mix aus Boden- und Luftrettung, der eine optimale Absicherung der Notfallrettung ermöglicht. Ausschließlich Boden- oder nur Luftrettung sind nicht ausreichend. Was ist zum Beispiel, wenn bei Nebel, in der Nacht oder bei starkem Wind kein Hubschrauber starten kann? Kommt dann kein Rettungsdienst mehr oder aber erst viel zu spät von sehr weit her? Die Koalitionsfraktionen lehnen daher aus den genannten Gründen Ihren Antrag ab.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig, sehr richtig.) Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Kollege Grabow hat es gesagt, mit schöner Regelmäßigkeit bringt die FDP-Fraktion hier Probleme ein, die sich mit Teilaspekten des Gesetzes über den Rettungsdienst für das Land Mecklenburg-Vorpommern befassen. Nach dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung nun aufgefordert werden, das Rettungsdienstgesetz sowie den Rettungsdienstplan zu überarbeiten, um eben landesweit eine zuständige Rettungsleitstelle für die gesamte Luftrettung in Mecklenburg-Vorpommern einzurichten und die Regularien der Joint Aviation Requirements bei der Entscheidung über die Durchführung von Rettungsflügen in Anwendung zu bringen. Gleichzeitig soll die Landesregierung beauftragt werden, eine Verbindung von medizinischer Versorgung und Rettungswesen zu prüfen.

Mit Letzterem geht es den Antragstellern wohl um eine Verbindung des in Eigenverantwortung der Kassenärztlichen Vereinigung organisierten Kassenärztlichen Notdienstes mit den Aufgaben des Rettungsdienstes, die in Verantwortung von Landräten und Oberbürgermeister/-innen wahrgenommen werden. Beides, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete der FDP, sind Selbstverwaltungsaufgaben, die über die Landesregierung nach herrschender Rechtslage bestenfalls moderierend begleitet werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Frau Ministerin hat es bereits ausgeführt, sie hat die Ausstattung des Landes bezüglich der Primär- beziehungsweise Sekundärluftrettung, aber auch den Prozess der Konzentration von Rettungsleitstellen erörtert. Ähnlich wie bei Ihrem letzten Antrag, verehrte Kollegin und Kollegen der FDP, als Sie die Funklöcher in Mecklenburg-Vorpommern und daraus resultierende Gefährdungen für den Rettungsdienst thematisierten, plädiert meine Fraktion für eine Überweisung Ihres Antrages in den für diese Fragen federführenden Sozialausschuss und in den mitberatenden Innenausschuss.

(Harry Glawe, CDU: Nee, ach! Das haben Sie aber nicht ernst gemeint, oder was?!)

Herr Glawe, ich sage Ihnen auch, warum ich dafür plädiere.

(Harry Glawe, CDU: Ach?!)

Hier sollten Sie einmal, verehrte Abgeordnete der FDP, – Herr Glawe, und Sie sind ein geduldiger Mensch,

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Harry Glawe, CDU: Ja.)

deshalb hoffe ich einfach, dass Sie dem hier zustimmen – im Rahmen einer Anhörung mit Spezialisten unter anderem des Landesbeirates für Rettungswesen, den es im Land gemäß Paragraf 12 des Rettungsdienstgesetzes gibt, alle Ihre Sie bewegenden Fragen zum Rettungsdienst in Mecklenburg-Vorpommern stellen und Ihre vielfältigen Vorstellungen für die Weiterentwicklung des Rettungsdienstgesetzes auf deren Praxistauglichkeit prüfen lassen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sicher wird sich dann auch aus dem vorliegenden Antrag erkennen lassen, inwieweit hier ein tatsächlicher Bedarf im Interesse verunfallter Menschen oder vielleicht wieder einmal nur ein wirtschaftliches Interesse eines Produktherstellers mit Privatisierungsabsichten der FDP im Raum steht. Sollte der Überweisung nicht zugestimmt werden, lehnt meine Fraktion den Antrag wegen dessen unklarer Zielbestimmung ab. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Forderung im Antrag der FDP ist aus unserer Sicht berechtigt, weil es nach unseren Informationen offensichtlich tatsächlich große Probleme beim Einhalten der sogenannten Joint Aviation Requirements gibt.

Aber nicht nur der Vortrag, den wir hier von der FDP gehört haben, war aufschlussreich, sondern vor allen Dingen die Ausführungen der Regierungskoalition waren nicht geeignet, die Notwendigkeit, hier massiv nachzubessern, zu entkräften. Inwieweit eine Zentralisierung, also die Einrichtung einer entsprechenden landesweit zuständigen Rettungsleitstelle die richtige Organisationsform sein könnte, vermag ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu sagen, wenngleich sie mir sinnvoll erscheint. Auch was die Bewertung des Zusammenwirkens von medizinischen und flugtechnischen Belangen angeht, so ist es erforderlich, hierüber zunächst eine breitere Analyse zu erstellen.

Wir von der NPD-Fraktion hätten es als hilfreicher angesehen, wenn der Antragsteller es hier in Form eines Gesetzentwurfes gewagt hätte, das Thema auf die Tagesordnung zu bringen, dies, weil wir es dann womöglich mit konkreten Forderungen der FDP-Fraktion zu diesem Themenbereich zu tun bekommen hätten. Abgesehen hiervon erachten wir es jedoch für unabdingbar, uns mit diesem Thema näher zu befassen. Wir stimmen daher selbstverständlich diesem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Leonhard. Bitte, Herr Abgeordneter.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal nehme ich wohlwollend zur Kenntnis, dass sich offensichtlich zumindest die Kollegen der Fraktion DIE LINKE inhaltlich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben. Denn wenn ich, sehr geehrter Herr Kollege Rühs, zur Kenntnis nehmen muss, dass Sie offensichtlich, was auf der Homepage des Sozialministeriums zum Thema öffentlicher Rettungsdienst zur Verfügung gestellt wird, schlecht und recht nichts weiter getan haben, als einfach abzulesen,

(Michael Roolf, FDP: Abzulesen und vorzulegen.)

dann ist das schon sehr befremdlich, wie Sie sich mit diesem Thema inhaltlich auseinandersetzen.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Deswegen nehme ich von der Fraktion DIE LINKE zumindest zur Kenntnis, dass Sie bereit ist, sich mit diesem Thema inhaltlich auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Vorwurf, dass wir uns nicht wirklich um dieses Thema Gedanken machen, den will ich insofern entkräften, dass wir uns als FDP-Landtagsfraktion seit dem 29.04.2009 sehr inhaltlich mit diesem Thema auseinandersetzen, und zwar in dem Moment, als wir gerade aus unserer Sicht zu dieser schwerwiegenden Sicherheitslücke sowohl im maritimen Bereich als auch in der Frage der Luftrettung über Mecklenburg-Vorpommern eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt haben – ich will sie hier noch einmal kurz hochheben – und auf der Grundlage deren Beantwortung uns eben dem Thema gewidmet haben, was die Stationierung eines SAR-Hubschraubers angeht.

Ich habe eben gerade zur Kenntnis genommen – uns liegt da offensichtlich nicht ganz aktuell der neueste Stand vor –, dass ein SAR-Hubschrauber angeblich jetzt am Standort Hohe Düne zusätzlich stationiert worden sein soll. Insofern will ich dem nichts entgegnen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sondern einfach nur Folgendes sagen: Allein die Forderung seitens der FDP-Fraktion hier in diesem Hohen Hause hat dazu geführt, dass ein neuer Standort Hohe Düne in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig wieder infrage kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wie lange es dauert, um einen SAR-Hubschrauber – und da will ich ausdrücklich sagen, dass es bei der Marine Anstrengungen gibt, das zu verkürzen – in Bewegung zu setzen, hat jetzt die Insel Hiddensee gespürt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Fünf Tage hat es gedauert, um einen SAR-Hubschrauber nach Hiddensee zu lotsen.

(Michael Roolf, FDP: Da hat der Innenminister Schuld. – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich will Ihnen einfach deutlich sagen, 1.100 Insulaner sind aufgrund dessen abgeschnitten, weil es keinen Eisverkehr gibt. Das liegt zum Teil auch an der Reederei, die diesen Eisverkehr durchzuführen hat.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Diesmal lag es am Eis.)

Aber das führt dazu, dass es keine Möglichkeit gibt, den Seenotrettungskreuzer in Gang zu setzen. Das führt dazu, dass es kein Wassertaxi gibt, was ansonsten pendeln könnte. Und die Situation, dass es seit dem 01.01.2010 gilt, diese europäische Norm umzusetzen, führt dazu, dass es keinen Nachtflughubschrauber gibt. Und da hilft auch kein Nachtflughubschrauberlandeplatz auf der Insel, wenn es keinen Nachtflughubschrauber gibt,

(Torsten Renz, CDU: Was nicht ist, kann ja noch werden.)

der in Mecklenburg-Vorpommern fliegen kann. Den gibt es faktisch nicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und keiner der bisher einsatzfähigen Hubschrauber in Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit in der Lage, diese europäische Norm zu erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Gerade aus diesem Grund haben wir hier aus unserer Sicht ein sehr, sehr wichtiges Thema angesprochen. Wir haben darum gebeten, eine Qualitätsoffensive hier im Land Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen. Wir haben erneut eine Sicherheitslücke aufgeworfen und bitten Sie eindringlich, diesem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE zu folgen, den wir durchaus aufnehmen wollen, nämlich im Sozialausschuss in Verbindung mit dem Innenausschuss dieses Thema aufzurufen und dann diese Debatte weiterzuführen. Sollten Sie diesem Überweisungsantrag nicht zustimmen, werden wir sehr wohl hinter diesem Antrag stehen. Das werden Sie selbstverständlich nachvollziehen können.

(Udo Pastörs, NPD: Auf die Idee wären wir gar nicht gekommen.)

Wir werden bei diesem Thema weitermachen. Sollten Sie dem Antrag für eine Überweisung nämlich nicht zustimmen, werden wir von uns aus eine Anhörung zu diesem Thema organisieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Leonhard.

Es hat um das Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Lorenz Caffier: Meine Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Kollege Leonhard, Sie haben hier den Eindruck erweckt, dass zu irgendeiner Zeit während des Wintereinbruchs auf der Insel Hiddensee die medizinische Versorgung nicht abgesichert gewesen wäre. Das weise ich ausdrücklich zurück! Zu jeder Tages- und Nachtzeit wären für Extremfälle medizinische Lösungen möglich gewesen. Deswegen sollten wir auch aufhören, Szenarien zu produzieren, die in der Form so nicht stattgefunden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Harald Ringstorff, SPD: Richtig.)

Über das Handling des Landkreises und andere Dinge werden wir uns morgen unterhalten. Aber hört auf, immer Szenarien an die Wand zu malen, die in der Form nicht existiert haben! Deswegen weise ich das ausdrücklich zurück!

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Genau. – Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3295 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Danke schön. Stimmenthaltungen? - Danke schön.

Also wir sind hier oben im Sitzungspräsidium eindeutig und mehrheitlich der Auffassung, dass mit den entsprechenden Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP, bei Zustimmung der Fraktion der NPD und ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU der Antrag abgelehnt ist.

(Udo Pastörs, NPD: Was für eine Blamage! – Raimund Frank Borrmann, NPD: Abgelehnt oder angenommen?)

Abgelehnt!

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf der Drucksache 5/3295 in der Sache. Wer diesem Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3295 bei Zustimmung durch die Fraktionen der FDP und NPD sowie Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Keine Vermietung von Mitgliedern der Landesregierung, auf der Drucksache 5/3266.

Antrag der Fraktion der NPD: Keine Vermietung von Mitgliedern der Landesregierung – Drucksache 5/3266 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits zur vergangenen Sondersitzung des Landtages versuchte meine Fraktion, aktuelle Vorgänge zur unerlaubten Parteienfinanzierung auf die Tagesordnung zu setzen. Sie, meine Damen und Herren des sogenannten demokratischen Blocks,

(Reinhard Dankert, SPD: Das war doch auf der Tagesordnung.)

wussten das zu verhindern, also werden wir Ihnen heute hier diese Debatte aufzwingen.

Lobbyismus als Synonym für Korruption. Ich kaufe mir einen Ministerpräsidenten –

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

ob Sachsens Tillich oder Nordrhein-Westfalens Rüttgers, Geschäft ist Geschäft. Wer zahlen kann, bekommt die passenden Fotos. Natürlich wissen wir alle, dass nur ein Gespräch mit den jeweiligen Regierungschefs der Länder sinnloses Unterfangen ist. Aber es geht ja nicht darum, Sinnvolles zu besprechen, es geht um Geld, nichts anderes. Die Vermarktung der Fotos scheint dann doch wohl ihren Reklamewert zu haben, von Werbung

mag man in diesem Zusammenhang sicher nicht sprechen wollen.

Es war schon erheiternd, wie nach dem Bekanntwerden der Bimbesprämien in Sachsen und Nordrhein-Westfalen das SPD-Schwergewicht Sigmar Gabriel sich aus der Deckung traute und die Viper der Lüge kräftig zischen ließ und immer wieder behauptete, es sei ein Skandal, dass bei der CDU Geld wohl darüber entscheide, wer wann wo mit dem Ministerpräsidenten sprechen könne. Wahrscheinlich wusste der neueste Goliath der Sozialdemokraten nichts von dem Werbeblättchen an Industrielle, wo gerade auch er, Gabriel, als Festbraten wie Sauerbier angeboten wurde.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was durch die Medienmafia von interessierter Seite als spektakulär oder außergewöhnlich bezeichnet wird, ist dies gar nicht. Nachdem das Bundesverfassungsgericht schon vor vielen Jahren die Parteienfinanzierung aus Steuermitteln begrenzt hatte und die Geldgier der Parteien somit aus Steuermitteln nicht mehr befriedigt werden konnte, geht man dazu über, auch grenzwertige, ja bisweilen auch kriminelle Finanzierungspraktiken umzusetzen.

Als König von Geldbeschaffung aus dunklen Kanälen kann wohl konkurrenzlos hier der sogenannte Dicke aus Oggersheim angeführt werden. Unter seinem Vorsitz wurden Hunderttausende, ja Millionen in die CDU-Parteikassen geschleust. Das Ganze versuchten die Philosemiten der CDU unter Herrn Weihrauch als jüdische Vermächtnisse zu verschleiern. Man schrieb einfach auf jüdischen Friedhöfen Namen von Verstorbenen ab und buchte das Ganze dann als Spende dieser Hebräer in die CDU-Parteikasse.

Neueste Praxis ist, wie das Beispiel Westerwelle es lehrt, Gesetze zu beschließen, worauf nach Rechtskrafterlangung dieser Vorschriften die begünstigte Klientel Millionenspenden auf die Konten ihrer Gönnerpartei, hier war es zuletzt die FDP, fließen lässt. Für etwas weniger sind Werbestände auf Parteitagen zu haben. Je nach Lage und Quadratmeterzahl spült das schon mal schnell pro Stand 10.000, 15.000, 20.000 Euro in die Parteikasse.

Meine Damen und Herren, Systempolitiker, Systemmedien, Systemagenten stellen eine Spottgeburt zu diesem Thema aus Dreck und Feuer dar. Damit meine ich ethisch-moralischen Dreck auf der einen Seite, den man nicht weiter zu kommentieren braucht, und Feuer auf der anderen Seite, das jedes Vertrauen in die politische Klasse zu Asche werden lässt. Wir können davon ausgehen, dass das ab und zu ans Tageslicht kommende niederträchtige Verhalten der politischen Kaste nur die Spitze eines Eisbergs ist, an dem langfristig diese Republik zerschellen muss, denn die Käuflichkeit von Amtsträgern ist ein Missstand, der mittlerweile zum Alltagsleben dazugehört.

Es hat über Jahrzehnte eine schleichende, aber kontinuierliche Verfilzung von Politik und Kapital stattgefunden, und die sogenannten staatstragenden Parteien halten sich sozusagen gegenseitig in Schach. Diese haben voneinander so viel Dreck und kriminelle Machenschaften archiviert, dass keiner es wagen könnte, den ersten Stein zu werfen. Wir brauchen nur einen Blick auf die Korruptionsliste der Organisation Transparency International zu werfen. Da steht die BRD nur knapp besser bewertet als eine korrupte Negerrepublik in Schwarz-

afrika. Aber auch hierzulande wird mit dem nötigen Kleingeld in der Tasche Politik gemacht. Die Namen des CDU-Altvorderen Ulrich Adam und des windigen Geschäftsmanns Wilhelm Schelsky seien hier noch mal stellvertretend genannt.

Meine Damen und Herren, es gab einmal einen Landesfriedensbrecher und roten Straßenkämpfer, den ich persönlich damals auch als "Straßenköter" bezeichnete, Joseph Martin Fischer sein Name, der es einmal auf den Punkt brachte mit der Aussage, dass die BRD, also Ihr System, das beste, was es je auf deutschem Boden angeblich gab oder gibt,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

eine Bimbesrepublik sei. Er muss es wissen, denn wer sich mit seinem Lebenslauf etwas näher befasst, wird mir zustimmen müssen in der Feststellung, der ehemalige Außenminister Fischer ist der treffendste Repräsentant Ihrer Bimbesrepublik. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich würde mal sagen: Mit Verlaub, Sie sind ein ...)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es hat als Erster das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Heinz Müller. Bitte, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines an den Ausführungen von Herrn Pastörs ist richtig: Er hat bereits in der letzten Landtagssitzungswoche versucht, uns diesen Antrag hier aufzuschwätzen. Es ist ihm damals nicht gelungen, es wird ihm auch hier nicht gelingen.

Meine Damen und Herren, ich habe keine Lust, ich glaube, es würde dieses Haus auch nicht unbedingt zieren, wenn ich hier den Versuch machen würde, auf alle Verdrehungen, Lügen und Halbwahrheiten Ihrer Begründung im Einzelnen einzugehen. Ich glaube, das ist es nicht wert.

Nur eines möchte ich hier einmal ganz klar sagen: Man kann von Joschka Fischer und seiner persönlichen Geschichte halten, was man will, ich halte ihn für eine beeindruckende Persönlichkeit der deutschen Geschichte. Ich möchte aber nur eines sagen: Wer einen ehemaligen Bundesaußenminister hier als Straßenköter bezeichnet, wie Sie das eben getan haben, Herr Pastörs, der soll sich nicht in dieses Haus stellen und uns Vorlesungen über Ethik zu halten versuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Das, meine Damen und Herren, geht völlig an der Sache vorbei.

(Udo Pastörs, NPD: Gut, dass Sie es wiederholt haben.)

Man kann zu Fischer, man kann zu vielen anderen Politikern so oder so stehen, aber wir wollen politische Auseinandersetzungen sachlich führen. Ich habe in der letzten Auseinandersetzung mit Ihrem Antrag schon gesagt, dass ich sehr froh bin, dass wir über die Frage, die Ihr Antrag angeblich anspricht, unter den Demokraten sachlich miteinander reden und sehr sachlich zu einer einheitlichen Meinung kommen.

(Stefan Köster, NPD: Was kosten Sie denn?!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich mit dem Antragstext beschäftigen. Der Antragstext sagt, dass es den Mitgliedern der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern verboten werden soll, bezahlte Gesprächstermine wahrzunehmen. Ich darf dazu feststellen, weder dieser Ministerpräsident noch seine Ministerinnen und Minister

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Der nimmt gerade einen Gesprächstermin wahr.)

sind käuflich, sind mietbar, sind korrupt. Dieser Antrag enthält eine Unterstellung, die jeder Grundlage entbehrt, die wir aufs Schärfste zurückweisen, die beleidigend und infam ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Nein, meine Damen und Herren, man kann diese Landesregierung unterstützen, wie das die Koalition tut, man kann sie kritisieren, wie das die demokratische Opposition tut, das tun wir in der Sache, und wir setzen uns in der Sache auseinander, aber wir diffamieren nicht demokratische Institutionen und wir diffamieren nicht die Personen, die Träger dieser demokratischen Institutionen sind. Sie wollen diese Demokratie abschaffen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja gar keine.)

dem dient dieser Antrag und nichts anderem.

(Udo Pastörs, NPD: Nur die alte Demokratie.)

Alles andere ist gelogen und geheuchelt. Solche Anträge werden wir ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Müller.

Es hat noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So, wie Sie diese Debatte hier heute geführt haben, Herr Müller, hätten Sie doch das Ganze schon bei der letzten Plenarsitzung abhandeln können.

Mir ist nicht verständlich, warum Sie das seinerzeit nicht wollten, denn Sie haben doch die Sache ganz kurz gemacht. Sie sind auf nichts eingegangen, was tatsächlich in dieser Republik geschieht an Korruption, an Vorteilsnahme, an Lobbyismus. Das ist die Wahrheit!

(Angelika Peters, SPD: Kann man die Lautstärke mal runterdrehen?)

Von Substanz in der Sache war von Ihnen hier vorhin gar nichts zu entnehmen. Wenn man Ihnen so zuhört, könnte man den Eindruck gewinnen, es sei alles in Ordnung, Nicht wahr, Frau Schlupp von der CDU?

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben Sie in der kurzen Zeit alles aufgeschrieben, ja? Sie sind ja ein Held. Sie können ja richtig reagieren auf Reden.)

Aber waren Sie es nicht, die nach anfänglichem Zögern zugeben musste, von Schelsky, Sie, gnädige Frau, 4.000 Euro in Bar entgegengenommen zu haben?

(Egbert Liskow, CDU: So ein Quatsch!)

Natürlich haben Sie alles brüderlich geteilt und weitergereicht, konnte ich lesen seinerzeit.

(Beate Schlupp, CDU: Lüge! Lüge! Lüge!)

Es war alles mit rechten Dingen zugegangen, erfuhr ich auch aus Ihrem Munde persönlich.

Ja, meine Damen und Herren, für Sie gibt es gar keinen Grund zur Selbstkritik.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber wie bewerten das die Bürger in unserem Lande? Wir erinnern uns: Erste Vorwürfe an den CDU-Mann Adam, Gelder von Schelsky genommen zu haben und dieses nicht entsprechend in jährlichen Rechenschaftsberichten korrekt verbucht zu haben, quittierte der Christdemokrat Adam zunächst mit eisernem Schweigen. Erst Stück für Stück gab Adam zu, die Zuwendungen von Schelsky als Sachleistungen in Form persönlicher Werbemittel entgegengenommen zu haben.

(Beate Schlupp, CDU: Was hat denn das jetzt mit dem Antrag zu tun? – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Sprach man zunächst von Beträgen über 3.000 bis 4.000 Euro, korrigierte das Ganze sich im Laufe staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen stets nach oben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War Adam mal Mitglied dieser Landesregierung?)

Man landete bei weit über 100.000 Euro, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War Adam Mitglied dieser Landesregierung?)

Das spielt keine Rolle.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, das spielt keine Rolle?)

Das spielt keine Rolle.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich dachte, Sie reden zum Thema. Ich denke, Sie reden zum Thema.)

Er ist ein Mann des Bimbes.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Darum geht es.

Aufgescheucht von den Meldungen trat die Spitze nicht etwa in Bescheidenheit und weiser Einsicht den Rückzug an in der CDU,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wissen ja nicht einmal, worüber Sie reden.)

sondern pochte dreist, frech auf das sogenannte Rückwirkungsverbot,

(Angelika Peters, SPD: Ich kann mich gar nicht erinnern, dass Adam Mitglied der Landesregierung war.)

weil sich die Rechtsverstöße bereits in vergangenen Legislaturperioden zugetragen hätten. Der Christ und Demokrat Egbert Lüskow musste dann auch später einräumen, (Egbert Liskow, CDU: Liskow! – Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht Lüskow, Liskow! Liskow mit "i"!)

dass Schelsky zusätzlich 39.000 Euro als Unterstützung hingeblättert habe.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, ich habe Sie aufzufordern, zum Antrag zu reden!

Udo Pastörs, NPD: Warum ...

Das ist der Antrag, Herr Präsident.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Liskow ist nicht Mitglied der Landesregierung.)

Es geht hier um Vorteilsnahme, Korruption in der Bundesrepublik, die immer größere Ausmaße annimmt, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn Sie sich jetzt an den Präsidenten wenden, dann kriegen Sie einen Ordnungsruf.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, der Fraktionsantrag der NPD bedeutet sozusagen, sich zu den Regierungsmitgliedern dieses Landes zu verhalten. Und dazu bitte ich Sie, jetzt zu sprechen.

Udo Pastörs, NPD: Wo Gelder fließen, ist die FDP nicht weit.

(Heinz Müller, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE: Sie ist auch nicht Mitglied der Landesregierung. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

So hatte der Rechtsanwalt Torsten Hoebel, seinerzeit Kreisvorsitzender der Freien und Liberalen, dort seine Kanzlei. Es verwundert uns von der NPD nicht, dass die derzeitige Tagespresse spekulierte, wie viel denn wohl die FDP aus Schelskys Schwarzkassen erhalten habe, frei nach dem Motto des absoluten Spitzenpolitikers der FDP hier im Landtag Sebastian Ratjen:

(Reinhard Dankert, SPD: In welcher Regierung arbeitet der mit?)

"Wo das Geld herkommt, ist erstmals zweitrangig."

Meine Damen und Herren, es gibt zig Fälle von Korruption, Vorteilsnahme und andere Mauscheleien, ob wir das Landesgestüt Redefin nehmen, uns näher mit der Privatisierung der Werften oder der Privatisierung der Kolchosen während der Wendezeit zuwenden – immer der gleiche Gestank. Deswegen wenden sich Gott sei Dank vom Brechreiz getrieben immer mehr Menschen ab vom BRD-Parteienstaat. Das Volk ist längst zur Beute von Lobbyisten, Sponsoren, Vorteilsnehmern und politischen Schwerverbrechern geworden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Da hätten Sie einen anderen Antrag stellen müssen!)

Dieses zu wissen, ist einmal gut, daraus die passenden Schlüsse zu ziehen, unabdingbar notwendig, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen den dritten Ordnungsruf und entziehe Ihnen das Wort für die heutige Sitzung für diese gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf der Drucksache 5/3266. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3266 bei Zustimmung ...

(Udo Pastörs, NPD: Hier werden Meinungen unterdrückt, das ist das Problem. Das lassen wir uns nicht gefallen, Herr Präsident.)

Sie haben die Möglichkeit gemäß der Geschäftsordnung, gegen den dritten Ordnungsruf Einspruch einzulegen. Das regelt die Geschäftsordnung.

(allgemeine Unruhe – Udo Pastörs, NPD: Das wird alles abgelehnt. – Die Abgeordneten der Fraktion der NPD verlassen den Plenarsaal.)

Wenn Sie jetzt selber den Saal verlassen, das hätten Sie gar nicht tun müssen.

Also, meine Damen und Herren, damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3266 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP abgelehnt.

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Rechtsstaatsprinzip nachkommen – Straftäterdatei per Gesetz einführen, Drucksache 5/3278.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rechtsstaatsprinzip nachkommen – Straftäterdatei per Gesetz einführen – Drucksache 5/3278 –

Das Wort zur Begründung für die Fraktion DIE LINKE hat die Abgeordnete Frau Borchardt. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir uns entschieden haben, diese Thematik auf die Tagesordnung setzen zu lassen, haben wir schon ein wenig erahnen können, wer sich wie in der heutigen Debatte artikulieren wird. Aber selbstverständlich will ich der Debatte nicht vorgreifen und vielleicht haben wir uns auch in unserer Einschätzung geirrt.

Worum geht es? Es geht um die Einführung von FoKuS, was die Kurzform für "Für optimierte Kontrolle und Sicherheit" bedeutet. Nach diesem Konzept sollen Informationen von Gefangenen in einer Datei gespeichert werden, die eine Haftstrafe von mindestens zwei Jahren bis zum letzten Tag zu verbüßen hatten. Vornehmlich soll es hier um Probanden gehen, die eine Sexualstraftat begangen haben. Später soll dieses auch auf den Bereich der Gewalttäter ausgeweitet werden. Laut mehrerer Presseartikel, angefangen vom 04.01.2010, sollten sowohl Strafvollzugskammern als auch andere Behörden Zugriff auf die Dateien haben. Eingeführt werden soll dieses Konzept am 1. April 2010.

So weit, so gut, kann man meinen. Ich will zur Vollständigkeit auch sagen: Auf Antrag unserer Fraktion hat die Ministerin Kuder das Projekt vorgestellt und unsere Fragen beantwortet. Dass wir, wenn diese Frage über einen Erlass durch die Regierung auf den Weg gebracht

werden soll, noch nicht das konkrete Umsetzungskonzept kennen, liegt, denke ich, in der Natur der Sache. Fest steht nur, dass das Konzept am 1. April 2010 durch einen Erlass eingeführt werden soll. Nun kann man sagen, na, da ist doch alles so weit in Ordnung, warten Sie den Erlass ab und dann sehen wir weiter, und springen Sie von den LINKEN nicht wie ein irrer Büffel im frischen Heu.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Genau das geht aus meiner Sicht nicht. Nach all den uns vorliegenden Presseerklärungen, der Auswertung der Informationen im Ausschuss und unter Einbeziehung des Bundesverfassungsurteils vom 11.08.2009 kommen wir zu dem Ergebnis: Wenn Sie diese Frage ernsthaft und auf der Basis der Rechtsstaatlichkeit auf den Weg bringen wollen, dann geht das nur mit einem entsprechenden Gesetz. Aber das werden Sie sicherlich der Überschrift unseres Antrages entnommen haben.

Selbstverständlich will ich das auch begründen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 11.08.2009 - wir erinnern uns sicherlich alle - festgestellt, dass für einen Eingriff in ein Grundrecht ein Erlass nicht ausreichend sei, sondern hierfür eine formalgesetzliche Grundlage geschaffen werden muss. Damals ging es um die verdachtsunabhängigen Videoüberwachungen, für die auch nur ein Erlass Grundlage war. Für uns ist das, was in dem Erlass in Bezug auf die Schaffung einer Datei ausgestaltet werden soll, ebenfalls ein Eingriff in die Grundrechte. Dazu kommt, dass das Parlament selbstverständlich die Voraussetzung, aber auch den Umfang der Beschränkung klar und für den Bürger erkennbar festzulegen hat. Die Schaffung einer Datei, da beißt die Maus keinen Faden ab, ist ein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung eines Menschen, denn wir reden über die Erfassung von Daten nach deren Haftentlassung, auf die dann wiederum Behörden Zugriff haben sollen.

Ich will an dieser Stelle auf das Hamburgische Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Sicherungsverwahrung verweisen und darüber hinaus gleichzeitig sagen, die hier in Paragraf 122 geschaffene Regelung könnte eine Rechtsgrundlage sein. Hier wurden die Voraussetzungen, unter denen ein solches automatisiertes Verfahren eingerichtet wird, konkret benannt. Hier kann man ganz genau erkennen, von welchen Personen die Daten gespeichert und anderen Behörden zugänglich gemacht werden dürfen. Das sind zum Beispiel Gefangene, die eine Freiheitsstrafe wegen einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu verbüßen haben. Weiterhin ist festgeschrieben, eine entsprechende Datei einzurichten, und so weiter und so weiter. Da ergibt sich für mich die Frage, warum bei allen gesetzlichen Regelungen, die das Ergebnis der Föderalismusreform waren, in der Regel die Fragen über Mustergesetze auf den Weg gebracht wurden und es hier keine solchen Bemühungen gab.

Einen weiteren Gesichtspunkt will ich hier an dieser Stelle nennen. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage, wo ich bezüglich der Rechtsgrundlage nachfragte, wurde mitgeteilt, dass die Rechtsgrundlage das Polizeirecht und bundesgesetzlich das Strafgesetzbuch bilden. Schaut man sich beides an, kann man Folgendes feststellen: Im Strafgesetzbuch finden wir Regelungen zur Führungsaufsicht generell. Allerdings stand da nichts von der Möglichkeit der Speicherung von personenbezogenen Daten von entlassenen Straftätern.

Aber bei FoKuS soll nicht nur die Polizei den Zugriff auf die Dateien haben, sondern auch Strafvollstreckungskammern und andere Behörden. Wo, so frage ich besorgt, ist dafür die Rechtsgrundlage geschaffen? Oder gehen Sie davon aus, dass man im Zusammenhang mit der Deregulierung oder dem dann anschließenden Zugriff anderer Behörden auf diese Dateien ein solches Gesetz nicht braucht? In unserem Polizeigesetz, dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern, sieht der Paragraf 42 ein automatisiertes Abrufverfahren vor, wonach personenbezogene Daten zwischen Polizeidienststellen und Ordnungsbehörden übermittelt werden dürfen. Sollen hier unnütze Hürden nicht geschaffen werden? Das ist für uns die Frage.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch auf einen anderen Umstand eingehen. Ebenfalls in meiner Kleinen Anfrage wollte ich wissen, ob mehr Personal für die Überwachung von Straftätern nach der Entlassung notwendig ist. Antwort der Landesregierung, das kann ich kurz machen, denn sie antwortete mit Nein. Ziel aber der Einführung von FoKuS ist es, dass nach der Haftentlassung Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer die Betreuung der verurteilten Personen mit dem Ziel einer engen Überwachung übernehmen sollen. Das bedeutet, dass über die dreimonatige Eingangsphase hinaus eine enge Kontaktfrequenz zwischen den Bewährungshelfern, den Bewährungshelferinnen und der verurteilten Person vorgesehen ist. Wenn ich da mit meinem reinen Menschenverstand herangehe, dann sage ich mir doch, dass eine engere Überwachung eine stärkere Belastung der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer mit sich bringt und demzufolge auch mehr Personal notwendig wäre.

Erfahrungen aus den anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Bayern, die seit dem Jahr 2007 ein ähnliches Überwachungssystem installiert haben, zeigen, dass derartige Überwachungssysteme mit einem praktischen Problem verbunden sind: die hohe Arbeitsbelastung. Da frage ich mich, wie dieses absehbare Problem angegangen werden soll – laut Aussage der Landesregierung nicht, da sie nicht mit einem vermehrten Personalbedarf rechnet. Insofern kann ich nur hoffen, dass das Programm zeitnah evaluiert wird und so auf wahrscheinliche Arbeitsmehrbelastungen der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer reagiert wird.

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass wir in Ruhe über die mögliche und notwendige Schaffung einer Rechtsgrundlage im Ausschuss debattieren, dies auch noch einmal gemeinsam prüfen, um dann entsprechend auf die sichere Seite bei der Einführung von FoKuS zu gehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Borchardt.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Justizministerin des Landes Frau Kuder. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, dankbar, dass Sie den Antrag heute hier eingebracht haben. Zum einen zeigt es, dass Sie das FoKuS-Konzept nicht hinreichend verstanden haben, ich es Ihnen vielleicht auch nicht hinreichend erklärt habe. Daran kann es auch liegen. Ich bin Ihnen dankbar, dass es mir gleichzeitig Gelegenheit gibt, auch hier dann einiges klarzurücken.

Zunächst einmal: Anders als in der Begründung zum Antrag dargestellt, ist gerade nicht die Speicherung von Informationen aller Gefangenen in einer Datei Inhalt des Konzeptes. Ich werde Ihnen das auch gleich noch einmal erklären. Und auch die zur Begründung Ihres Antrages angeführte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die eine – ich betone – anlassunabhängige Geschwindigkeitsmessung mittels Videoaufzeichnung betraf,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

ist meiner Meinung nach ein Fehlgriff. Noch einmal: Bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ging es um anlassunabhängige Aufzeichnungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wer im Fokus von FoKuS steht, ist bereits durch schwerwiegende Straftaten in Erscheinung getreten. Ich meine, und ich kann mir vorstellen, da sind wir alle einer Meinung, wer bereits durch schwerwiegende Straftaten in Erscheinung getreten ist, hat einen hinreichenden Anlass für eine aufmerksame Begleitung und Beobachtung gesetzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Aber der Reihe nach: Als ich mein Amt im November 2006 antrat, beschäftigte mich vor allem eine Frage: Was können wir tun, um die Rückfallgefahr entlassener Strafgefangener in Mecklenburg-Vorpommern zu reduzieren? Diese Frage habe ich mir gestellt, weil jede verhinderte Rückfalltat gleichzeitig die Verhinderung eines weiteren Opfers bedeutet. Das nenne ich aktiven Opferschutz.

Das können wir nicht allein mit neuen und schärferen Gesetzen erreichen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Wichtiger ist es, davon bin ich überzeugt, bestehende Möglichkeiten zu optimieren.

Bereits zum 1. Januar 2008 sind wir einen ersten Schritt mit unserem InStar-Konzept gegangen. InStar steht für Integrale Straffälligenarbeit. Mit InStar haben wir die Zusammenarbeit der sozialen Dienste der Justiz, also Bewährungshelfer und Führungsaufsicht, mit dem Vollzug eng verzahnt und standardisiert. Vereinfacht gesagt stellen wir mit InStar sicher, dass der für den Haftentlassenen zuständige Bewährungshelfer frühzeitig die Informationen erhält, die er für eine zielführende Arbeit mit dem Haftentlassenen benötigt – ein Konzept, das nicht nur bundesweit, sondern auch über die Grenzen Deutschlands hinaus im Übrigen in der Fachwelt hohe Beachtung findet.

Darüber hinaus haben wir – und, Frau Borchardt, das ist vielleicht auch wichtig, dass Sie jetzt zuhören – auch dank zusätzlicher Personalstellen in der Bewährungshilfe, ich darf daran erinnern, die Kontrollintensität Straffälliger je nach Schwere der verurteilten Straftat in "intensiv zu begleiten", "eng zu begleiten" und "weniger eng zu begleiten" kategorisiert.

Diesem Schritt soll nun ein weiterer Schritt folgen. Während InStar sich vor allem mit der intensiven Zusammenarbeit von Vollzug und Bewährungshilfe zur Vermeidung von Rückfällen beschäftigt, geht es bei FoKuS nun um die Optimierung der Zusammenarbeit von Justiz und Polizei. FoKuS stellt damit eine notwendige Ergänzung zu InStar dar.

Mit FoKuS rückt vor allem die Überwachung bestimmter Haftentlassener im Interesse der Sicherheit der Allgemeinheit in den Vordergrund. Im wahrsten Sinne des Wortes in den Fokus rücken besonders rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter, die nach vollständiger Verbüßung einer Freiheitsstrafe aus dem Justizvollzug entlassen werden und unter Führungsaufsicht stehen. Damit richten wir ein noch stärkeres Augenmerk auf eine Zielgruppe, die einer intensiven Aufsicht und Leitung bedarf. Deshalb steht FoKuS für "Für optimierte Kontrolle und Sicherheit".

An dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich nicht umhin, Ihnen das Instrument der Führungsaufsicht in aller Kürze und leider stark vereinfacht näherzubringen. Führungsaufsicht tritt regelmäßig kraft Gesetzes ein, wenn eine bei bestimmten Sexualstraftaten mindestens einjährige, im Übrigen zweijährige

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Mehrjährig.)

Freiheitsstrafe bis zum letzten Tag vollstreckt ist. Ein Strafgefangener bleibt bis zum letzten Tag in Haft, wenn bei negativer Sozialprognose ein Teilstraferlass auf Bewährung nicht angezeigt ist. Im Rahmen der Führungsaufsicht stellt das Gericht den Betroffenen einen Bewährungshelfer zur Seite. Zudem kann das Gericht bestimmt Ge- und Verbote aussprechen. Das Gericht kann beispielsweise einem Gewaltstraftäter für die Dauer der Führungsaufsicht jeglichen Alkoholkonsum untersagen, wenn gerade die enthemmende Wirkung des Alkohols zu seiner erhöhten Aggressivität beiträgt. Das Gericht kann beispielsweise einen Sexualstraftäter insbesondere anweisen, sich von Kindergärten, Schulen oder Spielplätzen fernzuhalten und sich durch eine forensische Ambulanz psychotherapeutisch oder sozialtherapeutisch betreuen und behandeln zu lassen.

Wer durch einen schwerwiegenden oder beharrlichen Weisungsverstoß die Rückfallgefahr vergrößert, riskiert ein neues Strafverfahren. Ein Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht. Die Einhaltung der Weisungen müssen allerdings in der Praxis überwacht werden, damit auf Weisungsverstöße entsprechend reagiert werden kann. Hierzu ist es zwingend notwendig, die Informationen, über die die Führungsaufsichtsstelle, die zuständige Staatsanwaltschaft, die Justizvollzugsanstalt, der Bewährungshelfer und die örtliche Polizeidienststelle verfügen, auszutauschen.

Mit FoKuS haben wir ein lokales Netzwerk geschaffen, das einen effektiven Informationsaustausch gewährleistet. Informationsflüsse innerhalb des Überwachungsnetzwerkes, wie sie die gemeinsame Verwaltungsvorschrift beschreibt, sind auf die vorhandenen Rechtsvorschriften zur Gestaltung und Durchführung der Führungsaufsicht gestützt.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, empfehle ich noch einmal einen Blick in die Paragrafen 68 bis 68g Strafgesetzbuch und die Paragrafen 463 und 463a Strafprozessordnung. Dort werden Sie insbesondere feststellen, dass Paragraf 463a

Absatz 2 Strafprozessordnung die Ausschreibung der verurteilten Person im polizeilichen Informationssystem zur Beobachtung eröffnet und regelt. Sie sehen, wir bewegen uns mit FoKuS innerhalb des gesetzlichen Rahmens.

Führungsaufsichtsbeschluss und die darin festgelegten Weisungen werden in diesem Rahmen dem Landeskriminalamt zur Ausschreibung zur Beobachtung übermittelt. Zudem werden die örtlich zuständigen Polizeibehörden zur Gefahrenabwehr über die bevorstehende Entlassung und die Ausgestaltung der Führungsaufsicht, also die erteilten Weisungen, unterrichtet. Ebenso erfährt die örtlich zuständige Polizeibehörde durch FoKuS, wer der zuständige Bewährungshelfer ist und wie dieser erreichbar ist. Die Polizei vor Ort arbeitet künftig mit dem zuständigen Bewährungshelfer zusammen. Sie informieren sich gegenseitig. Warnsignale werden gegenseitig mitgeteilt. Sofern der entlassene Strafgefangene auffällig wird, unterrichtet die Polizeidienststelle den zuständigen Bewährungshelfer über die Weisungsverstöße und umgekehrt. Die erforderlichen Maßnahmen bei Weisungsverstößen können so schnell getroffen werden.

Ziel von FoKuS ist also, schneller und zielgenauer auf Weisungsverstöße oder andere Anzeichen für kriminelle Gefährdungen und gefährliche Rückfälle reagieren zu können. FoKuS soll vermeiden helfen, dass rückfallgefährdete Menschen nach ihrer Haftentlassung neue Straftaten mit schweren körperlichen und psychischen Folgen für die Opfer begehen. Kurz: FoKuS soll ebenso wie das InStar-Konzept dazu beitragen, neue Opfer zu verhindern.

Ich bin aber auch nicht blauäugig. Leider kann auch FoKuS Rückfalltaten nicht ausschließen. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass das verbleibende Risiko durch eine enge Zusammenarbeit von Justiz und Polizei mit FoKuS erneut verringert werden kann. Hierfür bin ich jedenfalls bereit, alle Anstrengungen zu unternehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dankert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Justizministerin hat die Zulässigkeit einer Datenübermittlung zwischen den beteiligten Institutionen, nämlich Gerichten, Staatsanwaltschaften, Führungsaufsichtsstellen, sozialen Diensten und Justizvollzugsanstalten, geprüft. Bei der Erarbeitung dieses Konzepts waren Richter beteiligt, datenschutzrechtliche Probleme sind gelöst worden. Die Ministerin hat dies eben wie bereits auch schon im Ausschuss eingehend erläutert. Wir sehen gegenwärtig keinen Anlass, dies in Zweifel zu ziehen. Sollten Sie von der LINKEN, Frau Borchardt, tatsächlich einen anderen Rechtsstandpunkt haben, dann strengen Sie eine Klage an gegen dieses Konzept, dann sehen wir weiter. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Leonhard. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag macht die Fraktion DIE LINKE einen Verstoß gegen den rechtsstaatlichen Grundsatz des Vorbehaltes des Gesetzes geltend. Das hat Frau Ministerin Kuder heute sowie auch schon im Rechtsausschuss und anhand der veröffentlichten Pressemitteilung vom 26. Januar dieses Jahres deutlich gemacht. Daher erscheint es zumindest zweifelhaft. Etwas genauer ist da die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Kollegin Borchardt zu diesem Thema auf der Drucksache 5/3241. Dort wird seitens der Landesregierung die Auffassung vertreten, das Überwachungskonzept stelle "eine rein verwaltungsinterne Regelung dar" und die Rechtsgrundlagen ergeben sich aus dem "Polizeirecht" des Landes sowie dem "Strafgesetzbuch".

Meine Damen und Herren, namens der FDP-Fraktion schlage ich aus diesem Grund vor, dass sich der Rechtsausschuss durchaus dieses Themas noch einmal annimmt. Dort gehört es aus unserer Sicht noch mal hin. Im Ausschuss sollten wir uns dieses Konzept noch einmal genau erläutern lassen, und zwar auch im Hinblick auf gegebenenfalls zukünftige Veränderungen beziehungsweise Ergänzungen des Konzeptes.

Nach den bisherigen Erkenntnissen teile ich eher die Auffassung, dass das Handeln der Landesregierung unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten legitimiert ist. Sollte es aber vielleicht jetzt bereits noch vor Inkrafttreten des Konzepts aufgrund von gewonnenen Erkenntnissen Ergänzungen geben, die zu einer anderen Beurteilung führen, dann wollen wir uns als FDP-Fraktion dem durchaus nicht verschließen.

Meine Damen und Herren, unabhängig von der juristischen Beurteilung, ob für die Einführung eines derartigen Konzepts der Gesetzesvorbehalt gilt, schlage ich Ihnen jetzt vor, dass sich der Ausschuss Ende dieses Jahres über die Erfahrungen mit diesem Konzept berichten lässt. Dann sollten wir uns spätestens fragen: War das Konzept bis dahin erfolgreich? Hat es tatsächlich die Rückfallgefahr entlassener Strafgefangener in Mecklenburg-Vorpommern reduziert und damit weitere Opfer verhindern können? Ist das überhaupt messbar? Und natürlich interessiert uns, meine Fraktion, auch der Aufwand für dieses Konzept, genauer gesagt, die Kosten bei der Umsetzung. Aus diesen Gründen und aus den vorgenannten Gründen beantragen wir namens der FDP-Fraktion die Überweisung in den Rechtsausschuss. -Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Leonhard.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Born. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Borchardt, alles, was sachlich zu Ihrem Antrag zu sagen ist, hat die Ministerin heute dankenswerterweise noch einmal mit aller Klarheit zum wiederholten Male ausgeführt. Aber das Thema ist zu ernsthaft, als dass wir es so einfach hinnehmen könnten, dass Sie ein solches Thema in einer solchen Form hier aufwerfen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, bei allem Verständnis für Opposition, wenn es schwierig ist, Themen zu finden, dieser Antrag überfordert jedenfalls meine zuge-

geben etwas bescheidenen Verständnismöglichkeiten, ein Antrag zu einem Erlass, den es, wie Sie wenigstens richtigerweise sagen, noch gar nicht gibt. Erlauben Sie mir deshalb, dass ich Ihnen schlicht ein paar Fragen stelle. Vielleicht können Sie es mir dann auch ermöglichen, wenigstens herauszufinden, was Sie eigentlich mit Ihrem Antrag bezwecken.

Die erste Frage: Frau Kollegin Borchardt, stimmen Sie mir zu, dass jedes Opfer, das mit rechtsstaatlichen Mitteln hätte vermieden werden können, ein Opfer zu viel ist? Ich denke, das müsste jedenfalls zwischen den vernünftigen Abgeordneten in diesem Haus eine Selbstverständlichkeit sein.

Zweitens. Frau Kollegin Borchardt, war es nicht zumindest eine übereinstimmende Auffassung aller Mitglieder des Untersuchungsausschusses "Carolin", dass Handlungsbedarf besteht, wenn es darum geht, den Informationsaustausch zwischen denjenigen, die Erkenntnisse haben über einen gefährlichen Strafgefangenen, der entlassen wird, und denjenigen, die eingreifen könnten, diesen Informationsaustausch zu verbessern?

Drittens. Frau Kollegin Borchardt, stimmen Sie mir dann zu, dass das Konzept FoKuS ein sinnvolles Konzept ist, um Gewalttaten gefährlicher entlassener Häftlinge vermeiden zu helfen?

Ich habe allerdings Zweifel, wenn ich mir Ihren Antrag genau ansehe, wenn Sie formulieren: "Erlass eines Gesetzes, wenn dieses gewollt ist". Ja, inhaltlich ist dieses gewollt, jedenfalls von allen, die ernsthaft darangehen, sich der Problematik anzunehmen, die gestern wieder Gegenstand eines Urteils des Bundesgerichtshofes war, nämlich dass im Rechtsstaat Straftaten abgeurteilt werden. Und wenn diese Strafen verbüßt sind, ändern sich damit nicht die Menschen ohne Weiteres, sondern es gehen unter Umständen nach wie vor Gefahren von ihnen aus. Und wenn das der Fall ist, dann muss der Staat die rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um, so weit es irgend möglich ist, weitere Opfer zu verhindern.

Viertens. Frau Kollegin Borchardt, Sie haben scheinbar die Frage schon beantwortet, ich stelle Ihnen die Frage trotzdem: Kennen Sie die Antwort der Landesregierung vom 22. Februar 2010 auf die Anfrage der Abgeordneten Borchardt, Fraktion DIE LINKE? Haben Sie die Antwort sorgfältig gelesen? Haben Sie die Antwort verstanden? Ich muss Ihnen sagen, selbst ich war in der Lage, bei einmaligem Lesen diese Antwort zu verstehen. Sie ist vollkommen in sich schlüssig und sie macht vollkommen klar, dass Sie hier Dinge miteinander vergleichen, die nichts miteinander zu tun haben. Es bedarf hier keines Gesetzes.

Sie wissen ganz genau, wenn ein überflüssiges Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt würde – ich spreche jetzt in diesem Zusammenhang nicht einmal von Deregulierung –, dann würde es Monate dauern, bis dieses Gesetz in Kraft treten könnte, und das heißt, wir würden einen Beitrag dazu leisten, dass das, was sinnvollerweise jetzt von der Landesregierung in Gang gesetzt wird, nicht greifen kann. Ich frage Sie, ob Sie dann den Betroffenen, die Opfer oder im schlimmsten Falle Angehörige von Opfern sind, erklären wollen, warum wir die Landesregierung unnötigerweise daran gehindert haben, etwas Sinnvolles zu tun, um weitere Opfer zu vermeiden.

Und deshalb, verehrte Frau Kollegin Borchardt, bei allem Verständnis für Oppositionsaktionismus, dieses ist das falsche Thema. Wir haben gemeinsam die Pflicht, alles

dafür zu tun, dass schon geschehenen Straftaten nicht noch weitere folgen, dass den Opfern, die aufgrund von Gewalttaten zu Opfern geworden sind, so weit es noch geht, geholfen wird, und dass wir verhindern, so weit wir dazu die Möglichkeit haben, dass es vermeidbare weitere Opfer gibt. Dazu ist FoKuS ein sinnvoller Beitrag und da brauchen wir, verehrter Kollege Ratjen, nicht eine weitere Befassung des Rechtsausschusses, denn auch da, das muss ich hier ganz deutlich sagen, ist das alles ausführlich erläutert worden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Genau.)

Jeder, der dieses Konzept kennenlernen wollte, hatte dazu Gelegenheit. Die Kleine Anfrage kann jeder nachlesen und selbstverständlich, da braucht man nicht mal eine Aufforderung an die Ministerin, ist es, dass sie uns im Rechtsausschuss zu gegebener Zeit darüber berichten wird, wie dieses Konzept sich in der Praxis auswirkt und wie es sich bewährt, und deshalb bedarf es keiner Überweisung in den Ausschuss. Wir brauchen auch keine Aufforderung zur Selbstbefassung, sondern das Einzige, was wir sinnvollerweise nur tun können, ist, diesen unsinnigen Antrag heute abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Nicht anwesend.)

Ich stelle fest, dass er nicht anwesend ist, und auch weitere Mitglieder der NPD-Fraktion im Moment nicht im Saal sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo sind sie denn?)

Deswegen rufe ich den nächsten Redner auf.

(Vincent Kokert, CDU: Wollen wir schnell die Tische und die Stühle wegräumen?)

Es hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Borchardt. Bitte, Frau Abgeordnete.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll, Herr Dr. Born, zu dieser Lehrstunde im Rechtssystem. Ich glaube, wenn Sie sich wirklich ernsthaft damit auseinandergesetzt hätten, dann würden Sie feststellen, dass die Fraktion DIE LINKE von Beginn an aufmerksam diesen Prozess verfolgt hat und auch ihre Fragen gestellt hat, nämlich genau aus der Ernsthaftigkeit heraus, denn wir haben im Ausschuss beantragt, dass die Ministerin uns darüber berichtet, nach der Presseerklärung. Wir haben die Kleine Anfrage gestellt. Wir haben nachgefragt. Der heißt ja nicht, wir wollen, dass FoKuS nicht eingeführt wird. Das steht im Antrag nicht drin und ich glaube, das haben wir auch im Ausschuss zum Ausdruck gebracht, dass das Anliegen verständlich ist.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Frage ist für uns nur nach Prüfung sowohl im Ausschuss, nach den Aussagen, nach den vorliegenden Pressemitteilungen, die sehr widersprüchlich sind, ich komme nachher noch darauf zurück, und nach Beantwortung der Kleinen Anfrage, ob zu dieser Frage

ein Erlass alleine reicht zur Umsetzung von FoKuS oder ob wir eine gesetzliche Grundlage brauchen. Das war für uns die Frage und für uns ist sie nach wie vor nicht beantwortet.

Ich habe ja vorhin gesagt, dass ich Ihnen eigentlich hätte schon sagen können, was Sie uns hier zur Antwort geben können. Sie haben uns leider bestätigt. Ich hätte Ihnen Ihre Antworten vorher sagen können: Sie haben alles geprüft.

Und ich kann nur sagen, wir haben ja schon von dieser Seite oft gehört, dass Juristen an einem Gesetz gearbeitet haben und das Verfassungsgericht hat es trotzdem kassiert. Also darauf würde ich mich nicht unbedingt verlassen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Weil Herr Born das gesagt hat, ja?!)

Genau. Also wenn Sie das gesagt haben, wird das sicherlich so sein.

Und was dann so die Anträge von Opposition im Landtag betrifft, ich erinnere mich an den Antrag zur Einführung des Untersuchungsausschusses, der aus meiner Sicht mehr als überflüssig gewesen ist. Das hat sich auch am Ende herausgestellt.

Aber ich will auch noch mal auf die Ausführungen von Frau Ministerin Kuder eingehen. Frau Ministerin, genau das, was Sie hier gesagt haben, hat uns darüber nachdenken lassen, ob es richtig ist, das nur über einen Erlass zu regeln, weil es ja nicht nur um den Austausch von Daten geht, sondern auch um den Zugriff auf Daten. Und ob das alles durch das Gesetz geregelt und gedeckt ist, das wagen wir zu bezweifeln. Das sagen Sie ja selber, Sie haben vorhin gesagt, es geht hier nur darum, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass der Austausch nicht erfolgt, sondern es wird ja ausgetauscht. Was soll man denn sonst anderes machen? Der Zugriff auf Daten wird von unterschiedlichen Behörden erlaubt.

Und, Herr Dr. Born, wenn man das Konzept von Beginn an gewollt hätte, dann hätte man das auch im vergangenen Jahr schon machen können. Bayern arbeitet seit 2007 danach. Also es ist aus meiner Sicht nicht die Frage, ob wir hier was verhindern wollen und ein langer Rechtsprozess vor uns steht. Wenn man das rechtlich ordentlich geregelt haben wollte, hätte man das schon sehr früh machen können und auch den Gesetzgebungsprozess einleiten können.

Nun können wir es kurz machen. Sie sagen nach wie vor, der Erlass reicht aus. Wir meinen, wir hätten es noch mal prüfen lassen sollen, damit wir wirklich auf einer vernünftigen Basis sind, denn ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass auch der Datenaustausch von Haftentlassenen auf der Basis von Rechtsgrundlagen erfolgen sollte. Das, glaube ich, steht uns gut zu Gesicht, das zu prüfen. In diesem Sinne bin ich sehr enttäuscht, dass wir diese Prüfung nicht noch mal gemeinsam vornehmen. Ich hatte damals übrigens über den Standpunkt der Richtervereinigung gefragt, da wurde mir gesagt, das ist ausschließlich sozusagen eine ministerielle Frage, deswegen können wir die Fragen nicht prüfen, also sie sind uns nicht zur Verfügung gestellt worden. Das bedaure ich sehr, ich hätte sie gerne mit in meine Erfahrungen eingebaut.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir keine Verfassungsklagen bekommen von den Betroffenen. Wir werden prüfen, welche Wege wir gehen werden, wenn der Erlass vorliegt. Wir haben den Antrag genau deshalb auf der heutigen Sitzung, noch bevor der Erlass verabschiedet wird, weil wir gedacht haben, dass wir uns gemeinsam noch mal dazu verständigen können. Und Unterstellungen, dass wir das verhindern wollen, das sage ich ganz offen, die weise ich von uns. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Borchardt.

Es hat jetzt noch einmal ums Wort gebeten für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Born. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident!

Zunächst bitte ich um Entschuldigung bei den Kollegen Leonhard und Ratjen, dass ich sie eben hier für etwas verantwortlich gemacht habe, was der eine nicht gesagt hat und ich den anderen nicht angesprochen habe, der sich tatsächlich geäußert hat. Ich bitte, mir das nachzusehen.

Frau Kollegin Borchardt, damit hier nichts Falsches im Raum stehen bleibt, möchte ich doch noch mal ganz eindeutig hervorheben: Es geht gerade nicht darum, eine gesonderte Täterdatei einzurichten. Das Überwachungskonzept knüpft unmittelbar an die Führungsaufsicht an und nutzt damit die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten der Führungsaufsicht nach Haftentlassung. Dabei soll die betreffende Verwaltungsvorschrift zu einer Optimierung des Umgangs mit besonders rückfallgefährdeten Sexualgewaltstraftätern im gesetzlichen Rahmen der Führungsaufsicht beitragen. Sie enthält generell abstrakte Anordnungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums und des Innenministeriums, welche das sachliche Verwaltungshandeln betreffen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Dr. Born, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Borchardt?

Dr. Ulrich Born, CDU: Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Dr. Born, ist Ihnen bekannt, dass die Justizministerin der Presse gegenüber mitgeteilt hat, dass es bei FoKuS darum geht, Daten zu erfassen und sie zwischen den Behörden auszutauschen?

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Borchardt, ich sehe überhaupt keinen Widerspruch zu dem, was ich gerade gesagt habe. Ich habe gesagt, es geht hier – wenn Sie es sagen, nehme ich es Ihnen mal so ab, dass das im Wesentlichen so ist, es sei denn, die Justizministerin sagt, sie hat etwas ganz anderes gesagt, aber ich sage Ihnen noch einmal –, es geht hier um eine rein verwaltungsinterne Regelung und sie ist dem staatlichen Innenraum zuzuordnen.

Sie müssen nämlich auch eins sehen, wenn Sie ständig mit Verfassungsrecht kommen: Die Regierung hat einen eigenen Verfassungsauftrag und den kann der Landtag ihr nicht abnehmen. Es ist uns gerade verwehrt, in das originäre Regierungshandeln als Landtag einzugreifen, und das müssen wir streng auseinanderhalten.

Und es ist alles, was Sie als gesetzlich notwendig ansehen, im jeweiligen Polizeirecht beziehungsweise bundesgesetzlich im Strafgesetzbuch geregelt. Die formell gesetzlichen Grundlagen der als Maßregel der Besserung und Sicherung ausgestalteten Führungsaufsicht finden sich, Frau Kollegin Borchardt, im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung. Damit einhergehende Eingriffe in Grundrechte sind also verfassungsrechtlich legitimiert und deshalb geht es nicht so einfach, dass Sie sagen, im Zweifelsfall macht ein Gesetz. Wir haben keine Möglichkeit, ein Gesetz zu machen, wenn es sich um reines Regierungshandeln handelt. Dann ist es Sache der Regierung, tätig zu werden, und deshalb ist das nur scheinbar der sicherere Weg, den Sie hier aufzeigen. In Wirklichkeit geht er schlicht an den Erfordernissen vorbei.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schauen wir mal.)

Lesen Sie die Anfrage sorgfältig und dann lassen Sie sich, meinetwegen in einem halben Jahr, im Rechtsausschuss von der Ministerin berichten, wie sich dieses Konzept in der Praxis bewährt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3278 zur Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3278. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3278 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU und bei Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – google street view, Drucksache 5/3294.

Antrag der Fraktion der FDP: google street view - Drucksache 5/3294 -

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Leonhard. Bitte schön, Herr Abgeordneter

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem erst bezeichnete die Bundesverbraucherschutzministerin das flächendeckende Fotografieren von Google als, ich darf zitieren, "millionenfache Verletzung der Privatsphäre".

(Michael Roolf, FDP: Recht hat sie.)

Und weiter sagt sie: "Kein Geheimdienst ... würde so ungeniert auf Bilderjagd gehen."

Vor wenigen Tagen nun veranstaltete Google eine Pressekonferenz zu ihrem Internetdienst Street View und man präsentierte dabei Juristen, die attestierten, dass dieses Projekt datenschutzrechtlich unbedenklich sei, allerdings, und das sollte man wohl der Vollständigkeit halber sagen, mit der Einschränkung: in der momentan geplanten Ausgestaltung. Also es geht um den momentanen, derzeitigen Stand.

Google stellt sich dabei auf den Standpunkt, das Bundesdatenschutzgesetz sei schon gar nicht anwendbar, weil keine personenbezogenen Daten erhoben werden würden. Diese Auffassung ist nach unserer Ansicht, nach Ansicht der FDP-Fraktion sehr umstritten, werden doch Häuserfronten, Autos und Personen abgebildet, ohne Zustimmung der Betroffenen per Internet an eine Vielzahl von Dritten übermittelt. Soweit Kfz-Kennzeichen, natürliche Personen und Häuser, die natürlichen Personen gehören, abgebildet werden, handelt es sich aus unserer Sicht zweifellos um personenbezogene Daten und sind damit ein Anwendungsfall des Datenschutzgesetzes.

Der Hamburger Justizsenator Steffen zum Beispiel spricht in diesem Zusammenhang von einer permanenten und flächendeckenden Verletzung von Datenschutzrecht, meine Damen und Herren.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Das ist auch der Grund dafür, warum wir hier heute diese Debatte führen wollen. Unser Ziel ist es, die Landesregierung zu einer rechtlichen, insbesondere auch aus datenschutzrechtlicher Sicht, Prüfung zu bewegen. Das Thema, wie Sie alle wissen, ist hochaktuell. Die technischen Möglichkeiten sind ganz ohne Zweifel beeindruckend. Aber wie es eben so ist, bei jeder technischen Innovation in diesem Bereich gilt es, gerade auch die Bürgerrechte zu schützen und die Belange des Datenschutzes ausreichend zu berücksichtigen. Das soll derzeit, jedenfalls nach Aussagen des Anbieters, so geschehen, dass die Gesichter von Personen und die Kfz-Kennzeichen bei der Internetdarstellung – übrigens nicht bei der Speicherung von Daten, auch da ist ein Unterschied - unkenntlich gemacht werden, wenn die Betroffenen ausdrücklich bei Google widersprechen. Nach eigener Aussage von Google funktioniere das gut, es sei aber noch nicht hundertprozentig. Das ist auch eine konkrete Aussage.

Welche rechtliche Qualität diese Selbstverpflichtung von Google hat, ist offen. Nach unserer Auffassung ist diese Selbstverpflichtung fast wertlos, vor allem aber eben nicht einklagbar. Was mit den sogenannten Rohdaten passiert, ist unbekannt. Google hat lediglich zugesichert, die Daten zu löschen, sobald, und ich darf wieder zitieren, "die Speicherung nicht mehr erforderlich ist". Bei einem Dienst, der auf Dauer und mit Verknüpfung zu anderen Diensten angelegt ist, ist diese Aussage nichts wert. Sie besagt nur so viel, dass Google wie jeder andere Informationsanbieter auch Datenänderungen für notwendig hält. Inzwischen gibt es schon Forderungen des Verbandes Haus und Grund, Google müsse vor einer Veröffentlichung von Häuserfotos jeden Immobilienbesitzer um Erlaubnis fragen.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Vom Deutschen Städte- und Gemeindebund war die Forderung zu hören, von Google eine Sondernutzungsgebühr und eine Zustimmungspflicht zu verlangen.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir die Landesregierung auffordern zu prüfen, inwieweit es eben gerade rechtlich möglich ist, hier im Land Mecklenburg-Vorpommern Google Street View und ähnliche Aktivitäten anderer Anbieter zu untersagen, und wie weit es nötig ist, die Veröffentlichung der Daten an die Einwilligung der Betroffenen zu knüpfen. Denkbar ist auch, dass die Aktivitäten der Anbieter an Bedingungen geknüpft werden könnten. Und ich sage ausdrücklich, die Diskussion Street View hört bei Google nicht auf. Dieser Internetdienst, so technisch faszinierend er auf den ersten Blick auch ist, wirft immer wieder Fragen auf, ob Bürgerrechte genügend geschützt sind und ob die Belange des Datenschutzes ausreichend gewahrt werden können. Diese Frage kann jedenfalls nicht abschließend beantwortet werden mit der Aussage, das Bundesdatenschutzgesetz wäre nicht anwendbar. Dies ist viel zu einfach und viel zu oberflächlich gedacht.

Mit unserer Auffassung, dass es sich bei Street View um einen Anwendungsfall des Datenschutzrechts handelt und es unter Umständen Novellierungsbedarf gibt, stehen wir im Übrigen nicht allein. Der Datenschutzbeauftragte des Bundes Herr Schaar hat dies gerade erst wieder öffentlich erklärt, meine Damen und Herren. Und auf EU-Ebene gibt es inzwischen Forderungen, Google und seine Aktivitäten mit Street View gewissermaßen zu zähmen. EU-Datenschützer wollen, dass Google Anwohner künftig warnt, bevor die entsprechenden Fahrzeuge vorbeifahren. Dazu soll, so die Forderungen, die Benachrichtigung über die bevorstehenden Kamerafahrten auf der Webseite von Google in der Lokalpresse veröffentlicht werden.

Meine Damen und Herren, vor Kurzem hat der Hamburger Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar bei der Vorstellung seines Jahresberichtes 2008/2009 klare gesetzliche Regelungen zum Schutz der Menschen vor der Informationssammelwut von Unternehmen und Privatleuten gefordert. Seiner Auffassung nach habe der "Überwachungsstaat, der "Big Brother" George Orwells, … einen noch größeren Bruder bekommen", nämlich "die Überwachungsgesellschaft", meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Darf ich vielleicht weitermachen? - Danke.

In seiner Behörde, in der Behörde des Hamburger Datenschutzbeauftragten, richteten sich fast 80 Prozent aller Eingaben gegen Unternehmen und Privatleute und die Gesamtzahl der Eingaben in seiner Behörde sei im Vergleich zum vorangegangenen Bericht um 40 Prozent auf mehr als 1.000 gestiegen. Weiter stellt der Hamburger Datenschutzbeauftragte fest, dass immer personenbezogene Daten digitalisiert und kommerzialisiert werden. Diese Entwicklungen seien bedrohlich. Das Recht laufe gerade in Bereichen des Internets der Technik weit hinterher.

Zitiert wird der Datenschutzbeauftragte weiter mit den Worten: "Wenn wir davon ausgehen, was möglich ist, dann stehen uns die größten Bewährungsproben noch bevor. ... Die Mittel, die wir zur Verfügung haben, insbesondere zur Überwachung von Google kommen aus dem Vorinternetzeitalter und sind tatsächlich stumpfe Schwerter." Und daraus, meine Damen und Herren,

ergibt sich dann seine Forderung nach Debatten, wie sie in der Vergangenheit schon zu Risikolücken, wie zum Beispiel der Atomkraft, geführt worden sind.

Und genau deshalb ist es auch die Aufgabe der Landesregierung, sich des Themas in der von uns geforderten Form anzunehmen:

- Welche Antworten hat die Landesregierung auf die Bedenken gegen die Informationssammelwut von Google?
- Was sollen die Kommunen nach Auffassung der Landesregierung tun?
- Was meint die Landesregierung zu Überlegungen von Kommunen, eine Sondernutzungsgebühr für die Erstellung von Aufnahmen zu erheben?
- Und schließlich: Wie bewertet die Landesregierung die Forderungen der Bundesverbraucherschutzministerin Aigner, dass die Bürger nicht gegen eine Veröffentlichung ihrer privaten Daten widersprechen müssen, sondern Google die Pflicht haben sollte, die Genehmigung der Bürger einzuholen, wenn sie selbst oder das Foto ihres Privathauses veröffentlicht werden sollen?

Meine Damen und Herren, vor Kurzem kam ein von der Landesregierung Rheinland-Pfalz in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zu dem Ergebnis, dass der Dienst von Google Street View nur unter gewissen Einschränkungen zulässig ist. Diese Einschränkungen würden teilweise über die von den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder erteilten Auslagen hinausgehen. An möglichen gesetzgeberischen Maßnahmen schlagen die Gutachter insbesondere Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes vor. Denkbar wäre danach eine Verpflichtung zum Hinweis auf das Widerspruchsrecht nach Paragraf 35 Absatz 5 des Bundesdatenschutzgesetzes oder eine gesetzlich festgelegte Frist zwischen der Ankündigung der Aufnahme und deren Beginn. Ebenfalls denkbar wäre auch eine Verpflichtung schon zur Anonymisierung des Rohdatensatzes oder eine Erweiterung des Schadenersatzanspruchs nach Paragraf 7 des Bundesdatenschutzgesetzes auf immaterielle Schäden.

Der Deutsche Bundestag hat vor Kurzem interfraktionell die Einsetzung einer Enquetekommission "Internet und digitale Gesellschaft" beschlossen, meine Damen und Herren. Damit schlägt der Bundestag gewissermaßen ein neues Kapitel auf. Aufgabe dieser Enquetekommission wird es sein, langfristig Perspektiven für den Weg in die digitale Gesellschaft zu erarbeiten. Auf Bundesebene ist die hohe Relevanz dieses Themas damit offensichtlich bekannt.

In Mecklenburg-Vorpommern sieht es ganz anders aus. Mehrmals haben wir das Thema Street View aufgegriffen, so zum Beispiel in meiner Kleinen Antrage bereits vom 6. Juli 2009. Damals habe ich Bezug genommen auf eine Presseveröffentlichung zu Filmaufnahmen von Google in Bützow. Im Zusammenhang mit den Filmaufnahmen in Bützow, vermutlich auch von der dortigen JVA, soll die Justizministerin Kuder geäußert haben, die Filmaufnahmen würden sie nicht stören, Google mache Details auch unkenntlich und darauf verlasse man sich. Nachfragen im Ausschuss im Rahmen der Selbstbefassung wurden ebenfalls mit Hinweis auf die Höhe der Gefängnismauern abgetan, frei nach dem Motto: "Es ist doch alles in Ordnung, was wollt ihr eigentlich?" Und so schläft die Landesregierung, zumindest gefühlt, in ihrem

Tiefschlaf.

Meine Damen und Herren, technische Informationen erfordern einen zeitgemäßen datenschutzrechtlichen Rahmen. Bei Google und dem neuen Internetdienst Street View ist auch die Landesregierung aufgefordert, sich Gedanken zu machen und gegebenenfalls den Bundesrat zu bemühen. Ich bitte Sie aus diesem Grund, dem Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Leonhard.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir leben in einer offenen Informationsgesellschaft und das ist gut so.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das Internet bietet uns eine sich ständig ändernde Vielfalt an Informationen. Bürger und Unternehmen nutzen die meist kostenfrei angebotenen Bilder, Artikel, Videos und Dienste für eine Vielzahl von privaten, aber letztendlich auch von wirtschaftlichen Diensten und Zwecken. Der freie Zugang zu diesem Medium und zu diesen Informationen verbessert die Chancengleichheit des Einzelnen. Der schnellere Austausch der Meinungen im Netz erfüllt die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft mit Leben. Google Street View ist ein typisches Beispiel für die Vorteile, aber auch für die Gefahren des Internets.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Der Bilddienst ermöglicht jetzt den Betrachtern, zu den in Google Maps bereits vorhandenen Landkarten, Panoramabildern auch Straßenebenen einzusehen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Jedermann kann die Welt erkunden, umsonst. Mit Street View wird die Welt für ihre Bürger über die Bilder zugänglicher, insbesondere auch für die ältere Generation. Für Unternehmen hält Street View mit den Bildern eine Vielzahl entscheidungsrelevanter Informationen, beispielsweise über potenzielle Entwicklungsregionen und Kooperationspartner, bereit. Darüber hinaus können Firmen dort zur Abbildung ihres Standortes Werbung einstellen, weltweit einsehbar.

Gleichzeitig gefährdet der Dienst aber die Privatsphäre und die schützenswerten Interessen der Betroffenen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Neben den Abbildungen des öffentlichen Straßenraums lassen die Bilder eben auch Häuser, Fahrzeuge und Menschen im Einzelnen in Detailfragen erkennen. Dies greift eindeutig in die durch unsere Verfassung geschützten Rechte des Einzelnen ein

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Genau so.)

und schafft natürlich auch unter Sicherheits- beziehungsweise Kriminalitätsaspekten zusätzliche Risiken. Die sind nicht von der Hand zu weisen. Darüber hinaus werden durch die Höhe der Aufnahmen und letztendlich auch durch die Qualität Einblicke in ganz private Bereiche, wie das Innere von Gärten und Höfen, der Privatsphäre möglich.

Ich habe Verständnis für alle Menschen, die jetzt Fragen stellen und in Sorge sind, diese Sorge, dass die Bilder aus Deutschland, die Google jetzt aufnimmt und demnächst ins Netz stellen will, die abgebildeten Kinder gefährden kann oder das Haus zum Ziel von Straftätern machen könnten. Auch das Innenministerium wird zukünftig Street View beobachten, um im Zweifelsfall verhindern zu können, dass sicherheitsrelevante interne Details von Liegenschaften des Landes durch Aufnahmen, insbesondere auch dem Innenbereich, preisgegeben werden.

In der öffentlichen Debatte zu diesem Thema gab es schon Stimmen, die das Abbilden des öffentlichen Raumes an sich reglementieren wollten. Ich sage jedoch an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit: Abbildungen der Landschaft und öffentlicher Gebäude müssen als Information für jedermann im Internet weiterhin frei verwendbar sein.

(Michael Roolf, FDP: Unstrittig.)

Der freie Zugang zu Informationen ist die Grundlage einer freien demokratischen Gesellschaft.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, dieser Antrag fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen gegen Google Street View zu prüfen. Ich persönlich würde diesen Antrag ablehnen, weiß aber, dass sich die Fraktionen auch über andere Dinge unterhalten. Das ist auch gut so. Deswegen haben wir ja unterschiedliche Ebenen, haben wir eine Demokratie.

(Michael Roolf, FDP: Nanu!)

Aber ich würde ihn nicht ablehnen der Sache wegen, sondern der Zuständigkeiten wegen.

(Michael Roolf, FDP: Ich dachte, weil er von der FDP kommt. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Gino Leonhard, FDP)

Ich würde als zuständiger Minister gerne für die Interessen der Bürger eintreten

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Echt?!)

und – auch weil er hier anwesend ist – beispielsweise gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten Vorschläge unterbreiten, aber die Landesregierung ist für datenschutzrechtliche Belange im Zusammenhang mit Google Street View eben leider nicht zuständig. Deswegen habe ich immer so meine Bedenken, dass wir etwas suggerieren, was wir zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht ändern können.

(Michael Roolf, FDP: Als Vorbild nach Berlin.)

Zuständig für die gesetzgeberischen Maßnahmen ist hier eben der Bund. Google Street View ist ein Dienst des Unternehmens Google Incorporated. Um die Verarbeitung von Daten in der Privatwirtschaft zu untersagen, und darüber reden wir ja, müsste das Bundesdatenschutzgesetz geändert werden, und dies liegt eindeutig in der Zuständigkeit des Bundes. Sowohl die Bundesverbraucherministerin als auch die Bundesjustizministerin haben sich bereits kritisch zum Vorgehen des Unternehmens geäußert und Forderungen zum Schutz der Bürger aufgestellt. Sie haben auch angekündigt, weitere Schritte zu unternehmen. Die Sorgen der Bürger fallen also in die Zuständigkeit der Bundesregierung und diese befasst sich offensichtlich bereits damit. Wir werden mit großem Interesse verfolgen, welche möglichen gesetzgeberischen Änderungen sich daraus ergeben.

Die Landesregierung ist auch nicht zuständig für die Datenverarbeitung und die Fotoaufnahmen, die das Unternehmen Google Incorporated in Mecklenburg-Vorpommern durchführt. Die Aufsicht im Bereich der Datenverarbeitung der Privatwirtschaft für das Unternehmen, das in Hamburg sitzt, hat der Hamburgische Datenschutzbeauftragte. Dieser hat im Rahmen seiner Aufsicht die Maßnahmen des Unternehmens überprüft und schon mehrfach die Bürger informiert. Er hat gegenüber Google Forderungen aufgestellt und verhandelt. Google hat daraufhin die Information und das Widerspruchsrecht der Betroffenen auf seiner Internetseite ergänzt beziehungsweise erweitert.

Auch der Landesdatenschutzbeauftragte, in dessen Zuständigkeit die Datenverarbeitung in Unternehmen fällt, hat bereits im vergangenen Jahr über Google Street View informiert und viele Hinweise zum Umgang mit diesem Projekt gegeben. Das gehört zu seinen Aufgaben und das wird hier auch wahrgenommen.

Ich verfolge gemeinsam mit meinem Haus die Diskussion in der Öffentlichkeit zu diesem Thema mit großem Interesse. Mittlerweile stehen zwei Rechtsgutachten im Raum. Die Landesregierung wird sich auf jeden Fall bei Initiativen zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes einbringen. Dabei gilt für mich stets das Prinzip: Datenschutz mit Augenmaß. Die Interessen des Bürgers an der Geheimhaltung seiner Daten müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zum Interesse der Allgemeinheit an der Nutzung stehen. In diesem Sinne sollten wir die weitere Entwicklung von Google Street View und die damit verbundenen Auftritte im Internet verfolgen und auch die Interessen der Bürger vertreten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich kann man den Antrag ablehnen wollen, man kann ihm auch zustimmen. Was bleibt dann übrig? Wir überweisen ihn in den Rechtsausschuss.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Sehr gut.)

Das sage ich immer gleich vorneweg. Das wäre unser Vorschlag. Weswegen Rechtssausschuss? Natürlich ressortiert das Thema Datenschutz bei Innen. Aber bei allem Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Innenausschuss hat sehr viel mit der Verwaltungsreform und allen anderen Dingen zu tun. Und wir, glaube ich, im Rechtsausschuss – zumal es sich um Personen

handelt, die sich durchaus bei dem Thema ähneln und in gleicher Personenausstattung da sind, also die Kollegen, die Datenschutz und ähnliche Dinge machen, sind auch im Innenausschuss –, wir könnten uns im Rechtsausschuss in einer Expertenrunde, einem Expertengespräch mit dem Thema befassen. Und dann können wir auch entscheiden, ob die Regierung wirklich beauftragt wird, denn sie ist formal nicht zuständig.

Aber ich denke, dieser Antrag, und insofern kann ich die FDP loben, ist ein guter Antrag. Das Thema selbst ist nicht ganz so gut und wird nicht von allen als so gut angesehen. Das ist richtig, aber es ist äußerst interessant. Und wir als Abgeordnete sind ja von den Menschen gewählt, die vor Ort möglicherweise durch die Folgen der Google-Street-View-Aktion beeinträchtigt werden. Viele sagen auch, es ist mir egal. Aber ich denke, wir haben die Pflicht, das zu kanalisieren und auch zu diskutieren.

Lassen Sie uns doch im Rechtsausschuss ein Expertengespräch machen. Wir haben die Verbände gehört, die Interesse daran haben. Natürlich werden wir das Justizministerium und auch das Innenministerium dazu einladen, um ihr Know-how abzugreifen. Ich schlage sogar vor, dass wir Google Street View selber einladen, damit auch sie uns erzählen, wie ihre Sicht der Dinge ist –

(Michael Roolf, FDP: Das wäre gut.)

es wird ja noch ein bisschen Zeit brauchen –, und natürlich den Datenschutzbeauftragten, das ist klar. Und dann lassen Sie uns in dieser Runde einfach mal besprechen, was wir demnächst machen. Und wenn der Innenminister angekündigt hat, auch eine Bundesratsinitiative zu unterstützen, dann sollten wir auch versuchen zu formulieren, was aus unserer Sicht, aus Sicht der Bürger und unseres Landes notwendigerweise geändert werden muss. Die Hauptarbeit, das ist klar, muss auf Bundesebene gemacht werden.

Und, Herr Leonhard, Sie haben schon das Gutachten aus Rheinland-Pfalz zitiert. Ich darf hier nur einfach mal sagen, das Gutachten ist 108 Seiten lang und ich habe mir erst mal nur die letzten zehn Seiten ausgedruckt. Da gibt es insgesamt, wenn ich das richtig gesehen habe, ich gucke lieber noch mal auf die letzte Ziffer, 67 Punkte, die von Zivilrecht über öffentliches Recht bis hin zu Urheberrecht alles aufwerfen, Vorschläge machen, Fragen stellen. Das ist wirklich ein starkes Stück Arbeit, was sie dort geleistet haben. Und auch diese Gutachter sollten wir möglicherweise einladen, damit sie uns kurz und verständlich sagen, was ist.

Sie sagen aber auch, dass die Landeskompetenz nur ganz gering vorhanden ist, wenn überhaupt, dann beim Datenschützer, und das darf dann nicht im Widerspruch zum Bundesdatenschutzrecht passieren. Also von der Seite ist das eine sehr komplizierte Materie.

Es ist in der Tat so, dass die Bürger aufgerufen sind zu widersprechen. Aber wissen das auch alle Leute schon? Ich denke, so eine öffentliche oder eine dann offen geführte Diskussion zu dem Thema trägt auch dazu bei, dass das Problembewusstsein bei vielen unbedarften Bürgern wieder geschärft wird und möglicherweise dann auch öfter vom Widerspruch Gebrauch gemacht wird, was ja im Moment nicht verpflichtend ist.

Es ist eindeutig so – ich rede zum Beispiel auch mit für die CDU-Fraktion, wir haben uns dazu verständigt –, dass es durchaus auch Meinungen gibt, dass das gegenwärtige Agieren von Google Street View gegen das deutsche Datenschutzrecht verstößt,

(Michael Roolf, FDP: Sehr wohl.)

was die Rohdaten anbelangt zum Beispiel.

(Gino Leonhard, FDP: Ja.)

Und das sind Probleme, die gelöst werden müssen.

Ich denke, auch in Schleswig-Holstein war es so, dass Google Street View angefangen hat zu fotografieren, zu filmen, dass es dann, sage ich mal, politischen Widerspruch gab, dass sich der Landtag damit beschäftigt hat, dass es öffentlichen politischen Druck gab, und schon ist Google Street View erst mal darauf eingegangen, dass man aufgehört hat mit den Aufnahmen und wieder geguckt hat, was machen wir demnächst, und dann – das Gespräch beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten ist ja schon erwähnt worden – gab es Selbstverpflichtungen. Aber Selbstverpflichtungen reichen in manchen Punkten nicht aus, insbesondere was die Rohdaten und die Übermittlung anbelangt, was dann amerikanisches Recht anbelangt, wo wir natürlich keinen Einfluss drauf haben.

Ich denke, wir sollten da Einfluss nehmen, wo wir selber was machen können. Ich plädiere dafür, dieses Expertengespräch zu machen. Dadurch entsteht ein gewisses öffentliches Verständnis dafür und möglicherweise auch ein öffentlicher politischer Druck auf Google. Dann werden wir überlegen, was wir machen, ob wir selber, sage ich mal, etwas tun können. Insofern bitte ich darum, das ausnahmsweise in den Rechtsausschuss zu überweisen, weil der einfach ein bisschen mehr Zeit hat.

(allgemeine Heiterkeit)

Die Ministerien können ihre entsprechenden Fachleute benennen. Dann machen wir ein ganz offenes Gespräch über das Thema, was, glaube ich, im Interesse der Sache sein sollte, denn hier irgendetwas geheim oder im Kleinen zu machen, ist vielleicht nicht angebracht angesichts des öffentlichen Interesses bei diesem Thema.

Ansonsten – der Minister sagte es schon – ist es durchaus schon interessant, wenn man sich mal seinen zukünftigen Urlaubsort angucken kann. Die Prospekte versprechen eine hellste, beste Lage und dann sieht man vielleicht bei Google Street View, da ist doch eine Verkehrsstraße in der Nähe oder, oder, oder. Ich denke schon, es gibt durchaus auch Interesse bei den "normalen" Menschen, diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. Sie muss eben nur nach deutschem Recht und Gesetz vonstattengehen. Dann, glaube ich, und so habe ich auch den Antrag der FDP verstanden, hat auch keiner was gegen Google Street View. Es müssen nur die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Ich denke, da gibt es noch einen kleinen Punkt an Arbeit zu machen. Ob wir dann auch auf Bundesebene bei Gesetzesänderungen mitmachen müssen, das wird die Anhörung oder das Expertengespräch ergeben. Ich bitte, dass die Fraktionen meinem gut gemeinten Vorschlag einfach folgen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion! Über dem Antrag hätte auch stehen können "einerseits und andererseits". Einerseits – das finde ich gut – setzt sich die FDP hier im Landtag für die Erhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen sehr weitgehend ein.

(Michael Roolf, FDP: Und andererseits?)

Andererseits lässt sie dieses Engagement in der Bundesregierung vermissen. Aber dazu komme ich noch am Ende meiner Rede.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sommer 2008 begannen Kraftfahrzeuge mit automatischen Kameras in Höhe von mindestens zwei Metern, Straßenzüge deutschlandweit rundum zu fotografieren. Noch in diesem Jahr soll man sich nach dem Willen Googles per Mausklick auch in Deutschland virtuell bewegen können, sich jede Straße und jedes Haus ansehen können. Gegen diese Vorstellung regt sich zu Recht Widerstand. Das haben wir auch in den bisherigen Reden vernehmen können. Auch wenn das Unternehmen verspricht, dass Gesichter, Kraftfahrzeugkennzeichen oder Hausnummern nicht erkennbar sein werden, bestehen nach wie vor massive datenschutzrechtliche Bedenken. Und Beispiele aus den mittlerweile 19 Ländern, in denen das Programm bereits läuft, untermauern dies. Die Runde machte kürzlich ein finnischer Fall, in dem ein Mann in seinem Garten ohne Hose erwischt wurde und sich prompt im Internet bewundern durfte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der Zusagen von Google bleibt das Fotografieren und Veröffentlichen von Bildern von Passanten bedenklich, da eine anonyme Erhebung nicht gesichert ist.

Bitte stellen Sie sich das jetzt nicht vor, wie das in dem finnischen Garten aussah.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Auch bleibt das Fotografieren von Grundstücken und Wohnungen datenschutzrechtlich bedenklich, da die Kenntnisnahmemöglichkeit von Millionen von Internetnutzern einen erheblichen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen darstellt. Auch das Abspeichern der Daten selbst bleibt kritisch zu sehen. Die Server stehen im Ausland, vor allen Dingen in den USA. Eine datenschutzrechtliche Kontrolle durch deutsche Behörden würde daher zusätzlich erschwert. Was dort mit den Daten geschieht, das kann keiner so genau sagen. Und auch aus diesen Gründen stehen die deutschen Datenschützer diesem Vorhaben kritisch gegenüber.

Der hiesige Datenschützer Karsten Neumann hat sich bereits mehrfach dazu klar positioniert. Auch die Bundesministerinnen – darauf wurde verwiesen – für Justiz und Verbraucherschutz sehen Kritikpunkte nach wie vor nicht ausgeräumt und zahlreiche Kommunen, auch unseres Landes, haben sich bereits mit diesem Thema befasst und zum Teil entsprechende Resolutionen verabschiedet. Auch der Landtag – auch das ist hier schon gesagt worden – hat sich in seinen Fachausschüssen zum Beispiel anlässlich des Fotografierens der JVA Bützow mit dieser Frage beschäftigt.

Auf Bundesebene wird aktuell etwa diskutiert, inwiefern das geltende Datenschutzrecht den aktuellen technischen Entwicklungen angepasst werden sollte. Doch nichts Genaues weiß man noch nicht. So werden Gesetzesänderungen geprüft, wonach zum Beispiel nicht die Bürgerinnen und Bürger einer Veröffentlichung widersprechen können, sondern das Unternehmen die Zustimmung bei den Betroffenen zuvor einholen müsste. Und vor diesem Hintergrund ist auch der Antrag der FDP-Fraktion zu unterstützen.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch klar gesagt werden, dass nicht nur Unternehmen den Datenschutz vernachlässigen beziehungsweise gar bewusst missachten, auch der Staat selbst geht nicht immer mit bestem Beispiel voran. Ich denke da nur an das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, welches vom Bundesverfassungsgericht gerade in der letzten Woche als grundgesetzwidrig gekippt wurde,

(Michael Roolf, FDP: Gott sei Dank!)

oder das sogenannte SWIFT-Abkommen, auch kürzlich kassiert, diesmal vom EU-Parlament.

(Michael Roolf, FDP: Und Sie sagen, die FDP macht nichts.)

Dieses Abkommen sollte den USA zum Zwecke der Terrorbekämpfung Einblick in die Bankdaten europäischer Bürger gewähren.

(Michael Roolf, FDP: Genau so.)

Soweit ich weiß, lieber Kollege Roolf, ist die FDP dabei gleich nach Regierungseintritt umgefallen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Die lagen doch schon. Wie sollen die noch umfallen?! – Michael Roolf, FDP: Na, na, na!)

Die FDP-Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hatte das Abkommen nicht verhindert,

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

obwohl die FDP laut und oft erhebliche Lücken beim Daten- und Rechtsschutz feststellte.

(Gino Leonhard, FDP: Das stimmt nicht.)

Daraufhin hat der CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière sich bei der Abstimmung der Innen- und Justizminister der Stimme enthalten,

(Gino Leonhard, FDP: Auf europäischer Ebene haben wir dagegengestimmt.)

wodurch das Abkommen erst grünes Licht erhalten konnte. Gerade also deshalb ist die FDP hier gut beraten, ihre grundsätzlich guten Positionen nicht über Bord zu werfen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Michael Roolf, FDP: He!)

Wir werden die weitere Entwicklung daher beobachten. Dem Antrag würden wir inhaltlich zustimmen. Auch einer Überweisung würden wir uns nicht verschließen, wobei in meinem Fall die Argumentation wenig greift, denn wenn man sowohl im Innen- als auch im Europa- und Rechtsausschuss tätig ist, sind wir gleichermaßen belastet. Dennoch, einer Überweisung stimmen wir zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Da der Abgeordnete nicht anwesend ist, rufe ich den Abgeordneten Herrn Leonhard von der Fraktion der FDP auf.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich namens meiner Fraktion, denke ich, bedanken dafür, dass man das im Komplex sieht und sehr wohl den Ansatz grundsätzlich begrüßt, dass wir uns mit diesem Thema inhaltlich auseinandersetzen wollen. Ich kann auch sehr wohl nachvollziehen, warum wir es nicht in den Innenausschuss, sondern in den Rechtsausschuss heben wollen. Wir sollten gemeinsam versuchen, dieses Thema wirklich inhaltlich so weit vorzubereiten.

Ich bin dankbar, dass Kollege Dankert auch so inhaltlich vorgetragen hat, dass wir ein Expertengespräch dann inhaltlich vorbereiten, auch durchaus diejenigen, die inhaltlich an dem Gutachten aus Rheinland-Pfalz gearbeitet haben. Ich will offen zugeben, Kollege Dankert, dass auch ich dieses Gutachten noch nicht gelesen habe, denn das ist in der Zeit nicht möglich gewesen.

Grundsätzlich will ich vielleicht für meine Fraktion zwei Punkte noch mal feststellen, es geht uns in allererster Linie darum: Die Wahrung der Privatsphäre, der Schutz des Einzelnen steht für uns ganz vordringlich im Vordergrund und wir haben das Recht der informationellen Selbstbestimmung hier auch in dieser Frage zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wird meine Fraktion diesen Antrag der Koalition, den Antrag in den Rechtsausschuss zu überweisen, sehr begrüßen und unterstützen. Ich bin auch dankbar, dass bei aller Kritik auch der Kollege Ritter diesen Antrag inhaltlich unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Das ist der Ritterschlag.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3294 zur Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, der Fraktion DIE LINKE und der FDP einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, die Beratung des Tagesordnungspunktes 14 entfällt, da der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen hat.

(Heinz Müller, SPD: Schau einer an!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Fonds für frostbedingte Straßenschäden einrichten, Drucksache 5/3269.

Antrag der Fraktion der FDP: Fonds für frostbedingte Straßenschäden einrichten – Drucksache 5/3269 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag der FDP-Fraktion teilt sich in zwei Bereiche auf:

Erster Punkt ist, dass die Landesregierung aufgefordert wird, in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag festzustellen, zu evaluieren, welche Mehrkosten durch den strengen Winter 2009/2010 angefallen sind.

Anhand der Rednerliste, die wir hier haben, und da offensichtlich nicht der Verkehrsminister antworten wird, sondern der Innenminister, kann ich mir dann schon vorstellen, wo die Argumentationslinie hinlaufen wird: Das ist kommunale Selbstverwaltung, damit haben wir hier gar nichts zu tun.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Nur, das haben wir im Vorfeld schon mal besprochen, Herr Caffier. Es wäre schön, wenn Sie vielleicht den Verkehrsminister motivieren, sich dazu zu äußern.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der zweite Bereich, den wir in unserem Antrag drin haben, ist, wenn wir ein Ergebnis haben, nach geeigneten Mitteln und Methoden und nach einem Fonds zu suchen,

(Heinz Müller, SPD: Oh ja!)

um die Kommunen bei den Mehrleistungen, bei dem Mehraufwand zu unterstützen. Das ist Inhalt unseres Antrages.

Ich glaube, wir haben Konsens, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern im Augenblick viele Schlaglöcher haben. Wenn wir das schon mal gemeinsam feststellen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

dann sind wir, denke ich mal, schon ein Stückchen weiter. Schauen wir uns an, wie wir denn am sinnvollsten und am vernünftigsten damit umgehen können. Wir können uns natürlich hier als Land hinstellen und sagen: Mensch, die Kommunen haben in den letzten Jahren nicht besonders viel für ihre Straßen getan. Die sind selber schuld daran, dass sie so aussehen, wie sie aussehen. Und im Übrigen haben wir als Land auch kein Geld. Also sollen die in den Kommunen mal sehen, wie sie mit dem Problem klarkommen. Das ist nicht unsere Baustelle.

Das ist eine Argumentationslinie, meine Damen und Herren, die tragen wir als Liberale nicht mit. Denn wir hier im Parlament haben auf Landesebene eine Verantwortung für drei Dinge, die in diesem Zusammenhang mit zu sehen sind: nämlich einmal für eine Verkehrssicherheit hier in Mecklenburg-Vorpommern, zweitens, das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern nicht zum "Schlaglochland" Mecklenburg-Vorpommern werden zu lassen, und drittens, einen aktiven Beitrag zu leisten, dass die Konjunktur in Mecklenburg-Vorpommern vernünftig anläuft. Und was eignet sich besser, als Sofortmaßnahmen im Straßenbau, die zwingend notwendig sind, die verkehrsgefährdend sind, sofort zu beginnen und sie in eine intensive, aktive konjunkturelle Maßnahme umzusetzen, an deren Ende kleine und mittelständische Unternehmen hier im Land Arbeit haben, ihre Mitarbeiter beschäftigen können und damit einen aktiven Beitrag zur Senkung der Arbeitslosenzahlen im Land leisten zu können? Das, meine Damen und Herren, sollte Anlass genug sein, darüber nachzudenken: Ist es wirklich alles kommunale Selbstverwaltung und haben wir nichts damit zu tun?

Und dann schauen wir uns doch mal an, wie wir selber als Land mit unseren Verpflichtungen umgehen. Da haben wir doch den Bericht des Landesrechnungshofes, der uns erstaunliche Fakten auf den Tisch legt.

(Vincent Kokert, CDU: Na dann legt mal los!)

In dem steht nämlich bei der Zustandserfassung und der Erhaltungsprognose für die Fahrbahnen für Mecklenburg-Vorpommern ein jährlicher Bedarf von 52 Millionen Euro.

(Vincent Kokert, CDU: Mein lieber Mann!)

Die Landesregierung hat für sich in den Haushalten 2008 und 2009 aber jeweils nur 42 Millionen Euro eingestellt ...

(Vincent Kokert, CDU: Ist ja nicht zu fassen!)

Genau.

... und dann auch noch diese 42 Millionen Euro nicht mal ausgenutzt, sondern nur 38,5 Millionen Euro ausgegeben.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Also die Liberalen rufen nicht auf zur sinnlosen Ausgabe von Straßenbaugeldern,

(Vincent Kokert, CDU: Nein. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das wäre ja auch neu.)

aber die Liberalen rufen sehr wohl dazu auf: Wer mit dem Finger auf andere zeigt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Toralf Schnur, FDP: Genau. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

die ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, der soll sich gefälligst an die eigene Nase fassen und fragen, ob er seiner Verantwortung für diese Straßen hier im Land gerecht geworden ist.

Und wir haben natürlich auch überlegt, wie könnten wir dieses Thema breiter aufstellen. Wir haben die Kommunen, die wir mit ins Boot reinzunehmen haben, wir haben das Land, was wir mit reinzunehmen haben, und – und da hätte ich dann auch gerne vom Verkehrsminister eine Aussage mit reingenommen – wir haben auch den Bund, den wir mit ins Boot nehmen können,

(Vincent Kokert, CDU: Ha, ha! Da geht das Boot aber unter.)

denn die Reparatur von Straßen – ja, Herr Kollege Kokert, schmunzeln Sie – ist eine Lärmschutzmaßnahme.

(Egbert Liskow, CDU: Verkehrssicherungspflicht! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir werden auf unserer Fraktionsklausur – und auch das kann die Landesregierung machen – den Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums bei uns haben, und der wird uns sehr wohl erläutern, dass wir aus dem Konjunkturpaket II Lärmschutzmaßnahmen, ...

(Vincent Kokert, CDU: Aha, jetzt kommen wir der Sache schon näher.)

Genau.

... Geld für Lärmschutzmaßnahmen für Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Gute Idee. Wo nehmen wir denn das Geld noch her?)

Und genau an der Stelle, Herr Minister Schlotmann, würde mich auch Ihre Position interessieren. Würden Sie denn so eine Vorgehensweise auch unterstützen und würden ...

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist ja eine ganz clevere Auslegung. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, ich will ihn einfach nur fragen, findet er das gut, dass das passiert, würde er das unterstützen, begleitet er das aktiv, und nicht von Herrn Caffier hören, sind wir nicht für zuständig.

Inhaltlich, liebe Kollegen, wollen wir uns dem Thema annähern. Der Landesrechnungshof hat, finde ich, ein gutes Fazit gezogen in seiner Kritik an der Art und Weise, wie das Land mit seinen Straßen umgeht. Er hat nämlich gesagt, es bestünde natürlich auch eine Möglichkeit – und die Kollegen, die im Ausschuss mit dabei gewesen sind, haben es gehört –, wir haben natürlich auch ein ganz einfaches Instrument, wie wir das Problem der Schlaglöcher umgehen können. Wir stellen überall, wo welche sind, ein Schild mit 30 km/h auf. Das ist die preiswerteste Alternative. Dann brauchen wir in die Straßen nicht so viel zu investieren und wir haben dann die Möglichkeit, dass wir die Gelder womöglich woanders einsetzen können.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist auch eine Lärmschutzmaßnahme.)

Das, was wir mit dem Tempo 130 auf Autobahnen haben, machen wir dann mit Tempo 30.

Das ist das, was wir heute mit Ihnen gemeinsam anschieben wollen. Und deshalb beantrage ich jetzt schon getrennte Abstimmung zu unseren beiden Punkten, denn ich möchte dann auch erst mal, wenn es denn abgelehnt wird, dass Sie zumindest die Kraft bekommen, dass wir einen Sachstandsbericht zusammenbekommen und mal schauen, was denn überhaupt an Bedarf da ist. Wenn Sie sich im Augenblick zu einem Fonds nicht durchringen können, das kann ich gut verstehen,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

aber wer sich zu einem gemeinsamen Sachstandsbericht mit dem Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag nicht mal durchringen kann, den verstehe ich gar nicht, und ich glaube, den versteht auch sein kommunales Umfeld nicht, wenn er denn nach der Abstimmung nach Hause kommt.

(Ralf Grabow, FDP: Namentliche Abstimmung!)

Ja, nun bleibt doch entspannt, bleibt doch ganz entspannt!

Wir möchten wirklich den aktiven Ansatz nutzen und die Frage aufwerfen, wenn wir dann über die Ermittlung des Bedarfes, über die Ermittlung der Prioritäten auf Augenhöhe mit dem Städte- und Gemeindetag und mit dem Landkreistag den Bedarf ermittelt haben, dass das Land nach einer geeigneten Lösung sucht, wie man sich mit daran beteiligt, damit das auch einmal ganz klar von uns noch mal formuliert ist. Und wir sehen eine mögliche

Mitbeteiligung des Landes als sinnvoller an, als wenn das Geld, was das Land im Augenblick in die Rücklage eingestellt hat, dort in der Rücklage auch bleibt. Mit jedem Euro, den wir einsetzen – ich glaube, das brauche ich keinem hier zu erklären –, tragen wir aktiv zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja das Rundumsorglospaket, mein Gott.)

Wofür eignet sich eine Rücklage besser, als sie dafür einzusetzen? – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roolf.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Heinz Müller von der Fraktion der SPD.

(Egbert Liskow, CDU: Heinz, gib Gas! – Vincent Kokert, CDU: Heinz, der Schlittenhundführer.)

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 19.02. dieses Jahres habe ich auf NDR 1 ein Interview mit Klaus-Michael Glaser gehört. Die Kommunalen unter uns kennen ihn als langjährigen und sachlich hoch kompetenten und deswegen breit geschätzten Referenten des Städte- und Gemeindetags. Und Klaus-Michael Glaser ist in dieser Sendung gefragt worden, was er denn von der Forderung an das Land halte, dass das Land wegen der umfangreichen Straßenschäden nun zusätzliche Finanzmittel bereitstellen müsse.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich kann Glasers Antwort – ich habe im Auto gesessen und die Sendung gehört, ich konnte also nicht mitschreiben –, ich kann die Antwort von Glaser nur dem Sinne nach wiedergeben, aber dies will ich gern tun. Klaus-Michael Glaser hat gesagt: Klar, Geld nehmen wir immer gerne. Das ist natürlich angenehm. Jeder bekommt gern zusätzliche Finanzmittel,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

aber im Sinne des Erfinders ist dies eigentlich nicht. Es ist nicht im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung, wenn die kommunale Ebene bei jedem Problem, das entsteht, zum Land laufen muss und sagt: Freunde, wir haben ein Problem, jetzt brauchen wir zusätzliches Geld,

> (Toralf Schnur, FDP: Dann muss man's richtig ausschalten. Genauso ist das. Genau richtig.)

sondern sinnvoll wäre es, wenn jede Ebene so viel hat, dass sie ihre Aufgaben damit bewältigen kann und ihre Aufgaben damit bezahlen kann.

(Zurufe von Michael Roolf, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Und in der Tat, meine Damen und Herren, ich glaube, das ist eine sehr vernünftige Überlegung und das ist eine sehr vernünftige Vorstellung, dass wir in der Tat dahin kommen sollten, dass wir in diesem Land eine klare Aufgabenzuordnung haben, wer macht was, das kann auch eine Aufgabenteilung sein, wer macht welche Straßen, und dass wir eine klare Finanzzuweisung haben und jeder mit seinem Geld seine Aufgaben erfüllt.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Wenn es dann einmal glücklich kommt, beispielsweise wir einen sehr milden Winter haben, dann freut das natürlich jeden Stadtkämmerer, weil er dann weniger Kosten hat. Wenn es einmal sehr problematisch kommt, ja, dann muss auch jede Ebene für die eigenen Probleme geradestehen. Wir brauchen also eine Situation: Jeder macht seins und jeder hat seins. Aber, meine Damen und Herren, von einer solchen vernünftigen Finanzausstattung der kommunalen Ebene sind wir in der Gefahr, uns immer weiter zu entfernen.

Wir alle wissen, dass wir im letzten Jahr Steuermindereinnahmen, die durch eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht worden sind, partiell an die kommunale Ebene haben weitergeben müssen. Das ist von einigen zu einer FAG-Diskussion gemacht worden, aber es ist eine Diskussion der Einnahmen der öffentlichen Hand in einer Krise.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist wohl wahr.)

Was mich im Moment noch viel mehr bewegt, ist das Thema: Was machen wir eigentlich oder was machen einige eigentlich in Berlin mit Blick auf die kommunale Finanzausstattung?

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sie denken darüber nach, Steuern zu sparen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auf Bundesebene ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz inzwischen in Kraft,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Zum Beispiel.)

das der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern jährlich 8,1 Millionen Euro nimmt. 8,1 Millionen Euro beziehen sich auf 2010, in 2011 werden es bereits 14,1 Millionen Euro sein.

(Toralf Schnur, FDP: Wie hoch ist denn der Teil des Landes?)

Wir haben einen Entwurf – und jetzt wird es ganz spannend, Herr Schnur, hören Sie gut zu –, wir haben in Berlin in den Beratungen einen, meine Damen und Herren, ich darf das zitieren: "Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben". Das hört sich sehr technisch an und offenbar ist es auch sehr technisch. Eine breite öffentliche Diskussion hat dieses Gesetzesvorhaben nicht erreicht, aber eine Koalition aus FDP, CDU und CSU hat in die Ausschussberatungen einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem die gewerbesteuerliche Hinzurechnung bei Leasing und Factoring und die Funktionsverlagerungsbesteuerung verändert werden.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Meine Damen und Herren, das ist wahrscheinlich kein Änderungsantrag, mit dem man in der Öffentlichkeit groß punktet, aber das ist ein Änderungsantrag, der der öffentlichen Hand in Deutschland im Jahr 1,7 Milliarden Euro entzieht, und davon sind 650 Millionen Euro Geld, das der kommunalen Ebene zusteht.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Hier wird in Berlin klammheimlich

(Toralf Schnur, FDP: So ein Quatsch.)

und ohne, dass man sagt, oh, was machen wir für eine tolle Politik, das machen wir gerne, klammheimlich Klientelgruppen Geld in Milliardenumfang zugeschoben.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

Und es wird auch der kommunalen Ebene das Geld weggenommen, und zwar in einem Umfang von 650 Millionen Euro jährlich.

(Toralf Schnur, FDP: So viel, wie Sie wegnehmen, können die anderen gar nicht streichen.)

Es gibt keine Herunterberechnung dieser 650 Millionen Euro auf die Landesebene.

(Toralf Schnur, FDP: So ein Müll.)

Aber wenn ich mal ganz grob schätze, dass wir an dem Gewerbesteuereinkommen vielleicht mit 1,5 Prozent beteiligt sein könnten, dann verhandeln wir hier für Mecklenburg-Vorpommern jährlich über eine Größenordnung von 10 Millionen Euro.

Das passiert da mal eben so, ganz zugedeckt und ganz klammheimlich,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

dieses Geld den Städten, Gemeinden und Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern wegzunehmen.

(Zurufe von Michael Roolf, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Wir haben eine Steuersenkung angekündigt, die in ihren Details noch nicht bekannt ist, wo aber nach dem, was man so aus ersten Referentenentwürfen kennt, wir im Land Mecklenburg-Vorpommern allein auf der kommunalen Ebene jährlich mit Mindereinnahmen von 28 Millionen Euro rechnen müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade eben frisch eingesetzt eine Kommission zur Reform der Kommunalfinanzen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Erklärtes Ziel dieser Kommission ist es, die Gewerbesteuer

(Michael Roolf, FDP: Abzuschaffen!)

ganz weit zurückzuschrauben, und die FDP möchte sie am liebsten abschaffen.

(Michael Roolf, FDP: Abzuschaffen. Genau so.)

Das, was uns an Ersatzlösungen angeboten wird, das sind zum Teil bekannte Konzeptionen, bei denen eins völlig klar ist: Diese bekannten Konzeptionen sind ganz passabel und ganz akzeptabel für steuerstarke Städte, für steuerstarke Regionen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

aber steuerschwache und steuerarme Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern werden darunter massiv leiden.

(Toralf Schnur, FDP: Ach so! Das teilt ihr auch noch auf, ne!?)

Also, meine Damen und Herren, diejenigen, die sich hier hinstellen

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und sagen, den Kommunen geht es so schlecht und sie brauchen dringend zusätzliches Geld vom Land, um ihre Straßen zu sanieren,

> (Toralf Schnur, FDP: Das ist ja auch so. Da muss man mal die Augen aufmachen.)

das sind die gleichen, und ich sage hier sehr deutlich, das ist die FDP, die auf der Bundesebene nichts, aber auch gar nichts unversucht lässt, um diese Kommunalfinanzen zu untergraben

(Toralf Schnur, FDP: Oh, ist ja lächerlich, ist ja lächerlich.)

und das Geld, das man den Kommunen nimmt, Klientelgruppen zuzuschanzen.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Das ist Ihre Politik, und dies lehnen wir ganz entschieden ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Herr Roolf, Sie haben gesagt, Sie wollen einmal gucken, wo wir das Geld für den Fonds herkriegen. Ich habe dafür einen wunderbaren Vorschlag:

(Michael Roolf, FDP: Na los! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Der Bund stellt uns das Geld, das er durch seine Gesetzgebung den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern entzogen hat, zur Verfügung und dann können wir daraus wunderbar einen Fonds

(Toralf Schnur, FDP: Oh ja, ja! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

für die Straßen in Mecklenburg-Vorpommern machen. Das Geld würde ganz sicher reichen.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Liebe Kollegen von der FDP, Sie erinnern mich an einen Menschen, der seinem Nachbarn das Haus ansteckt und, nachdem das Haus abgebrannt ist, die Hände über dem Kopf zusammenschlägt und sagt: Wie furchtbar, mein Nachbar hat gar kein Haus mehr.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist eine Frechheit, Herr Müller. Das ist eine Frechheit. Ja, ja.)

Das ist abgebrannt und jetzt muss dringend die Versicherung her und muss ihm dieses Haus bezahlen.

(Toralf Schnur, FDP: Ha! Ja, ja.)

Meine Damen und Herren von der FDP, dass die Versicherung dann sagt, liebe Leute, wie hat er denn sein Haus verloren,

(Zurufe von Hans Kreher, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

das ist ganz eindeutig, und genau dies tun auch wir. Wer die Kommunalfinanzen hier in dieser Weise untergräbt,

> (Toralf Schnur, FDP: Das erklären Sie uns, ja, ja. Das ist ein Witz.)

der soll sich bitte nicht als ihr Retter hinstellen und als derjenige, der jetzt als ihr politischer Interessenverwalter für die Kommunen in die politische Diskussion steigt. Das können Sie am allerwenigsten.

(Toralf Schnur, FDP: Ach, du großer Gott!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich könnte ich es kurz machen und an dieser Stelle die Pressemitteilung meines Kollegen Ritter vom letzten Mittwoch verlesen, der Ihnen, liebe Kollegen von der FDP, und Ihrem Antrag zumindest den guten Willen nicht abgesprochen hat. Gut gemeint, aber auf halber Strecke stehen geblieben, hieß es darin,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das war es aber auch schon.)

und das ist leider wirklich schon alles, was ich an Positivem bei diesem Antrag erkennen kann.

(Toralf Schnur, FDP: Die kommunalen Vertreter sagen aber was ganz anderes. Die brüllen als Erste. Das ist ein Witz, ist das.)

Die FDP fordert die Landesregierung wiederum auf, einen Fonds aufzulegen, dieses Mal, um die Kommunen bei den gewiss hohen Kosten der Straßensanierung infolge des harten Winters zu unterstützen. Die Kommunen sollen aus dem Fonds verlorene Zuschüsse erhalten, also eine direkte Unterstützung für die Investitionstätigkeit der Kommunen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

Das hab ich ja verstanden.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ganz abgesehen davon, dass das Anliegen berechtigt ist, weil die Kommunen wirklich jeden Cent benötigen, drängt sich trotzdem der Eindruck auf, dass die FDP in die Fondslösung verliebt ist und eine Fondslösung als Lösung für alle Fälle präferiert. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo Licht ist, ist auch Schatten. So, wie ein ordentlich parlamentarisch diskutierter und beschlossener Haushalt das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht, so lebt ein Fonds daneben im Schatten des Haushaltes. Schon aus diesem Grund können wir Ihrem Antrag nicht folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Toralf Schnur, FDP)

Mir scheint auch, dass die FDP hier wieder einmal auf die schnelle populistische Lösung gesetzt hat, wie ein irrer Büffel, der im frischen Heu wühlt, alles begeistert in die Luft schmeißt und froh ist, wenn die Medien dieses bereitwillig aufnehmen.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Damit wir uns nicht missverstehen, meine Damen und Herren, wir sehen sehr wohl, dass dieser Winter zu erhöhten frostbedingten Schäden an den Straßen, egal in wessen Eigentum sie sich befinden, geführt hat. Viele Straßen sind betroffen: Autobahnen, Bundesstraßen, Straßen in Verantwortung des Landes, aber auch Kreisund Gemeindestraßen und ländliche Wege. Und natürlich benötigen die Kommunen dringend eine bessere finanzielle Ausstattung, um alles wieder in Form zu bringen, aber das fordern sie eben seit Jahren. Genauso lange weisen kommunale Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass die finanziellen Mittel zu knapp sind, um die Straßen angemessen zu unterhalten, und haben doch immer gleichzeitig darauf gehofft und alle Pläne, alle Haushaltspläne so gestrickt, dass der Winter jetzt immer so mild sein würde wie in den früheren Jahren.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Weil die investiven Mittel knapp sind, setzten die Kommunen auch in der Vergangenheit auf den Neubau von Straßen, setzen eher darauf als auf eine qualitätsgerechte Instandhaltung und Bestandspflege,

(Udo Timm, CDU: Völlig richtig.)

weil die Kommunalfinanzen in der Regel dafür nicht ausreichend waren. Das wissen Sie doch auch, Herr Schnur.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: In den letzten Jahren schon.)

Nee, nee, da gucken Sie mal in die Kreishaushalte.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

In der Regel war es doch so, dass nur das Nötigste gemacht wurde in der Bestandspflege.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Aber auch dieses Handeln wurde aus der finanziellen Not der Kommunen geboren, denn sie haben

(Toralf Schnur, FDP: DIE LINKE investiert in Beton.)

für den Neubau von Straßen gespart, um die Eigenmittel für die notwendigen Förderungen zu generieren, auch wenn sie dann nur ländliche Wege gebaut haben. Die Bestandserhaltung hingegen musste, Sie wissen das, Herr Schnur, aus den laufenden Ausgaben finanziert werden, und da gibt es natürlich immer wichtigere Aufgaben

(Vincent Kokert, CDU: Herr Schnur hat gar nicht zugehört.)

in den Kommunen.

Jetzt ist das Geschrei groß. Nach diesem Winter ist das verständlich und auch nachvollziehbar. Aber, meine Damen und Herren, der hier vorliegende Antrag der FDP-Fraktion ist auch keine wirkliche Lösung, denn der nächste Winter kommt bestimmt und der Topf ist dann leer, weil die Zuschüsse eben verloren sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist, wenn der Topf aber nun ein Loch hat?)

Mir drängt sich auch der Eindruck auf, dass die FDP geradezu danach giert, der Öffentlichkeit zu beweisen, dass die Kommunen stiefmütterlich behandeln werden.

(Toralf Schnur, FDP: Das tut ihr doch auch.)

Denn eigentlich gibt es auch in der Kommunalpolitik den Grundsatz der Subsidiarität,

(Egbert Liskow, CDU: Da hat DIE LINKE doch mit angefangen.)

welcher sinngemäß besagt, dass die Aufgaben dort am besten erledigt werden, wo sie am ehesten und kompetentesten erfüllt werden können. Das gilt auch für die Straßenunterhaltung.

Die FDP hingegen handelt mit diesem Antrag nach dem Grundsatz: Haltet den Dieb, er hat mein Messer im Rücken! Denn, Herr Schnur, wie ist es anders zu erklären, dass hier von der FDP großartig und lautstark die Forderung an die Landesregierung nach einem Fonds für winterbedingte Straßenschäden aufgemacht wird

(Toralf Schnur, FDP: Also da hat man einmal in 20 Jahren Winter und jetzt kommt hier eine solche Nummer, ja?!)

und auf kreislicher Ebene, sozusagen "Stark vor Ort", mit dem FDP-Slogan durch die FDP Vorschläge abgelehnt werden, mit denen Straßenschäden aus eigenen finanziellen Mitteln behoben werden sollten?

> (Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

So geschehen im Kreistag Demmin, als vorgeschlagen wurde, dass zusätzliche Mittel aus Rücklagen entnommen werden sollten, um die Löcher in Demminer Kreisstraßen zu stopfen.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Halbherzig, meine Damen und Herren, ist der Antrag auch insofern, als dass die Kommunen demnächst mit noch ganz anderen Folgen zu kämpfen haben werden als nur kaputten Straßen. Dieser Winter wird auch zu erhöhten Heizkosten führen und damit werden automatisch die Kosten der Unterkünfte steigen, aber auch die Kosten bei kommunalen Einrichtungen. Wie sieht es denn hier mit einem Ausgleich oder verlorenen Zuschüssen für die Kommunen aus, liebe FDP-Kollegen?

Wir alle kennen doch die Pläne des Bundes, sich bei der Finanzierung der Kosten der Unterkunft weiter aus der Verantwortung zu ziehen.

> (Toralf Schnur, FDP: Sie scheinen die immer am besten zu kennen irgendwie. Zumindest geben Sie einem das Gefühl. -Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wo bleibt da Ihre Stimme, Herr Schnur, hier im Interesse der Kommunen zu agieren? Aber, meine Damen und Herren, auch die Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft sind nicht alles. Das Grundproblem besteht doch darin, und darauf hat auch Herr Müller hingewiesen, dass die Kommunen in unserem Land chronisch unterfinanziert sind.

(Toralf Schnur, FDP: Nee, das hat er nicht gesagt.)

Ich komme gleich dazu, was er gesagt hat.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Auch wenn das Jahr 2008 im Rückblick von heute noch ein gutes Jahr für die Kommunen war,

(Egbert Liskow, CDU: Und 2009 auch.)

sieht es im März 2010 ganz anders aus – und jetzt kommt nämlich das, was Herr Müller gesagt hat –, nicht nur wegen der Wirtschaftskrise, nein, auch weil durch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung bundesweit Steuerausfälle

> (Toralf Schnur, FDP: Natürlich nur Schwarz-Gelb. Nur Schwarz-Gelb, Sie haben gar nichts damit zu tun.)

in Millionenhöhe zu erwarten sind, allein durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

8 Millionen Euro, Herr Müller.

Meine Damen und Herren, ich finde, wer auf der Bundesebene dafür sorgt, dass die Steuern immer weiter zurückgehen, der sollte auf Landes- und Kommunalebene nicht darüber zetern, dass nicht genügend Geld für die Erfüllung freiwilliger und pflichtiger Aufgaben zur Verfügung steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Wir haben es von dieser Stelle schon mehrmals gefordert: Wir brauchen eine faire und aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Dann bräuchten wir weder einen kommunalen Hilfsfonds noch einen Fonds zur Beseitigung winterbedingter Straßenschäden.

Herr Roolf, auch wenn Sie getrennte Abstimmung der beiden Punkte gefordert haben, den Fonds lehnen wir ab, die Gründe habe ich Ihnen erläutert, und auch einen Bericht, den Sie im anderen Punkt fordern.

(Michael Roolf, FDP: Lehnen Sie auch ab?! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Na ja, wir sind uns nicht so ganz sicher, wozu wir diesen Bericht brauchen. Die Landesregierung wird unserer Erfahrung nach, ihrer Erfahrung nach auch, ewig brauchen, ehe sie diesen Bericht erstellt hat.

> (Toralf Schnur, FDP: Das stimmt. Aber besser spät als nie. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dann ist die Situation sozusagen schon bereinigt. Und außerdem, was hilft es uns denn, auf Landesebene darüber Bescheid zu wissen, wenn die Kommunen die Löcher doch alleine flicken müssen? Ich halte es nicht für notwendig, dass wir diesen Bericht vorgelegt bekommen von der Landesregierung.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Abschließend, meine Damen und Herren, würde ich gerne noch einmal Peter Ritter zitieren: "Es ist richtig, die Straßen haben Löcher, zugleich sind aber die Kommunalhaushalte mit ihrer Kraft am Ende und pfeifen auf dem letzten Loch." Die FDP-Fraktion wäre gut beraten, den Antrag zurückzuziehen und dem der Linksfraktion beizutreten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

der die Landesregierung auffordert, die Kommunen am Überschuss des Landes zu beteiligen, nicht als Fonds, Herr Roolf.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Toralf Schnur, FDP: Beim Verteilen seid ihr immer die Allerersten. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Der hierzu erforderliche Nachtragshaushalt könnte auch konkrete Maßnahmen enthalten, die den Kommunen helfen, witterungsbedingte Schäden an Straßen zu beseitigen, wenn sie die Notwendigkeit dafür sehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Innenminister Herr Caffier.

(Michael Roolf, FDP: Ja, der erzählt uns jetzt was von kommunaler Selbstverwaltung. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Minister Lorenz Caffier: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Roolf, lassen Sie uns doch erst einmal über die Gemeinsamkeiten reden.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Die Gemeinsamkeiten sind meinem Wissen nach, dass wir uns in Mitteleuropa befinden,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Mach mal ganz schnell!)

da sind wir uns drüber einig, und Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern damit auch, und dass wir, wenn wir herausgucken, bisher nichts anderes als Winter hatten,

(Michael Roolf, FDP: Stimmt.)

auch von der Jahreszeit. Und wir hatten auch wieder nichts anderes als nur einen normalen Winter.

(Angelika Peters, SPD: Richtig, das vergessen die immer.)

Wir hatten – mit Verlaub gesagt – in den zurückliegenden Jahren keinen "sozialistischen Winter", wie wir es früher nannten, weil er Heizkosten, Energiekosten und Sonstiges gespart hat. Insofern sollten wir die Diskussion darauf zurückführen, wo sie hingehört,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

nämlich dass wir uns in einer Jahreszeit befinden, in der es in den zurückliegenden Jahrzehnten häufig geschneit hat.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

häufig über mehrere Monate Frost war. Und wir sollten auch froh sein, weil meine Kollegen von der grünen Seite ja immer bedauern, dass wir den Klimaanstieg haben. Jetzt ist es etwas anders, jetzt wird wieder bedauert, dass wir die Löcher stopfen müssen.

(Toralf Schnur, FDP: Und daran sind wir jetzt auch schuld oder wie!?)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ein bisschen sachliche Diskussion zu dem Thema hätte ich schon gerne.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Schwebs war sehr sachlich, sehr, sehr sachlich. – Toralf Schnur, FDP: Nö, nö. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das müssen wir ausnahmsweise zugestehen.)

Mit Ihrem Antrag wollen Sie die Landesregierung auffordern, einerseits in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden eine Evaluierung der Mehrkosten für die frostbedingten Schäden bei Straßen in kommunaler Trägerschaft vorzunehmen, und andererseits, wie schon ausgeführt, einen Fonds einrichten, mit dem sich das Land an den Mehrkosten der Kommunen beteiligt – ein auf den ersten Blick scheinbar löbliches Anliegen.

(Toralf Schnur, FDP: Auf den zweiten auch. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Liest man dann aber die Begründung, ist zwar von der angeblichen Pflicht des Landes, in Form eines Fonds verlorene Zuschüsse an die Kommune auszureichen, von einem Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur Sicherung der Beschäftigung im Baugewerbe die Rede, jede Ausführung, jede Ausführung zur Gegenfinanzierung fehlt aber. Das gehört eben auch zu seriösen Anträgen.

Folgende Überlegungen – und Sie haben auch meinen Kollegen Schlotmann angesprochen, darauf komme ich noch einmal – sollten zudem nicht außer Betracht bleiben: Die Straßenunterhaltung ist eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe des jeweiligen Straßenbaulastträgers.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, das stimmt.)

Das sind zum Beispiel die Landkreise und die kreisfreien Städte für die Kreisstraßen, die Gemeinden für die Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Straßen und das Land für die Landesstraßen.

(Toralf Schnur, FDP: Und der Bund für die Bundesstraßen.)

Und auch mein Kollege Schlotmann muss mit dem Geld, was er zur Verfügung hat, die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen im Land durchführen, sie aufgrund des ganz normalen Winters, der etwas kälter war, eben wieder herrichten.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Die Straßenunterhaltung fällt immer und nicht nur in harten Wintern an.

(Toralf Schnur, FDP: 1978 war auch ein ganz normaler Winter.)

Mit Blick auf das haushaltsrechtliche Gesamtdeckungsprinzip ist es den Kommunen möglich, notwendige Verschiebungen in ihren Haushalten vorzunehmen. Wir hörten schon von anderen Regionen, wo dieses bereits erfolgt. Die bauliche Unterhaltung der Straßen, dazu zählen eben Flickarbeiten, Vergießen von Rissen, Ausbesserungen von Korrosions- und Oberflächenschutzsystemen, ist zudem in der Regel eben keine Investition, sondern Erhaltungs- beziehungsweise laufender Aufwand.

(Toralf Schnur, FDP: Richtig.)

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren hat sich, wenn ich mich nicht irre, im Übrigen keine Kommune über einen warmen Winter und geringe Aufwendungen zur Straßenunterhaltung beschwert.

(Angelika Peters, SPD: Richtig.)

Nur in kälteren Wintern werden die Kosten für die Straßenunterhaltung in der Öffentlichkeit diskutiert, 2009/2010 ist da eben keine Ausnahme.

(Toralf Schnur, FDP: Aber wir hatten die letzten zehn Jahre doch nicht solche Winter, Mensch. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Viele von Ihnen können sich erinnern, dass wir zum Beispiel auch im Jahr 2006, das ist ja nun noch nicht so lange zurück, lautstark die Forderungen der Kommunen hatten und Unterstützung vom Land. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist Ihnen allen bekannt, auch wenn Sie es nicht hören wollen. Sie haben die jeweiligen Statistiken im Internet nachlesbar. Auch 2006 war das Problem relevant, von den Kommunen getragen worden in den Jahren 2007, 2008.

(Toralf Schnur, FDP: Das lag aber an der Finanzausstattung.)

Da war ich noch Kommunalminister. Ich kann mich nicht entsinnen, dass dieses Thema lautstark gefordert worden ist.

Der relativ harte Winter trifft ebenso wie die zurückgehenden Einnahmen nicht nur die Kommunen, sondern auch Land und Bund, genau wie alle anderen Einrichtungen, die gegebenenfalls von strengeren Wintern betroffen sind. Der Winter hat nicht am Ende der Kreis- und Gemeindestraßen haltgemacht, auch die Landes- und Bundesstraßen waren und sind den Witterungsbedingungen und ihren Folgen ausgesetzt. Insoweit kommen auch auf unser Land in diesem Jahr mit Sicherheit höhere Straßenbauunterhaltungskosten als eben in den Jahren mit milden oder gar warmen Wintern zu.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, nach allem kommt eine Unterstützung der Kommunen nur bei einer tragfähigen Deckungsquelle in Betracht. Zudem kann sich die Hilfe allenfalls auf Schäden beziehen, die über das normale Maß hinausgehen

(Michael Roolf, FDP: Das sagt doch keiner. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und die nicht – und jetzt hören Sie zu –, die nicht auf eine Vernachlässigung der Unterhaltspflichten in den Vorjahren zurückzuführen sind.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja, das war genau das, worauf wir gewartet haben, genau das.)

Auch das gehört zur Gesamtthematik dazu. Man kann nicht immer alles einfach nur auf das Land verlasten, wenn man bestimmte Pflichten,

(Toralf Schnur, FDP: Man kann aber auch nicht alles nur an die Kommunen abgeben.)

bestimmte Maßnahmen in der einen oder anderen Form in den zurückliegenden Jahren nicht abgeschlossen hat.

Im Übrigen ist es eine kommunale Entscheidung. Wenn man einen Pauschalvertrag über Winterdienst beispielsweise abschließt, hat man gegebenenfalls viele Jahre Glück gehabt

(Toralf Schnur, FDP: Man muss aber auch einen finden, der den abschließt.)

und manchmal hat man eben auch Pech. Das gilt für das Unternehmen gleichermaßen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja.)

Insofern gehört das zur Gesamtrelation dazu.

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt.)

Deswegen, meine Damen und Herren, lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Toralf Schnur, FDP: Als Regierung, oder wie?)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Tino Müller von der Fraktion der NPD.

Der Abgeordnete ist nicht anwesend. Dann hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Stein von der Fraktion der CDU.

(Toralf Schnur, FDP: Der ist auf Toilette.)

Peter Stein, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Minister sehr dankbar, dass er noch einmal auf die Versäumnisse der vergangenen Jahre hingewiesen hat.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Denn wie ich dem Kollegen Müller und auch Kollegin Schwebs entnehmen durfte, ist es ja wohl so, dass der aktuelle Zustand der Straßen verschuldet wird bei der zukünftigen Steuerpolitik von Schwarz-Gelb in Berlin. Das lasse ich jetzt einmal so als Begründung stehen, ohne es weiter bewerten zu wollen.

(Heinz Müller, SPD: Nicht der Straßenzustand, sondern der Kassenzustand. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Doch, der Zusammenhang wurde hergestellt.

(Heinz Müller, SPD: Ja, es geht doch um Geld. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Liebe Kollegen von der FDP, stellen Sie sich vor, es ist Winter und es ist kalt. Sie haben ja recht, die Winterschäden sind dieses Jahr deutlicher sichtbar und umfangreicher als in den Jahren zuvor. Das kann jeder feststellen, der zu Fuß oder mit dem Auto oder sonst wie unterwegs ist. Insofern ist es offenbar nicht nur wichtig, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, es ist auch populär, nicht wahr?!

(Toralf Schnur, FDP: War das jetzt eine Frage?)

Wir könnten eigentlich über diesen Winter froh sein, weil doch die Probleme so richtig offenbar werden. Auch die Kämmerer in vielen Kommunen sind daher eher bereit, etwas mehr für Straßensanierung bereitzustellen. (Toralf Schnur, FDP: Sie müssen, es ist eine Pflichtaufgabe. Sie müssen, Herr Stein.)

Man könnte vielleicht etwas boshaft sagen: Das Auge isst mit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man den Zahlen – Herr Roolf hat es auch noch einmal genannt – so Glauben schenken kann, die genannt werden, dann gibt es alleine für die Behebung dieser Straßenschäden einen Bedarf von vielleicht 50 Millionen Euro. Sie haben sicherlich mitgekriegt, dass seitens der Regierung, aber auch in den Koalitionsfraktionen zumindest eins unternommen wurde, wie auch immer: Geld suchen.

Wir haben, es ist noch gar nicht so lange her, hier im Landtag einen Haushalt beschlossen, der zumindest für einen eventuellen Mehrbedarf keinen Titel vorsieht. An dieser Stelle möchte ich zusätzlich fragen: Mehrbedarf für was?

(Irene Müller, DIE LINKE: Wofür, heißt das.)

Ich bin sehr dafür, und dahin gehend habe ich mich bereits auch öffentlich geäußert, dass ein Bedarf erst einmal festgestellt wird.

(Michael Roolf, FDP, und Toralf Schnur, FDP: Ach so!)

Dazu muss man zunächst einmal klären, was sind zusätzliche Winterschäden. Das hat auch der Innenminister hier dargestellt. Das ist nämlich gar nicht so einfach zu verifizieren. Da sind nämlich viele Schäden dabei, die bereits im Sommer in weichem Asphalt entstanden sind.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Toralf Schnur, FDP)

Da sind Schäden bei, die auf mangelnde Instandhaltung zurückzuführen sind, da sind Schäden bei, die auf schlechten Bauausführungen in der Vergangenheit beruhen, und es sind auch Schäden dabei, die da entstehen, wo besonders hohe Verkehrsbelegung festzustellen ist.

Es ist auch zu klären, wer diese notwendigen Arbeiten zu bezahlen hat.

(Heinz Müller, SPD: Wir machen eine Expertenkommission für jedes Schlagloch.)

Ich bin mir nicht sicher, ob sich die Opposition, und da besonders die FDP, hier öffentlich hinstellt und im Falle grundhafter Sanierungen den Bürgern ihren Anliegerbeitrag aus der Straßenausbaubeitragssatzung vorrechnet.

> (Toralf Schnur, FDP: Ja, bei Reparaturen ist das aber nicht so. – Heinz Müller, SPD: Bei der FDP zahlt das alles der Staat. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Insofern ist es richtig, sich erst einmal gemeinsam hinzusetzen und die Situation genau zu erheben. Das fordern Sie im Punkt 1. Das wird aber bereits gemacht im Ministerium, in den Fraktionen und auch in den Kommunen und nicht zuletzt in der bisherigen öffentlichen Diskussion. Wir werden uns sicherlich dazu im Ausschuss berichten lassen, sobald verlässliche Angaben möglich sind.

(Toralf Schnur, FDP: Also nie. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Doch, ich denke, da sind wir mit dem Verkehrsminister – ich habe eben schon einmal einen kurzen Blickkontakt

gewagt – auf einem verlässlichen Weg. Ich denke, darauf kann man sich verlassen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Mehrkosten – ich komme noch zu einem weiteren Punkt aus Ihrem Antrag – auf die Schäden 2010 einzugrenzen, hat zwar Charme, bringt aber der Gesamtsituation nicht viel. Richtiger wäre es, auch im Hinblick auf die kommunalen Haushaltsjahre, die nicht alle einfacher werden, möglichst viele Straßen grundhaft und damit nachhaltig zu sanieren, immer auch unter dem eingangs geschilderten Hinweis auf Ausbaubeiträge. Dann, nämlich nur dann, senken wir Folgekosten für Schäden in kommenden Jahren – sommers wie winters. Das entlastet dann wirklich die kommunalen Haushalte in der Zukunft. Nur, in diesen Dimensionen steht tatsächlich kein Geld zur Verfügung, weder im Land noch in den Kommunen. So viel Ehrlichkeit muss da schon sein.

Ein weiteres Problem ist, dass wir kurzfristig, so, wie Sie es hier wollen, nur in die Verwaltungshaushalte hinein unterstützen können. Aus einem Verwaltungshaushalt heraus geht aber nur Instandhaltung, nicht Grundsanierung. Da, meine Kollegen der FDP, genau da ist mein eigentliches Problem mit Ihrem Antrag.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich würde lieber nachhaltig sanieren, als kurzfristig wieder nur Stückwerk zu machen.

(Michael Roolf, FDP: Ja. – Toralf Schnur, FDP: Die Löcher sind aber da, Herr Stein.)

Wenn wir schon sehr viel Geld in die Hand nehmen sollen, dann ist das wohl der richtige Ansatz.

(Toralf Schnur, FDP: Die Löcher sind aber da!)

Liebe Kollegen von der FDP, ich gehe davon aus, dass uns das Ministerium im Ausschuss zeitnah über die bekannten Schäden und Kosten im Land informieren wird, wenn dann verlässliche Zahlen vorliegen. Wir werden dann auch in die Zukunft hineindenken können, aber erst dann.

Auch der Landesrechnungshof, der Kollege Roolf hat darauf hingewiesen, wird diese Thematik weiterhin begleiten. Ob es finanzielle Unterstützung in Einzelfällen oder global geben kann – ich persönlich hätte mich darüber sehr gefreut, die Bauwirtschaft und Kommunen sowie betroffene Autofahrer und Fußgänger sowieso –, ob es diese Unterstützung geben kann, hängt tatsächlich von so vielen Faktoren ab: Schadensbild, Haushaltslage, Beitragssatzungen, Einzelfallbetrachtung, Verteilung der Mittel, kommunale Hoheit und so weiter. Daher kann man nicht mal eben nur ein Thema auf der Straße aufgreifen und Forderungen stellen, auch wenn es populär ist und sehr naheliegt, sondern man muss sorgfältig, zielgerichtet und vor allen Dingen ausfinanziert vorgehen, und auch da mangelt es in Ihrem Antrag.

(Toralf Schnur, FDP: Na Gott sei Dank haben Sie das ja immer in der Hand!)

Das, meine Damen und Herren, das, meine Damen und Herren von der FDP, liegt gemessen an Ihrem Antrag in der Zuständigkeit der Landesregierung. Die eigentliche sachliche Zuständigkeit liegt jedoch bei den Kommunen und soll da auch bleiben. Da werden Sie sicherlich sogar zustimmen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Es wäre sinnvoll und richtig, wenn die Kommunen mit nachweisbarem Bedarf und umsetzbaren Vorschlägen auf das Land zukommen und nicht Parteien und Fraktionen

Wir können daher Ihrem Antrag, weil er eben viele dieser angesprochenen Punkte offenlässt und weil es für Punkt 1 überflüssig ist, diesen überhaupt extra zu beschließen, leider nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Stein

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Stein, Kompliment für Ihre Bemühungen, sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ich glaube, wir sind da sehr dicht beieinander.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr selektiv gehört. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und ich will es so sagen: Das, was ich von dem Innenminister gehört habe, ist für mich auch ganz wichtig. Und zwar hat er gesagt, wenn dann nachgewiesen wird, dass die Straßenbaumaßnahmen nicht vernachlässigt worden sind

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und dass die Aufwendungen über ein normales Maß im Augenblick hinausgehen, dann ist das Land mit in der Diskussionsebene, will ich mal vorsichtig sagen.

Lieber Herr Innenminister, Rostock hat 1,5 Millionen Euro eingestellt. Rostock hat jetzt einen Bedarf von 5 Millionen Euro festgestellt. Erklären Sie dann bitte den Bürgerinnen und Bürgern im Land: Was ist über das normale Maß hinausgehend?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Dann möchte ich mich den Kollegen der Linksfraktion und auch der SPD zuwenden.

(Gino Leonhard, FDP: Genau, richtig. – Toralf Schnur, FDP: Recht hat er, recht hat er.)

Herr Müller, ich genieße eigentlich jedes Mal Ihre geschliffene Art und Weise, wie Sie in der Rhetorik sind. Ich finde das toll zum Teil, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Aber das, was Sie heute gemacht haben, das war schwach, Herr Müller. Das muss man so deutlich sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sollen wir jetzt erst mal unser Hausaufgabenheft ausfüllen, Zensuren eintragen lassen?)

Wir haben, wenn wir beide uns darauf verständigen, in den letzten zwölf Jahren in Mecklenburg-Vorpommern und auf Bundesebene keinen FDP-Finanzminister gehabt.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wir haben die wirtschaftliche Situation, die existenziell bedrohende wirtschaftliche Situation der Kommunen. Wir kriegen viel Mist auf die Reihe,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Auf die Reihe?)

aber dass wir nun von September 2009 bis heute die Kommunen so desaströs runtergewirtschaftet haben,

> (Toralf Schnur, FDP: Ja, das sagen nur die Sozialdemokraten. – Heinz Müller, SPD: Sie sind ja noch nicht fertig. Sie sind ja noch nicht fertig.)

das ist dann schon eine Geschichte aus dem Tollhaus. Wir alle stehen in unserer finanziellen Ausstattung so schlecht und so schwierig da, weil wir zwölf Jahre lang sozialdemokratische Finanzpolitik gehabt haben,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

die bei den höchsten Steuereinnahmen, die das Land je gesehen hat, trotzdem die höchste Neuverschuldung mitgebracht hat.

(Gino Leonhard, FDP: Richtig.)

Und das ist das, was die Wahrheit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wenn Sie dann die Angst weitertreiben, Herr Kollege Müller, dass Sie sagen, die Gewerbesteuer, der Umgang mit der Gewerbesteuer ...

> (Heinz Müller, SPD: Geben Sie doch zu, dass Sie sie abschaffen wollen! Das haben Sie doch im Programm.)

Herr Müller, ich schätze das so, mit Ihnen zu diskutieren. Die Gewerbesteuer, eine Ertragssteuer, ist die einzige Steuer in Deutschland gewesen, die von Rot-Schwarz, von der Großen Koalition kam.

(Vincent Kokert, CDU: Schwarz-Rot!)

Aufwandspositionen, nämlich Leasingraten und Mieten, Leasingaufwand wurden zum Ertrag dazugerechnet

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

und anschließend als Gewerbesteuer versteuert.

(Heinz Müller, SPD: Richtig. – Ralf Grabow, FDP: So ist es. – Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Wer das zurückdreht, wie wir das als Liberale jetzt mit der CDU gemacht haben, der korrigiert einen Fehler.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Der macht nichts Ehrenrühriges und macht auch nichts, was nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und zu der Gewerbesteuer will ich Ihnen weiterhin sagen, es ist politisch falsch, wenn man die konjunkturanfälligste Steuer, die es überhaupt gibt, dafür nutzt, um auskömmlich langfristig Kommunen zu finanzieren.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Das ist strukturell der falsche Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir alle wollen eine vernünftige Ausstattung der Kommunen.

(Toralf Schnur, FDP: Das kann selbst Herr Müller nicht abstreiten.)

Aber wir wollen keine Ausstattung, die so starken Konjunkturauswirkungen ...

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und wenn Sie dann, Herr Kollege Müller, zu Recht sagen, Kommunen schreien auch immer ganz schnell, wenn es um Geld geht, ich will Geld haben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie nicht.)

bin ich auch völlig bei Ihnen. Da wird auch manchmal gejammert auf hohem Niveau und wird laut geschrien, obwohl es nicht notwendig ist. Aber wenn Sie Ihrem Namensvetter, dem Kollegen Müller aus Röbel, dem Bürgermeister, oder dem Kollegen Rhein aus Waren, dann vielleicht bitte persönlich selber sagen, dass sie Schreihälse sind

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und dass sie kein Problem haben mit dem, was sie machen, weil sie vorher nicht ordentlich gewirtschaftet haben,

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

dann haben Sie bitte den Mut!

(Toralf Schnur, FDP: Ja. So ist es.)

Gehen Sie zu den Bürgermeistern hin! Nehmen Sie den Bürgermeister Netzel in Penkun gleich dazu!

(Toralf Schnur, FDP: Na. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Nehmen Sie den Bürgermeister Stein aus Malchow auch gleich mit dazu!

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ein Grüner. Da kommt auch ein Loblied nach dem andern.)

Sagen Sie denen offen ins Gesicht: Ihr seid nur Jammerlappen! Ihr stöhnt nur rum! Und ihr hättet eure Hausaufgaben machen müssen, dann wären wir jetzt nicht in dieser Situation!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Toralf Schnur, FDP: Genau. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass es auch schade ist, Herr Innenminister, wenn man nur sein vorgefertigtes Redemanuskript bringt. Sie sagen, ich habe keinen Ansatz zur Finanzierung gebracht, aber ich habe sehr klar und sehr deutlich gesagt, bevor man das Geld in eine Rücklage einstellt, soll man es für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Die Rücklage ist relativ klar definiert. Das sollte auch ein Innenminister erkennen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Toralf Schnur, FDP: Ja.)

was in einem Haushalt eine Rücklage ist. Also wir haben den Finanzierungsvorschlag hier heute gleich mitgebracht. (Zurufe von Minister Lorenz Caffier und Egbert Liskow, CDU)

Ich finde es sehr schade, dass wir es außer dem Kollegen Stein nicht geschafft haben, uns inhaltlich auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Außer dem Kollegen Stein! Harry, der gehört zu dir! Der gehört zu euch!

Also es ist so, dass wir uns – außer der Kollege Stein – nicht inhaltlich damit auseinandergesetzt haben. Wir gehen hier heute aus dem Landtag heraus, indem wir sagen, okay, wir haben alle schwierige Zeiten, wir haben alle kein Geld in der Tasche. Die FDP ist schuld daran, dass es den Kommunen so schlecht geht. Das ist die Botschaft des heutigen Tages. Und das ist eher eine traurige Botschaft.

Ich habe vorhin Einzelabstimmung beantragt für die einzelnen Punkte und um die Härte für die Kommunalpolitiker zu erhöhen, möchte ich auch gleichzeitig die namentliche Abstimmung dazu beantragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Harry Glawe, CDU: Ja, ja. – Toralf Schnur, FDP: Jawohl. – Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Ich muss noch mal nachfragen: Für alle Punkte?

Michael Roolf, FDP: Für den ersten Punkt.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Okay, danke.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Udo Timm von der Fraktion der CDU.

Udo Timm, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe überhaupt nicht vorgehabt, hier ans Rednerpult zu gehen. Aber da ich hier nun so viele Erklärungen und Lehrstunde über Steuerrecht und Steuerreform und wer Schuld und keine Schuld hat, bekommen habe, stellt sich mir die Frage, ob Herr Roolf hier als Reifenhändler geredet hat oder als Landtagsabgeordneter. Das meine ich aber nicht böse, mein lieber Kollege Roolf.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Und wenn ...

(Der Abgeordnete Sebastian Ratjen bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich beantworte keine Fragen. Du kannst dich hinsetzen.

Und wenn der Herr Schnur von der FDP hier nun sehr viele Zwischenrufe gemacht hat,

(Sebastian Ratjen, FDP: Löcher, die man nicht stopft, werden größer.)

von denen 99 Prozent am Stoff vorbeigegangen sind, dann ist das nichts Außergewöhnliches. Das kennen wir.

Aber, meine Damen und Herren, mich hat etwas anderes gereizt, weswegen ich nach vorne gegangen bin.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Hier steht: "für Schäden bei Straßen in kommunaler Trägerschaft vorzunehmen". Worüber haben wir hier geredet? Herzlichen Dank, Kollege Roolf, dass Sie den Redebeitrag von Peter Stein hier gewürdigt und ihn hervorgehoben haben. Peter Stein, das war eine deiner besten Reden, die du zu fachlichen Inhalten vor diesem Landtag bisher gehalten hast.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Ich will auch noch mal anfügen an das, was hier von der LINKEN gesagt worden ist. Auch das ist zum großen Teil zu unterschreiben.

Ich habe kein Redemanuskript. Ich habe aber drei Monate Winter erlebt und ich habe in meinem Garten in Bergen auf Rügen – und Rügen ist bekanntlicherweise in diesem Jahr von den Schneemengen mit am stärksten betroffen gewesen – ...

(Toralf Schnur, FDP: Das war ein ganz normaler Winter.)

Lieber Herr Schnur, jetzt ist es so, dass eine vier Meter hohe Wehe auf der Straße keinen Straßenschaden erzeugt. Er mag möglicherweise irgendwo einen Schaden erzeugen, aber an der Straße im Wesentlichen nicht. Der Herr Fraktionsvorsitzende nickt. Also habe ich wahrscheinlich recht.

(Michael Roolf, FDP: Bisher alles richtig.)

Aber, und darauf möchte ich hinweisen, was den Kommunen dieses Jahr auch im Besonderen ans Portemonnaie gegangen ist, ist, dass sie erstens zu wenig Mittel eingeplant haben, um den laufenden Winterdienst zu betreiben.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Viele Straßen konnten nach einem bestimmten Zeitraum nicht mehr ordnungsgemäß geräumt und gestreut werden, weil die Kosten für den Winterdienst zu schwach eingeplant waren.

Zweitens, wir haben es, zumindest auf Rügen kann ich das behaupten, mit Schneemengen zu tun gehabt, die wir nicht mehr bewältigen konnten, und dadurch sind zusätzliche Unterhaltungskosten auf uns zugekommen, was den Abtransport des Schnees anbetraf.

(Toralf Schnur, FDP: Das war doch ein ganz normaler Winter.)

Und da kam noch die Besonderheit dazu, dass der Schnee ja heutzutage kein Schnee mehr ist, Herr Umweltminister. Der Schnee ist Sondermüll.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das hat euer Wirtschaftsminister so entschieden.)

Gut, dann nehme ich es zurück.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das müssen Sie laut sagen, sonst muss ich mich melden.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister Backhaus, bitte nicht hier von der Regierungsbank!

Udo Timm, CDU: Ich möchte noch etwas anderes in Erinnerung rufen. Wir sprechen von Schäden an den Straßen und wodurch sie entstanden.

Meine Damen und Herren, die, die ein bisschen älter sind und in mein Alter gehören, wissen, dass wir in der Vergangenheit – zumindest haben wir das so in Erinnerung – uns mit viel strengeren und härteren Wintern auseinandergesetzt haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: War ja nicht alles schlecht.)

wie es bis 2008 der Fall war. Wir haben im Winter 2009/2010 keinen außergewöhnlichen Winter gehabt. Wir haben außergewöhnliche Belastungen gehabt,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

was die Heizungskosten anbetrifft. Wir haben Belastungskosten gehabt, was den Straßenwinterdienst anbetrifft. Wir haben Belastungskosten gehabt, was die Zuwegung der einzelnen Gehöfte anbetrifft. Wir haben zusätzliche Belastungen gehabt, was die Erreichung der Insel Hiddensee anbetrifft. Aber dieser durchgängige Frost - und so viel kann ich Ihnen dazu sagen - ist nicht der Ausgangspunkt für die zusätzlichen Schäden. Der Frost ist härter gewesen. Damit ist einiges herausgefroren, was längst hätte herausfrieren müssen, weil in der Vergangenheit immer nur wieder unsachlich zusammengeklitscht und zugekleistert worden ist. Das ist das Problem. Wenn hier das Problem des grundhaften Stra-Benausbaus angesprochen worden ist, dann ist das die einzige Lösungsmöglichkeit dafür, dass wir uns in Zukunft weniger mit solchen Problemen auseinandersetzen müssen, wobei ich natürlich weiß, dass die finanzielle Mittelbereitstellung da auch Grenzen setzt.

Also, liebe Kollegen von der FDP, ich wollte Ihnen nur noch mal ins Gedächtnis zurückrufen: Ein Winter, der außerordentliche Probleme in der Schlaglochgestaltung darstellt, ist es nicht gewesen, denn nur dauernd wechselhafte Witterungsbedingungen erzeugen diese Schäden. Und diese dauerhaften Witterungsbedingungen haben wir nicht gehabt. Wir haben aber auf Dauer in der Vergangenheit mangelhafte Straßeninstandsetzungen im Frühjahr gehabt. Und das müssen wir der guten Ehrlichkeit halber auch öffentlich sagen und dazu bereit sein. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Timm.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen ...

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass der irre Büffel im frischen Heu Sie etwas beeindruckt hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Heinz Müller, SPD: Ich glaube, das war kein Büffel.)

Trotzdem bitte ich um Ruhe! Wir wollen jetzt in die Abstimmung eintreten.

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube, das war eine Spitzmaus.)

Im Rahmen der Debatte ist seitens der Fraktion der FDP beantragt worden, über die einzelnen Ziffern des Antrages gesondert abzustimmen. Die Fraktion hat ebenfalls beantragt, über die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3269 eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Rudolf Borchert, Sylvia Bretschneider und Wolfgang Griese werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für zwei Minuten.

Unterbrechung: 17.18 Uhr

Wiederbeginn: 17. 21 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3269 bekannt. An der Abstimmung beteiligten sich 54 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 7 Abgeordnete, mit Nein stimmten 47 Abgeordnete. Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3269 abgelehnt.

Ich lasse nun über die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3269 abstimmen. Wer der Ziffer 2 des Antrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3269 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Die Beratung des Tagesordnungspunktes 16 entfällt, da der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen hat.

Vereinbarungsgemäß rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Beteiligungskriterien für Landesbeteiligungen an kulturellen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/3216.

Antrag der Fraktion der FDP: Beteiligungskriterien für Landesbeteiligungen an kulturellen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/3216 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der letzten ordentlichen Landtagssitzung im Januar haben wir über die Beteiligung des Landes am Museum Peenemünde diskutiert. Im Vordergrund der Debatte stand der Wille, kulturelle Leuchttürme durch das Land zum Strahlen zu bringen. Anlass war die Landesbeteiligung am Museum in Peenemünde.

Ich darf Herrn Müller zur Frage der Dringlichkeit unseres Antrages zu dem heutigen Tagesordnungspunkt zitieren. Er sagte: "Über die generelle Frage, ob es sinnvoll und notwendig ist, hier ein solches standardisiertes Verfahren für die Beurteilung solcher Beteiligungen zu haben und woran man so etwas misst, da wird man sicherlich reden können."

> (Heinz Müller, SPD: Und genau das tun wir jetzt.)

Ich freue mich, Herr Müller, dass wir hier einer Meinung sind.

Sie sagten dann aber weiter, und ich zitiere wieder: "Aber dringlich ist es in keiner Weise. Weder gibt es ein überraschend eingetretenes Ereignis, das uns nun zum Handeln auffordert, noch müssen wir befürchten, dass irgendein Schaden für Mecklenburg-Vorpommern entstehen wird."

Nun, das Ereignis, das eingetreten ist, war zwar nicht überraschend, aber die Abstimmung über eine Landesbeteiligung in Peenemünde ist immerhin ohne ein standardisiertes Verfahren. Und damit haben Sie sich bei dieser Entscheidung für die falsche Reihenfolge entschieden, denn normalerweise schafft man sich zuerst Kriterien und entscheidet dann danach. Ich denke, Sie alle können dieser Logik folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Aber der gute Wille nützt jedoch nichts oder besser gesagt: Hüte dich vor den Wohlmeinenden! Ohne Beteiligungskriterien, ohne kriterienbasiertes Management und der Steuerung kann das Gegenteil erreicht werden. Das Land muss daher sowohl die richtigen kulturpolitischen Impulse setzen und eine nachhaltige Haushaltspolitik betreiben.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, ein Prüfungsverfahren zu erstellen. Dann kann man mithilfe allgemeinverbindlicher sachlicher Kriterien eine mögliche Beteiligung des Landes an kulturellen Einrichtungen des Landes, die dann festgelegt werden, prüfen, und das wirklich nur dann. Auf der Basis dieses neu zu schaffenden Prüfungsverfahrens für Landesbeteiligung ist dann ein Konzept zu erarbeiten, welche kulturellen Einrichtungen des Landes für eine Landesbeteiligung infrage kommen. Und zwar sollen Sie das, meine Damen und Herren, nicht für uns Liberale machen. Sie machen das zur Absicherung Ihrer eigenen Regierungsverantwortung.

Meine Damen und Herren, wir besitzen hier im Land ein umfangreiches kulturelles Erbe. Dazu gehören Museen, Theater, Orchester und vieles mehr. Wir alle stehen in der Verantwortung, dieses Erbe zu schützen, zu erhalten. Und dabei muss klug abgewogen werden, wie dieses Erbe am besten geschützt werden kann und wie es am besten der Allgemeinheit zugute kommen kann. Diese kluge Verknüpfung erlaubt es dann, sowohl den kulturellen Wert als auch den wirtschaftlichen Wert miteinander zu verbinden. So können Bildung, Forschung und der Tourismus in unserem Land davon profitieren, ideell und materiell.

Um diese komplexe Aufgabe gut erfüllen zu können, bedarf es einer sachlichen Abwägung zwischen den kulturellen und den wirtschaftlichen Interessen, zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren. Langfristige Verantwortung im Rahmen von Beteiligungen muss daher gut geplant werden. Wenn das Land sich beispielsweise an Museen oder Bildungs- und Forschungseinrichtungen beteiligt, muss vorher fest-

gelegt werden, nach welchen verbindlich und sachlich nachvollziehbaren Kriterien dieser folgenreiche Schritt erfolgen kann. Nur, wenn in einem größeren kultur-, bildungs- und wirtschaftspolitischen Konzept dargestellt werden kann, warum eine Beteiligung sinnvoll oder sogar notwendig ist, kann das Landesengagement auch zum Erfolg führen, meine Damen und Herren.

Sicher treffen Sie in der Landesregierung Ihre Entscheidungen auch jetzt nicht unbegründet. Das will ich Ihnen gar nicht nachsagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist aber nett von Ihnen.)

Es fehlt jedoch an der notwendigen Transparenz und der allgemeinen Verbindlichkeit. Dadurch machen Sie, meine Damen und Herren, Ihre Entscheidungen selbst angreifbar

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Ich bitte Sie daher, zu Ihrem eigenen Wohl unserem Antrag zuzustimmen.

(Zurufe aus dem Plenum: He!)

Wir bitten um Ihre Zustimmung. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das läuft immer so ein bisschen nach dem gleichen Schema. Wir haben das beim vorherigen Tagesordnungspunkt auch gehabt. Wenn ich Herrn Roolf fragen würde, ob er für Bildung sei, dann würde er sagen, ja. Das glaube ich ihm auch. Wenn ich sage, wir würden die Straße zwei Jahre später bauen, dann würde er sagen, so haben wir es nicht gemeint.

Wenn dieses Land bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit geht, dann muss es Prioritäten setzen. Und insofern, wenn man dann dem Kollegen Müller hier zuruft, er solle doch zu Herrn Stein und zu Herrn Rhein gehen und sich vor diese stellen, da kann ich Ihnen sagen, auch bei Herrn Karlo Schmettau in Mirow, FDP, würden Sie genau die gleiche Antwort kriegen wie in Malchow, in Waren oder auch in Mirow. Wir haben uns nämlich längst geeinigt, wenn die Haushalte angestrengt sind, in prioritäre Dinge zu investieren. Straßen sind noch später zu reparieren. Das, was wir bei Kindern versäumen, ist irreparabel. Das will ich einfach noch mal zum Tagesordnungspunkt vorher sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern, Herr Kreher, besitzt ein umfangreiches kulturelles Erbe. Dieser Reichtum spiegelt sich zum Beispiel in einer großen Anzahl von historischen Schlössern und Gutshäusern, in ihren Anlagen und in zahlreichen Museen wider. Sie waren beziehungsweise sie sind der Stolz der Besitzer. Die Landesregierung legt seit 1990 größten Wert auf die Förderung

und Unterstützung dieses Erbes, unabhängig davon, ob in Privatbesitz, in Besitz des Landes, der Kommunen oder anderer Institutionen. Daneben wurden Initiativen und Vorhaben zum Beispiel der Backsteingotik und der Klosterstätten gezielt unterstützt und Marken gebildet. Das bisher Erreichte und der Zuspruch durch in- und ausländische Gäste legen darüber eindrucksvoll Zeugnis ab. Die Bedeutung, die das Land seinem kulturellen Erbe beimisst, ersieht man insbesondere an den hohen Mitteln, die das Land Jahr für Jahr im Kulturbereich einsetzt.

Bei allem Verständnis, Herr Kreher, ich nehme Ihnen ab, dass Sie nach Kriterien ringen, und Sie haben selbst gesagt, man muss erst Kriterien haben, um dann nach diesen zu entscheiden. Jetzt sage ich einfach mal, und Sie können geteilter Meinung sein, genau das ist passiert. Ein Blick in die Landeshaushaltsordnung macht schnell deutlich, dass es bereits diese Kriterien und Regelungen für die Beteiligung des Landes gibt.

(Gino Leonhard, FDP: Na, na, na!)

Die haben Sie eben hier nicht zitiert. Das werden Sie uns wahrscheinlich gleich darlegen, warum dies nicht geschehen ist, denn in Paragraf 63 der Landeshaushaltsordnung ist geregelt, dass Vermögensgegenstände nur erworben werden sollen, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Landes in absehbarer Zeit erforderlich sind – Dinge, die Sie eben gesagt haben. Oder in Paragraf 65 soll sich das Land nur beteiligen, wenn ein wichtiges Interesse des Landes vorliegt und sich der vom Land angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt oder wenn das Land einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält.

Anderes habe ich bei Ihnen auch nicht gehört. Ich glaube kaum, dass man Kriterien erfinden oder herausfinden kann, die über diese grundlegenden Kriterien hinausgehen. Sie sehen im Grunde genommen, dass diese Kriterien jeweils einzelfallbezogen – auch das haben Sie ja mehr oder weniger gesagt – angewendet werden. Jetzt noch ein zusätzliches Verfahren zu entwickeln, das glaube ich nicht, dass dies zielführend ist, sondern ich glaube, es geht Ihnen eher, Herr Kreher, bei allem Respekt darum, zu sagen, dass Sie diese Kriterien kennen. Ich habe Sie Ihnen jetzt eben genannt. Und dass man dann auch im Verfahren darüber sprechen muss, welches Konzept dahinter steht, ich glaube, das ist wichtig.

In Kenntnis dieser Verantwortung wurde unlängst Schloss Bothmer in Landesbesitz übernommen. Dazu habe ich nichts von Ihnen gehört. Daneben plant das Land eine Beteiligung mit einer Mehrheit von 51 Prozent an der Betreibergesellschaft "Historisch-Technisches Museum Peenemünde GmbH". In beiden Fällen sind die Kommunen an das Land mit der Bitte um konkrete Unterstützung herangetreten. Innerhalb kürzester Zeit ist es gelungen, nach diesen Kriterien für alle Seiten befriedigende Lösungen zu finden. Das Bewusstsein, dass es sich in beiden Fällen um einmalige und unwiederbringliche Denkmale handelt, hat die Verantwortlichen auf allen Ebenen getrieben und nach konstruktiven Lösungen entsprechend der Landeshaushaltsordnung, nach den hier zitierten Kriterien dann auch entscheiden lassen.

Gemeinsam ist beiden Objekten, um nur bei diesen Beispielen zu bleiben, ihre Einmaligkeit und damit die historische Bedeutung. Kulturerbe ist nicht messbar. Betriebswirtschaftliche Gründe allein können nicht für oder gegen ein Engagement des Landes sprechen. Kulturpolitik heißt auch, Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne dabei den wirtschaftlichen Einsatz von Mitteln aus den Augen zu verlieren. Auch Sie haben von Machbarem und von Wünschenswertem gesprochen. Dieser Aufgabe wird das Land Mecklenburg-Vorpommern in beiden Fällen verantwortungsvoll gerecht.

Daneben, Herr Kreher, besitzt das Land das Staatliche Museum Schwerin, Kunstsammlungen, Schlösser und Gärten, inklusive der Schlösser Ludwigslust und Güstrow, andere bedeutende Einrichtungen auf der anderen Seite wie die Stiftung Pommersches Landesmuseum in Greifswald oder die Ernst-Barlach-Stiftung in Güstrow, die Stiftung Mecklenburg, die Stiftung Deutsches Meeresmuseum in Stralsund und das Künstlerhaus Lukas in Ahrenshoop und, und, und. Sie werden durch das Land jährlich in erheblichem Umfang institutionell gefördert. Dazu sind Landesbeteiligungen weder erforderlich noch wirtschaftlich die beste Lösung. Gerade in den speziellen Kulturbereichen kommt es auf eine zielgerichtete Unterstützung und Förderung an und dafür stehen, wie wir finden, die nötigen Instrumente zur Verfügung.

Es steht mir nicht zu, ich würde Sie aber trotzdem bitten, noch einmal zu überlegen, Herr Kreher, diese Kriterien, die wir haben, sind da. Es ist kaum möglich, diese zu toppen. Das, worum es Ihnen meiner Meinung nach geht, ist, wie gestaltet man das aus, wie kommt man darüber ins Gespräch, wie streitet man meinetwegen auch darüber. Aber das Erfinden neuer Kriterien ist nicht zielführend. Ich glaube, das habe ich ausführlich begründet. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Verehrter Herr Kollege Kreher, es ehrt Sie sehr, dass Sie sich mühen, dass Sie sich engagieren, um die Landesregierung auf einen guten Weg zu bringen. Es ehrt Sie sehr, dass Sie sich Mühe geben, Hilfestellungen zu leisten, um etwas zu erfüllen, was Ihrer Meinung nach die Landesregierung nötig hat, nämlich Beteiligungskriterien des Landes bei kulturellen Einrichtungen.

Nun ist es ja in unserem Land so geregelt, dass Kultur ohne öffentliche Förderung überhaupt nicht auskommt. Kultur ist Länderhoheit. Natürlich gibt es auch Beteiligungen des Bundes, auch der Kommunen an kulturellen Einrichtungen. Das bedeutet aber nicht, dass das alles durch Kriterien bloß in der Vergangenheit geschehen ist. Wenn ich das richtig sehe, ich war bei der Januarsitzung nicht hier, war Peenemünde Ausgangspunkt Ihrer Fragestellung. Peenemünde taucht aber, wenn ich den Antrag lese, namentlich hier überhaupt nicht auf.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Insofern ist die erste Frage: Ist der Dringlichkeitsantrag, Sie haben vorhin in Ihrer Einbringung Peenemünde ins Spiel gebracht, lediglich dahin gehend zu verstehen, dass Sie die Beteiligung des Landes in Peenemünde zu einem Ausgangspunkt gemacht haben, um dort Einfluss zu nehmen, oder ist es eine prinzipielle Frage?

Wenn man das prinzipiell betrachtet, dann muss man sich natürlich die Frage stellen: Lassen sich Kriterien überhaupt finden? Unterschiedlichste kulturelle Einrichtungen gleichermaßen zu beurteilen – und das sage ich in Richtung Ihrer Frage gedacht –, ist kaum möglich. Das setzt nämlich voraus, dass kulturelle Einrichtungen mit Landesbeteiligung nach einem Maß beurteilt werden können. Das lässt aber der Gegenstand nicht zu. Museen, Forschungseinrichtungen und andere Einrichtungen, die auch der Minister gerade genannt hat, lassen sich nicht mit einer Latte messen.

Von daher ist in meinen Augen nicht nachvollziehbar, wie Sie selbst - wenn Sie beispielsweise, und das kann ja durchaus noch passieren, Kultusminister werden in diesem Land - so etwas formulieren würden. Ich habe von Ihnen keinen Vorschlag gehört, keine Anregung, wie man so etwas machen könnte. Sie stellen eine Frage, auf die Sie selbst keine Antwort haben, behaupte ich einfach von dieser Stelle aus, außer der Antwort, die der Minister im Hinblick auf die Landeshaushaltsordnung selbst angedeutet hat, dass etwas nämlich wichtig ist. Auch für Wichtigkeit gibt es keine allgemeinverbindlichen Kriterien. Ich behaupte auch, Sie sind nicht in der Lage, diese selbst zu finden, und insofern lassen Sie es damit begründet sein. Was wichtig ist, bedarf einer besonderen Würdigung durch das Land, und was unwichtig ist eben nicht. Darüber kann man gern streiten, was wichtig ist.

Im Falle von Peenemünde liegt es sicherlich auf der Hand, dass das eine wichtige Einrichtung ist. Andere haben Sie nicht genannt, stehen in Ihrem Antrag auch nicht drin. Insofern sind Sie eigentlich mehr schuldig geblieben durch Ihren Antrag, als Sie selbst formuliert haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kreher hat für den Antrag der FDP jetzt durch zwei Redner eine Abfuhr erhalten. Wir werden den Antrag der FDP unterstützen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach!)

ohne zu ignorieren, was hier gesagt wurde. Es ist schon wichtig, wenn der Bildungsminister darauf verweist, dass es durchaus Kriterien gibt – Landeshaushaltsordnung. Das zu sagen, macht es aber auch notwendig, gleichzeitig zu erklären, das sind ja abstrakte Kriterien, die selbstverständlich für ein Wirtschaftsunternehmen, ich sage mal, für ein Krankenhaus, für ein Stadtwirtschaftsunternehmen genauso zutreffen wie für eine kulturelle Unternehmung.

Wir verstehen den Antrag der FDP so, dass es hier angesichts der Bedeutsamkeit und auch der Besonderheiten von kulturellen Einrichtungen, Institutionen und Unternehmungen selbstverständlich abgeleitet aus den Kriterien der Landeshaushaltsordnung Kriterien geben sollte. Es wäre eine Anmaßung zu behaupten, wir hätten die, jemand hätte die, wir müssten die gemeinsam erstrei-

ten. Wir halten es für notwendig, dass darüber geredet wird, denn es ist, weil es hier gerade so examiniert wurde, doch überhaupt nicht verkehrt, dass man einen Anlass nimmt und sagt, stopp mal, wenn wir uns jetzt dazu verhalten und der Ausgangspunkt war Peenemünde - so haben wir es verstanden, auch wenn es in der Tat nicht im Antrag steht, das ist aber auch an der Stelle nicht entscheidend, es war in diesem Moment der Impuls -, und wenn jetzt die Frage steht, wenn wir darüber entscheiden wollen und wir haben es in die Ausschüsse verwiesen, dann muss man sich natürlich überlegen, wie das dann für etwaige andere Einrichtungen gilt. Wie wollen wir das dem Grundsatz nach machen? Lassen sich Grundsätze finden? Lassen sich Kriterien finden? Wir plädieren sehr dafür, dass wir uns darüber verständigen und insofern an dieser Stelle den Antrag unterstützen.

Ich verweise darauf, dass unser oder mein Kollege in diesem Fall - ja, unser Kollege Peter Ritter, aber aus meiner Fraktion – in der letzten Landtagssitzung zu eben diesem Sachverhalt Peenemünde darauf verwiesen hat. Wenn wir uns damit beschäftigen, dann sollten wir uns auch mit anderen Einrichtungen beschäftigen. Vom Friedenszentrum Anklam war die Rede, was heiß diskutiert wird im Müritzkreis. Mit der Zukunft des Schliemann-Museums, des Otto-Lilienthal-Museums ließen sich einige aufzählen und sie müssen zumindest in Betracht kommen. Es geht nicht darum, jetzt alle Träume reifen zu lassen und entsprechend hier Wunschzettel aufzumachen. Darum geht es nicht. Wir haben eine Situation, wo kulturelle Einrichtungen hochgradig gefährdet sind, wo es gut ist, wenn es eine Verständigung von Landesebene gibt, von kommunaler Ebene, wie sichern wir sie ab. Dazu muss, um da auch keine Ungerechtigkeiten zuzulassen, um jeweils der besonderen Situation gerecht zu werden, natürlich auch einiges im Grundsatz geklärt werden.

Dafür sprechen wir uns aus. Insofern unterstützen wir den Antrag und wünschen uns, dass er im zuständigen Ausschuss weiterdebattiert wird, dass wir zu Lösungsansätzen kommen, die jetzt noch nicht vorliegen. Dass sie nicht vorliegen, ist kein Makel, sondern es sollte Anspruch sein für uns, uns in die Spur zu begeben und an dieser Stelle auch etwas zu machen. Es berührt an dieser Stelle nämlich das Thema "Ganzheitliches Kulturkonzept des Landes". Hier besteht eine Herausforderung. Ich verweise nur auf Anträge der Fraktion DIE LINKE aus den Jahren 2008 und 2009. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kreher! Herr Koplin! Der Minister und auch mein geschätzter Kollege Körner haben eigentlich schon das Allermeiste gesagt, sodass ich es relativ kurz machen werde und Sie sicherlich nicht verwundert sind, dass auch die CDU-Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird.

Ich will sagen, wir als Koalition und auch die Landesregierung – und ich glaube, auch alle anderen Fraktionen,

demokratischen Fraktionen – verstehen Kultur als Querschnittsaufgabe. Ausgehend – und das haben wir heute schon gehört – von den kulturpolitischen Leitlinien, dem Haushaltsgesetz, auch das stand schon in Rede, den Schwerpunkten aus der Kulturförderung bis hin zu den Erwartungen der Kommunen und, auch das haben wir gehört, freien Träger berät und fördert das Land ideell und finanziell kulturelle Einrichtungen verschiedenster Ausprägungen hier bei uns im Land. Daher benötigen wir auch aus Sicht der CDU-Fraktion weder eine Kompetenzberatungsstelle noch ein weiteres Konzept, welches sich mit Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten, diversen Eventualitäten bezüglich weiterer Beteiligungen des Landes beschäftigt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dies, Herr Abgeordneter und Vizepräsident Kreher, ist ein Grund für unsere Ablehnung. Ein weiterer Punkt, wie ich finde, sind die kulturellen Einrichtungen in der Regel in geeigneter Trägerschaft. Nach meiner Kenntnis geht das Land derzeit nicht davon aus, weitere Trägerschaften zu übernehmen. Kommt es doch in Einzelfällen, auch das haben wir heute gehört, wie zum Beispiel beim Historisch-Technischen Museum Peenemünde vor,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Staatstheater wäre auch eine mögliche Variante.)

dann ist das, wie gerade erwähnt, ein Einzelfall mit entsprechender Prüfung im Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten, zum Beispiel durch die Landeshaushaltsordnung.

Aber ein Einzelfall wird immer ein Einzelfall bleiben und weil er einzeln auftreten kann, wird er eben auch nicht zum Regelfall. Deshalb glauben wir, dass es eines solchen weiteren Konzeptes nicht bedarf, und lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Reinhardt.

Von der Fraktion der NPD wurde kein Abgeordneter gemeldet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!)

Außerdem ist die Fraktion nicht anwesend, sodass das Wort jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher von der Fraktion der FDP hat.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In meiner Antragstellung und in meiner Begründung habe ich nicht unmittelbar noch einmal darauf verwiesen, dass der Ausgangspunkt unseres Antrages Peenemünde war. Ich habe bei der Begründung gesagt, dass es auch andere Dinge gibt. Ich habe damals den Ort Klütz genannt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

und wurde danach gefragt: Was ist denn eigentlich Klütz?

Ich muss hier noch einmal sagen, es war Schloss Bothmer, das vom Land eben auch übernommen wurde, vom Kreis Nordwestmecklenburg, und ich habe mich damals im Kreistag Nordwestmecklenburg darüber gefreut, dass uns diese Last abgenommen wurde. Nun kam Peenemünde hinzu und auch da kann ich – ich habe mit meinen Freunden dort vor Ort gesprochen – nicht sagen, nein, um Gottes Willen, das geht nicht. Aber trotzdem,

wenn das jetzt so ist und aus meiner Sicht zum Beispiel bei Bothmer hier auch im Landtag nie richtig diskutiert wurde, es war dann plötzlich eine finanzielle Last da. Es war vorher, was ich mitbekommen habe – ich bin ja in dieser Zeit erst in den Landtag gekommen –, vorher nie richtig darüber debattiert worden: Was ist das eigentlich? Was kommt auf uns hier im Land damit zu?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das stimmt. Klar, das stimmt.)

Es waren noch nicht einmal die Nutzungskonzepte klar, was man aus Schloss Bothmer machen will.

Wenn dann jetzt hier zum Beispiel begründet wird bei Peenemünde, es ist ein national bedeutsames, eine national bedeutsame Einrichtung, gut, kann ich verstehen. Es gibt kulturelle Begründungen und die, Herr Minister, lassen sich nicht mit der Haushaltsordnung begründen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das ist das, wo wir uns von der kulturellen Seite her Gedanken machen müssen, nach welchen kulturellen Kriterien wir das machen wollen.

Herr Körner, klar, das ist keine leicht zu definierende Frage und Sie haben schon recht, es ist eine prinzipielle Frage, wie wir das definieren. Aber Herr Ritter hatte damals auch schon recht, als er gefragt hat: Was ist denn mit verschiedenen anderen Einrichtungen, die wir im Land haben? Ich will das gar nicht alles noch mal aufzählen, was da genannt wurde, aber wenn ich durchdenke und das habe ich ja gesagt, was für ein reiches kulturelles Erbe wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, welche reiche Geschichte, dann könnte ich viele Dinge aufzählen, die dann, wenn man das richtig hinterfragt, national bedeutsam werden können.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Nur, bei diesem einen Wort – national bedeutsam – wurden bei dem Antrag von Peenemünde auch andere Begründungen mit herangeführt. Aber wir haben eben das nicht. Deshalb würde ich das von der Landesregierung auch, um ständige Anträge zu vermeiden, genauer definieren. Jetzt kann im Grunde genommen mit solchen Dingen jeder Kreis, jede Gemeinde kommen und sagen, also was wir hier haben, Schliemann ist mit genannt worden, ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Warum ist Schliemann nicht eine Persönlichkeit, die wir vom Land noch ganz anders fördern müssten?

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

So sind viele Dinge, die hier nicht durchdacht sind und wo uns diese Kriterien einfach fehlen.

(Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie, Herr Körner, gesagt haben, ich könnte das ja auch nicht genau definieren, will ich jetzt zugeben, dass ich nicht auf der Stelle diese Kriterien habe, aber ich bin auch nicht die Landesregierung.

(Michael Roolf, FDP: Noch nicht.)

Ja, noch nicht, das ist richtig.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Heinz Müller, SPD: Da bin ich aber erleichtert.)

Die Landesregierung hat ja zu handeln in unserem Auftrag. Und wenn das immer nach Gutsherrenart erfolgt,

dann ist uns das nicht genug, dann ist das willkürlich. Diese Willkür und Intransparenz wollen wir vermeiden. Es muss transparent sein, nach welchen Gesichtspunkten das Land mit in die Verantwortung oder nicht in die Verantwortung tritt, und das, meine Damen und Herren, ist in den Antworten der beiden Koalitionäre überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen,

(Michael Roolf, FDP: Genau.)

auch beim Minister nicht. Herr Minister, ich bin von Ihnen da heute sehr enttäuscht.

(Zurufe von der Fraktion der CDU: Oh!)

dass Sie sich einfach auf die Haushaltsordnung berufen. Das ist nicht das, was ich von Ihnen erwarte. Im kulturellen Bereich versagen Sie vollkommen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren von den LINKEN, ich bin einverstanden, dass wir im Ausschuss noch mal diese Fragen der Kriterien genauer beraten. Sie haben gesagt, wir sollten es in den Bildungsausschuss überweisen. Wir beantragen also die Überweisung in den entsprechenden Ausschuss. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung. – Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3216 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der FDP und der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU abgelehnt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3216 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3216 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, der Fraktion DIE LINKE und einer Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 11. März 2010, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

Schluss: 17.53 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Michael Andrejewski, Jörg Heydorn, Mathias Löttge, Gabriele Měšťan, Ute Schildt, Jürgen Seidel und Jörg Vierkant.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Bundeswehr aus Afghanistan schnellstmöglich abziehen

- Drucksache 5/3275 -

Jastimmen		CDU	
DIE LINKE		Dr. Born, Ulrich Caffier, Lorenz	
NPD Neinstimmen SPD	Bluhm, Andreas Borchardt, Barbara Griese, Wolfgang Holter, Helmut Koplin, Torsten Dr. Linke, Marianne Lück, Regine Dr. Methling, Wolfgang Müller, Irene Ritter, Peter Schwebs, Birgit Dr. Tack, Fritz	Glawe, Harry Holznagel, Renate Dr. Jäger, Armin Kokert, Vincent Lenz, Burkhard Liskow, Egbert Lochner-Borst, Ilka Reinhardt, Marc Renz, Torsten Ringguth, Wolf-Dieter Rühs, Günter Schlupp, Beate Specht, André Stein, Peter Dr. von Storch, Henning Timm, Udo	
	Borrmann, Raimund Frank Köster, Stefan Lüssow, Birger Müller, Tino Pastörs, Udo	FDP Grabow, Ralf Kreher, Hans Leonhard, Gino Reese, Sigrun Roolf, Michael Schnur, Toralf	
	Dr. Backhaus, Till Baunach, Norbert Bretschneider, Sylvia	Enthaltungen SPD	
	Brodkorb, Mathias Dankert, Reinhard Dr. Körner, Klaus-Michael Müller, Detlef Müller, Heinz Dr. Nieszery, Norbert Peters, Angelika	Borchert, Rudolf Schulte, Jochen FDP Ratjen, Sebastian	
	Polzin, Heike Dr. Ringstorff, Harald Schwarz, Thomas Dr. Seemann, Margret Sellering, Erwin Tegtmeier, Martina Dr. Timm, Gottfried Dr. Zielenkiewitz, Gerd	Endgültiges Ergebnis: Abgegebene Stimmen 63 Gültige Stimmen 11 Neinstimmen 43 Enthaltungen 3	3 7 3

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der FDP Fonds für frostbedingte Straßenschäden einrichten

- Drucksache 5/3269 -

Jastimmen			
		Holznagel, Renate	
FDP		Dr. Jäger, Armin	
		Kokert, Vincent	
	Grabow, Ralf	Lenz, Burkhard	
	Kreher, Hans	Liskow, Egbert	
	Leonhard, Gino	Lochner-Borst, Ilka	
	Ratjen, Sebastian	Reinhardt, Marc	
	Reese, Sigrun	Renz, Torsten	
	Roolf, Michael	Ringguth, Wolf-Dieter	
	Schnur, Toralf	Rühs, Günter	
		Schlupp, Beate	
Neinstimmen		Specht, André	
		Stein, Peter	
SPD		Dr. von Storch, Henning	
		Timm, Udo	
	Dr. Backhaus, Till	DIE 1 111/25	
	Baunach, Norbert	DIE LINKE	
	Borchert, Rudolf	Distance Andreas	
	Bretschneider, Sylvia	Bluhm, Andreas	
	Brodkorb, Mathias	Borchardt, Barbara	
	Dankert, Reinhard	Griese, Wolfgang Holter, Helmut	
	Dr. Körner, Klaus-Michael	Koplin, Torsten	
	Müller, Heinz	Dr. Linke, Marianne	
	Dr. Nieszery, Norbert	Lück, Regine	
	Peters, Angelika	Dr. Methling, Wolfgang	
	Dr. Ringstorff, Harald	Müller, Irene	
	Schlotmann, Volker	Ritter, Peter	
	Schulte, Jochen	Schwebs, Birgit	
	Schwarz, Thomas	Dr. Tack, Fritz	
	Dr. Seemann, Margret		
	Tegtmeier, Martina		
	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	Endgültiges Ergebnis:	
CDU		Abgegebene Stimmen	54
		Gültige Stimmen	54
	Dr. Born, Ulrich	Jastimmen	7
	Caffier, Lorenz	Neinstimmen	47

Enthaltungen -

Glawe, Harry